



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Prof. Dr. Klaus Stüwe
Dr. Jasmin Juch
Helena Czech



SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSE DER PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE Landkreis Roth – Endbericht

Inhalt

Inhalt	2
Abbildungsverzeichnis	3
Tabellenverzeichnis	3
1. Einleitung	4
2. Die Partnerschaften für Demokratie	5
3. Projektdesign	6
3.1. Strukturanalyse	7
3.2. Einzelinterviews	8
3.3. Gruppendiskussion	8
3.4. Quantitative Onlinebefragung von relevanten Akteur/-innen.....	9
4. Strukturanalyse des Landkreises Roth	10
4.1. Demografische Entwicklung	12
4.2. Wirtschaftliche Situation – Arbeitsmarktkennzahlen	15
4.3. Wahlverhalten	17
4.4. Politisch motivierte Kriminalität.....	19
5. Auswertung der eigenen Erhebungen	26
5.1. Hintergrund und Stichprobe der Erhebungen	26
5.1.1. Onlinebefragung.....	26
5.1.2. Einzelinterviews und Gruppendiskussion	30
5.2. Beantwortung der Forschungsfragen	30
5.2.1. Problemlagen vor Ort	31
5.2.2. Ursachen dieser Probleme und demokratiefeindlicher Vorfälle	44
5.2.3. Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Gestaltung	52
5.2.4. Akteur/-innen und Netzwerke, die zu konstruktiven Lösungen beitragen	64
5.2.5. Unterstützungsangebote/Bedarfe und Schutzangebote der Akteur/-innen.....	68
5.2.6. Kooperation und Vernetzung	76
6. Handlungsempfehlungen.....	90
7. Fazit	106
Literaturverzeichnis	107
Beteiligte Personen	112

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Lage des Landkreises Roth in Bayern	10
Abbildung 2: Benachbarte Landkreise sowie Gemeinden in Roth.....	11
Abbildung 3: Entwicklung der Einwohnerzahl im Landkreis Roth von 1997 bis 2023	12
Abbildung 4: Absolute Angaben der Altersgruppen am 31.12.2023 im Landkreis Roth	13
Abbildung 5: Geburten und Sterbefälle im Landkreis Roth von 2000 bis 2023.....	14
Abbildung 6: Zuzüge und Fortzüge im Landkreis Roth von 2000 bis 2023.....	14
Abbildung 7: Religions- und Konfessionszugehörigkeit im Landkreis Roth	15
Abbildung 8: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Landkreis von 2020 bis 2023....	16
Abbildung 9: Arbeitslose (Jahresdurchschnitt) und Langzeitarbeitslose im Landkreis von 2017 bis 2025	16
Abbildung 10: Ergebnisse der Landtagswahlen 2023, Bundestagswahlen 2025 und Europawahlen 2024 für den Landkreis Roth.....	17
Abbildung 11: Landtagswahl und Europawahl: Wahlergebnisse der AfD in den einzelnen Gemeinden und Märkten des Landkreises Roth	18
Abbildung 12: Bundestagswahl: Wahlergebnisse der AfD in den einzelnen Gemeinden und Märkten des Landkreises Roth	18
Abbildung 13: Typ der Einrichtung der Befragten.....	27
Abbildung 14: Wo im Landkreis Roth liegt Ihre Institution? Für politisch interessierte Bürger/-innen: Wo im Landkreis Roth wohnen Sie?	27
Abbildung 15: Zielgruppe der Einrichtungen und Initiativen	29
Abbildung 16: Häufigkeit demokratiefeindlicher Vorfälle oder Angriffe	31
Abbildung 17: Häufigkeit demokratiefeindlicher Vorfälle oder Angriffe	32
Abbildung 18: Meinungen zur Situation der Demokratie und Migrant/-innen im Landkreis....	33
Abbildung 19: Ursachen demokratiefeindlicher Vorfälle/Angriffe (subjektive Einschätzung) .	45
Abbildung 20: Vorbeugung/Begegnung demokratiefeindlicher Vorfälle/Angriffe	53
Abbildung 21: Einschätzung zur Demokratieförderung	56
Abbildung 22: Welche Unterstützungsmöglichkeiten werden benötigt?	69
Abbildung 23: Wie könnte ehrenamtliches Engagement im Landkreis Roth erhöht werden?74	
Abbildung 24: Entmutigung und Widerstände	75
Abbildung 25: Meinungen zur aktuellen Vernetzung der Akteur/-innen im Landkreis Roth....	76

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Gewinner und Verlierer bei den letzten Wahlen im Landkreis Roth.....	17
Tabelle 2: Kriminalität im Allgemeinen	20
Tabelle 3: Politisch motivierte Kriminalität.....	21
Tabelle 4: Kurze Zusammenfassung der „linken“ und „rechten“ Szene	22
Tabelle 5: Verteilung der Einrichtungen nach ihrem Standort (Zeilenprozente)	28
Tabelle 6: Demokratiefeindliche Vorfälle oder Angriffe nach Angaben der Gemeinden, Märkte und Städte (Spaltenprozente).....	34
Tabelle 7: Demokratiefeindliche Vorfälle oder Angriffe nach Angaben der Einrichtungen (Spaltenprozente).....	35
Tabelle 9: Projektideen	61

1. Einleitung

Demokratie ist die politische Ordnungsform, in der Freiheit, Gleichheit und Beteiligung am besten gewährleistet sind. Sie ermöglicht es den Bürger/-innen, ihr gesellschaftliches Zusammenleben aktiv mitzugestalten, Verantwortung zu übernehmen und ihre Interessen in einem offenen Diskurs einzubringen. Doch Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie lebt von der aktiven Mitwirkung ihrer Mitglieder und muss immer wieder neu mit Leben gefüllt, gestärkt und auch geschützt werden. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche, wachsender Polarisierung und digitaler Dynamiken zeigt sich, dass demokratische Werte und Praktiken keineswegs selbstverständlich sind, sondern bewusst gepflegt und verteidigt werden müssen.

Diese Aufgabe stellt sich nicht nur auf der nationalen oder europäischen Ebene, sondern in besonderem Maße auch vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Denn hier wird Demokratie konkret erfahrbar: im Engagement von Vereinen, in kommunalpolitischen Prozessen, in Bildungsinitiativen und im täglichen Miteinander. Zugleich zeigen sich auf lokaler Ebene frühzeitig auch Entwicklungen, die die demokratische Kultur gefährden können, etwa Formen von Ausgrenzung, Diskriminierung oder politischem Extremismus.

Vor diesem Hintergrund hat es sich der Landkreis Roth zur Aufgabe gemacht, demokratisch denkende und handelnde Unterstützer/-innen und Bündnispartner/-innen zu gewinnen, ihren Wirkungsraum zu erweitern und eine Verantwortungsgemeinschaft zu schaffen. Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen lernen, demokratisch zu denken und zu handeln. Partizipation ist hier das Schlüsselwort. Dafür müssen allerdings Strukturen, Gelegenheiten, Räume sowie Ideen geschaffen werden. So sollen ein demokratisches Miteinander, ein respektvoller Umgang und Toleranz im Landkreis Roth gefördert werden.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend beauftragten die Partnerschaft für Demokratie (PfD) und damit das Landratsamt Roth als federführendes Amt und der Kreisjugendring als Koordinierungs- und Fachstelle, das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) mit der Durchführung einer umfangreichen Situations- und Ressourcenanalyse (S&R-Analyse). Basierend auf einer Online-Erhebung unter relevanten Akteur/-innen, wie bspw. Schulen, Jugendtreffs, Wohlfahrtszentren und Initiativen von Selbstvertreter/-innen, wurde eine umfassende Datengrundlage zum Themenkomplex Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Rechtsextremismusprävention geschaffen. Diese Daten dienen der Identifizierung von politischen Herausforderungen und schließlich den Mitgliedern des Bündnisses als Grundlage zur Schaffung eines kommunalen, bedarfsorientierten Handlungskonzepts mit strategischen Zielen. Sie enthalten Informationen zu den Einrichtungen (Lage, Typ, Zielgruppe) und ermöglichen daneben auch Aussagen zu gehörten, geschehenen oder erlebten demokratifeindlichen Vorfällen im Landkreis ebenso wie Auswertungen zu den Ursachen, Präventions- und Schutzmaßnahmen und Projektideen der Akteur/-innen zur Demokratieförderung. Gleichwohl hatte die Erhebung auch zum Ziel, die Akteur/-innen sowie die (interessierte) Bevölkerung des Landkreises Roth für das Thema Demokratieförderung noch stärker zu sensibilisieren.

Neben der Onlineerhebung wurden auch qualitative Ansätze gewählt, um die Forschungsfragen (siehe Kapitel 3 „Projektdesign“) zu beantworten. So wurden mehrere Einzelinterviews sowie eine Gruppendiskussion mit engagierten Akteur/-innen durchgeführt.

Dieser Bericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Online-Befragung und der Interviews (Einzelinterviews und Gruppendiskussion). Bevor allerdings die Ergebnisse der Datenauswertung präsentiert werden, wird zunächst in Kapitel 2 auf die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Roth eingegangen. In Abschnitt 3 wird anschließend das Projektdesign,

d. h. das methodische Vorgehen bei der Strukturanalyse, den Interviews und der Onlineerhebung, vorgestellt. Das 4. Kapitel hat die Strukturanalyse und damit die demografische Entwicklung des Landkreises, die Arbeitsmarktkennzahlen, das Wahlverhalten sowie die politisch motivierte Kriminalität zum Schwerpunkt. In Kapitel 5 werden alle gewonnenen Erkenntnisse aus den Interviews, der Gruppendiskussion und der Onlinebefragung präsentiert. Abschnitt 6 beinhaltet verschiedene Handlungsempfehlungen für die Partnerschaft für Demokratie sowie den Landkreis Roth, welche sich aus den Erhebungen ableiten lassen. Der Bericht schließt mit einem kurzen Fazit in Kapitel 7.

2. Die Partnerschaften für Demokratie

Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ möchte das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention beitragen. Demokratisch aktive Menschen und Organisationen, die sich in ihrem kommunalen Umfeld für Demokratie engagieren, sollen gestärkt und vernetzt werden. Zudem sorgen die Partnerschaften für Demokratie für eine zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteur/-innen (vgl. BMFSFJ 2025). Um aktuelle kommunale Problemlagen und bestehende Kompetenzen zu erfassen, ist eine Situations- und Ressourcen-Analyse (S&R-Analyse) nötig, die zudem grundlegend für die Entwicklung eines kommunalen Handlungskonzepts ist.

Trotz bestehender demokratifeindlicher Tendenzen gibt es gleichwohl Personen, Organisationen und Institutionen, die sich seit Längerem aktiv für die Demokratieförderung und Vielfaltgestaltung engagieren bzw. sich zukünftig engagieren könnten. Ein Beispiel ist die städtische Initiative „Roth ist bunt“, die sich für Demokratie und Menschenwürde und gegen Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Gewalt einsetzt. Im Jahr 2012 gründeten Karin Zargaoui sowie der damalige Bürgermeister Ralph Edelhäußer die Initiative. Grundlegend dafür war die Ausstellung „Kicker, Kämpfer und Legenden“, die mit dem Julius-Hirsch-Preis des Deutschen Fußball-Bundes ausgezeichnet wurde. Dieser wird an Vereine, Initiativen und Einzelpersonen verliehen, die sich für die Demokratie und die bereits oben erwähnten Werte und Ziele starkmachen, so auch an „Roth ist bunt“ (3. Platz) (vgl. Stadt Roth 2024). Allein in der ersten Hälfte des Jahres 2025 hat die Initiative „Roth ist bunt“ unter der neuen Leitung von Christina Gänßbauer erneut 9 einmalige Aktionen und weitere 4 regelmäßig stattfindende Veranstaltungen geplant und durchgeführt. Zu letzteren gehören die Veranstaltungen „Kreativ mit Anna – interkultureller Kreativkurs“, „Buntes Café“, „Stammtisch Roth ist bunt“ und das „Friedensgebet“. Dabei stehen das Malen und Basteln, der Austausch und das Kennenlernen bei Kaffee und Kuchen für jedermann im Fokus. Die Einzelveranstaltungen reichten dabei von Vorträgen, Lesungen, Zeitzeugengesprächen und Ausstellungen bis hin zu einem Märchenspaziergang und einem Benefizkonzert (vgl. Stadt Roth 2025).

„Roth ist bunt“ wird bereits von zahlreichen Kooperationspartner/-innen getragen und unterstützt. Diese können der folgenden Liste entnommen werden:

vhs im Landkreis Roth, Katholisches Erwachsenenbildungswerk (KEB), Evangelisches Bildungswerk Schwabach-Roth (EBW), Rother Inklusionsnetzwerk (RHINK), Museum Schloss Ratibor, Seniorenarbeit Stadt Roth, Stadtarchiv Roth, Kulturfabrik Roth, Stadtbücherei Roth, Jugendhaus, KJR Landkreis Roth, Grundschule Gartenstraße, Grundschule Nordring, Grundschule Kupferplatte, Anton-Seitz-Mittelschule, Schule am Stadtpark, Realschule Roth, Gymnasium Roth, Evangelische Kirchengemeinde Roth, D.I.T.I.B. Roth, Katholische Pfarrgemeinde Roth, Neu-Apostolische Kirche Roth-Schwabach, TSG 08 Roth e.V., Spielvereinigung Roth, Mütter- und Familienzentrum Roth (MütZe), Helferkreis Integration & Asyl, Haus International Roth, Gleichstellungsstelle Landratsamt Roth, DAV-Sektion Roth, DGB Schwabach-

Roth, Rotary-Club Roth, Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg, AWO Ortsverband, AWO Bezirksverband Ober- und Mittelfranken, AWO Quartiersmanagement Roth, Eichenkreuz Nürnberg, Evangelische Versöhnungskirche Dachau, Jüdisches Museum Fürth, Augustinum Roth, CSU, Bündnis 90/Die GRÜNEN, DIE PARTEI, SPD, FDP, FW, Partei für Franken, Gesellschaft für bedrohte Völker Nürnberg (GfbV), Bund Naturschutz OG Roth, Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung, e.V. (IFSBB), Nürnberger Initiative für Afrika e.V. (NIFA), Warriors Home – Die Heldenschmiede, Deutsch-Chinesischer Förderverein e. V. Roth, AGABY (Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns) (vgl. Stadt Roth 2025).

Die Institutionen der obigen Liste sowie weitere, sind prädestiniert, ein Teil der Partnerschaft für Demokratie zu werden, zusammen zu agieren, sich zu vernetzen und Einzelmaßnahmen bzw. Fördermittel für ihre demokratierelevanten Projekte wie Workshops, Tagungen, Vorträge, Konzerte oder sonstige Veranstaltungen zu beantragen. In der folgenden S&R-Analyse wird noch intensiver auf die im Landkreis bereits bestehenden Akteur/-innen und auch mögliche weitere Mitglieder der Partnerschaft für Demokratie eingegangen.

3. Projektdesign

Die S&R-Analyse für den Landkreis Roth hatte zum Ziel, eine umfassende Datengrundlage zu kommunalen politischen Problemlagen zu schaffen und Bedrohungen der demokratischen Situation herauszuarbeiten. Weiterhin soll sie die Bevölkerung im Landkreis für Demokratie, Vielfalt und Rechtsextremismusprävention sensibilisieren und Lösungsansätze für eine nachhaltige politische Bildung und Teilhabe konkretisieren. Die gewonnenen Daten dienen dabei als Grundlage für die Ausarbeitung eines bedarfsorientierten Handlungskonzepts.

Konkret sollen mit den im Rahmen der Studie erhobenen Daten die folgenden Fragen beantwortet werden:

1. Welche Faktoren prägen maßgeblich den Raumkontext?
2. Welche Problemlagen, die in einem Zusammenhang mit den Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ stehen (Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen), existieren in der Region?
 - Gibt bzw. gab es konkrete demokratifeindliche, vielfaltsablehnende und/oder (rechts-)extremistische Vorfälle bzw. Angriffe?
 - Inwiefern manifestieren sich gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien vor Ort? Welche Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten vor Ort auf?
 - Gibt/gab es im Rahmen der vergangenen drei Jahre gezielte Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteur/-innen, Amtsträger/-innen und/oder andere Akteur/-innen?
 - In welchen Sozialräumen (z. B. Stadtteilen, ländlichen Regionen, örtlichen Hotspots) sind die Probleme zu verorten?
 - Welche Probleme sind besonders gravierend, welche haben Priorität?
3. Welche Ursachen lassen sich für diese Probleme identifizieren?
 - Welche Kontext- und Rahmenbedingungen ermöglichen bzw. begünstigen die identifizierten Probleme (Einflussfaktoren auf Gelegenheitsstrukturen)?
 - Welche mittelfristigen Entwicklungsszenarien sind wahrscheinlich und sollten vorsorglich und vorausschauend in den Blick genommen werden?

4. Inwiefern erschweren spezifische Akteur/-innen oder Netzwerke eine konstruktive Bearbeitung der identifizierten Problemlagen? Welche Akteur/-innen tragen zu den identifizierten Problemen bei?
5. Welche Akteur/-innen und Netzwerke der demokratischen Zivilgesellschaft sind vor Ort präsent, die zu einer konstruktiven Bearbeitung und Lösung der Probleme beitragen bzw. beitragen können?
6. Welche kommunalpolitischen Akteur/-innen, Organisationen und Institutionen können zu einer konstruktiven Bearbeitung der identifizierten Probleme beitragen?
7. Wie kann die sektorübergreifende Kooperation zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und ggf. auch Sicherheitsbehörden vor Ort gestärkt werden?
8. Welche Unterstützung benötigen Akteur/-innen bei der Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Handlungsstrategien vor Ort? Welcher Bedarf existiert? Besteht Bedarf an dedizierten Schutzangeboten für exponierte Akteur/-innen? Wenn ja, welche?
9. Welche Angebote der Unterstützung (auch: Beratung, Fortbildung, Qualifizierung, Schutz) eröffnen sich durch die überregionale Vernetzung, insbesondere mit anderen Partnerschaften für Demokratie und den Ländern (Landes-Demokratiezentren, mobile Beratung etc.)?
10. Welche Ansätze und Maßnahmen (auch aus anderen Kommunen bzw. Regionen) bieten sich zur Bearbeitung der Problemlagen an?
11. Welche Angebote und Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Gestaltung gibt es im Landkreis Roth? Können diese zur Lösung der Problemlage zielführend eingesetzt werden?

Die Erarbeitung der S&R-Analyse der Partnerschaften für Demokratie für den Landkreis Roth basiert auf einer multimethodischen und mehrperspektivischen Herangehensweise. Diese beinhaltet eine umfassende Dokumenten- und Datenanalyse, mehrere Experteninterviews, eine Gruppendiskussion sowie eine Online-Befragung verschiedenster Einrichtungen und Institutionen im Landkreis Roth. Die Abstimmung des Vorgehens und der inhaltlichen Schwerpunkte mit dem federführenden Amt sowie Mitgliedern des Kreisjugendrings war ein wesentliches Element des Prozesses.

In den folgenden Kapiteln wird das methodische Vorgehen näher erläutert.

3.1. Strukturanalyse

Die Strukturanalyse zielt darauf ab, die grundlegende demografische Struktur des Landkreises Roth durch verschiedene Komponenten wie die Bevölkerungsentwicklung (Bevölkerungsstand, Alter, Geburten, Sterbefälle), die wirtschaftliche und vor allem politische Situation und die politisch motivierte Kriminalität abzubilden. Dadurch können Stärken und Schwächen, aber auch Chancen und Risiken des Landkreises erkannt werden. Dementsprechend erfolgte eine Sekundärdatenanalyse, in der die Ergebnisse unterschiedlicher Quellen zusammengetragen wurden. Dabei wurden folgende Datenquellen einbezogen:

- Statistisches Bundesamt sowie Statista,
- Bayerisches Landesamt für Statistik,
- Landratsamt Roth,
- Polizeiliche Kriminalstatistik (bspw. Sicherheitsberichte) und
- regionale und bundesweite Zeitungsartikel.

Sowohl die Strukturanalyse als auch die weitere Datenerhebung liefern schließlich ein umfassendes Bild der aktuellen regionalen Situation im Landkreis Roth.

3.2. Einzelinterviews

Die Einzelinterviews wurden in Form von Expert/-inneninterviews durchgeführt, welche den qualitativen Forschungsmethoden zugeordnet werden. Diese dienen dem Zweck, tiefere Einblicke in ein bestimmtes Thema zu generieren, indem man mit Personen spricht, die über ein spezifisches Wissen verfügen oder bereits entsprechende Erfahrungen vorweisen können.

Basierend auf diesen Anforderungen wurde eine Auswahl geeigneter Proband/-innen¹ getroffen, zu denen anschließend Kontakt aufgenommen wurde. Es wurden 4 Interviews über die Plattform Zoom und eines telefonisch durchgeführt, die in ihrem zeitlichen Umfang von 48 bis 65 Minuten variierten. Die Interviews waren leitfadengestützt und halboffen. Der Leitfaden enthielt essenzielle Fragen sowie konkrete Nachfragen für den Fall, dass diese nicht bereits im Gespräch von dem oder der Interviewten beantwortet wurden. Die Interviews wurden jeweils von einer ZFG-Mitarbeiterin geführt, die jene mit dem Einverständnis der Befragten aufzeichnete. Die Atmosphäre während der Interviews kann als entspannt charakterisiert werden.

Im Anschluss wurden die Interviews transkribiert und analysiert. Es wurde nach Mustern, relevanten Themen und Erkenntnissen gesucht, die zur Beantwortung der Forschungsfragen beitragen können.

3.3. Gruppendiskussion

Zusätzlich zu den Experteninterviews wurde eine Gruppendiskussion durchgeführt, um tiefere Einblicke in die Probleme, in mögliche Maßnahmen sowie in realistische Zukunftsszenarien für den Landkreis Roth zu erhalten.

Die Teilnehmenden bekamen zunächst, in den ersten 45 Minuten, einen thematischen Input von Marian Hummel, wissenschaftlichem Mitarbeiter an der Professur für politische Bildung/Didaktik der Soziologie der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. In diesem wurden sie anhand der Shell-Studie über bestehende Herausforderungen und Bedarfe bezüglich Rechtsextremismusprävention und politischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen informiert. An diesem thematischen Einstieg haben auch Akteur/-innen aus dem Landkreis Eichstätt teilgenommen, um ein gegenseitiges Kennenlernen engagierter Personen beider Landkreise zu ermöglichen. Dies wurde von den Teilnehmenden auch genutzt. Anschließend wurden die Gruppen dann wieder nach Landkreisen aufgeteilt und die Teilnehmenden haben über konkrete Lösungsmöglichkeiten, Schwierigkeiten und Potenziale im eigenen Landkreis diskutiert.

Ursprünglich sollten in der Gruppendiskussion eine Person aus dem Bereich der Integration von geflüchteten Menschen, eine Person aus dem Landratsamt, ein/e Vertreter/-in aus dem Kreisjugendring, eine Leitung eines Jugendtreffs, eine engagierte Person aus einem der Helferkreise Asyl und ein/-e kommunale/-r Jugendpfleger/-in teilnehmen². Aufgrund von Krankheit und kurzfristigen Absagen war die Gruppe letztlich auf die ersten drei Personen der Aufzählung beschränkt. Für die Vernetzung und die Gewinnung verschiedener Perspektiven war dies zwar bedauerlich, gleichzeitig führte dies dazu, dass die verbliebenen Personen in einen intensiveren Austausch gelangten und höhere Redeanteile hatten. Lediglich die Gruppendiskussion, ohne die thematische Einführung, hatte eine Länge von 102 Minuten.

¹ Diese wurden sowohl von Mitarbeiter/-innen des ZFG als auch den Vertreter/-innen der Partnerschaft für Demokratie ausgewählt.

² Auch diese Auswahl wurde gemeinsam vom Projektteam (PfD und ZFG) getroffen.

3.4. Quantitative Onlinebefragung von relevanten Akteur/-innen

Mit der Online-Befragung relevanter Einrichtungen bzw. Institutionen sowie interessierter Bürger/-innen sollten vor allem demokratiefeindliche Vorfälle sowie deren Ursachen und mögliche Präventionsmaßnahmen abgebildet werden. Ferner sollten Projektideen und Unterstützungsmöglichkeiten, die zur Demokratieförderung beitragen können, erfasst werden. Die Befragung erfolgte in Form einer teilstandardisierten Umfrage, d. h., bei den meisten Fragen konnten vorgegebene Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden. Manche Fragen ermöglichen es, ergänzende Freitexte einzugeben. Ferner wurde den Teilnehmenden in offenen Fragen mit großen Textfeldern ermöglicht, einen oder mehrere gesehene oder erlebte demokratiefeindliche Vorfälle zu schildern, gewünschte Schutzmaßnahmen zu benennen oder auch abschließende Bemerkungen zur Demokratieförderung im Landkreis Roth zu machen.

Die Fragen bezogen sich auf folgende Punkte:

- Typ, Region und Zielgruppe der Institution/Einrichtung,
- Wahrgenommene bzw. erlebte demokratiefeindliche Vorfälle,
- Ursachen demokratiefeindlicher Vorfälle,
- Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung demokratiefeindlicher Vorfälle,
- Möglichkeiten der Beteiligung und demokratischen Gestaltung,
- Projektideen der Institutionen und politisch interessierten Bürger/-innen,
- Unterstützungsmöglichkeiten, um die Förderung von Demokratie voranzutreiben,
- Meinung zur politischen Lage des Landkreises sowie zur beruflichen und politischen Situation und
- abschließende Anmerkungen zur Demokratieförderung im Landkreis Roth.

Die Befragung wurde anonym durchgeführt. Der Link wurde den jeweiligen Einrichtungen per E-Mail zugeschickt. Die Umfrage wurde außerdem in den sozialen Netzwerken vonseiten des Landratsamts Roth und des Kreisjugendrings beworben. Zudem wurden die Einrichtungen nach 2 Wochen per E-Mail an die Teilnahme an der Umfrage erinnert.

4. Strukturanalyse des Landkreises Roth

Der Landkreis Roth ist mittig in Bayern gelegen und umfasst eine Fläche von 895,16 km². Somit ist er der viertgrößte Landkreis in Mittelfranken und belegt im Hinblick auf die Größe Platz 37 der Landkreise in Bayern (vgl. Landratsamt Roth 2025). Der Landkreis gehört zur Metropolregion Nürnberg. Er weist eine abwechslungsreiche Landschaft auf und ist generell ländlich geprägt, bietet aber auch die Nähe zu Großstädten wie Nürnberg und auch Fürth.

Abbildung 1: Lage des Landkreises Roth in Bayern



Quelle: Landratsamt Roth (2025).

Aus der folgenden Abbildung 2 ist zu erkennen, dass der Landkreis Roth im Norden an den Landkreis Fürth, die kreisfreie Stadt Schwabach sowie den Landkreis Nürnberger Land, im Osten an den Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz, im Süden an die Landkreise Eichstätt und Weißenburg-Gunzenhausen und im Westen an den Landkreis Ansbach grenzt.

Insgesamt umfasst der Landkreis 16 Gemeinden. Zu diesen gehören:

- Abenberg
- Allersberg
- Büchenbach
- Georgensgmünd
- Greding
- Heideck
- Hilpoltstein
- Kammerstein
- Rednitzhembach
- Röttenbach
- Rohr
- Roth
- Schwanstetten
- Spalt
- Thalmässing
- Wendelstein (vgl. Landratsamt Roth 2025, 2025a).

Abbildung 2: Benachbarte Landkreise sowie Gemeinden in Roth



Quelle: Landratsamt Roth (2025b).

Die größte Gemeinde ist dabei die Stadt Roth selbst. Sie ist am dichtesten besiedelt, hat die größte Einwohnerzahl im Landkreis und bietet viele Sehenswürdigkeiten, Dienstleistungen und Einrichtungen sowohl für ihre Bevölkerung als auch für Tourist/-innen. Sehenswert sind bspw. das historische Zentrum, das Schloss Ratibor mit Museum und die Obere Mühle mit Fabrikmuseum. Auch für Wanderer/-innen und Radler/-innen ist Roth ein Highlight, aufgrund der reizvollen Landschaft und des nahegelegenen Rothsee (vgl. Landratsamt Roth 2025a). Ansonsten wären aber auch andere Gemeinden wie Thalmässing mit seinem Archäologischen Museum, Spalt mit seiner einzigen kommunalen Stadtbauerei Deutschlands, Rohr mit seinen Wandegebieten und Rednitzhembach mit seinem Kunstweg mit über 50 Kunstwerken einen Besuch wert (vgl. Landratsamt Roth 2025a).

Ferner ist der Landkreis gut an das überregionale Verkehrsnetz angebunden, da die Autobahnen A6 und A9 eine schnelle Erreichbarkeit vieler umliegender Städte ermöglichen. Der Flughafen Nürnberg lässt sich mit dem Auto in unter 45 Minuten erreichen. Ebenso ist eine Bahn- anbindung des Landkreises gewährleistet und der öffentliche Nahverkehr solide ausgebaut.

4.1. Demografische Entwicklung

Der Landkreis Roth hat etwa 128.400 Einwohner/-innen (Stand: 31.12.2023). Diese Zahl basiert auf Grundlage des Zensus 2011. Bei einer Landkreisgröße von 895,16 km² entspricht diese Anzahl einer Einwohnerdichte von 145 Personen pro km² (vgl. Statistisches Bundesamt 2025). Damit liegt der Landkreis im Jahr 2023 unter dem bayerischen Durchschnitt (190 Personen pro km²) sowie unter dem Durchschnitt für Deutschland (237 Personen pro km²) (vgl. Statistisches Bundesamt 2025).

Abbildung 3 stellt die Entwicklung der Einwohnerzahl seit 1997 grafisch dar. Zu erkennen ist, dass die Bevölkerungszahl bis 2005 anstieg, anschließend bis 2015 teils zu- und abnahm und in den letzten 10 Jahren seit 2015 wieder marginal angestiegen ist. Während sie noch im Jahr 2015 bei 125.140 Personen lag, wurden im Jahr 2023 129.595 Menschen gezählt (vgl. Statista 2025). Differenziert nach Geschlecht, leben etwas mehr Frauen (65.159) als Männer (64.436) im Landkreis (vgl. Statistisches Bundesamt 2025).

Abbildung 3: Entwicklung der Einwohnerzahl im Landkreis Roth von 1997 bis 2023



Quelle: Statistisches Bundesamt 2025, eigene Darstellung.

Der Landkreis Roth hat mit einem Ausländeranteil von 8,8 % den geringsten in ganz Mittelfranken (17,2 %), hingegen haben Städte wie Nürnberg (26,9 %), Erlangen (23,7 %) und Fürth (22,5 %) den höchsten. Landkreise wie Fürth (9,1 %) und Nürnberger Land (10,7 %) weisen eine ähnliche Quote³ wie der Landkreis Roth auf (vgl. Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 18, 42, 56, 59, 71, 74, 80, 83).

³ Ausländeranteil in: Landkreis Erlangen-Höchstadt (10,8 %), Landkreis Ansbach (10,9 %), Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim (11 %), Weißenburg-Gunzenhausen (11,9 %), Stadt Schwabach (15,3 %), Stadt Ansbach (18,2 %) (vgl. Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 63, 66, 69, 77, 85).

Verschiedenste Quellen kommen allerdings zu unterschiedlichen Ergebnissen. Der Zensus, also die aktuelle Volkszählung von 2022, weist für den Landkreis Roth mit 7,7 % eine geringere Quote an Ausländer/-innen aus (vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik 2025a). Die ausländischen Bürger/-innen im Landkreis stammen aus rund 130 Nationen. Die Hauptherkunftsländer dieser Personen nach dem Stand vom 31.08.2025 sind:

- Rumänien (2.092)
- Türkei (1.140)
- Ukraine (859)
- Polen (700)
- Syrien, Arabische Republik (695)
- Italien (518)
- Ungarn (400)
- Kosovo (371)
- Kroatien (332) & Griechenland (332)
- Österreich (267)
- Bulgarien (264)
- Bosnien und Herzegowina (192)
- Äthiopien (181)
- Nordmazedonien (159)

(vgl. Ausländeramt des Landratsamts Roth, persönliche Kommunikation, 01.10.2025).

Die Altersstruktur im Landkreis Roth wird folgend in Abbildung 4 dargestellt. Es wird deutlich, dass die Gruppe der 40- bis unter 60-Jährigen die eindeutige Mehrheit bildet, gefolgt von 19- bis unter 40-Jährigen und 60- bis unter 75-Jährigen.

Abbildung 4: Absolute Angaben der Altersgruppen am 31.12.2023 im Landkreis Roth



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2025, S. 5, eigene Darstellung.

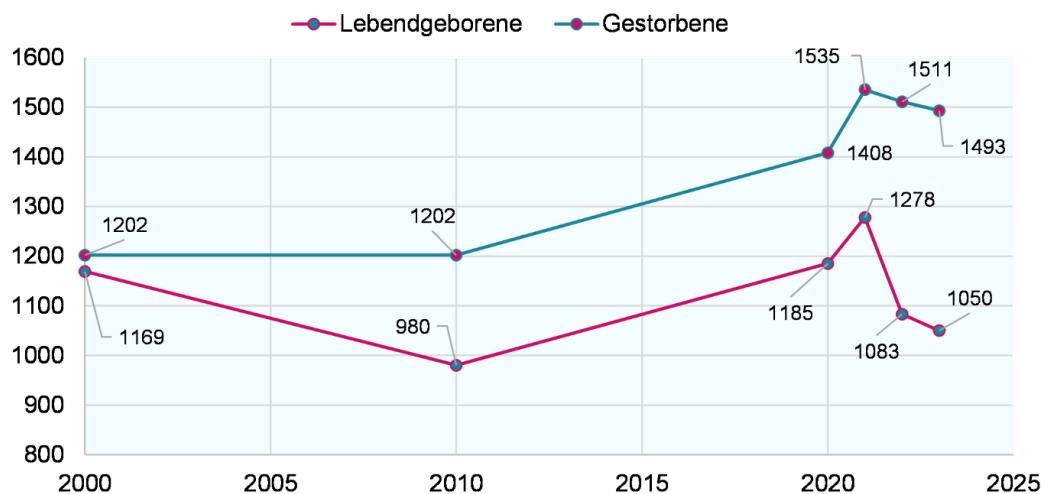
Im Vergleich zum bayerischen Durchschnitt (44,1 Jahre) und dem bundesdeutschen Schnitt (44,7 Jahre) ist die Bevölkerung im Landkreis Roth minimal älter (Durchschnittsalter: 45,1 Jahre, Männer: 44,0 Jahre; Frauen: 46,2 Jahre) (vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik 2025 & 2025a, S. 8).

Die Berechnungen für 2043 verweisen auf ein Durchschnittsalter von 46,7 Jahren. Entsprechend sinken prozentual die Altersgruppen der unter 3-Jährigen (−5,7 %), 3- bis unter 6-Jährigen (−7,4 %) und 6- bis unter 10-Jährigen (−4,8 %), während die Gruppe der 75+-Jährigen (+ 51,2 %) einen enormen Zuwachs verzeichnen wird (vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik 2025, S. 5 ff.).

Die Geburtenrate liegt bayernweit bei etwa 8 % (also ungefähr 8 Geburten auf 1000 Einwohner/-innen), sodass sich der Landkreis Roth mit seiner Geburtenrate von 8,4 % im typischen Bereich vergleichbarer bayerischer Landkreise befindet.

Im Jahr 2022 gab es im Landkreis 1.083 Geburten. Dabei wurden etwas mehr männliche (573) als weibliche (510) Kinder im Landkreis Roth geboren. Die Mütter waren bei der Geburt im Schnitt 32,1 Jahre alt. Mütter, die ihr erstes Kind bekamen, waren im Schnitt mit 30,6 Jahren entsprechend jünger als Mütter, die mindestens das zweite Kind bekamen (32,7 Jahre) (vgl. Stadtistik 2025). Aus Abbildung 5 ist weiterhin zu entnehmen, dass die Geburten zum Jahr 2023 marginal gesunken sind, aber mit 1050 Geburten dennoch auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr (1083 Geburten im Jahr 2022) verweilen. Zudem wird ersichtlich, dass im Landkreis Roth seit dem Jahr 2000 ein negatives Bevölkerungssaldo existiert, da mehr Gestorbene als Geborene verzeichnet werden.

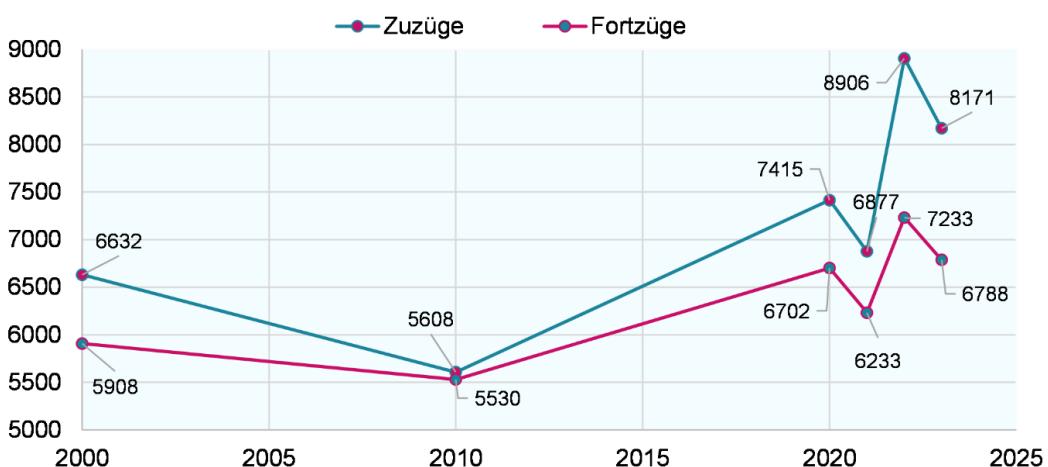
Abbildung 5: Geburten und Sterbefälle im Landkreis Roth von 2000 bis 2023



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2025a, S. 7, eigene Darstellung.

Hingegen zeigt sich ein positives Wanderungssaldo für den Landkreis Roth, da mehr zugezogen als weggezogen sind (siehe Abbildung 6). Dieses positive Wanderungssaldo hat einen positiven Effekt auf die Bevölkerungsentwicklung des Landkreises Roth und gleicht das negative natürliche Bevölkerungssaldo aus.

Abbildung 6: Zuzüge und Fortzüge im Landkreis Roth von 2000 bis 2023

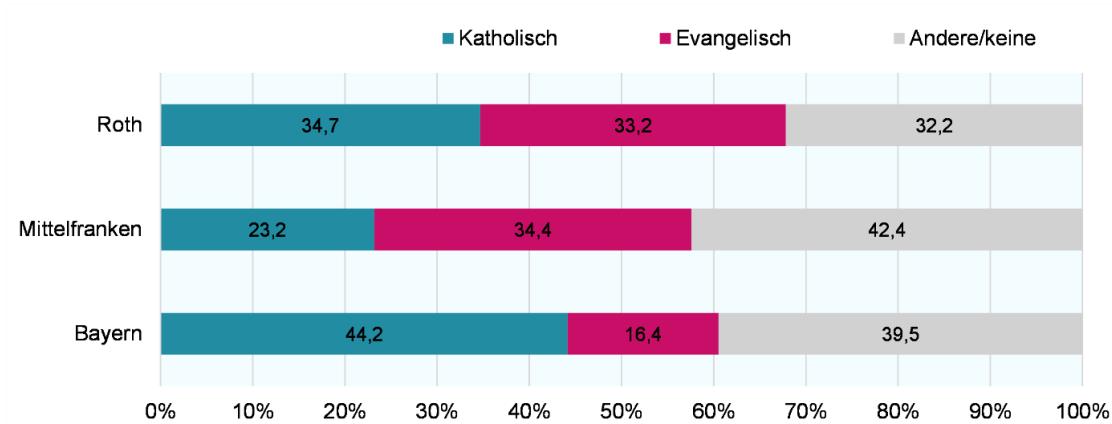


Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2025a, S. 7, eigene Darstellung.

Der Landkreis Roth umfasste im Jahr 2022 56.073 Haushalte. 33,5 % (18.777) davon stellen Singlehaushalte dar. Im Vergleich zum bayerischen (41,5 %) und deutschlandweiten (41,6 %) Durchschnitt sind im Landkreis Roth also mehr Mehrpersonenhaushalte mit und ohne Kinder und dafür weniger Singlehaushalte vertreten. Der Landkreis Roth ist somit geprägt von einer partnerschaftlichen und familiären Haushaltsstruktur (vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik 2025a, S. 6; Statistisches Bundesamt 2025a).

Abschließend steht die Religions-/Konfessionszugehörigkeit im Fokus. 34,7 % der Personen im Landkreis Roth besitzen eine römisch-katholische Konfessionszugehörigkeit, 33,2 % eine evangelisch-lutherische (siehe Abbildung 7). Damit ist die Zugehörigkeit zu diesen beiden Konfessionen des Christentums fast ausgeglichen. Ein weiteres Drittel der Befragten (32,2 %) ist konfessionslos, gehört einer religiösen Minderheit an bzw. machte keine Angaben. Insgesamt wird ersichtlich, dass der Anteil der Protestant/-innen und Katholik/-innen im Landkreis rückläufig ist⁴ (vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik 2025a, S. 6).

Abbildung 7: Religions- und Konfessionszugehörigkeit im Landkreis Roth



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2025b, eigene Darstellung.

Im Vergleich zu Bayern sowie zu Mittelfranken ist der Landkreis Roth stärker christlich geprägt (Katholik/-innen und Protestant/-innen: rund 68 %). Somit ist der Anteil an Konfessionslosen deutlich niedriger als der des Regierungsbezirks und der von Bayern.

4.2. Wirtschaftliche Situation – Arbeitsmarktkennzahlen

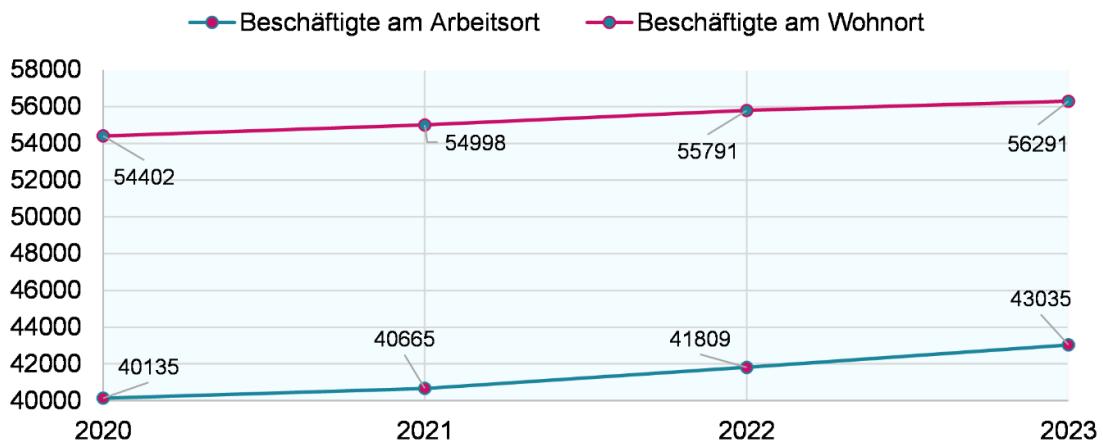
Der Landkreis Roth hat eine vielfältige Wirtschaftsstruktur, die sowohl industrielle, handwerkliche, landwirtschaftliche, als auch Dienstleistungsbetriebe umfasst. Dies sowie die nahegelegenen Großstädte Nürnberg und Fürth fördern zum einen die wirtschaftliche Entwicklung und bieten zum anderen Arbeitsplätze.

Am 30.06.2023 waren im Landkreis Roth 43.035 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (bezogen auf den Arbeitsort). Dies sind zum einen Personen, die im Landkreis Roth leben, zum anderen aber auch Personen, die bspw. aus Nachbarlandkreisen einpendeln. Davon sind 23.775 Personen, also rund 55,2 %, männlich und 19.260 Personen (44,8 %) weiblich. Die Anzahl an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Wohnort, beträgt 56.291 Personen. Dies sind sowohl Personen, die im Landkreis Roth leben und arbeiten, als auch

⁴ Katholik/-innen 2011: 41,5 %, Protestant/-innen 2011: 38,4 % (vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik 2025a, S. 6).

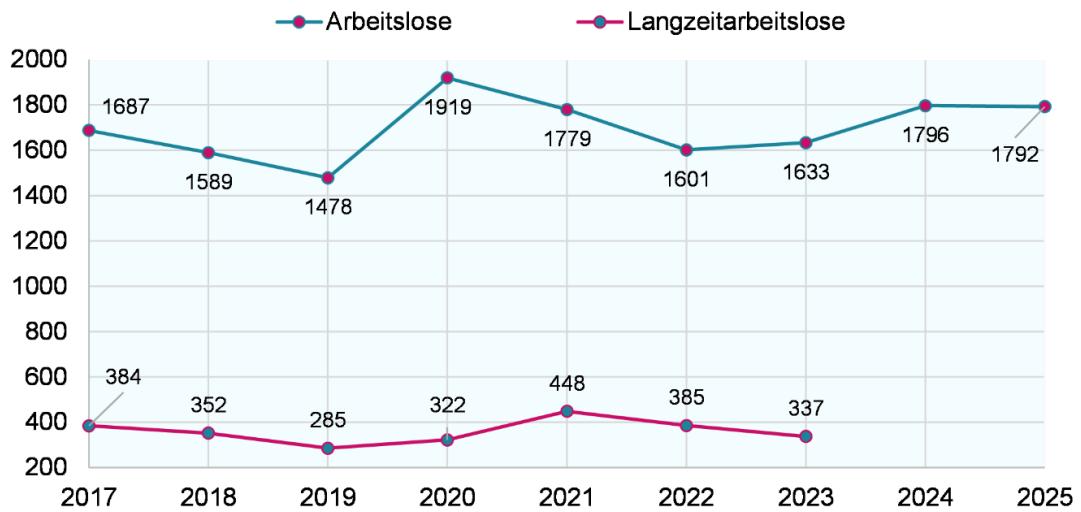
Auspendler/-innen, die bspw. in Nürnberg beschäftigt sind. Zusammengefasst wohnen über 56.000 Erwerbstätige im Landkreis Roth, wobei nur 43.000 Arbeitsplätze dort besetzt sind. Daraus resultiert, dass viele aus dem Landkreis Roth hinauspendeln und weniger Personen einpendeln. Seit 2020 zeigt sich sowohl für Beschäftigte am Wohnort als auch am Arbeitsort ein Aufwärtstrend, da die Zahlen kontinuierlich steigen.

Abbildung 8: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Landkreis von 2020 bis 2023



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2025a, S. 8, eigene Darstellung.

Abbildung 9: Arbeitslose (Jahresdurchschnitt) und Langzeitarbeitslose im Landkreis von 2017 bis 2025



Quelle: Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit 2024; Bayerisches Landesamt für Statistik 2025a, S. 8; WochenZeitung 2025, eigene Darstellung.

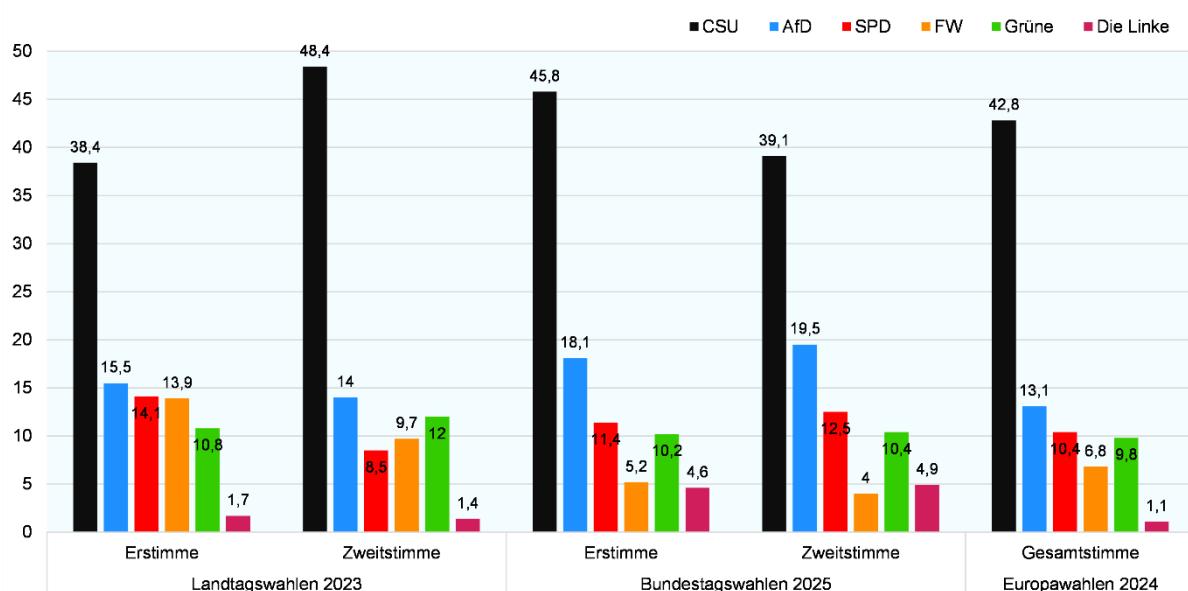
Im aktuellen Jahr 2025 liegt die Arbeitslosenquote im Landkreis Roth bei 2,4 % (2024: 2,2 %) und ist damit niedriger als die Quote in Bayern mit 3,9 % und in Deutschland mit 6,2 % (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2025). Die Zahl an Arbeitslosen ist mit 1.792 Personen (1.151 gemeldet in der Agentur für Arbeit; 641 gemeldet im Jobcenter) somit sehr gering. Gleichwohl besteht in diesem Bereich noch Potenzial, da insgesamt noch 1.701 freie Stellen zur Verfü-

gung stehen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2025a). Insgesamt ist der Abbildung zu entnehmen, dass sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die der Langzeitarbeitslosen seit 2017 schwankt, aber dennoch auf einem positiv niedrigen Niveau verweilt.

4.3. Wahlverhalten

Betrachtet man die letzten Wahlen (Landtagswahl 2023, Europawahl 2024 und Bundestagswahl 2025) war die Christlich-Soziale Union (CSU), mit Anteilen zwischen 38,4 % und 48,4 % bei den Erst- und Zweitstimmen die am häufigsten gewählte Partei im Landkreis Roth.

Abbildung 10: Ergebnisse der Landtagswahlen 2023, Bundestagswahlen 2025 und Europawahlen 2024 für den Landkreis Roth



Quelle: Wahlen 2023, 2024, 2025, eigene Darstellung.

Die Linke konnte sowohl bei den Erststimmen als auch bei den Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2025 auf niedrigem Niveau Zugewinne verzeichnen, hingegen Verluste bei der Landtagswahl und der Europawahl. Die größten Verluste müssen die Grünen, die Freien Wähler und die SPD (allerdings vorrangig bei der Bundestagswahl) hinnehmen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Gewinner und Verlierer bei den letzten Wahlen im Landkreis Roth

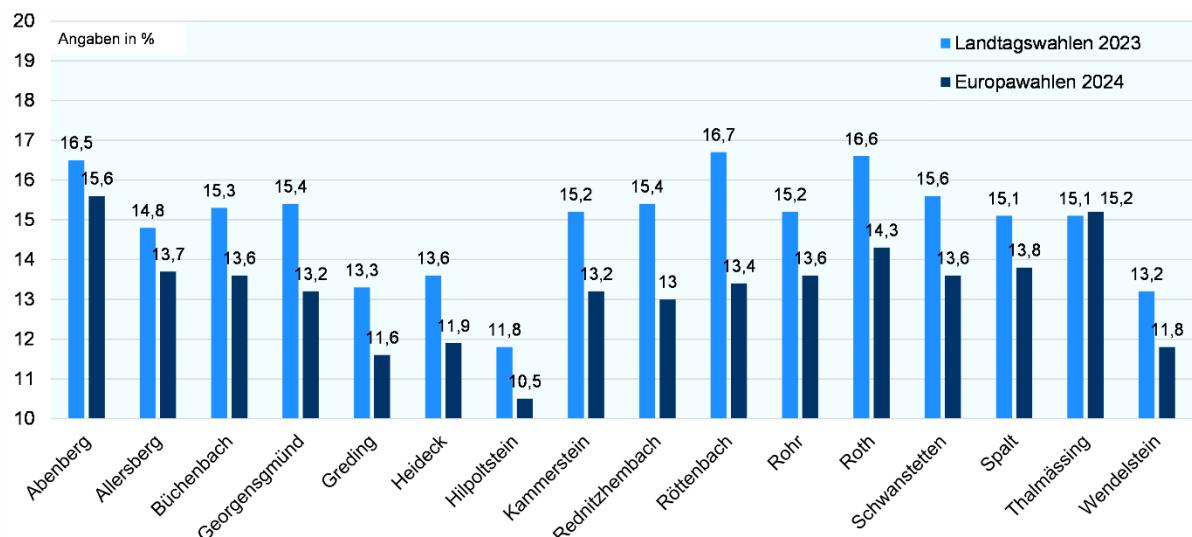
	GEWINNE/VERLUSTE AN %-PUNKTEN ZUR VORHERIGEN WAHL				
	Landtagswahlen 2023		Bundestagswahl 2025		Europawahl 2024
	Erststimme	Gesamt	Erststimme	Zweitstimme	Gesamt
CSU	1,5	2,6	1,3	5,0	0,7
AFD	5,5	5,1	9,9	10,4	4,5
SPD	2,5	1,0	-2,4	-7,0	0,3
FW	-1,1	-1,0	-1,6	-3,0	0,5
GRÜNE	-3,6	-3,5	-2,1	-2,8	-8,1
DIE LINKE	-1,0	-1,3	2,3	2,5	-1,2

Quelle: Der Landeswahlleiter des Freistaates Bayern 2023, Wahlen 2023, 2024, 2025, eigene Darstellung.

Die Alternative für Deutschland (AfD) verzeichnete in den letzten Jahren Zugewinne und etablierte sich – wenn auch mit großem Abstand – als zweitstärkste Partei (siehe Tabelle 1: Bundestagswahl: Erststimme + 1,3 %-Punkte, Zweitstimme + 5,0 %-Punkte; Landtagswahl: Erststimme + 1,5 %-Punkte, Gesamtstimme + 2,6 %-Punkte). Besonders bei der Bundestagswahl 2025 konnte sie deutlich an Erst- und Zweitstimmen gewinnen und erreichte 18,1 % (Erststimme) und 19,5 % (Zweitstimme). Bei der Europawahl 2024 und den Landtagswahlen 2023 kann die AfD ebenfalls Erfolge verzeichnen. Bei der Europawahl konnte die AfD 4,5 %-Punkte an Stimmen gewinnen und auch bei der Landtagswahl erreichte sie einen Zugewinn bei den Erststimmen von 5,5 %-Punkten (von 10 % auf 15,5 %).

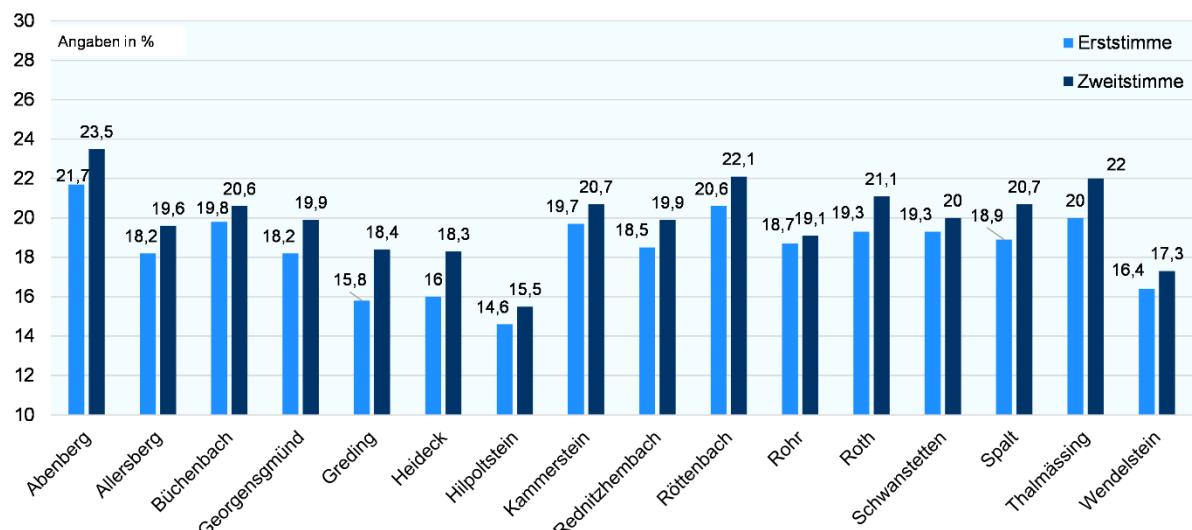
In den folgenden zwei Abbildungen sind die Wahlergebnisse der AfD für die einzelnen Gemeinden und Märkte dargestellt.

Abbildung 11: Landtagswahl und Europawahl: Wahlergebnisse der AfD in den einzelnen Gemeinden und Märkten des Landkreises Roth



Quelle: Wahlen 2023, 2024, 2025, eigene Darstellung.

Abbildung 12: Bundestagswahl: Wahlergebnisse der AfD in den einzelnen Gemeinden und Märkten des Landkreises Roth



Quelle: Wahlen 2023, 2024, 2025, eigene Darstellung.

In den zwei Abbildungen wird zum einen deutlich, in welchen Gemeinden die AfD hohe Stimmanteile verzeichnen konnte, und zum anderen, dass der Anteil bei den Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2025 immer höher ausfiel als der Anteil bei den Erststimmen. Unabhängig davon, welche Wahlergebnisse betrachtet werden, erhielt die AfD insbesondere in Abenberg, Röttenbach, Roth und Thalmässing viele Stimmen.

Wie schaffte es die AfD, bei allen drei Wahlen solche Stimmenzuwächse zu erzielen? Die Politikwissenschaft führt dies auf mehrere Faktoren zurück, die nicht nur für den Landkreis Roth, sondern für ganz Deutschland gelten.

Die Zugewinne der AfD setzen sich aus ehemaligen Wähler/-innen aller Parteien zusammen, für die Bundestagswahl 2025 sind aber verhältnismäßig hohe Abwanderungen von der FDP neben CDU und SPD zur AfD zu verzeichnen (vgl. Statista 2025a). Hinzu kommt die erfolgreiche Mobilisierung von Nichtwähler/-innen – ein Muster, das auch bei der Landtagswahl 2023 erkennbar war (vgl. Statista 2024). Das Phänomen der Protestwahl, insbesondere bei Landtags- und Europawahlen, könnte eine Rolle spielen (vgl. Alvarez et al. 2018): Proteststimmen machen in Summe 39 % der AfD-Wähler/-innen in Bayern aus. 54 % unterstützen die AfD und wählten diese aus Überzeugung (vgl. DVPW e. V. 2025, BR24 2024).

Inhaltliche Faktoren für die Stimmabgabe für die AfD sind vielfältig, lassen sich aber teilweise systematisch erfassen. Der programmatische Fokus der Partei auf Themen wie Migration und Sicherheit spiegelte insbesondere ab 2024 die Themen wider, die für die Wahlentscheidung vieler Bürger/-innen von großer Bedeutung waren (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2025). Die AfD ist in strukturschwachen, ländlichen Gebieten besonders stark, bspw. konnte sie bei der Landtagswahl in Bayern 2023 in mittel bis schwach besiedelten Gebieten durchschnittlich über 16 % der Stimmen gewinnen, in Städten jedoch nur 11 % (Gesamtergebnis: 14,6 %) (vgl. Walter-Rogg 2023, 14). Nachdem die Partei zunächst besonders in Regionen mit hohem Altersdurchschnitt und allgemein bei älteren Menschen Erfolg hatte, konnte sie in den vergangenen Jahren auch unter der jüngeren bis jüngsten Wählerschaft punkten (vgl. Fratzscher 2024, 7). Wiederum zeigen Zahlen von Infratest dimap, dass eher ein einfaches Bildungsniveau ausschlaggebend für die Wahl der AfD ist.

Die oftmals angeführte These der „Modernisierungsverlierer“ wird um eine Wahrnehmung des relativen Niedergangs, also der gefühlten Erosion vormaliger Privilegien, ergänzt (vgl. Manow & Schwander 2022, 181). Diese wirkt in Ostdeutschland anders als in Westdeutschland, ist aber insbesondere in strukturschwachen Regionen gleichermaßen feststellbar (vgl. DIW Wochenbericht 2024). Die Politikwissenschaft geht davon aus, dass nicht das Migrationsthema allein ursächlich für die Unzufriedenheit der Bürger/-innen im ländlichen Bereich mit den etablierten Parteien ist, sondern die jahrzehntelang unterlassenen Investitionen in die Infrastruktur (Bahn, Straßen, Brücken, Schulen, Krankenhäuser oder Ärzteversorgung) (vgl. Agrarheute 2025). Insofern können demografische Faktoren zwar einige Anhaltspunkte liefern, in letzter Konsequenz sind aber die eigenen politischen Überzeugungen ausschlaggebend.

4.4. Politisch motivierte Kriminalität

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) wird in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht erfasst. Die nachfolgenden Erkenntnisse basieren daher auf den Meldungen der örtlich zuständigen Staatsschutzzstellen der bayerischen Polizei, die dem Bayerischen Landeskriminalamt (BLKA) im Zuge des kriminalpolizeilichen Meldedienstes die Fälle politisch motivierter Kriminalität übermitteln und in einer Datenbank speichern.

Der Großteil der Delikte kann nur auf Bezirksebene für Mittelfranken und nicht für den Landkreis Roth (Kommunalebene) ausgezählt werden. Entsprechend wurden jene Daten für den

Landkreis Roth bei der Pressestelle des Polizeipräsidiums Mittelfranken erfragt, die sich kooperativ zeigte und einige Daten zur Verfügung stellen konnte.

„Der PMK werden neben den sog. ‚echten‘ Staatsschutzdelikten, z. B. §§ 86a (u. a. Zeigen des ‚Hitlergrußes‘) und 130 StGB (Volksverhetzung), auch Delikte zugeordnet, bei denen in Würdigung der Tatumstände und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine politische Motivation für die Tatbegehung gegeben war“ (Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 17).

Infolgedessen können viele Delikte wie Körperverletzung, Sachbeschädigung oder auch Beleidigung politisch motiviert sein. Zudem wird in der PMK zwischen „links“, „rechts“, „ausländischer Ideologie“, „religiöser Ideologie“ und „sonstiger Zuordnung“ unterschieden (vgl. Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 17).

Die Anzahl der Straftaten für Mittelfranken verringerte sich von 2023 auf 2024 um 8 %; gleichzeitig verringerte sich auch die Aufklärungsquote minimal um 1,7 Prozentpunkte. Letztere befindet sich dennoch oberhalb des bayernweiten Durchschnittswerts von 64,9 % (vgl. Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 18 f.). Die gleichen Trends lassen sich für den Landkreis Roth ableiten. Während die Straftaten von 2023 auf 2024 abnahmen, sank auch die Aufklärungsquote derselben.

Tabelle 2: Kriminalität im Allgemeinen

	Straftaten ⁵ insgesamt		Aufklärungsquote		Häufigkeitszahl	
	2023	2024	2023	2024	2023	2024
Mittelfranken	82.523	75.898	67,8 %	66,1 %	4.570	4.184
Landkreis Roth	3.437	3.068	65,1 %	63,8 %	2.671	2.367

Quelle: Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 18 ff.

Die Häufigkeitszahl (HZ) ist ein Gradmesser für die Kriminalitätsbelastung einer Region und misst die bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder auch innerhalb einzelner Arten von Delikten auf 100.000 Einwohner/-innen einer Region. Für Mittelfranken kann erneut konstatiert werden, dass diese um 8,4 % zum Vorjahr sank. Auch hier liegt die Zahl (4.184) unterhalb des bayerischen Durchschnitts (4.218). Die Häufigkeitszahl der Kriminalitätsbelastung für den Landkreis Roth liegt bei 2.367, sodass dieser nach dem Landkreis Fürth (2.107) und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt (2.229) die dritt niedrigste Kriminalitätsbelastung im Bezirk Mittelfranken aufweist (Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 18 ff.).

Politisch motivierte Kriminalität

2024 wurden in Mittelfranken 1.090 politisch motivierte Straftaten, davon 34 Gewaltdelikte, erfasst. Entsprechend hat sich die Anzahl der Delikte im Vergleich zum Vorjahr (2023: 1.099) marginal verringert (– 0,8 %). Zudem erhöhte sich die Aufklärungsrate mit 52,7 % zum Vorjahr (47,5 %) (Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 34 ff.).

Im Phänomenbereich „Rechts“ wurden 2024 insgesamt 494 Straftaten für Mittelfranken, darunter 17 Gewaltdelikte, und somit 104 mehr als im Vorjahr registriert (+ 26,7 %).

⁵ Die Fallzahlen (Aufklärungsquote, Häufigkeitszahl etc.) werden von der Flüchtlings- und Zuwanderersituation beeinflusst und zum Teil verzerrt. Dabei handelt es sich vorrangig um Delikte, die juristisch nur von Nichtdeutschen begangen werden können (z. B. illegale Einreise/Aufenthalt). Infolgedessen entsprechen die nachfolgenden Daten Fallzahlen ohne ausländerrechtliche Verstöße, die somit etwas geringer ausfallen (vgl. Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 17 f.).

Der Mittelwert der letzten fünf Jahre liegt bei 366 Straftaten, was einen steigenden Trend erkennen lässt. Hingegen sank die Aufklärungsquote von 57,7 % im Jahr 2023 auf 51,8 % im Jahr 2024. Auch für den Landkreis Roth zeigt sich eine Zunahme der Straftaten im rechten Spektrum von 35 auf 49 Fälle. Der gleiche Trend zeigt sich für den Phänomenbereich „Links“, wobei die Anzahl an Straftaten mit 4 Fällen im Jahr 2023 und 6 im Jahr 2024 deutlich geringer ist. In Mittelfranken sind die Zahlen hinsichtlich linker Straftaten sogar rückläufig. Insgesamt wurden 2024 86 Straftaten weniger registriert als 2023 (siehe Tabelle 3), was einer Reduzierung um 42,6 % entspricht. Zudem wurden auch nur 2 Gewaltdelikte im Jahr 2024 (6 im Jahr 2023) erfasst. Hier liegt der Median der letzten 5 Jahre bei 157 Delikten.

Tabelle 3: Politisch motivierte Kriminalität

Straftaten des Phänomenbereichs „...“											
	Rechts		Links		Ausländische Ideologie		Religiöse Ideologie		sonstige Zuordnung		
	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	
Mittelfranken	390	494	202	116	64	77	44	47	399	408	
LK Roth	35	49	4	6	6	2	3	1	31	27	

Quelle: Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 35 ff.; Pressestelle des Polizeipräsidiums Mittelfranken, persönliche Kommunikation, 23.09.2025.

Schwerpunkte im Phänomenbereich „Rechts“ stellen das öffentliche Zeigen und Rufen verbotener Parolen oder das Verbreiten von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (Propagandadelikte) und Volksverhetzung dar. Bei den Gewaltdelikten handelt es sich vorrangig um Körperverletzungsdelikte. Nicht selten berichten lokale Tages- und Wochenzeitungen über extreme, häufig rechtsextreme Vorfälle sowie Aktionen im Landkreis Roth. So fragte sich die Autorin eines Artikels von NN.de, ob es nur reiner Zufall ist, dass ein Mitglied eines Reservistenvereins, also eines Zusammenschlusses ehemaliger Soldat/-innen, im Raum Roth-Schwabach auf einem Ehrungsfoto einen Hoodie mit dem rechtsextrem bekannten Label NSD trägt. NSD (Neuer Deutscher Standard) ist ein Rap-Label, welches für rechtsextreme Texte und Tendenzen bekannt ist (vgl. NN.de 2025a).

Schwerpunkte der linken Szene in Mittelfranken sind Aktionen gegen die Partei AfD. Dies impliziert Gegenversammlungen bei Versammlungen rechter Aktivist/-innen, Übergriffe auf Infostände während des Wahlkampfes, Diebstahl oder Sachbeschädigung an Wahlplakaten, die Veröffentlichung privater Daten von Parteifunktionären sowie Sachbeschädigungen an deren Wohnhäusern und Fahrzeugen (Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 34 ff.).

Die folgende Tabelle 4 zeigt zudem die Beteiligten der rechten und linken Szene in Mittelfranken, wovon sie geprägt sind und ihre Verbreitung.

Tabelle 4: Kurze Zusammenfassung der „linken“ und „rechten“ Szene

	„linke“ Szene	„rechte“ Szene
Beteiligte	<ul style="list-style-type: none"> • nicht gewaltbereite Personen • gewaltbereite linksextreme/ autonome Aktivist/-innen 	Einzelne Mitglieder der Parteien <ul style="list-style-type: none"> • „Die Heimat“ (ehemals NPD) • „Der III. Weg“
Geprägt von:	<ul style="list-style-type: none"> • Antifaschismus • Kampf gegen den Staat • Ablehnung des Kapitalismus und der Globalisierung • Instrumentalisierung von revolutionären Zielen 	<ul style="list-style-type: none"> • Nationalismus • Rassismus • Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus • Demokratie- und Fremdenfeindlichkeit
Ausbreitung durch:	<ul style="list-style-type: none"> • Versammlungen bzw. Gegenversammlungen zu Versammlungen rechter Aktivist/-innen • Bundesweite Vernetzung 	<ul style="list-style-type: none"> • Regelmäßige öffentliche Versammlungen • Rechtsextremes Gedankengut innerhalb von Chatgruppen und in den sozialen Medien

Quelle: Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 34 ff.

Neben rechten und linken Straftaten gibt es in der Bewertung der Straftaten durch die Polizeipräsidien auch die Kategorien ausländische Ideologie, religiöse Ideologie und sonstige Zuordnung. Grundsätzlich gibt es thematische Überschneidungen im Phänomenbereich „ausländische Ideologie“ und dem Bereich „Links“, hinsichtlich bspw. Solidaritätskundgebungen für Opfer von Bürgerkriegen oder politischen Gefangenen. Von den 77 Delikten, die der ausländischen Ideologie zugeordnet wurden, entsprachen 7 Gewaltstraftaten. Den Großteil des Fallaufkommens im Phänomenbereich „religiöse Ideologie“ stellen Sympathiekundgebungen (Propagandadelikte) mit dem „Islamischen Staat“ und bezüglich des Israel-Palästina-Konflikts dar. Unter den 46 Straftaten gab es allerdings keine Gewaltdelikte. Für den Landkreis Roth kann festgestellt werden, dass jene Straftaten im Jahr 2024 fast nicht registriert wurden (nur ein bzw. 2 Fälle).

Laut dem Polizeipräsidium Mittelfranken zählen Sachverhalte, die nicht eindeutig den anderen Bereichen zugeordnet werden können, zum Phänomenbereich „sonstige Zuordnung“. Dazu zählen auch „Reichsbürgerbewegungen“⁶ oder auch die „Querdenker-Szene“. Von den 357 „sonstigen“ Delikten entsprachen 8 Gewaltstraftaten (vgl. Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 36 f.). Diese Straftaten mit „sonstiger Zuordnung“ konnten wiederum vermehrt im Landkreis Roth beobachtet werden, vermutlich aufgrund der dortigen Reichsbürgerszene. 31 Fälle im Jahr 2023 und 27 Fälle im Jahr 2024 wurden registriert. Auch die Nürnberger Presse hält 2022 fest (NN.de): „Die Szene ist gar nicht so klein: Alleine im Landkreis Roth leben nach Informationen des Landratsamtes 69 sogenannte Reichsbürger, in Schwabach sind es vier“ (Nürnberger Presse 2022). Im selben Jahr wurde auch festgehalten, dass 4 Reichsbürger/-innen Waffen von der Polizei entzogen wurden (vgl. NN.de 2022).

⁶ „Sogenannte ‚Reichsbürger‘ lehnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland strikt ab. Sie sprechen Politik, Justiz und Verwaltung jedwede Legitimation ab und sehen sich als außerhalb der Rechtsordnung stehend an“ (Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 37). „Sog. ‚Querdenke‘ unterstützen eine Protestform, die sich ursprünglich gegen die staatlichen Maßnahmen während der Coronapandemie gerichtet hat und die individuellen Freiheitsrechte sowie das Recht zur Selbstbestimmung besonders betont“ (Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 37).

Die Aktionen der Reichsbürger/-innen im Landkreis fielen jedoch schon deutlich früher auf. Der „Zentralrat souveräner Bürger“, eine zu den Reichsbürger/-innen zählende Gruppierung, hatte sich vor mehr als 15 Jahren (ca. 2008) in Schwanstetten in der „Erbschänke zum Schwan“ eingemietet. Die Mitglieder verneinten die Existenz der Bundesregierung Deutschland und fielen insbesondere durch selbstgebastelte Autokennzeichen auf: Statt „RH“ für Landkreis Roth verwendeten sie ihr eigenes Kürzel „ZSB“ (Zentralrat souveräner Bürger). Hunderte Bürger/-innen wehrten sich gegen die Reichsbürger/-innen und starteten Unterschriftensammlungen. Anschließend wurde das Bündnis „Schwanstetten ist bunt“ ins Leben gerufen, um dieser Gessinnung sowie jeglicher Art von Extremismus entgegenzutreten und vorzubeugen. Etwa 2 Jahre später verschwand der „Zentralrat souveräner Bürger“ offiziell aus Schwanstetten, wenngleich einige Zeit später skurrile Werbevisitenkarten für neue Aktivitäten von Reichsbürger/-innen im Landkreis in Erscheinung traten. Seit 2016 ist der damalige Treffpunkt („Erbschänke zum Schwan“) wieder ein Hotel und Restaurant (vgl. Nordbayern 2016).

Unter all den Aktionen der Reichsbürger/-innenbewegung ist allerdings der tödliche Schusswechsel in Georgensgmünd, bei dem 2016 ein junger Polizist starb, mit Abstand das bekannteste Ereignis im Landkreis.

Dem damaligen Reichsbürger Wolfgang P., einem sportschießenden Jäger und zugleich als unzuverlässig eingestuften Waffenbesitzer, sollten bei einem Polizeieinsatz des SEK seine 31 Schusswaffen, für die er keine Erlaubnis mehr besaß, entzogen werden. Als das Spezialeinsatzkommando sein Wohnhaus betrat, eröffnete der Reichsbürger das Feuer und verletzte vier Beamte. Zwei Polizisten verletzten sich durch Glassplitter, einer durch einen Durchschuss in den Arm und der vierte wurde so schwer verletzt, dass er am Morgen des Folgetages seinen Schussverletzungen erlag. Laut Ermittlungen hatte sich Wolfgang P. auf einen möglichen Polizeieinsatz vorbereitet und vor einem Freund geäußert, er wolle im Ernstfall „ein paar von denen mitnehmen“ (vgl. Der Spiegel 2017; n-tv.de 2017; Süddeutsche Zeitung 2017a; Welt.de 2017).

Wolfgang P. war der Leiter der „WingTsun-Schule für Bewegung - Bewusstheit – Behauptung“ in Georgensgmünd und bezeichnete sich selbst als Unternehmensberater. Laut seinen Nachbarn lebte er „auf großem Fuß“, fuhr einen Sportwagen, zahlte aber nicht die Kfz-Steuer, was typisch für selbst ernannte Reichsbürger/-innen ist, da sie die Behörden meist nicht anerkennen. Im Januar 2016 habe er seinen Personalausweis abgeben und seine Staatsbürgerschaft aufgeben wollen. Wolfgang P. sei wegen seiner Ansichten zwar aufgefallen, aber laut Bürgermeister Ben Schwarz habe es keinen Anlass zur Besorgnis gegeben. Nach der Ansicht der Nürnberger Rechtsextremismus-Expertin Birgit Mair war Wolfgang P. allerdings ein „extrem Rechter“. So war er befreundet mit einem Redner und Organisator von der extremistisch eingestuften Gruppe Pegida Nürnberg und auch in seinem Facebookprofil waren antisemitische Andeutungen sowie Verschwörungstheorien über bspw. Juden und Jüdinnen enthalten. Darüber hinaus teilte er eine Fotomontage, „auf der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), weitere Mitglieder der Bundesregierung sowie Bundespräsident Joachim Gauck auf einer Anklagebank sitzen. Darüber steht: Schuldig - hängen!“ (Bayerische Staatszeitung 2016).

Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth er hob im April 2017 Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung, versuchten Mordes und schließlich Mordes. Im Oktober 2017 wurde Wolfgang P. zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt (vgl. Bayerische Staatsregierung 2017; n-tv.de 2017; Süddeutsche Zeitung 2017).

Die Tat hatte bundesweite politische und gesellschaftliche Reaktionen zur Folge. Die Diskussion um die waffenrechtliche Kontrolle sogenannter Reichsbürger/-innen wurde intensiviert und Hunderte Reichsbürger/-innen wurden entwaffnet bzw. auf ihre Waffenscheine und Besitzkarten überprüft. Allein im Jahr 2022 entzogen die Sicherheitsbehörden bis Mitte des Jahres den Reichsbürgern/-innen in Bayern 911 Schusswaffen. Insgesamt ginge es dabei um 477 Waffenerlaubnisse (vgl. Bayerische Staatszeitung 2022). Dem Antrag der PFD zufolge besteht die Gefahr des Waffenbesitzes bei vielen Reichsbürger/-innen im Landkreis weiterhin.

Ende 2021 berichtete die Presse über Corona-Leugner/-innen in Roth, die gegen die Corona-Schutzmaßnahmen demonstrierten. Insbesondere rechtsradikale Parteien und Gruppen riefen zur Teilnahme auf. Diesen „Spaziergang“ wohnte auch Enriko Kowsky, ein bekanntes Gesicht der Pegida-Bewegung, bei, der die Diskussionen zwischen dem CSU-Bürgermeisterkandidaten und den Demonstrant/-innen filmte, sich darüber lustig machte und diese schließlich im Internet verbreitete (vgl. Nordbayern 2021).

Generell nutzten Rechtsradikale, Verschwörungstheoretiker/-innen und auch Reichsbürger/-innen die Corona-Pandemie und mischten sich unter die Gegner/-innen der Corona-Schutzmaßnahmen. Es tauchten „blutige“ Schreiben mit blutroten Fingerabdrücken in Kommunalverwaltungen (z. B. Hilpoltsteiner Rathaus) und Schulen (z. B. Hilpoltsteiner Grundschule) auf, in denen der/die Verfasser/-in drohte, dass die Einrichtungen „in die unbegrenzte private Haftung“ genommen werden, „die der Verfasser und seine Gemeinschaft durchzusetzen weiß“, sofern sie sich nicht gegen die Corona-Schutzmaßnahmen auflehnen. Diese Aktion wurde sowohl von Schulen als auch von Behörden ernst genommen und an die höheren Instanzen (Schulamt Roth und Regierung Mittelfranken) sowie an die Polizei weitergeleitet. Auch das Allersberger Rathaus erhielt ein fünfseitiges Schreiben und ein Buch mit dem Titel „Chronik einer angekündigten Krise“, in welchem der/die Verfasser/-in vor einer zunehmenden Digitalisierung warnte (vgl. Nordbayern 2021a).

Erst im Februar 2024 versuchte sich erneut eine Untergruppierung der Reichsbürgerbewegung „Königreich Deutschland“ in Mittelfranken zu etablieren. Sie hielten ein Seminar für Systemaussteiger/-innen in einem Lokal in Hilpoltstein ab⁷, allerdings ohne sich vor den Restaurantbetreiber/-innen als Reichsbürger/-innen zu erkennen zu geben (vgl. NN.de 2024). Kurz darauf wurden sie schließlich verboten, da sie in Roth und im Umkreis auffielen (vgl. NN.de 2025).

Aufgrund dieser und ähnlicher Beobachtungen stellen sich einige Politikwissenschaftler/-innen, Journalist/-innen und die Zivilbevölkerung die Frage, warum Reichsbürgerbewegungen und die Querdenker/-innen-Szene nicht eher dem „rechten“ Phänomenbereich zugeordnet werden. Der Grund dafür liegt in der Heterogenität (ideologischen Uneinheitlichkeit) dieser Gruppierungen. Während einige Anhänger/-innen sicherlich rechtsextreme Ansichten vertreten, sind viele weitere eher verschwörungsideologisch, esoterisch oder staatskritisch motiviert, allerdings ohne klar erkennbare rechtsextreme Motive (Rassismus, Nationalismus oder Antisemitismus). Ferner bewerten die Sicherheitsbehörden politisch motivierte Straftaten tat- und personenbezogen und nicht pauschal nach einer Gruppenzugehörigkeit. Wenn eine konkrete Tat oder der Täter/-in eine rechtsextremistische Motivation erkennen lässt, wird der Fall dem Bereich „PMK – rechts“ zugeordnet. Begeht ein(e) Reichsbürger/-in eine Tat aus einem nachweislich rassistischen oder nationalsozialistischen Motiv oder ruft ein/-e Querdenker/-in zum Umsturz auf und verbreitet NS-Vergleiche, erfolgt die Einordnung ebenfalls im „rechten“ Phänomenbereich, auch wenn es sich um Reichsbürger/-innen oder Querdenker/-innen handelt. Die bestehende Kategorisierung dient der präzisen statistischen Erfassung und soll ein möglichst genaues Bild der sicherheitsrelevanten Lage vermitteln. Nichtsdestotrotz wird sie von einigen Expert/-innen kritisiert, da sie befürchten, dass dadurch rechtsextreme Tendenzen innerhalb dieser Szenen verharmlost oder statistisch verschleiert werden könnten (vgl. BKA 2024; Bundesregierung 2023; Telepolis 2021).⁸

⁷ Dieser Vorfall wurde auch von der Partnerschaft für Demokratie im Antrag auf Bundesförderung zur Begründung der Notwendigkeit herangezogen.

⁸ Dementsprechend ist die Übernahme der Kategorien der Polizeipräsidien kritisch zu betrachten. Allerdings ist dies notwendig, um Daten zur Situation im Landkreis zu besitzen.

Auch wenn sich Reichsbürger/-innen und Rechtsextreme im Landkreis versuchen zu formieren, gibt es einige Bündnisse wie „Kein Raum der AfD“, „Greding ist bunt“ und „Bündnis Nazi-stop“, die sich wehren und bspw. gemeinsam im Dezember 2024 gegen die Aufstellungsversammlung der bayerischen AfD im „Hippodrom“ in Greding protestierten. Sie starteten am frühen Morgen eine Kundgebung an der Industriestraße und ließen später einen Demonstrationszug am Tagungsort der AfD vorbeiziehen und in die Stadt hineinlaufen (vgl. NN.de 2024a; NN.de 2024b).

Abschließend wird kurz das Themenfeld der Hasskriminalität aufgegriffen. Dieses beinhaltet die Straftaten aus allen verschiedenen Phänomenbereichen. „Zahlreiche Straftaten PMK „Rechts“ fallen aufgrund ihres Modus Operandi unter die Hasskriminalität“ (Polizeipräsidium Mittelfranken 2025, S. 36). Sofern sich die Einstellung oder Tat des Täters oder der Täterin gegen eine Person oder Gruppierung richtet, und diese aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, ihres sozialen Status, einer Behinderung/Beeinträchtigung, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen und Geschlechtsidentität, oder ihres äußeren Erscheinungsbildes diskriminiert wird, gehört die Handlung ebenfalls zu Hasskriminalität. 294 politisch motivierte Straftaten wurden im Themenfeld Hasskriminalität im Jahr 2024 für Mittelfranken registriert, was einen Anstieg um 17,6 % zum Vorjahr 2023 (250 Delikte) bedeutet.

Ein Vorfall ereignete sich im Raum Hilpoltstein. Dabei wurden mehrere Männer bei fingierten Treffen geschlagen und ausgeraubt. Laut Pressemitteilung der Polizei Bayern haben sich männliche Jugendliche (im Alter von 16 bis 18 Jahren) online über ein Kleinanzeigenportal mit älteren Männern zu Sexdates verabredet. Die Jugendlichen lauerten ihren Opfern auf. Diese wurden geschlagen und getreten sowie zum Teil mit Pfefferspray und Elektroschockern angegriffen. Zudem mussten sie den Tätern ihre Wertgegenstände aushändigen. Einige erlitten schwere Verletzungen, die zu einem Krankenhausaufenthalt führten. „Das hier beschriebene Phänomen kursiert derzeit unter anderem unter dem Namen ‚Pedo-Hunting‘ auf verschiedenen Social-Media Plattformen“ (Die Bayerische Polizei 2025), wenngleich dem Bericht der bayerischen Polizei nicht zu entnehmen war, ob die erwachsenen Männer über das Alter der Jugendlichen informiert waren. Ein Kommentar einer der Teilnehmenden der Onlineumfrage zu diesem Vorfall lautete: „Schrecklich waren die letzten Überfälle gegen schwule Männer in Hilpoltstein. Die Gesellschaft, aber auch Politik muss sich deutlich für Respekt und Toleranz äußern. Gewalttaten müssen auf das schärfste verurteilt werden und mit allen Rechtsmitteln verfolgt und bestraft werden.“ (Person aus Onlineumfrage).

5. Auswertung der eigenen Erhebungen

5.1. Hintergrund und Stichprobe der Erhebungen

In den folgenden zwei Abschnitten werden die eigenen Erhebungen (Onlinebefragung, Einzelinterviews und Gruppendiskussion) beschrieben und die Ergebnisse dargestellt.

Bei der Interpretation der in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die Teilnahmebereitschaft an Befragungen in der Regel mit bestimmten individuellen Merkmalen, Einstellungen und Interessen der Teilnehmenden korreliert. Es ist daher nicht auszuschließen, dass sich überdurchschnittlich häufig Personen an der Erhebung beteiligt haben, die ein besonderes Interesse an den Themen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ – etwa Demokratieförderung, Vielfaltssicherung oder Extremismusprävention – aufweisen oder die selbst demokratifeindliche Vorfälle beobachtet bzw. erlebt haben. Umgekehrt ist anzunehmen, dass Personen ohne entsprechende Erfahrungen oder inhaltliche Bezüge seltener zur Teilnahme motiviert waren. Darüber hinaus war die Zahl der Befragten begrenzt. In Kombination mit der potenziellen Selbstselektion der Teilnehmenden kann dies zu Verzerrungen in der Datengrundlage führen, die bei der Interpretation der Ergebnisse entsprechend reflektiert werden müssen.

5.1.1. Onlinebefragung

Vom 24. Juni 2025 bis zum 31. Juli 2025 war es allen Personen aus dem Landkreis Roth möglich, an der Onlineumfrage teilzunehmen. Insgesamt wurden die Antworten von 780 Personen erfasst. Die Fallzahl unterscheidet sich zwischen den einzelnen Fragen, da nicht alle Personen alle Fragen beantworten konnten (aufgrund von Filterfragen) oder auch nicht wollten. Um eine übersichtliche Darstellung zu erreichen, werden die fehlenden Werte (Missings) in den Grafiken nicht ausgewiesen.

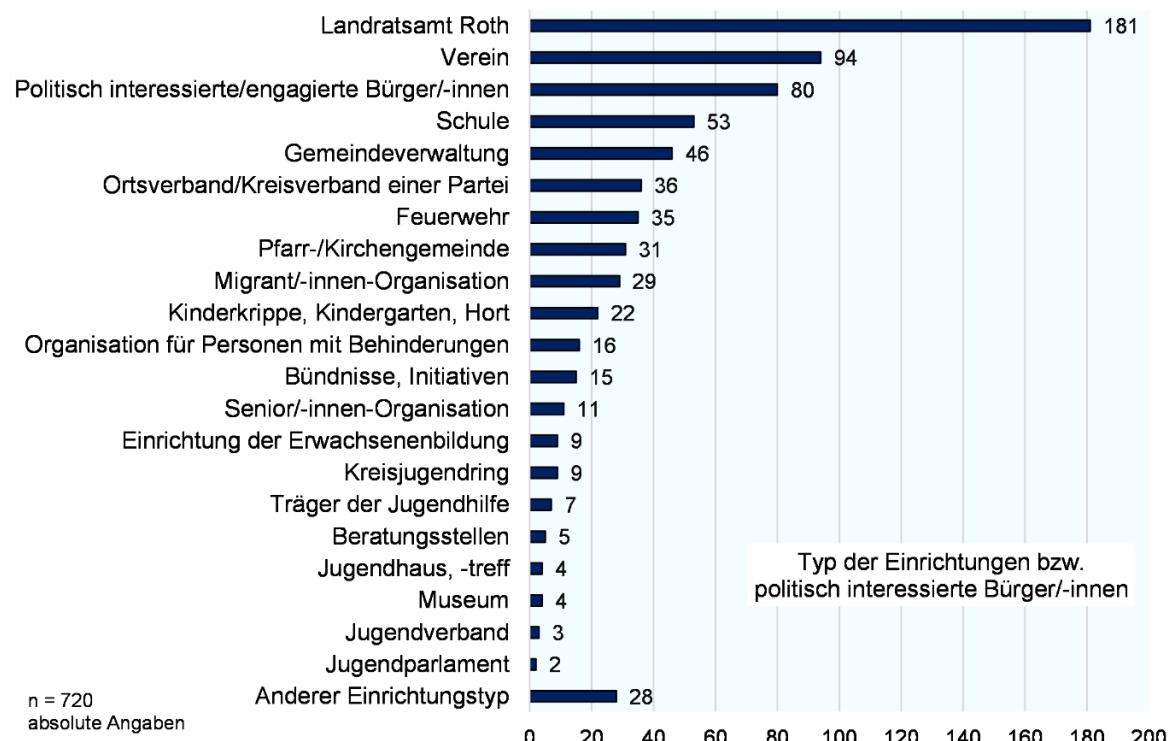
Die Onlinebefragung richtete sich an relevante Akteur/-innen aus den unterschiedlichsten Einrichtungen und Initiativen sowie an politisch interessierte und engagierte Bürger/-innen des Landkreises Roth.

Abbildung 13 zeigt die entsprechende Verteilung der Teilnehmenden. 181 (25,1 %) können dem Landratsamt Roth zugeordnet werden. Weitere 94 Personen sind Vertreter/-innen aus Vereinen (13,1 %). Dazu zählen bspw. Musik- und Sportvereine und auch Vereine wie die Tafel, AWO und Fube. Auf dem 3. Platz befinden sich politisch interessierte und engagierte Bürger/-innen aus dem gesamten Landkreis Roth (11,1 %). Zudem haben sich 53 Personen (7,4 %), die an Schulen tätig sind, und 36 Personen (5,0 %), die einem Ortsverband bzw. Kreisverband einer Partei angehören, an der Umfrage beteiligt.

Nur wenige stammen aus dem Jugendparlament und -verband sowie aus Museen und Jugendtreffs.

Die 28 Befragten, die als „Sonstige“ zählen, sind Personen aus sehr unterschiedlichen Einrichtungen wie: Beratungsteam Pflegeausbildung Bayern, BfZ (2x), Bildungsträger, DGB Roth/Schwabach Gemeinnütziger Verein, Gesundheitsamt, Jobcenter, Kreistag, Kunst und Kultur, Oldtimerfreunde/Schlepper, Praxis für Heilpädagogik, Repair Café (4x), Senioren- und Nachbarschaftshilfe (2x), Unternehmerfabrik Landkreis Roth GmbH oder von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen.

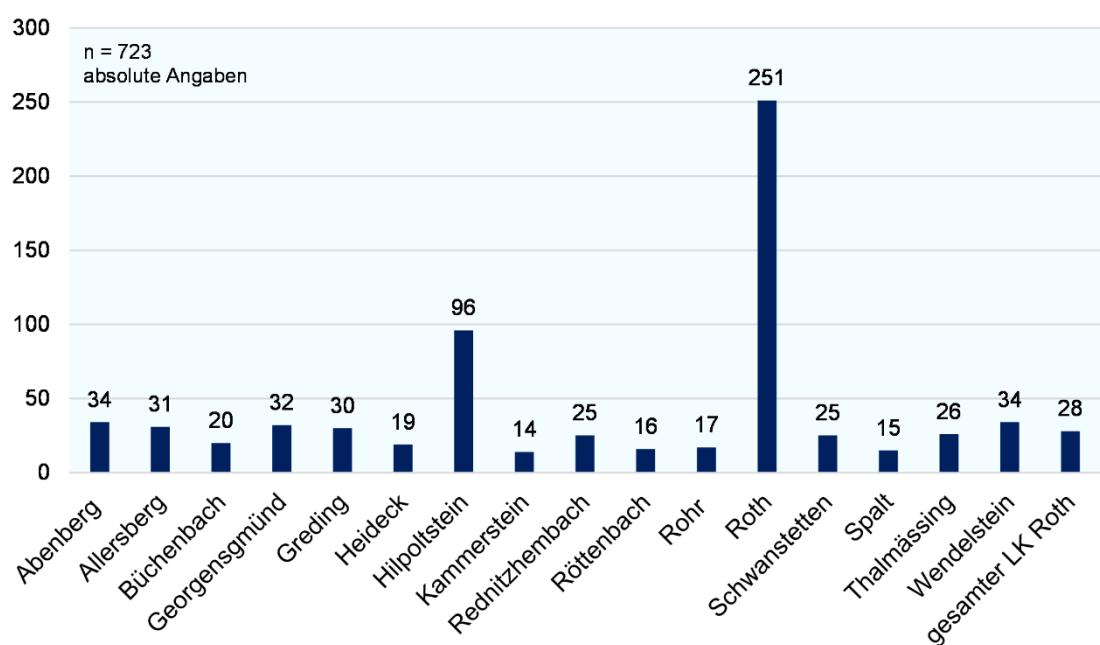
Abbildung 13: Typ der Einrichtung der Befragten



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Im Hinblick auf die Regionen haben, wie aus Abbildung 14 ersichtlich ist, die meisten Akteur/-innen bzw. Bürger/-innen aus der Stadt Roth (251, 34,7 %) an der Umfrage teilgenommen.

Abbildung 14: Wo im Landkreis Roth liegt Ihre Institution? Für politisch interessierte Bürger/-innen: Wo im Landkreis Roth wohnen Sie?



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Die zweitmeisten Personen haben aus der Gemeinde Hilpoltstein teilgenommen (96, 13,3 %). Darauf folgen die restlichen Gemeinden mit einer Beteiligung zwischen 2 % und 5 % (siehe Abbildung 14). Es wird deutlich, dass aus Kammerstein, Spalt, Röttenbach, Rohr und Heideck die wenigsten Umfrageteilnehmer/-innen gewonnen werden konnten.

Wie sich die Verteilung der verschiedenen Einrichtungen (bspw. Vereine, Feuerwehr etc.) und politisch interessierter Bürger/-innen auf die einzelnen Gemeinden gestaltet, ist Tabelle 5 zu entnehmen. Da der Großteil der Täglichen im Landratsamt Roth die Stadt Roth bzw. den gesamten Landkreis Roth als Standort angab, wurde diese nicht in die Tabelle aufgenommen. Weiterhin werden nur die politisch interessierten Bürger/-innen und Personen aus Einrichtungen/Initiativen betrachtet, bei denen eine vergleichsweise hohe Anzahl an Personen an der Befragung teilgenommen hat, um verlässliche Aussagen treffen zu können. Dies sind somit Personen aus Vereinen, Schulen, Gemeindeverwaltungen, Orts- bzw. Kreisverbänden einer Partei, von der Feuerwehr und aus den Pfarr- und Kirchengemeinden.

Tabelle 5: Verteilung der Einrichtungen nach ihrem Standort (Zeilenprozente)

Standort/Einrichtungen/Initiativen	Vereine	Bürger/-innen	Schule	Gemeindeverwaltung	Parteimitglieder	Feuerwehr	Pfarr- und Kirchengemeinde
Abenberg (n = 34)	26,5 %	17,8 %	0 %	8,8 %	5,9 %	11,8 %	5,9 %
Allersberg (n = 31)	22,6 %	16,1 %	9,7 %	6,5 %	5,9 %	0 %	6,5 %
Büchenbach (n = 20)	10,0 %	10,0 %	10,0 %	25,0 %	5,0 %	5,0 %	10,0 %
Georgensgmünd (n = 32)	21,9 %	9,4 %	18,8 %	3,1 %	0 %	6,3 %	6,3 %
Greding (n = 29)	13,8 %	3,5 %	6,9 %	6,9 %	3,5 %	10,3 %	0 %
Heideck (n = 18)	5,6 %	27,8 %	5,6 %	0 %	11,1 %	0 %	5,6 %
Hilpoltstein (n = 93)	10,8 %	17,2 %	4,3 %	12,9 %	6,5 %	0 %	3,2 %
Kammerstein (n = 14)	7,1 %	0 %	0 %	14,3 %	28,6 %	7,1 %	21,4 %
Rednitzhembach (n = 25)	8,0 %	12,0 %	16,0 %	0 %	8,0 %	4,0 %	12,0 %
Rohr (n = 17)	23,5 %	23,5 %	0 %	11,8 %	5,9 %	11,8 %	23,5 %
Roth (n = 248)	8,5 %	6,1 %	7,7 %	2,0 %	3,6 %	1,6 %	2,4 %
Röttenbach (n = 16)	12,5 %	25,0 %	6,3 %	12,5 %	18,8 %	0 %	0 %
Schwanstetten (n = 25)	12,0 %	8,0 %	8,0 %	12,0 %	4,0 %	28,0 %	0 %
Spalt (n = 14)	28,6 %	21,4 %	7,1 %	0 %	7,1 %	0 %	0 %
Thalmässing (n = 25)	16,0 %	8,0 %	8,0 %	4,0 %	4,0 %	24,0 %	0 %
Wendelstein (n = 34)	23,5 %	17,7 %	8,8 %	14,7 %	0 %	8,8 %	5,9 %

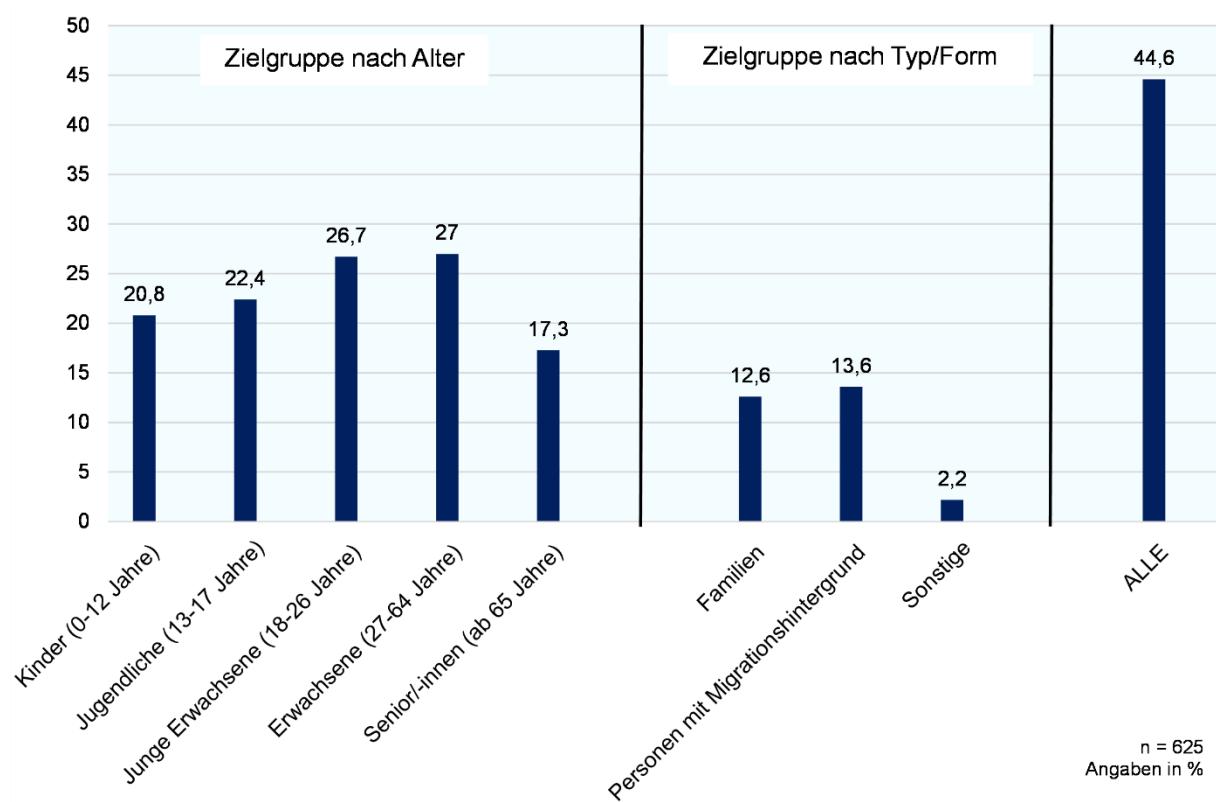
Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Die Tabelle 5 ist folgendermaßen zu interpretieren: Der Großteil der Umfrageteilnehmer/-innen aus Abenberg, Allersberg, Spalt und Wendelstein sind politisch interessierte Bürger/-innen oder stammen aus Vereinen. Viele Proband/-innen aus Büchenbach oder auch Hilpoltstein sind in der Gemeindeverwaltung tätig. Aus Greding nahmen hingegen eher politisch interessierte Personen und Menschen aus der Feuerwehr an der Umfrage teil. Um ein abschließendes Beispiel zu nennen: Der Großteil der Befragten aus Kammerstein entspricht Parteimitgliedern oder gehört einer Pfarr- bzw. Kirchengemeinde an.

Dieser erste Fragenblock, der den Typ der Einrichtung/Initiative und den Ort beinhaltete, schloss mit der Frage nach der Zielgruppe der Einrichtungen und Initiativen.

Beinahe die Hälfte (44,6 %) wählte die Antwortoption „Die Zielgruppe umfasst jegliche Personen“. Vor allem die Gemeindeverwaltungen (78,3 %), Museen (75,0 %), Bündnisse und Initiativen (66,7 %), Pfarr- und Kirchengemeinden (64,5 %), Orts- bzw. Kreisverbände von Parteien (52,8 %) und Vereine (55,3 %) richten sich also an alle Personen jeden Alters und Geschlechts und an Menschen mit sowie ohne Migrationshintergrund oder Behinderungen.

Abbildung 15: Zielgruppe der Einrichtungen und Initiativen



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Der Anteil der Befragten, deren Angebote sich nur an Erwachsene oder junge Erwachsene richten, beträgt 27 % bzw. 26,7 %. Kinder und Jugendliche sind mit 20,6 % und 22,4 % als ausschließliche Zielgruppe der Einrichtungen am dritt- und viertstärksten in dieser Stichprobe vertreten. Demgegenüber werden Senior/-innen weniger häufig adressiert, auch Familien und Personen mit Migrationshintergrund stellen selten die ausschließliche Zielgruppe dar (siehe Abbildung 15).

Die 14 Personen, die hier die Kategorie „Sonstige“ wählten, nannten ähnliche Personengruppen wie z. B. Geflüchtete und Asylbewerber/-innen oder auch Menschen mit Behinderungen als Zielgruppe ihrer Einrichtung.

5.1.2. Einzelinterviews und Gruppendiskussion

Die qualitative Datengrundlage der S&R-Analyse für den Landkreis Roth umfasst fünf Einzelinterviews. Diese erfolgten mit einer Person, die im Kreisjugendring tätig ist, zwei Vertreter/-innen von Bürger/-innenbündnissen, einer Schulleitung und einer engagierten Pfarrperson.

Am 17. September 2025 erfolgte außerdem eine Gruppendiskussion. In der ersten Phase dieser referierte Marian Hummel, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Politische Bildung an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, über politische Begriffe wie Demokratie und Partizipation sowie die Ergebnisse der jüngsten Shell-Studie⁹. In der zweiten Phase der Gruppendiskussion sind die Teilnehmer/-innen der Frage nachgegangen, was die aktuellen Herausforderungen im Landkreis Roth sind, welche Probleme priorisiert werden sollten und welche Maßnahmen aus ihrer Sicht adäquat erscheinen.

Die Herausforderungen, welche die Teilnehmenden in den Interviews sowie der Onlinebefragung im Landkreis identifizieren, werden in den folgenden Abschnitten dargestellt. Bei direkten Zitaten aus den Interviews folgt die Zeichensetzung nicht den Regeln der deutschen Rechtschreibung, sondern spiegelt die Pausen des Sprechens und das Senken der Stimme der Interviewpartner/-innen wider.

5.2. Beantwortung der Forschungsfragen

Die Lage innerhalb des Landkreises in Bezug auf die Ziele des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen) wird von den Interviewpartner/-innen unterschiedlich eingeschätzt. Die meisten erwähnen Gefährdungen für die Demokratie. Gleichzeitig überwiegen die Akteur/-innen, die sich für die Demokratieförderung einsetzen, jedoch aus ihrer Sicht gegenüber gegenläufigen Tendenzen: „weil wir eben viele Mitstreiter haben die auch sich für Demokratie stark machen. Sei es im Landratsamt oder in den Gemeindeverwaltungen bei uns im Landkreis. Ähm also die rechten Kräfte haben hier noch nicht so den großen Auftrag wie vielleicht in anderen Landkreisen“ (Person aus dem Kreisjugendring: Z. 7 ff.).

Die Akteur/-innen nehmen außerdem an, dass auch innerhalb der Zivilgesellschaft demokratisches Engagement erfolgen würde, sobald die Bürger/-innen die Demokratie in Gefahr sehen. Dieses Bewusstsein, dass sich demokratifeindliche Tendenzen im Landkreis entwickeln, besteht laut einer interviewten Person jedoch im Landkreis nicht überall und muss daher geschaffen werden. So wird z. B. von der interviewten Schulleitung betont, dass sich die Situation im Landkreis jederzeit auch umkehren könnte und sich erste diesbezügliche Entwicklungen andeuten. So werden rechtsextreme Äußerungen teils bereits von den Kindern an ihrer Schule reproduziert. Die interviewte Pfarrperson sieht dies ähnlich und hält als Maßnahme dazu fest, dass es wichtig wäre, „die Begeisterung für unsere Gesellschaftsform auch immer wieder zu nähren weil ähm die ähm geht natürlich auch verloren durch bestimmte Faktoren.“ (Pfarrperson: Z. 20 f.).

⁹ Ein Schwerpunkt der Shell-Jugendstudie ist das politische Interesse und Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 25 Jahre. Zudem hatte die aktuelle Ausgabe von 2023 einen besonderen Fokus auf das Vertrauen in die Demokratie, das Gefühl gesellschaftlicher Spaltung, die Klimakrise, den Krieg in Europa (Ukraine) und die Folgen der Corona-Pandemie (vgl. Albert et al. 2024).

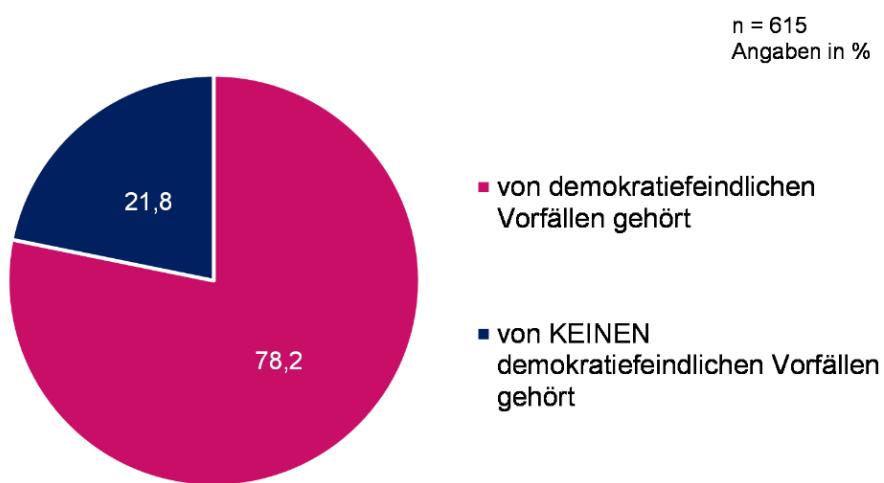
Eine interviewte Person aus einem Bürger/-innenbündnis schätzt die Lage im Landkreis angesichts der Vielzahl an aus ihrer Sicht demokratiefeindlichen Wähler/-innen bereits jetzt als herausfordernd ein: „Aber das ist ja wiederum nicht nur ein Landkreis Roth-Problem, sondern wahrscheinlich ein bundesweites Problem und leider längst nicht mehr nur so ein Ostdeutschland-Problem.“ (Person aus einem Bürger/-innenbündnis: Z. 13 ff.).

5.2.1. Problemlagen vor Ort

In den Interviews und auch in der Onlineumfrage wurden von den Teilnehmenden verschiedene Problemlagen angesprochen, die die Situation im Landkreis betreffen. Zu Beginn wurden die Proband/-innen nach demokratiefeindlichen Vorfällen und Angriffen der letzten 3 Jahre im Landkreis Roth befragt, von denen sie gehört haben. Das bedeutet, dass sie jene Vorfälle oder Angriffe auch selbst gesehen oder erlebt haben könnten. Die Befragten konnten aus einer umfassenden Liste mit 17 potenziellen Vorfällen sowie der Antwortoption „Nichts davon ist mir bekannt bzw. vorgefallen“ auswählen.

Es haben 615 der insgesamt 780 Proband/-innen diese Frage beantwortet. Innerhalb der letzten 3 Jahre haben nur knapp 22 % der Befragten weder etwas gehört, gesehen noch erlebt, während somit über 78 % der Akteur/-innen oder politisch interessierten Bürger/-innen von solchen Vorfällen berichten.

Abbildung 16: Häufigkeit demokratiefeindlicher Vorfälle oder Angriffe



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Der am häufigsten geäußerte demokratiefeindliche Vorfall entspricht der Verbreitung von Verschwörungsiedeologien (53 %). Der Großteil der Einrichtungen, insbesondere Bündnisse/Initiativen (84,6 %), Parteimitglieder (76,5 %), Organisationen von/für Personen mit Behinderungen (73,3 %), Tätige in der Gemeindeverwaltung (64,9 %), Vereine (54,7 %), Landratsamt Roth (53 %) und Schulen (51,2 %), äußert diese Art des Vorfalls.

Wie in Abbildung 17 deutlich wird, sind weitere häufig genannte Vorfälle extremistische Äußerungen (41,3 %), Zerstörung von Gegenständen oder Inventar (36,8 %), rassistische Handlungen (35,9 %) und diskriminierende Handlungen aufgrund des Aussehens (30,4 %). Zudem berichtet jede 4. bis 5. Person von sexistischen und queerfeindlichen Handlungen sowie von physischer Gewalt gegenüber anderen Personen.

Abbildung 17: Häufigkeit demokratiefeindlicher Vorfälle oder Angriffe

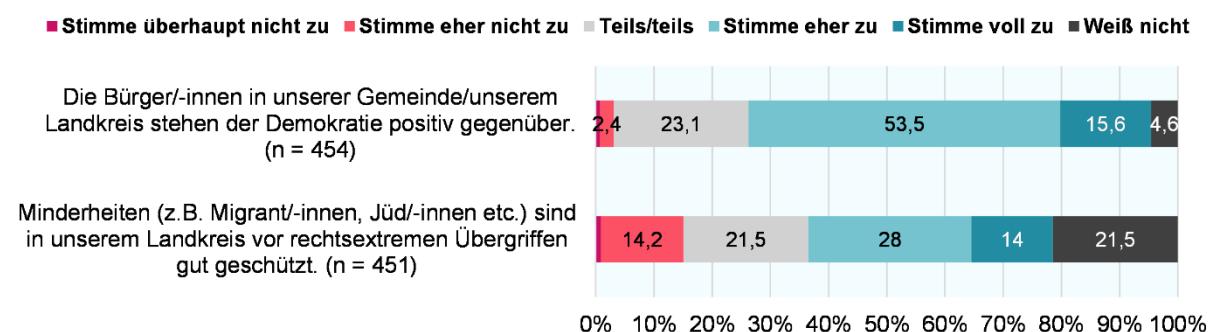


Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Eine absolute Minderheit (6,2 %), gleichwohl immer noch jede 20. Person, berichtet über Morddrohungen, insbesondere aus der Stadt Roth (n = 22), Hilpoltstein (n = 3) und Greding (n = 2). Gemeinden, die diesbezüglich nicht betroffen waren, sind Büchenbach, Rednitzhembach, Rohr, Röttenbach, Schwanstetten, Spalt und Thalmässing.

In Anlehnung daran, dass knapp 36 % der Befragten von rassistischen Handlungen zumindest gehört und 23,3 % Queerfeindlichkeit im Landkreis wahrgenommen haben, erscheint die Frage danach, ob die Minderheiten im Landkreis Roth vor rechtsextremen Übergriffen gut geschützt sind, notwendig. Die Akteur/-innen zeigen sich zwiegespalten.

Abbildung 18: Meinungen zur Situation der Demokratie und Migrant/-innen im Landkreis



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Knapp 22 % enthalten sich bzw. geben an, es nicht zu wissen. Die Mehrheit (42 %) ist davon überzeugt, dass Minderheiten vor Angriffen gut geschützt sind. 21,5 % denken dies zumindest teilweise, während fast jeder Siebte (15,1 %) dem nicht zustimmt. Der Schutz von Minderheiten wird entsprechend etwas kritisch und unsicher eingeschätzt. Offenbar besteht diesbezüglich ein Vertrauens- oder Wahrnehmungsdefizit bei den Akteur/-innen und den politisch interessierten Bürger/-innen. Dabei zeigt sich ein kleiner Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen, und zwar dahingehend, dass die engagierten Bürger/-innen die Aussage positiver einschätzen ($\bar{O} = 4,11$ ohne „Weiß nicht“-Angabe¹⁰) als die Akteur/-innen aus den Einrichtungen ($\bar{O} = 4,00$ ohne „Weiß nicht“-Angabe).

Zudem zeigt sich eine positive Einschätzung der Akteur/-innen und Bürger/-innen bezüglich der demokratischen Haltung der Bevölkerung in den Gemeinden und im Landkreis allgemein. Die Mehrheit (69,1 %) stimmt dem Statement „Die Bürger/-innen in unserer Gemeinde/unserem Landkreis stehen der Demokratie positiv gegenüber“ (eher) zu (siehe ebenfalls Abbildung 18). Nur 3 % verneinen diese Aussage. Entsprechend sieht eine große Mehrheit die Bevölkerung als demokratiefreundlich an. Im Gegensatz zum vorherigen Statement schätzen hier die Beschäftigten der Einrichtungen ($\bar{O} = 3,87$ ohne „Weiß nicht“-Angabe) diese Aussage etwas positiver ein als die politisch interessierten und engagierten Bürger/-innen ($\bar{O} = 3,74$ ohne „Weiß nicht“-Angabe).

Hinsichtlich der wahrgenommenen demokratiefeindlichen Vorfälle können Unterschiede zwischen dem Typ der Einrichtungen und den verschiedenen Gemeinden ausgemacht werden. Tabelle 6 und 7 geben einen Überblick über die gehörten demokratiefeindlichen Vorfälle der einzelnen Standorte und Einrichtungen im Landkreis Roth, die sich am stärksten an der Umfrage beteiligt haben.

¹⁰ Je höher der Durchschnittswert, desto positiver das Ergebnis, desto eher wird dem Statement, dass Minderheiten vor Angriffen gut geschützt sind, zugestimmt.

Tabelle 6: Demokratiefeindliche Vorfälle oder Angriffe nach Angaben der Gemeinden, Märkte und Städte (Spaltenprozente)

Demokratiefeindliche Vorfälle	Region						
	Abenberg	Allersberg	Georgensgmünd	Greding	Hilpoltstein	Rednitzhembach	Roth
KEINE Vorfälle bekannt	27,6 %	14,8 %	28,6 %	30,8 %	13,6 %	8,7 %	19,8 %
Gesamt (N)	29	27	28	26	81	23	207
Verbreitung von Verschwörungsideologien	76,2 %	73,9 %	60,0 %	61,1 %	81,4 %	52,4 %	61,5 %
Extremistische Äußerungen	47,6 %	43,5 %	60,0 %	55,6 %	51,4 %	42,9 %	56,6 %
Diskriminierende Handlungen aufgrund des Aussehens	42,9 %	56,5 %	45,0 %	27,8 %	38,6 %	28,6 %	40,4 %
Altersdiskriminierende Handlungen	14,3 %	13,0 %	0 %	16,7 %	5,7 %	4,8 %	14,5 %
Rassistische Handlungen	42,9 %	60,9 %	40,0 %	38,9 %	41,4 %	38,1 %	52,4 %
Antisemitische Handlungen	14,3 %	17,4 %	0 %	5,6 %	21,4 %	9,5 %	19,9 %
Islamfeindliche Handlungen/Muslime	28,6 %	39,1 %	20,0 %	22,2 %	17,1 %	4,8 %	24,1 %
Christenfeindliche Handlungen	9,5 %	13,0 %	5,0 %	0 %	10,0 %	14,3 %	10,8 %
Queerfeindliche Handlungen	23,8 %	30,4 %	15,0 %	16,7 %	41,4 %	33,3 %	34,9 %
Sexistische Handlungen/Geschlecht	19,1 %	26,1 %	15,0 %	16,7 %	31,4 %	19,1 %	33,7 %
Behindertenfeindliche Handlungen	4,8 %	13,0 %	10,0 %	5,6 %	20,0 %	4,8 %	18,1 %
Volksverhetzung	19,1 %	21,7 %	25,0 %	33,3 %	15,7 %	14,3 %	13,3 %
Physische Gewalt gegenüber Personen	23,8 %	26,1 %	20,0 %	27,8 %	28,6 %	28,6 %	38,0 %
Morddrohungen	4,8 %	4,4 %	5,0 %	11,1 %	4,3 %	0 %	13,3 %
Zerstörung von Gegenständen oder Inventar	47,6 %	43,5 %	60,0 %	22,2 %	45,7 %	47,6 %	51,2 %
Anschläge jeglicher Art	19,1 %	21,7 %	5,0 %	5,6 %	20,0 %	0 %	21,1 %
Sonstige Vorfälle	4,8 %	17,4 %	5,0 %	16,7 %	7,1 %	9,5 %	13,3 %
Gesamt (N) – Personen, die von Vorfällen berichten	21	23	20	18	70	21	166

Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Tabelle 7: Demokratiefeindliche Vorfälle oder Angriffe nach Angaben der Einrichtungen (Spaltenprozente)

Demokratiefeindliche Vorfälle	Landratsamt Roth	Vereine	Bürger/-innen	Schule	Gemeindeverwaltung	Parteimitglieder	Feuerwehr	Migrant/-innenorganisa-tion
KEINE Vorfälle bekannt	15,4 %	32,0 %	29,6 %	9,3 %	16,2 %	11,8 %	39,3 %	32,1 %
Gesamt (N)	149	75	71	43	37	34	28	28
Verbreitung von Verschwörungsideologien	62,7 %	80,4 %	68,0 %	56,4 %	77,4 %	86,7 %	70,6 %	63,2 %
Extremistische Äußerungen (Gewaltverherrlichung)	54,8 %	39,2 %	46,0 %	66,7 %	61,3 %	83,3 %	47,1 %	68,4 %
Diskriminierende Handlungen aufgrund des Aussehens	40,5 %	35,3 %	36,0 %	71,8 %	32,3 %	43,3 %	35,3 %	15,8 %
Altersdiskriminierende Handlungen	15,9 %	15,7 %	6,0 %	2,6 %	6,5 %	10,0 %	11,8 %	10,5 %
Rassistische Handlungen	50,0 %	31,4 %	42,0 %	61,5 %	41,9 %	56,7 %	47,1 %	42,1 %
Antisemitische Handlungen/Juden	20,6 %	13,7 %	18,0 %	30,8 %	9,7 %	20,0 %	11,8 %	10,5 %
Islamfeindliche Handlungen/Muslime	27,0 %	21,6 %	22,0 %	18,0 %	25,8 %	23,3 %	17,7 %	21,1 %
Christenfeindliche Handlungen	12,7 %	15,7 %	16,0 %	2,6 %	3,2 %	6,7 %	5,9 %	5,3 %
Queerfeindliche Handlungen	34,9 %	27,5 %	28,0 %	53,9 %	19,4 %	23,3 %	23,5 %	5,3 %
Sexistische Handlungen/Geschlecht	35,7 %	17,7 %	24,0 %	38,5 %	28,6 %	23,3 %	35,3 %	12,5 %
Behindertenfeindliche Handlungen	17,5 %	9,8 %	20,0 %	18,0 %	6,5 %	10,0 %	5,9 %	5,3 %
Volksverhetzung	13,5 %	11,8 %	24,0 %	15,4 %	29,0 %	16,7 %	11,8 %	21,1 %
Physische Gewalt gegenüber Personen	39,7 %	23,5 %	26,0 %	59,0 %	19,4 %	16,7 %	29,4 %	10,5 %
Morddrohungen	16,7 %	3,9 %	4,0 %	7,7 %	3,2 %	3,3 %	0 %	5,3 %
Zerstörung von Gegenständen oder Inventar	50,8 %	39,2 %	30,0 %	59,0 %	71,0 %	46,7 %	52,9 %	26,3 %
Anschläge jeglicher Art	31,8 %	11,8 %	10,0 %	12,8 %	16,1 %	10,0 %	23,5 %	5,3 %
Sonstige Vorfälle	11,9 %	2,0 %	12,0 %	7,7 %	12,9 %	13,3 %	23,5 %	5,3 %
Gesamt (N)	126	51	50	39	31	30	17	19

Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Die 134 Personen (21,8 %), die zuvor angaben, von keinen demokratiefeindlichen Vorfällen oder Angriffen im Landkreis Roth gehört zu haben, wurden aus der Betrachtung der expliziten Vorfälle ausgeschlossen. Somit reduzierte sich die Fallzahl (Gesamt (N)) auf insgesamt 481 Personen, die von solchen Vorfällen berichteten.

Von den hier betrachteten Regionen (Abenberg, Allersberg, Georgensgmünd, Greding, Hilpoltstein, Rednitzhembach und Stadt Roth) und Einrichtungen (siehe Tabelle 7) hat jeweils die Mehrheit von demokratiefeindlichen Vorfällen im Landkreis Roth gehört. In Greding waren es bspw. knapp 70 %, in Rednitzhembach sogar über 91 %. Auch differenziert nach Einrichtungen und Initiativen zeigten sich Unterschiede. Während etwa 61 % der Feuerwehrler/-innen von demokratiefeindlichen Vorfällen hörten, war es eine deutlich größere Mehrheit bei den Schulangehörigen (90,7 %).

Aus allen Regionen und Einrichtungen hat die Mehrheit der Umfrageteilnehmenden von der Verbreitung von Verschwörungsideologien, extremistischen Äußerungen und rassistischen Handlungen gehört (in Tabelle 6 und 7 rosa hinterlegt). Bei der Verbreitung von Verschwörungsideologien sind entsprechend Abenberg, Allersberg und Hilpoltstein (jeweils von über 70 % genannt) und Personen in der Gemeindeverwaltung und Vereinen sowie Parteimitglieder (jeweils von über 75 % genannt) hervorzuheben. Befragte aus Greding, Roth und Georgensgmünd (jeweils von über 55 % genannt) sowie aus Schulen, Migrant/-innen-Organisationen und von Parteien (jeweils von über 65 % genannt) gaben an, vermehrt von extremistischen Äußerungen gehört zu haben. Über rassistische Handlungen äußerten sich vor allem Personen aus Allersberg und Roth (jeweils über 50 % genannt) sowie Parteimitglieder und Beschäftigte im Landratsamt und an Schulen (ebenfalls jeweils von über 50 % der Befragten genannt). Letztgenannte, also Teilnehmende aus Schulen, berichteten zudem am häufigsten über die Diskriminierung aufgrund des Aussehens (71,8 %). Am seltensten wurde diese Art des demokratiefeindlichen Vorfalls von Personen aus Migrant/-innen-Organisationen wahrgenommen. Sie berichteten primär von rassistischen Vorfällen, der Verbreitung von Verschwörungsideologien sowie extremistischen Aussagen. Im Hinblick auf die Regionen kann festgehalten werden, dass in allen betrachteten Regionen etwa 40 % der Befragten angaben, von diskriminierenden Handlungen aufgrund des Aussehens gehört zu haben. Die Ausnahme dabei bilden Greding und Rednitzhembach (jeweils Angaben unter 30 %).

Queerfeindliche Handlungen wurden vorwiegend von Umfrageteilnehmenden aus Allersberg, Hilpoltstein, Rednitzhembach und Roth wahrgenommen, sexistische Handlungen aus Hilpoltstein und Roth (und jeweils von über 30 % genannt). Auch physische Gewalt gegenüber Personen und Morddrohungen wurden vermehrt von Umfrageteilnehmenden aus Roth (38,0 %; 13,3 %) genannt, demzufolge auch häufig von Beschäftigten aus dem Landratsamt (39,7 %; 16,7 %). Differenziert nach Befragten unterschiedlicher Einrichtungen wurden die queerfeindlichen und sexistischen Handlungen vorrangig von Personen aus dem Landratsamt, aber auch von Schulen geäußert (jeweils von über 35 % genannt). Zudem berichteten knapp 60 % aus Schulen von physischer Gewalt gegenüber anderen Personen.

Abschließend gaben 8,1 % der Umfrageteilnehmenden „sonstige“ demokratiefeindliche Vorfälle an. Diese sowie die anderen demokratiefeindlichen Vorfälle oder Angriffe sollten die Akteur/-innen anschließend in Stichworten oder kurzen Sätzen schildern.

Mehrere Befragte äußern dabei, dass demokratiefeindliche Angriffe im Landkreis so häufig erlebt werden, dass eine Aufzählung kaum möglich erscheint. Die geschilderten Vorfälle wurden zur Übersichtlichkeit in drei übergeordnete Gruppen kategorisiert, wobei einzelne Vorfälle zu mehreren Kategorien zugeordnet werden können:

- 1) gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- 2) extremistische Angriffe und
- 3) Vandalismus.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Fremdenhass und Rassismus

Die meisten der beschriebenen demokratifeindlichen Vorfälle resultieren aus Fremdenhass. So geben viele Befragte an, fremdenfeindliche Äußerungen im Landkreis, welche Menschen mit Migrationshintergrund oder Geflüchtete diskriminieren, zu erleben. Ein Narrativ, das in diesem Zusammenhang häufig genannt wird, ist das der gefühlten Ungerechtigkeit: „Die bekommen alles, uns geht es schlecht“ (Person aus Onlineumfrage) oder „Die nehmen uns Arbeit und Lebensraum weg“ (Person aus Onlineumfrage). Weitere Aussagen wie „Wir sind nicht mehr sicher“, „Die Ausländer sind schuld“, „Die Ausländer müssen alle zurückgeschickt werden“ oder „Ausländer sind: faul, sind kriminell, treiben Deutschland in den Ruin, wollen den Islam nach Deutschland bringen, migrieren nicht wegen Gefahren im Heimatland, sondern um ein bequemes Leben in Deutschland zu haben, etc.“ (Mehrere Personen aus Onlineumfrage) werden gehäuft von den Teilnehmenden wahrgenommen. Außerdem machen einige Befragte deutlich, dass Geflüchtete direkt diffamiert und mit Hetzbriefen bombardiert wurden.

Häufig wurde zudem von rassistischen Vorfällen berichtet. Dazu zählen Aufkleber mit rassistischem Inhalt, die im Landkreis gesehen wurden, rassistische Aussagen und Hänsleien sowie rassistische Parolen. Ein konkreter Vorfall berichtet von Einschüchterung durch Teilen eines rassistischen Videoclips, der gezielt gegen eine bestimmte Person gerichtet war. Des Weiteren wurde geäußert, dass einige Personen junge People of Color mit Affengebrüll nachgeäfft haben. Auch abwertende Bemerkungen, die sich auf die Hautfarbe beziehen, wurden von Umfrageteilnehmenden genannt. Von diskriminierenden und rassistischen Beleidigungen an Schulen aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht oder Hautfarbe wurde ebenfalls berichtet. Einige Befragte erzählen weiterhin von Ausgrenzungen und Anschuldigungen gegenüber ukrainischen Schüler/-innen und deren Familien. Zudem wird auch eine Äußerung eines Lehrers gegenüber einem Schüler beschrieben, der gesagt haben soll, dieser Schüler osteuropäischer Herkunft sei der Grund, warum er die AfD wählen würde.

Beleidigungen aufgrund der jeweiligen Religion fanden sich ebenso häufig in den offenen Angaben der Onlineumfrage. So wurden antisemitische, islamfeindliche und christenfeindliche Äußerungen geschildert. Zusätzlich kam es, laut Befragten, zu Vandalismus und Schmierereien.

Queerfeindlichkeit

Queerfeindlichkeit tritt ebenfalls als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den offenen Angaben und damit im Landkreis auf. Gleichwohl wurde von Queerfeindlichkeit im Vergleich zu Fremdenhass deutlich seltener berichtet. Beleidigungen und herabwürdigende Aussagen, insbesondere von Jugendlichen, gegenüber Personen mit einer anderen sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität wurden dennoch mehrfach erwähnt. Im Schulkontext wird von explizit transfeindlichem Mobbing gesprochen. Die Ablehnung zeigt sich auch in einem Fall, bei dem sich Jugendliche auf einer Präventionsveranstaltung klar gegen queere Menschen ausgesprochen haben.

Ein anderer aufgeführter queerfeindlicher Vorfall, ist der bereits beschriebene in Hilpoltstein. Dort haben junge Menschen schwule Männer zu Sexdates eingeladen, um sie auszurauben.

Sexistische Handlungen

Die Proband/-innen aus dem Landkreis Roth erzählen auch von sexistischen Handlungen. So berichten sie von diskriminierendem Verhalten gegenüber Frauen in kommunalen Behörden. Dort und auch an anderer Stelle im Landkreis sollen regelmäßig frauenfeindliche Äußerungen getätigt sowie Kommentare und Witze auf Kosten der weiblichen Personen gemacht werden.

Auch Vorfälle sexualisierter physischer Gewalt, bei denen teils Kolleg/-innen, teils Bürger/-innen die Täter/-innen darstellen, werden in den offenen Angaben der Onlineumfrage aufgeführt. In der Befragung zeigt sich aber auch die Wahrnehmung einzelner, dass sexistische Handlungen häufig von männlichen Migrant/-innen begangen werden.

Behindertenfeindlichkeit

Ferner wird vermehrt von diskriminierendem Verhalten gegenüber Menschen mit Behinderungen berichtet. So wird zum einen auf die mangelnde Barrierefreiheit bspw. in Wahllokalen hingewiesen, die das aktive Wahlrecht einschränkt und infolgedessen eine Diskriminierung darstellt.

Zum anderen werden auch Fälle benannt, in denen Menschen mit Behinderungen beleidigt und schikaniert wurden. Ein solcher Fall ereignete sich scheinbar bei der Challenge Roth 2024. Ebenso geben Proband/-innen an, dass Menschen mit Behinderungen teils Gewaltandrohungen im Landkreis Roth erleben. Einige Nachbar/-innen von Menschen mit Behinderungen haben auch gefordert, die Fenster dieser mit Milchglas auszustatten und diese ausschließlich kippbar zu gestalten, sodass die Menschen mit Behinderungen nicht in den Garten der Nachbar/-innen schauen können.

Extremistische Handlungen

Des Weiteren lassen sich einige geschilderte demokratifeindliche Vorfälle als (teilweise) extremistische Handlungen kategorisieren.

Rechtsextremismus

Mehrheitlich berichten die Proband/-innen von demokratifeindlichen Angriffen aus dem rechtsextremen Spektrum. Dabei umfassen die beschriebenen Vorfälle verbale Angriffe wie Beleidigungen und Beschimpfungen gegenüber Minderheiten. Diese richten sich vornehmlich gegen Personen mit Migrationshintergrund oder Personen mit einer anderen religiösen Zugehörigkeit. Pöbeleien, Androhungen von Gewalt und Schlägereien finden in diesem Kontext auch Erwähnung. Umfrageteilnehmende beobachten zudem Schuldzuweisungen gegenüber Minderheiten sowie Ablehnung aufgrund von Geschlecht oder Aussehen. Auch wird von extremistischen Ausrufen berichtet, die dazu anstifteten, sich angesichts „falscher Regeln“ gegen verschiedene Institutionen und Personen (Polizei, Ämter, Lehrkräfte, Wissenschaft) aufzulehnen. Solche Vorfälle erfolgen laut den Befragten gehäuft in Kombination mit dem Wunsch nach Regierungsbeteiligung durch die AfD.

In der Onlineumfrage spiegelt sich auch die Wahrnehmung wider, dass rechtsextreme Äußerungen im Landkreis zunehmend häufiger und extremer werden. Mehrere Personen teilen mit, dass nationalsozialistisches Gedankengut durch Schüler/-innen verbreitet wird. Hakenkreuzschmierereien, nationalsozialistische Sticker oder das Zeigen des Hitlergrußes erfolgen in den Schulen. Auch physische Gewalt tritt unter Jugendlichen, nach Aussagen der Proband/-innen, auf.

Weiterhin wird von Angriffen im digitalen Raum berichtet, bei denen einschlägige Videos (z. B. aus TikTok) mit rechtsextremen Äußerungen in Klassengruppen von Schüler/-innen geteilt wurden. Eine weitere Verbreitungsplattform rechtsextremen Gedankenguts bietet Facebook: Personen berichten von der Verbreitung volksverhetzender Botschaften, Unwahrheiten, rassistischer Videoclips und Diffamierungen, ebenso Anfeindungen, Beleidigungen und Pöbeleien innerhalb von Gruppen.

Außerhalb des Schulkontexts und des digitalen Raums sei ebenfalls eine Verbreitung nationalsozialistischer Parolen und Symbole festzustellen. So wird von „Sieg-Heil-Rufen“ und Hakenkreuzen im öffentlichen Raum, bspw. auf Radwegen am Rothsee, berichtet. Befragte berichten von Personen, die einen Hitlergruß auf der Kirchweih durchführen, sie beschreiben mit

SS-Zeichen beschmierte Parteiplakate und erwähnen einen Holocaust-Vortrag, der gezielt gestört wurde. Die Verbreitung rechtsextremer Ideologien wird zudem durch das Singen von Liedern mit dem Text „Ausländer raus“, durch Aufkleber mit Texten wie „Heimatliebe ist kein Verbrechen“, „Deutsche Jugend voran – 1161“ und „Für die Gäste nur das Beste - Remigration Airlines“ (Person aus Onlineumfrage) beobachtet. Anscheinend wird auch die Reichsflagge zur Präsentation der Ansichten genutzt. Zudem wird beschrieben, dass mehrere Personen Kleidung der Marken Lonsdale, Consdaple und Fred Perry trugen. Auch die Verharmlosung bis hin zur Verherrlichung der Taten der Nationalsozialist/-innen wird von einigen Bürger/-innen der Befragung ebenso wahrgenommen. Personen erwähnen, mitbekommen zu haben, dass sich einige eine Diktatur herbeiwünschen und von „kleinen Hitlers“ sprechen, „die wir wieder bräuchten“ (Person aus Onlineumfrage).

Weitere Proband/-innen äußern in den offenen Angaben auch eine von ihnen wahrgenommene zunehmende Verherrlichung der Ideen der AfD. Bei den Zusammenkünften der AfD in Greding wird ebenfalls von Vorfällen der Volksverhetzung und von Handgreiflichkeiten im Zusammenhang mit politischen Meinungsäußerungen berichtet. Gegendemonstrant/-innen wurden, nach Aussagen der Befragten, durch Mitglieder der AfD bedroht, beschimpft und teilweise verfolgt. Ferner sollen sich die Mitglieder der AfD im öffentlichen Raum rassistisch und antisemitisch geäußert haben, laut Angaben in der Onlineumfrage. Personen erzählen von mehreren AfD-Mitgliedern und Abgeordneten des Landtags, die dabei gefilmt worden wären, wie sie rassistische und volksverhetzende Lieder angestimmt und dazu getanzt hätten. In der Beschreibung der demokratiefeindlichen Vorfälle werden auch die von Politiker/-innen der AfD getätigten Aussagen oder die Slogans auf ihren Wahlplakaten genannt. Weitere Äußerungen betreffen Schmierereien und Sachbeschädigungen mit AfD-Schriftzügen im Landkreis.

Insgesamt lässt sich für den Landkreis, auf Basis der offenen Angaben der Onlineumfrage, feststellen, dass es Fälle von Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus gibt. Gleichwohl halten die Befragten fest, dass viele Vorfälle nicht zur Anzeige gebracht wurden und undokumentiert blieben.

Linksextremismus

Laut Aussage von drei Personen wurden im Landkreis auch linksextreme Angriffe auf die Demokratie wahrgenommen, bspw. in Form von Sachbeschädigung. Bei einer Demonstration für Frieden und Freiheit berichten Personen zudem, sie seien von der Gruppe „Antifa“ verbal bedroht worden.

Reichsbürgerszene

Mehrere Personen beschreiben zudem eine aktive Reichsbürger/-innenszene im Landkreis. So berichten Proband/-innen von Reichsbürger/-innentreffen des selbst ernannten „Königreich Deutschland“ in Hilpoltstein, wie das im Jahr 2024 veranstaltete Seminar zum „Systemausstieg“ aus der BRD. Im Antrag der PfD auf Förderung durch „Demokratie leben!“ wurde diese Veranstaltung ebenfalls erwähnt. Dabei ist zu ergänzen, dass bei dem beschriebenen Seminar auch Peter Fitzek, ein Extremist aus dem Umfeld der Reichsbürger/-innenbewegung, anwesend war.

Laut weiteren Aussagen gäbe es im Landkreis zudem regelmäßige Schreiben von Reichsbürger/-innen, die die Legitimität und Existenz der BRD infrage stellen. Erwähnt wird auch, dass in Stammtischgruppen das demokratische System, damit zusammenhängende Institutionen, politisch legitimisierte Organe und die Rechtsstaatlichkeit nicht anerkannt würden. Einige Befragte berichten, dass Mitarbeitende von Behörden in ihrem Handeln der Lüge und des Betrugs bezichtigt würden. Mehrfach wird auch der Mord an einem Polizisten durch den Reichsbürger Wolfgang P. in Georgensgmünd im Jahr 2016 angeführt, der bereits in Kapitel 4.4 „Politisch motivierte Kriminalität“ ausführlich dargestellt wurde.

Verschwörungsideologien

Zusätzlich wird in der Onlineumfrage auch vielfach über Verschwörungsideologien berichtet. So nehmen die Personen vermehrt Wahl- und Demokratiskepsis wahr. Sie berichten, mitbekommen zu haben, dass das korrekte Zustandekommen von Wahlergebnissen angezweifelt wird. Einzelne Proband/-innen teilten außerdem mit, von Verschwörungen bei der Bundestagswahl mitbekommen zu haben. So gibt es die Ansicht, Auszählungen seien gefälscht worden und „Wahlbeobachter wurden geschickt“ (Person aus Onlineumfrage).

Auch von verbreiteten Deep-State-Theorien wird berichtet. Diese äußern sich in Aussagen wie „Deutschland ist eine GmbH“, „wir werden fremdbestimmt“, „Great Reset“, „Geld wird entwertet“ und „Die Pharmaindustrie/Die Politiker/Die Presse lügen uns systematisch an“ (Personen aus der Onlineumfrage).

Einige Aussagen, die im Kontext der Corona-Pandemie getroffen wurden, könnten ebenfalls in die Kategorie der Verschwörungsideologien eingeordnet werden. Die Verbreitung dieser Querdenker/-innen-Theorien wird im Privaten, an Stammtischen sowie gehäuft in den sozialen Medien wahrgenommen. Narrative wie „Die da oben hätten sich das nur ausgedacht“ (Person aus Onlineumfrage) werden vor allem im Zusammenhang mit Corona-Verschwörungsideologien berichtet. Eine Person äußert, dass diese Ansichten sich aber auch in anderen Kontexten wie z. B. dem Klima oder dem Gesundheitswesen wiederfinden.

In den Aussagen, die Verschwörungstheorien beinhalten, finden sich außerdem gehäuft Angaben und zusammenhängende Berichte von extremistischen, fremdenfeindlichen und systemkritischen Narrativen. So häufen sich Sätze wie „Der Staat funktioniert nicht mehr“, „Es bräuchte wieder einen Anführer“, „Man darf nichts mehr sagen“ oder „Wir sind nicht mehr sicher“ (Personen aus Onlineumfrage).

Wahrnehmungen zu extremistischen Handlungen

In der Zusammenschau aller offenen Angaben bezüglich der demokratiefeindlichen Vorfälle kann festgehalten werden, dass die Proband/-innen gehäuft verbale und physische Gewalt wahrnehmen. Es wird teilweise das Gefühl geäußert, Konflikte und das Ausmaß der Verletzungen würden zunehmen. Einige erzählen vom extremen Gewaltpotenzial an den linken und v. a. den rechten Rändern, wobei von manchen herausgestellt wird, dass Aushandlungen durch Gespräche mit diesen Personen nicht möglich seien.

In den verschiedenen Behörden und Ämtern seien Fälle von Beleidigungen, Diskriminierungen und auch Drohungen und Einschüchterungen bekannt. Laut Befragten erfolgen diese sowohl seitens der Bürger/-innen, die ein Anliegen haben, gegenüber den Mitarbeitenden, als auch gegenüber Klient/-innen im Bereich Asyl durch Mitarbeitende. So sei ein/e Mitarbeiter/-in nach der Arbeit, nach Erzählungen, durch einen Klienten bzw. eine Klientin abgepasst worden und habe die Behörde nur mit dem Schutz durch Kolleg/-innen verlassen können. Morddrohungen gegenüber Amtsinhaber/-innen und Politiker/-innen, wie bspw. durch die Alternative für Barthelmesaurach oder durch Aussagen wie „die Politiker gehören alle gehängt“ (Person aus Onlineumfrage), wurden ebenfalls in der Onlineumfrage getötigt. Ferner wurden Einschüchterungen in öffentlichen Gemeinderatsitzungen und Drohungen in Bürgersprechstunden angesprochen.

Vandalismus

Nach gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und extremistischen Vorfällen bilden die Vorfälle von Vandalismus die drittgrößte Gruppe der berichteten Angriffe auf die Demokratie. Dabei ist zu erwähnen, dass der Vandalismus häufig aus extremistischen und/oder diskriminierenden Motiven zu entstehen scheint.

In einigen Fällen werden Schmierereien im öffentlichen Raum berichtet. Diese beinhalten teils links-, meist aber rechtsextreme Aussagen. Ebenso häufig wird von Zerstörungen im öffentlichen Raum wie an Zigarettenautomaten und Sitzbänken gesprochen. Auch im privaten Raum wird Gewalt an Fahrrädern, Autos oder Hausfassaden wahrgenommen. Diebstähle finden ebenfalls Erwähnung, genauso wie religiöser Vandalismus. So wird von Zerstörung jüdischer oder christlicher Gedenktafeln, Vandalismus in und an Kirchen sowie von der Verbreitung islamfeindlicher Sticker berichtet. Scheinbar kam es auch im Landratsamt zum Vandalismus. Als Beispiel wurden die dortigen Brandstiftungen angeführt.

Auch in den Interviews werden verschiedene demokratifeindliche Vorfälle geschildert. Die dortigen Auskünfte und Wahrnehmungen überschneiden sich vielfach mit denen der Befragten aus der Umfrage. So thematisieren auch mehrere Interviewpartner/-innen Schmierereien oder Aufkleber, die insbesondere im Stadtgebiet von Roth vorfindbar sind.

Außerdem beschreiben die Befragten bestimmte Ressentiments, die sich vorwiegend gegen Minderheiten und zugewanderte Menschen richten und/oder ihre Unterstützung für die Alternative für Deutschland (AfD) ausdrücken. Eine der interviewten Personen aus einem Bürger/-innenbündnis hat auch Kenntnis von speziellen Facebook-Gruppen, in denen Hetze verbreitet wird. Diese richtet sich primär gegen Ausländer/-innen. Vor allem Asylantenheime und Geflüchtetenunterkünfte werden als Störfaktoren und damit Ziel der Hetze auserkoren. Die vorliegende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit richtet sich also gegen Menschen anderer Herkunft, stellt also Fremdenhass dar. Im Schulbereich zeigen sich nach Aussage der interviewten Schulleitung ebenfalls Alltagsrassismen. So werden in den Gesprächen miteinander oder in Aussagen über andere Mitschüler/-innen etikettierende und verletzende Spitznamen verteilt, die sich u. a. auf die Herkunft oder die Hautfarbe beziehen. Dies ist aus Sicht der Schulleitung weniger gegen Gruppen gerichtet, sondern auf einzelne Personen bezogen. Dementsprechend spricht sie eher von Mobbing-Dynamiken als von demokratifeindlichen Vorfällen. Zugleich berichtet sie jedoch, dass einzelne Schüler/-innen auf privaten Veranstaltungen dann sogar strafrechtlich relevante Äußerungen oder Handlungen wie den Hitlergruß tätigen. Auch die auf Sylt bekannt gewordenen rassistischen Gesänge auf Basis des Lieds *L'amour toujours* von Gigi D'Agostino seien auf den Partys und privaten Veranstaltungen der jungen Menschen nach ihrem Kenntnisstand immer noch praktiziert worden. Das Verhalten wird von den Schüler/-innen selbst anschließend mit Alkoholkonsum erklärt bzw. relativiert. Im Schulbereich gibt es, und damit bestätigt die Schulleitung die Angaben der Onlineumfrage, auch strafrechtlich relevante Schmierereien. So kommt es teilweise zu Hakenkreuz-Schmierereien an Wänden oder zum Einritzen bzw. Bemalen von Tischen mit Runen aus dem Nationalsozialismus. Die Schulleitung berichtet, dass solche Vorfälle nicht zur Anzeige gebracht werden. Stattdessen wird die Schmiererei mit den jungen Menschen im Klassenverband eingekettet und thematisiert, wobei vor allem klar herausgestellt wird, warum solche Symbole nicht verwendet und verbreitet werden dürfen. Außerdem müssen die Verursacher/-innen diese selbst entfernen (durch Putzen oder Überstreichen). Dennoch betont die Schulleitung, dass neonazistische Gesinnungen eher in der Freizeit ausgelebt werden und im Schulkontext selten zutage treten. In der Schule steht aus ihrer Sicht primär die Provokation von Lehrkräften im Vordergrund. So werden im Alltag immer wieder Situationen gesucht, um Grenzen auszutesten, indem z. B. absichtlich politisch inkorrekte Namen in Planspielen oder Ähnlichem ausgewählt werden.¹¹

¹¹ In der Betrachtung der Gesamtheit aller Aussagen der Schulleitung kann von der Außenperspektive geschlussfolgert werden, dass im Schulkontext sowohl auf einzelne Personen ausgerichtete Mobbing-Dynamiken als auch umfassendere Strukturen wirken. So wird eine Hakenkreuz-Schmiererei vermutlich nicht ausschließlich gegen eine/-n Mitschüler/-in gerichtet sein.

Auch die Teilnehmenden in der Gruppendiskussion berichten von jungen Menschen, die extremistische und grenzüberschreitende Aussagen tätigen oder mit Hitlergruß durch verschiedene Kommunen spazieren. Weiterhin wird ein Fall berichtet, in dem auf einer Jugendfreizeit einer der Jugendlichen, um anzuseigen, er wäre von einer anderen Person genervt, „Du Hitler“ geäußert hat. Gleichwohl ist einer teilnehmenden Person auch ein Fall bekannt, bei dem ein erwachsenes Vereinsmitglied in Anwesenheit von jungen Menschen explizit extremistische Inhalte verbreitet, die sich insbesondere gegen Anhänger/-innen des Islams richten. Dass rechtsextreme Akteur/-innen in den Verbandsstrukturen integriert seien, könnte also ebenfalls problematisch sein.¹² Weiterhin wird berichtet, dass verschiedene Bürger/-innen im Landkreis ihre Unterstützung für neonazistisches Gedankengut durch ihre Kleidung und Aufkleber auf ihren Autos ausdrücken. Dies betrifft laut Angaben in der Gruppendiskussion erwachsene Personen, aber auch junge Menschen. Veranstaltungen von neonazistischen Gruppen oder Strukturen sind den Interviewten nicht bekannt. Die Pfarrperson berichtet hingegen, wie auch die Befragten der Onlineumfrage, von Reichsbürger/-innen, die im Landkreis aktiv und gewaltbereit sind. Auch in der Gruppendiskussion wurde über die Szene der Reichsbürger/-innen in Georgensgmünd gesprochen. Inwiefern die Anhänger/-innen mittlerweile noch aktiv sind, ist den Interviewten unbekannt. Dadurch, dass die Bewegung seither stärker im Untergrund agiert, ist aus Sicht der Pfarrperson noch nicht absehbar, wie viel Gefahr zukünftig von dieser Personengruppe ausgehen könnte. Dementsprechend stellt ein mittelfristiges Szenario dar, dass sich weitere Vorfälle im Zusammenhang mit dieser Personengruppe ereignen.

Eine interviewte Person, die sich für die Ziele des Bundesprogramms engagiert, berichtet zudem von konkreten Anfeindungen, die sich gegen sie selbst sowie andere Akteur/-innen, die im Bürger/-innenbündnis engagiert sind, richten. Diese beinhalten konkrete Beleidigungen sowie Drohungen, bestimmte Handlungen der Personen aus dem Bündnis zur Anzeige bringen zu wollen. Laut ihrer Aussage gehen solche Handlungen nicht nur von demokratiefeindlichen und rechtsextremen Personengruppen aus. Sobald Aktivismus im öffentlichen Raum in Form von Demonstrationen o. Ä. erfolgt, zeigt sich Widerstand auch aus der „Mitte“ der Bevölkerung, obwohl diese Menschen nicht unbedingt am rechten politischen Rand einzuordnen sind. Neben Zuschriften erhalten die Personen auch im direkten Kontakt und im privaten Raum (auf Festen oder beim Sport) Anfeindungen und werden auf ihre Rolle in bestimmten Bündnissen und mögliche daraus resultierende Konsequenzen für ihre Person angesprochen. Dies ist mit enormem psychischen Druck für die Akteur/-innen verbunden: „so verlierst du halt auch Leute und deren Engagement weil nicht jeder hat dann so ein dickes Fell.“ (Person aus Bürger/-innenbündnis: Z. 161 f.).

Weiterhin häufig in den Interviews thematisiert werden die Parteitage der AfD, die in Greding stattfinden: „ähm wo man sagen muss das sind Demokratiefeinde die da zusammenkommen.“ (Pfarrperson: Z. 180). Im Antrag der Partnerschaft für Demokratie wird im Zusammenhang mit den Parteitagen auch von einem Vorfall in einer Diskothek berichtet, bei dem rassistische Parolen skandiert wurden. In den Interviews wurde dieser konkrete Vorfall nicht erwähnt, dennoch wird deutlich, dass die Interviewten die AfD und ihre Beliebtheit im Landkreis als großes Problem wahrnehmen. Insbesondere als gefährlich stellt eine Interviewperson heraus, dass die Partei durch ihre mediale Repräsentation normalisiert sei und als tatsächliche Option neben anderen demokratischen Parteien stehe und das Wählen rechten Ideenguts damit gesellschaftlich nicht mehr missbilligt werde: „Ich bin mir sicher die meisten Leute oder viele Leute die AfD wählen die kennen äh diese Randgruppierungen oder diese identitäre Bewegung oder dritter Weg das sagt denen wahrscheinlich gar nichts“ (Person aus Bürger/-innenbündnis:

¹² In der Gruppendiskussion gibt es in diesem Zusammenhang eine Debatte darüber, ob es sich dabei um Einzelfälle handelt. Eine Person äußert dies, während eine andere der Überzeugung ist, dass dies sowohl im Landkreis Roth als auch in Deutschland häufiger auftritt.

Z. 220 ff.). Für die AfD gibt es jedoch viel Unterstützung. Mehrere Interviewte nehmen die Haltung der Grelinger Bevölkerung zudem so wahr, dass diese sich insbesondere von den Gegendemonstrationen (und dem damit einhergehenden Vandalismus) gestört fühlt und den Parteitagen selbst positiv gegenübersteht. Dazu äußert auch eine Person aus einem Bürger/-innen-Bündnis: „wir sind hier ja in Bayern und da ist ja Linkssein glaube ich eh schon schwierig, beziehungsweise von vornherein irgendwie ähm negativ besetzt.“ (Interview Person aus Bürger/-innenbündnis: Z. 82 f.). Die gefährdetste Gruppe aus Sicht der Interviewten stellen dabei vor allem Personen mit Migrationshintergrund dar. Dies bestätigen auch die anderen Interviewpartner/-innen. Unabhängig von ihrem Migrationshintergrund seien laut der interviewten Schulleitung außerdem People of Color oder Menschen, die ein Kopftuch tragen, gefährdet, weil sie als nicht deutsch gelesen werden. Ein Kommentar einer teilnehmenden Person der durchgeführten Umfrage bestärkt erneut, dass ein Problem des Phänomenbereichs „Rechts“ im Landkreis Roth existiert: „Ich bin traurig darüber, wie ablehnend sich ein Großteil der Rother Gesellschaft gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund verhält. Der Triathlon ist hierbei die Ausnahme. Ich würde mir wünschen, dass auch unabhängig von Massenveranstaltungen im Alltag mehr Demokratie und Toleranz gelebt werden. Es braucht mehr niedrigschwellige Angebote für Kinder, denn die sind unsere Zukunft. Ich glaube nicht, dass zu viele Ressourcen in die Erwachsenenbildung investiert werden sollten, sondern bei den Jüngsten begonnen werden sollte. Wer früh Kontakt zu Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe, Behinderung oder Religion hat und einen normalen Umgang lernt, wird dies auch später so pflegen. Kindern ist es eigentlich egal, ob die Haut etwas heller oder dunkler ist. Hauptsache man versteht sich untereinander, spielt und hat Spaß. Ich sehe das Problem bei den Eltern. Wir brauchen Räume, wo „Anderssein“ normal ist und auch diskutiert wird, wenn es zur Sprache kommt.“ (Person aus Onlineumfrage). Eine weitere Person äußerte sich über die ungleiche Behandlung ukrainischer Geflüchteter im Landkreis Roth im Vergleich zu Schwabach: „Ich kenne persönlich viele Menschen, die Landkreis Roth verlassen müssten um sich den Zugang zu weiteren Sprachkursen und Weiterbildungen zu ermöglichen! Meine Anfragen an das Jobcenter Roth wurden ignoriert“ (Person aus Onlineumfrage).

Neben Migrant/-innen werden auch Randgruppen wie LGBT-Personen bzw. queere Menschen als bedroht eingeschätzt. In der Gruppendiskussion wird diesbezüglich angesprochen, dass es im Landkreis keine queere Jugendarbeit gibt. Auch diejenigen, die als woke gelten, da sie sich für die Umwelt, Sichtbarkeit und Diversität engagieren, bilden laut den Interviewten das Ziel von Kommentaren oder Angriffen.¹³ Dazu passt auch die Aussage einer Person aus einem Bürger/-innenbündnis, dass sie Aktivist/-innen aus aktiven linken Gruppen als gefährdet ansieht.

Die Gefahr scheint laut den Interviewten dabei vor allem von Menschen auszugehen, die die binären Geschlechterverhältnisse und das heteronormative Bild von Partnerschaft bewahren möchten. Eine der Interviewten macht demzufolge vor allem Männer als Gefährder aus, die sich aufgrund der in den von ihnen konsumierten Medien dargestellten Überfremdung in ihrer eigenen Identität bedroht fühlen. Als weitere Gefährder/-innen werden rechte Personen und extrem konservative Menschen von einer der Interviewten beschrieben.

Weitere Probleme im Landkreis, die aus der Gruppendiskussion abgeleitet werden können, betreffen zu viel Toleranz bei rechtsextremen Aussagen sowie fehlende Zivilcourage, sich gegen hierarchisch höhergestellte Personen (aufgrund von Alter oder Position) und ihre demokratiefeindlichen Aussagen zur Wehr zu setzen. Die Teilnehmenden sind der Ansicht, dass die rechtspopulistischen und teils -extremen Denkweisen bei vielen Bürger/-innen im Landkreis bereits seit vielen Jahren bestehen würden, aber zunehmend die Ebene erreicht werde, dass sie diese auch öffentlich teilen und keine Gegenrede oder -wehr erhalten, weil die Gegenseite

¹³ Aus Sicht der Schulleitung sind dies vor allem Mädchen.

die Aussagen als unwichtiges Gerede einordnet. Wenn dieser zunehmenden Normalisierung von rechtsextremen Äußerungen zukünftig nicht stärker durch Zivilcourage entgegengewirkt wird, würden perspektivisch im Landkreis laut den Teilnehmenden der Gruppendiskussion geschützte Räume von rechtsextremem Gedankengut eingenommen, sodass diese nicht mehr beständen. Minderheiten und Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund, aber auch Akteur/-innen der Demokratieförderung hätten dann keine sicheren Orte mehr zur Verfügung. Gleichzeitig gewinnen durch die Normalisierung populistische Parteien und Äußerungen an Zustimmung und das Vertrauen in die derzeit regierenden Politiker/-innen sinkt (noch weiter). Die politische Polarisierung nimmt insgesamt zu, weil populistischen Narrativen Glauben geschenkt wird. In der Gruppendiskussion und auch in einigen Einzelinterviews wird deutlich, dass durch die aktuellen Entwicklungen die Personen, die sich im Landkreis für Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Rechtsextremismusprävention engagieren, Angst vor einer Regierung der AfD auf kommunalpolitischer Ebene haben. Diese ist aus ihrer Sicht mittelfristig ein realistisches Szenario.

In der Gruppendiskussion wird der Umstand, dass sich mittlerweile mehr Menschen trauen, öffentlich zu ihren (rechtsextremen) Ansichten zu stehen, aber auch als Chance für die Akteur/-innen im Landkreis erkannt. Sie können dieses Wissen darüber, wer diese Narrative reproduziert, nutzen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Dadurch, dass die Personen klarer hervortreten, können bspw. direkte Diskussionen eingegangen und für Toleranz geworben werden. Insbesondere wenn persönliche Kontakte zu den entsprechenden Personen bestehen, können diese gezielt genutzt werden, um eine Veränderung zu erwirken.

5.2.2. Ursachen dieser Probleme und demokratifeindlicher Vorfälle

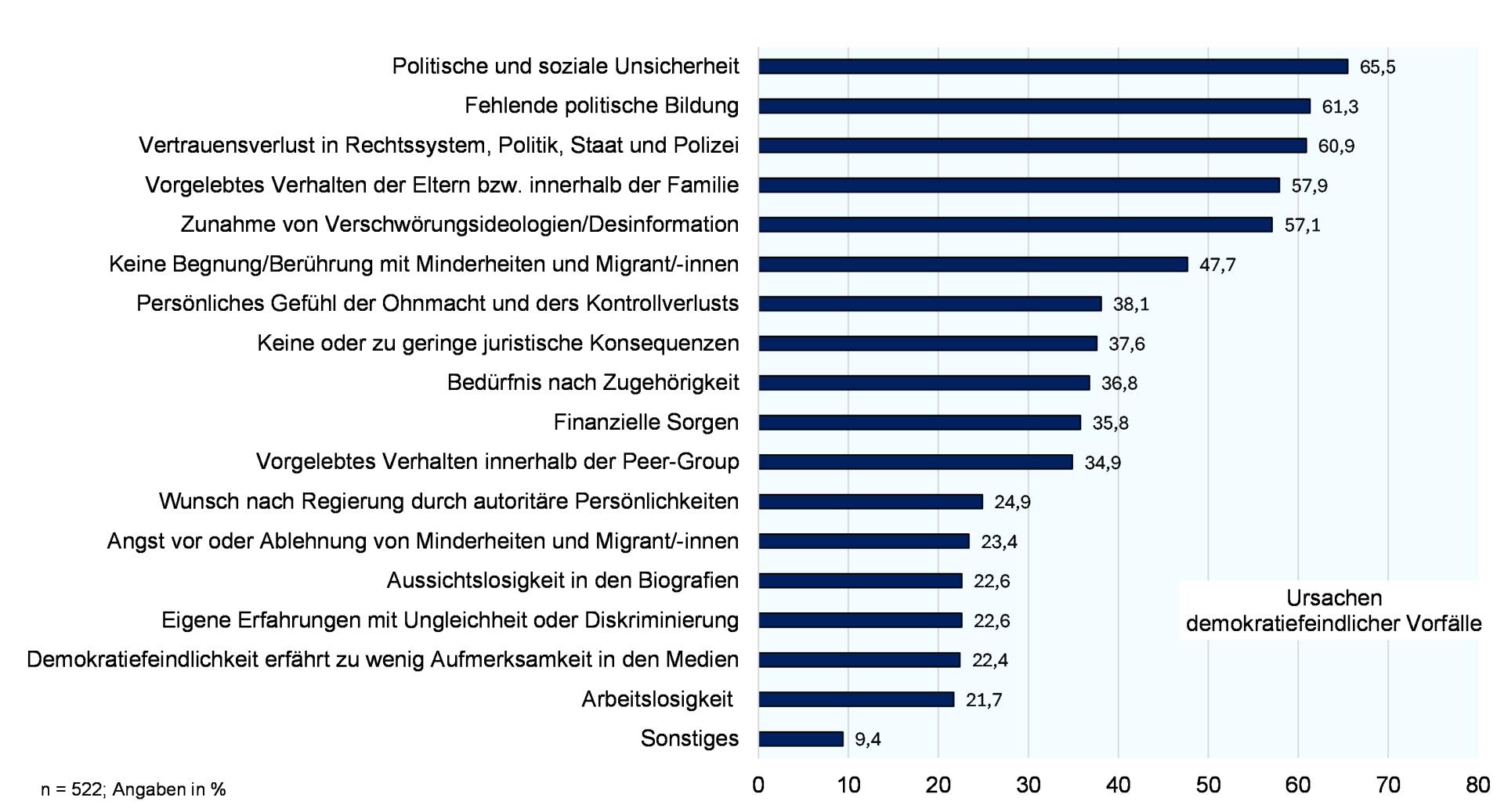
Neben den Problemen werden im Folgenden die Ursachen eben dieser beleuchtet. In der Onlineumfrage sollten die Befragten auswählen, was nach ihrer Wahrnehmung Ursachen demokratifeindlicher Vorfälle darstellt. Hinsichtlich der Antworten von 522 Personen gibt Abbildung 19 Aufschluss. Dabei wird sichtbar, wie häufig die verschiedenen Ursachen von Demokratifeindlichkeit jeweils genannt wurden. Die fünf am häufigsten genannten Gründe waren:

1. Politische und soziale Unsicherheit – 65,5 %
2. Fehlende politische Bildung – 61,3 %
3. Vertrauensverlust in Rechtssystem, Politik, Staat und Polizei – 60,9 %
4. Vorgelebtes Verhalten der Eltern bzw. innerhalb der Familie – 57,9 %
5. Zunahme von Verschwörungsideologien/Desinformation – 57,1 %.

Instabile Lebensverhältnisse oder Unsicherheit über gesellschaftliche Entwicklungen sowie fehlendes Wissen über Demokratie, Rechte und Pflichten werden von den Umfrageteilnehmenden als zentrale Probleme angesehen. Insbesondere Vertreter/-innen aus den Organisationen für Menschen mit Behinderungen (83,3 %) und für Migrant/-innen (78,6 %) sowie die Bündnisse/Initiativen (90,0 %) und Parteiangehörige (78,6 %) gehen davon aus, dass fehlende politische Bildung ursächlich für Demokratifeindlichkeit ist.

Zudem sind viele der Ansicht, dass der Rechtsstaat, die Politik und die Polizei an Vertrauen einbüßen und sich somit Misstrauen und Ablehnung gegenüber der Demokratie entwickeln. Während um die 60 % der Befragten aus den verschiedenen Einrichtungen diesen Punkt nannten, sind insbesondere Akteur/-innen aus den Organisationen für Menschen mit Behinderungen (83,3 %), Bündnissen/Initiativen (80,0 %) und Parteiangehörige (75,0 %) sowie jene aus den Gemeindeverwaltungen (71,0 %) und den Pfarr- und Kirchengemeinden (82,6 %) der Meinung, dass der Vertrauensverlust in den Rechtsstaat eine Ursache demokratifeindlicher Vorfälle darstellt.

Abbildung 19: Ursachen demokratiefeindlicher Vorfälle/Angriffe (subjektive Einschätzung)



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Weiterhin wird erkannt, dass sowohl die vermehrte Verbreitung von Verschwörungsdenken und Desinformation (57,1 %) als auch das vorgelebte Verhalten innerhalb der Familie (57,9 %) offenbar demokratiefeindliche Haltungen fördern. Vor allem Personen aus den Gemeinden Allersberg (68,0 %), Hilpoltstein (65,6 %), Kammerstein (77,8 %) und Röttenbach (66,7 %) sowie Vertreter/-innen aus den Bündnissen/Initiativen (100,0 %), Organisationen für Menschen mit Behinderungen (75,0 %), Parteiangehörige (71,4 %) und Akteur/-innen aus den Pfarr- und Kirchengemeinden (69,6 %) sind davon überzeugt, dass die Zunahme von Verschwörungsdenken ursächlich für Demokratiefeindlichkeit ist.

Dass das vorgelebte Verhalten innerhalb der Familie ausschlaggebend ist, denken vorrangig Befragte aus den Betreuungs- (70,6 %) und Bildungseinrichtungen (85,7 %) sowie Teilnehmende aus Allersberg (68,0 %), Heideck (84,6 %), Rednitzhembach (73,7 %) und Röttenbach (88,9 %).

Hinsichtlich des Einflusses der Peer-Group sind knapp 35 % der Teilnehmenden davon überzeugt, dass dies eine Ursache darstellt. Dabei sind es vor allem Vertreter/-innen aus Schulen (77,1 %), aus dem Kreisjugendring (75,0 %) und den Bündnissen/Initiativen (70,0 %), die diese Option auswählen. Auch die wenigen Teilnehmenden aus den Jugendhäusern/-treffs (100 %) sowie aus den Trägern der Jugendhilfe (100 %) sind davon überzeugt. Im Vergleich dazu, schätzen nur wenige Personen aus Vereinen (16,4 %) und aus der Feuerwehr (15,0 %) das diesbezüglich vorgelebte Verhalten der Peer-Group als relevant ein.

Fast die Hälfte (47,7 %) der Umfrageteilnehmenden geht davon aus, dass Angst vor dem Unbekannten, im Speziellen die fehlenden Begegnungs- und Berührungspunkte mit Minderheiten und Migrant/-innen, ein starker Treiber demokratiefeindlicher Einstellungen ist. Wieder sind es vermehrt die Vertreter/-innen der Bündnisse/Initiativen (90,0 %), der Organisationen für Menschen mit Behinderungen (75,0 %) und für Migrant/-innen (57,1 %) sowie Personen aus Kinderkrippen und Kindergärten (64,7 %), die dies als ursächlich empfinden.

Die am seltensten genannte Ursache ist Arbeitslosigkeit (21,7 %). Dies geht damit einher, dass insbesondere die Beschäftigten in den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen Kleinkinder, Kinder und Jugendliche als Zielgruppe haben und jene selten bis nie von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Betrachtet man die relevanten Akteur/-innen der Einrichtungen und die engagierten Bürger/-innen differenziert voneinander, ist die am häufigsten genannte Ursache ebenfalls jeweils politische und soziale Unsicherheit (Akteur/-innen: 65,9 %; Bürger/-innen: 63,9 %). Im weiteren Vergleich zeigt sich, dass zumeist eher die Akteur/-innen die aufgeführten Antwortoptionen als Ursachen ausmachten. Zwei Ausnahmen bilden die Punkte „Angst vor oder Ablehnung von Minderheiten und Migrant/-innen“ und „Keine oder zu geringe juristische Konsequenzen“. Diese wurden marginal häufiger von den politisch interessierten Bürger/-innen (26,2 % und 37,7 %) als Ursache benannt im Vergleich zu den Befragten aus den unterschiedlichen Einrichtungen (23,2 % und 37,6 %). Zudem gaben 18 % der Bürger/-innen sonstige Gründe als Ursache an, von jenen aus den Einrichtungen waren es lediglich 8,3 %.

Diese aufgeführten „sonstigen“ Ursachen lassen sich in verschiedene Kategorien zusammenfassen: 1) Einstellungen der Jugendlichen, 2) Medien, 3) Ängste/Neid und 4) Minderheiten, linke Gruppen bzw. Parteien.

Einige gehen davon aus, dass die Rebellion von Teenagern, ihr Ruf nach Aufmerksamkeit, Provokation, das Testen von Grenzen oder auch ihre Langeweile ursächlich für demokratiefeindliche Vorfälle sind. Auch ihre Zukunftsängste aufgrund der aktuellen Kriege werden als Auslöser von Demokratiefeindlichkeit angesehen. Letztlich gibt auch eine Person als sonstige Ursache die fehlende Wertschätzung der jungen Menschen für Gegenstände der Öffentlichkeit an.

Weitere Befragte benennen vorrangig die Medien, primär die sozialen Medien, als Ursache von Demokratiefeindlichkeit. Die Verbreitung von Falschinformationen bzw. Informationen

ohne Kontrolle des Wahrheitsgehalts, Medienblasen, die Manipulation durch Medien und die Verbreitung von Verschwörungstheorien sowie populistischer Einstellungen wurden diesbezüglich erwähnt. In diesen Bereich fallen auch, das fehlende Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien und aus Sicht der Befragten tendenziöse oder negative Berichterstattungen von seriösen Tageszeitungen, welche die Unzufriedenheit verstärken. Weiterhin werden die Medien als ursächlich beschrieben, weil sie demokratiefeindlichem Verhalten zu viel Aufmerksamkeit schenken würden. Eine Person beschrieb umfänglich, dass die sozialen Medien zur Polarisierung beitragen, sodass die Konsument/-innen zunehmend extremen Idealen folgen, und zur Diskriminierung oder sogar zu Gewalttaten gegenüber anderen Menschen bereit wären. Eine weitere Gruppe von sonstigen Ursachen lässt sich unter die Begriffe Neid sowie Angst subsumieren. So geben die Befragten einen allgemeinen Sozialneid, die Verallgemeinerung persönlich gemachter schlechter Erfahrungen und die fehlende Empathie mit den Betroffenen als mögliche Gründe an. Auch die Sorge um den eigenen finanziellen und emotionalen Wohlstand und Angst vor Veränderung wurden genannt. Eine Person betont weiterhin, dass für „Jugend viel getan wird, für Senioren null“ (Person aus Onlineumfrage), was auch den Neid bzw. die wahrgenommene Benachteiligung der Personengruppen untereinander repräsentiert. Andere machen als Ursachen demokratiefeindlicher Vorfälle die patriarchalen Strukturen, den allgemeinen Zuwachs nationalistischer und reaktionärer Tendenzen sowie Homophobie und Rassismus aus.

Es gibt auch einige Proband/-innen, die gegensätzliche Ansichten zu den Ursachen von Demokratiefeindlichkeit haben. So nehmen sie die aus ihrer Sicht fehlende Anpassung von Migrant/-innen an die deutsche Kultur, ihr fehlendes Interesse an einer Integration und das Nichtvorhandensein von Respekt gegenüber der deutschen Kultur als ursächlich wahr. Ferner sind manche der Ansicht, dass „ausschließlich Linke, Grüne, SPD und CDU/CSU demokratiefeindlich sind“ (Person aus Onlineumfrage) und dass insbesondere Personen aus dem linken Spektrum (Linksextreme) für die Radikalisierungen und Gewaltzunahmen verantwortlich seien. Eine weitere Person beschreibt die Ursachen als „vorausseilenden Gehorsam durch eine linke Verwaltung“ (Person aus Onlineumfrage) und ist der Ansicht, dass jegliche Kritik an Missständen sofort als „Nazi“ und „Rechts“ bezeichnet werde. Dies fördere aus ihrer Sicht den Verlust der Meinungsfreiheit. Zwei weitere Personen äußern sich zudem mit den Worten: „Es darf nicht sein, dass Meinungen der eigenen Bevölkerung verboten werden wollen. Ein Großteil der Deutschen will eine der größten Parteien verbieten lassen. Das ist absolut undemokratisch und sollte in die Diskussionen mit aufgenommen werden“ und „Demokratie geht nur mit gegenseitigem Respekt und vorausschauender Weitsicht. Eine Brandmauer zur AfD aufstellen und Demokratie predigen, ist die größte Heuchelei! Unsere Stimme bekommen keine Kriegstreiber und Hetzer. Deshalb wählen wir AfD. Für Frieden im Land, Traditionen und innere Sicherheit!“. Außerdem formulieren diese Personen ihren Unmut, dass es aus ihrer Sicht zu wenig Maßnahmen gegen linke Veranstaltungen gäbe und linksextreme weniger hart bestraft würden als rechtsextreme Personen.

Dies sind nur wenige, aber konsequente Kommentare von den Umfrageteilnehmenden, die deutlich zeigen, wie zriegespalten die Ansichten der Bürger/-innen im Landkreis Roth sind.

Die Abbildung 19 lässt schließlich vermuten, dass demokratiefeindliches Verhalten nicht nur auf individueller Feindseligkeit oder ideologischer Überzeugung basiert, sondern auch mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen korreliert. Die erhobenen Daten deuten darauf hin, dass gesellschaftliche Instabilität, mangelnde Bildung sowie der Vertrauensverlust in Bezug auf Institutionen besonders stark als Ursachen wahrgenommen werden. Ebenso sind die allgemeine Zunahme von Verschwörungstheorien und das vorgelebte Verhalten innerhalb der Familie durchaus wichtige Punkte, da sie von mehr als der Hälfte der Befragten als Ursachen benannt wurden.

In den Interviews sind die Ursachen für demokratiefeindliche Tendenzen und Vorfälle ebenso Thema. So macht die interviewte Schulleitung als Grund der aktuellen Lage den Umstand aus, dass sie eine generelle Lust bzw. ein großes Interesse in allen Bereichen wahrnimmt, Situationen, die auf kommunikative Weise lösbar erscheinen, zu eskalieren. Dies betrifft den medialen Bereich, in dem verschiedene Themen aufgebauscht werden, aber auch den schulischen Bereich. Dies sieht sie aber eher als gesamtdeutsches Problem und bezieht es nicht ausschließlich auf den Landkreis Roth. In der Gruppendiskussion wird die Rolle der Medien ebenfalls stark betont. So sprechen auch die dortigen Teilnehmenden eine Diskursverschiebung in den Medien an. Bei jedem Delikt bzw. jeder Straftat wird aus ihrer Sicht vor allem die Herkunft der Täter/-innen hervorgehoben. Diese Ansicht teilen auch Interviewte aus den Einzelinterviews. So werden aus ihrer Sicht Vorfälle und Angriffe, die von Personen deutscher Herkunft ausgehen, kaum thematisiert und jene, die von Migrant/-innen begangen werden, sehr ausführlich berichtet.

In den Abschlussbemerkungen der Onlineumfrage wird dazu ergänzt, dass im Gegensatz dazu viel zu wenig über positive Erfahrungen berichtet wird und auch in den Regionalzeitungen selten Veranstaltungen beworben werden. Konkret wird auch die „Einseitige Information der RHV und seit einiger Zeit auch vom Kurier (Zeitung)“ (Person aus Onlineumfrage) kritisiert. Die Schuld ausschließlich in der medialen Berichterstattung zu sehen, wird der Ursachenfindung aus ihrer Sicht aber auch nicht gerecht. So ist bspw. die Pfarrperson sich sicher, dass auch die vielfältigen Krisen, mit denen die Menschen derzeit konfrontiert sind, einen Beitrag dazu leisten, warum der Wunsch nach einfachen Lösungen wächst. Sie ist außerdem der Ansicht, dass die viele Zustimmung für die AfD bedeutet, dass der Kontakt zu vielen Menschen verloren gegangen sei und dieser nicht mehr erreicht werde. Sie vermutet, dass die Milieubildung und auch die Kommunikations- und Filterblasen daran beteiligt sind und dieses Verschließen gegenüber anderen Ansichten verstärken. Dies führe aus ihrer Sicht dazu, dass vollständig andere Wahrnehmungen von der Demokratie und den Geschehnissen entstanden seien und die Menschen, angesichts der verschiedenen Blasen, nicht mehr die gleiche Sprache sprächen. Aufgrund des fehlenden Medienvertrauens einiger Gruppen gäbe es keine gemeinsame Faktenbasis und auch keine geteilten Werte mehr, was Begegnungen und einen gemeinsamen Diskurs verunmöglichen. Dadurch würden sich bestimmte Personen exkludiert fühlen, vernachlässigt oder auch nicht ernst genommen („sich Menschen abgehängt fühlen“ (Pfarrperson: Z. 75)) und bieten somit Angriffsfläche, von populistischen Parteien manipuliert zu werden. Diese Interviewperson macht also die fehlende Kommunikation als Hauptproblem aus. Eine andere interviewte Person aus einem Bürger/-innenbündnis ergänzt, dass vielen Menschen auch schlicht die politische Bildung fehle und sie es nicht besser wüssten. Sie stimmt also mit den 61,3 % aus der Umfrage überein. Außerdem ist sie überzeugt davon, dass viele Bürger/-innen einfache Antworten wollen und sich daher von populistischen Aussagen blenden lassen.

Weiterhin wird aus den Einzelinterviews auch die Schwierigkeit deutlich, dass die jungen Menschen aus der Weltpolitik sehen, dass der lautesten Meinung mittlerweile auch die meiste Kraft und Macht zugesprochen wird. Die jungen Menschen erleben also solche Tendenzen auf höchster politischer Ebene, laut Aussagen in den Interviews. Von der im Kreisjugendring tätigen Person werden daher auch Jugendliche als gefährdete Gruppe thematisiert. So sind sie zwar nicht gesondert gefährdet, Opfer demokratiefeindlicher Vorfälle zu werden, aber dafür davon, manipuliert und instrumentalisiert zu werden. Dieser Aspekt wurde auch bereits im Antrag der PFD zur Bundesförderung thematisiert. Sie werden in den sozialen Medien wie TikTok permanent mit rechtspopulistischen Inhalten konfrontiert und laufen Gefahr, die dortigen Inhalte als ihre eigenen Ansichten zu übernehmen, weil ihnen vermeintlich einfache Lösungen

präsentiert werden. Auch in den Vereinsstrukturen begegnen sie teilweise Personen, die versuchen, sie durch gezielte Verbreitung von Ideologien zu manipulieren. Dies wird, wie bereits beschrieben, in der Gruppendiskussion berichtet.

Im Landkreis wird insgesamt zunehmend Ablehnung von Minderheiten und Menschen mit Migrationshintergrund erlebt. So nimmt die interviewte Schulleitung wahr, dass derzeit Sichtbarkeit und Repräsentation von queeren Personen in der Gesellschaft und auch der Schule wenig erfolgen und bspw. die Regenbogenflagge nicht mehr als Aushängeschild gewünscht wird. Auch Möglichkeiten wie zusätzliche Unisex-Toiletten, die geschaffen wurden, um queeren bzw. trans* Menschen eine sichere Alternative zu bieten, werden von einigen Personen als störend empfunden und es gibt Anträge an die Schulleitung, diese wieder abzuschaffen. Diese zunehmenden konservativen Meinungen unter Schüler/-innen wurden bereits von der Partnerschaft für Demokratie in ihrem Förderantrag erwähnt und werden von der Schulleitung bestätigt. Damit steigt auch die Gefahr, dass allgemein Diversität an Bedeutung verliert und die Rechte von queeren Menschen wieder stärker eingeschränkt werden. Die Ursachen liegen aus Sicht mehrerer Interviewter zum einen schlicht in fehlenden Berührungspunkten mit alternativen Lebensmöglichkeiten (aufgrund der räumlichen Gegebenheiten im Landkreis) und zum anderen auch in religiösen Gründen.

In der Gruppendiskussion wird als weitere Ursache, wie auch in den offenen Anmerkungen der Onlineumfrage, außerdem eine zunehmende Polarisierung und Abkehr von Regierungsparteien aufgeführt. So besteht aus Sicht der Teilnehmenden eine große Enttäuschung über die Regierungsparteien und der Wunsch nach Veränderung. Außerdem wird in der Gruppendiskussion auch die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung thematisiert. Bei jungen Menschen sei zum einen der Rückzug in die digitale Welt und der daraus resultierende fehlende Wunsch nach Partizipation zentral. Zum anderen scheint bei ihnen insbesondere die Angst vor gesellschaftlicher Armut eine Rolle zu spielen. Im Hinblick auf ihre persönliche Situation haben sie weniger finanzielle Ängste, weil sie oftmals abgesichert sind, aber dennoch besteht eine diffuse Angst vor gesellschaftlicher Verarmung. Damit kann aus Sicht einer teilnehmenden Person auch die allgemeine Unzufriedenheit erklärt werden. Denn es besteht „trotzdem diese generelle Ahnung man kriegt nicht genug“ (Person aus Gruppendiskussion: Z. 27). Dies wird auch mit der Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht, wobei jedoch eingeordnet wird, dass es im Landkreis immer noch genügend Ausbildungsplätze für junge Menschen gibt. Bei den Vorfällen, die von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. geflüchteten Menschen begangen werden, so sind sich die Teilnehmenden der Gruppendiskussion einig, ist die mangelnde Perspektive ausschlaggebend. Diese Gruppe empfinde aufgrund der jahrelang andauernden Unsicherheit keine Zugehörigkeit, keine Sicherheit, wisse nicht, wie die Zukunft aussieht, und befindet sich in großer Abhängigkeit. Das führe dann dazu, dass sie Regeln missachten und auf sich aufmerksam machen wollen, laut Aussagen in der Gruppendiskussion. Eine ähnliche Strategie wird auch im Rahmen der Schule deutlich. So wählen vor allem die Jungen aus Sicht der Schulleitung absichtlich politisch inkorrekte, misogynie, ausländerfeindliche oder anti-woke Ausdrücke und Provokationen, um sich einerseits von den Mädchen und andererseits von den Lehrkräften oder Erwachsenen abzugrenzen: „und die versuchen das dann schon äh also äh durch Grenzüberschreitungen, mit denen sie sich auch äh in nicht-demokratischem Raum bewegen“ (Schulleitung: Z. 122 ff.). Die Jungen verfolgen laut ihrer Wahrnehmung die Ansicht, „wenn wir die ärgern wollen dann müssen wir politisch inkorrekt sein.“ (Schulleitung: Z. 97 f.). Dabei stehen aus Sicht der Schulleitung immer das Abwarten der Reaktion der anderen sowie die eigene Profilierung im Mittelpunkt. Dies unterstreichen auch die Teilnehmenden der Gruppendiskussion. Eine von ihnen führt ein Beispiel an, dass junge Menschen gezielt einen Hitlergruß machen, weil sie dabei eine Reaktion von den Erwachsenen erwarten, die sie dann motiviert, weitere Grenzen zu überschreiten.

Laut Interviewten werden diese Verhaltensweisen nicht nur im Rahmen der Schule, sondern auch im Freizeitbereich festgestellt. Mit Ignoranz zu agieren, stellt aber auch keine geeignete Strategie dar. Dies zeigt das Beispiel, dass einer der Jugendlichen auf einer Ferienfreizeit „Du Hitler“ gesagt habe. Die zuständigen Sozialpädagog/-innen haben gemeinsam mit diesem jungen Menschen eine Einordnung vorgenommen. Dabei stellte sich heraus, dass seine Äußerung mittlerweile eine gängige Äußerung der jungen Menschen sei, um auszudrücken, dass sie jemand nervt. Die jungen Menschen hätten dies bisher nicht hinterfragt, weil sie erleben, dass Erwachsene und insbesondere Lehrkräfte darauf scheinbar mit Ignoranz reagieren. Dementsprechend seien sie davon ausgegangen, dass dieses Verhalten geduldet wird.

Es finde eine zunehmende Normalisierung von neonazistischen Symbolen und Leitfiguren statt. Diese Normalisierung erfolgte aber laut den Teilnehmenden der Gruppendiskussion auch in den Familien und ihr Einfluss auf die jungen Menschen bilde einen weiteren wichtigen Indikator. Viele junge Menschen übernahmen unhinterfragt die dort getätigten Aussagen. Dies zeige sich bspw. daran, dass sie nicht nach diesen Ansichten leben, sondern bspw. Freund/-innen haben, gegen die sich ihre Aussagen richten. Wenn sie darauf angesprochen wurden, führten sie aus, auf diese wären die Äußerungen nicht bezogen bzw. diese würden den Spaß verstehen. Dass dennoch Verletzung und Diskriminierung die Folge solchen Verhaltens sein können, werde von den jungen Menschen oftmals nicht bedacht.

In der Gruppendiskussion wird weiterhin geäußert, dass die Ultraszene des 1. FC Nürnberg ebenfalls einen großen Einfluss auf die jungen Menschen und ihre politische Orientierung ausübe. So seien bspw. in der Banda di Amici viele Neonazis organisiert. Die rechtsextremen Sticker, die in Rednitzhembach am Bahnhof festgestellt wurden, führen die Teilnehmenden der Gruppendiskussion ebenfalls auf den in Rednitzhembach ansässigen Ultraverein zurück. In diesem seien nach ihrem Wissen mehrere junge rechte Mitglieder organisiert. Bei Busfahrten zu Fußballspielen seien laut ihres Kenntnisstands auch Lieder mit offensichtlich rechten Inhalten abgespielt und mitgesungen worden. Dies zeigt bereits die Macht von den Strukturen: „und so funktioniert halt Jugendkultur, bei denen mit drin hängst und merkst ah ja, da bist du wer, wenn du halt am lautesten schreist. Und dann wirst du ganz viel mit deren Ideologien konfrontiert. Ja da rutschen die halt politisch nach rechts, viel zu weit rechts ab“ (Person aus Gruppendiskussion: Z. 267-270). Abschließend dazu bestärkt ein Kommentar eines Umfrageteilnehmenden die eben getätigten Aussagen: „Generell habe ich das Gefühl, dass der politische Trend auch und vor allem bei Jugendlichen stark in Richtung Rechts geht. Das klingt zwar böse, aber bei uns kann man da ganz klar einen Zusammenhang zwischen dieser Entwicklung und den FCN-Fanclubs bzw. Ultras oder BDA erkennen“ (Person aus Onlineumfrage). In der Gruppendiskussion wird die Beobachtung thematisiert, dass die jungen Menschen aus diesen Kreisen das Vertrauen in die Demokratie verlieren.

Auch die fehlenden Begegnungen und der mangelnde Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund werden in den Einzelinterviews und der Gruppendiskussion als Ursache hervorgehoben. Dieser Kontakt sei aufgrund bestehender Vorurteile aber auch nicht gewünscht: Obwohl viele Immobilien im Landkreis leerstehend sind, seien die Eigentümer/-innen nicht bereit gewesen, diese an Geflüchtete bzw. Asylbewerber/-innen zu vergeben. Sie seien davon ausgegangen, dass diese für eine Zerstörung des Inventars sorgen, Drogen nehmen und eine Bedrohung für die Kinder im Landkreis darstellen würden. Hierbei wird aber laut den Teilnehmenden der Gruppendiskussion ein Unterschied zwischen ukrainischen und bspw. jungen syrischen Geflüchteten gemacht: „Die syrischen jungen Männer die wurden mehrheitlich abgelehnt und die ukrainischen Familien, die wurden alle waren willkommen.“ (Person aus Gruppendiskussion: Z. 1188 f.). Auch im Antrag der Partnerschaft für Demokratie auf Förderung wurde bereits diese Schwierigkeit, Wohnraum für geflüchtete Personen zu finden, erwähnt. Dort wird auch ausgeführt, dass die Integrationserfolge in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen werden. Dies stimmt mit den Wahrnehmungen der Interviews überein.

In Bezug auf die Probleme des Landkreises lassen sich aus Sicht der Interviewpartner/-innen Unterschiede ausmachen. Greding sei angesichts der AfD-Parteitage ein örtlicher Hotspot, in dem die Interviewpartner/-innen vor allem rechtspopulistische Tendenzen verorten. Dass Greding hierbei von der AfD ausgewählt wurde, liegt laut einer interviewten Person vor allem an der guten Anbindung über die Autobahn A9 sowie der Veranstaltungshalle, die ausreichend Platz und Ausstattung und einen Besitzer, der den Ansichten der AfD unterstützend gegenüberzustehen scheint, bietet. Auch die zentrale Lage Gredings in Bayern mache die Stadt für die AfD attraktiv. Die Pfarrperson ergänzt als weiteren Grund, „dass sie sich einfach kleine Orte in denen kein bürgerschaftliches Engagement äh ich sage mal in der Masse mobilisierbar ist ähm dann aussuchen“ (Pfarrperson: Z. 207 f.). Aber nicht nur in Greding ist die AfD willkommen. Ebenfalls hohe Unterstützung erfährt sie aus Sicht der Interviewten auch in Abenberg und in Thalmässing. In Allersberg, Thalmässing und auch in der Stadt Roth gibt es laut ihnen zudem eine Gruppe an neonazistischen Menschen, von denen den Befragten jedoch nicht bekannt ist, ob diese in einer Vereinigung organisiert sind. Auch die Kameradschaft Altmühlthal sowie der III. Weg werden in den Interviews als rechte Gruppierungen aufgeführt, die möglicherweise im Landkreis agieren. Die Interviewten wissen dabei aber nur sicher, dass es rechte Gruppierungen im Landkreis gibt. Ob dies lose Zusammenschlüsse oder organisierte Gruppen darstellen, ist ihnen nicht wirklich bekannt: „Aber das sind eben so Auffangbecken für Leute die vielleicht gerade sowas ganz gut vertreten können.“ (Person aus Bürger/-innenbündnis: Z. 58 f.). Auch angesichts der Sticker und Aufkleber, die im Landkreis verteilt sind, lässt sich für die Interviewten keine konkrete Organisation ausmachen. Stattdessen enthalten diese allgemein gehaltene rechte Aussagen bzw. richten sich gegen linke Gruppen.

In der Gruppendiskussion wird daran anschließend diskutiert, ob im Landkreis weniger offen ausgelebter Rassismus oder Vorfälle von Demokratiefeindlichkeit vorhanden sind, weil die Akteur/-innen bspw. besser vernetzt sind als in anderen Regionen. Letztendlich sind die Teilnehmenden aber der Ansicht, dass im Landkreis Roth sowohl Rassismus als auch Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit besteht und auch öffentlich signalisiert wird. All diese Ressentiments werden jedoch im Landkreis trotz ihres Vorhandenseins weniger stark wahrgenommen. Dies weist darauf hin, dass die Sensibilität der Bürger/-innen noch ausbaufähig ist. Die Pfarrperson äußert zur Vernetzung, dass im Landkreis eher kleingliedrig gearbeitet wird und die einzelnen Initiativen und Bündnisse sich nur auf einzelne Gemeinden beziehen. Dies ist angesichts der dadurch möglichen Nähe zu der Bevölkerung aus ihrer Sicht eine Stärke, aber auch eine Schwäche: „gerade dann wenn jetzt von außen oder überregional Demokratiefeinde hier agieren in unserem Landkreis muss man ehrlicherweise sagen ist er nicht besonders gut geschützt weil nicht so gut vernetzt.“ (Pfarrperson: Z. 213 ff.).

Weitere regionale Unterschiede innerhalb des Landkreises bestehen auch hinsichtlich des Umgangs mit der deutschen Geschichte. So wird die Kommune Allersberg von einer interviewten Person vor allem für ihren Umgang mit einem Straßenschild kritisiert. Dabei handelte es sich um eine Straße in der Kommune, die nach dem ehemaligen Bürgermeister Allersbergs, Wilhelm Burkhardt, benannt wurde. Dieser war während der Zeit des Nationalsozialismus in der SA tätig. Aus diesem Grund hat die Bürger/-inneninitiative „Allersberg ist bunt“ eine Umbenennung gefordert und auch Unterschriften gesammelt. Die Gemeinde hält jedoch an dem Beschluss fest und es ist nicht gelungen, die Situation mithilfe von Diskussionen zu lösen. Stattdessen wurden die jeweiligen Personen laut der Pfarrperson diffamiert und auf persönlicher Ebene beleidigt. Außerdem wurde laut Aussage der Pfarrperson seitens der Gemeinde und des Bürgermeisters auch eine wissenschaftliche Arbeit, die zur Geschichte von Wilhelm Burkhardt verfasst wurde, nicht anerkannt, und dementsprechend wurde kein Diskurs über die Historie dieser Persönlichkeit und mögliche Alternativen für das Straßenschild zugelassen. Eine ähnliche Situation gab es auch in der Stadt Roth bezüglich eines Straßenschildes, welches nach Rudolf Wöhrl benannt worden ist. Er war in der NSDAP und der SS. In Roth wurde nach

einer Abstimmung und einer sachlichen Diskussion entschieden, den Straßennamen zu behalten, aber ein Informationsschild zur Einordnung anzubringen. Diese Fälle wurden auch in der Onlineumfrage mehrfach als demokratiefeindliche Vorfälle und Ursachen für Unzufriedenheit angeführt.

Laut Ergebnissen werden weitere regionale Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Bereichen ausgemacht. Die interviewte Person aus dem Kreisjugendring hebt hervor, dass sie die Probleme der Ablehnung von Minderheiten und Migrant/-innen vor allem in ländlichen Regionen im Landkreis erlebt, weil dort wenig Kontakt zu diesen Personengruppen besteht. Dass in Roth die Stadtbevölkerung deutlich heterogener ist und dadurch auch Begegnungsmomente mit anderen Kulturen möglich sind, merken auch andere Interviewpersonen an. Eine von ihnen kontrastiert die Situation im ländlichen Raum mit der Stadt Roth und stellt fest, dass in ländlichen Räumen sowohl wenig externe Einflüsse vorhanden seien als auch wenig zugelassen werde. Das Problem in den ländlichen Räumen sei insbesondere, dass die Begegnungen wenig divers im Hinblick auf Nationalitäten, Hautfarben oder Religionen sind. „Diese Normalität des Unterschiedlichseins“ (Schulleitung: Z. 182) ist in ländlichen Regionen bisher nicht angekommen. Von Personen, die zugezogen sind, wird z. B. erwartet, dass sie sich in die bestehenden Strukturen eingliedern. Es besteht wenig Interesse, einen Einblick in andere Lebensrealitäten erhalten zu wollen, und nahezu keine Bereitschaft, Personen, die sich neu integrieren, zuzuhören und ihren Perspektiven, Raum geben zu wollen. Das Problem, „also dass die Lebensrealitäten einfach fremd sind und fremd bleiben durch wenig Möglichkeiten und wenig Räume und vielleicht auch wenig Bereitschaft, ähm das zu ändern und eben auch in den Austausch zu gehen miteinander“ (Person aus Bürger/-innenbündnis: Z. 67-70), wird mehrfach angesprochen. Auch zwischen den einzelnen Kommunen oder auch innerhalb der Städte und der dortigen Viertel fehlen Kenntnisse über die Lebensrealitäten. Aus Sicht der Pfarrperson bedarf es hier eines Regional- bzw. Quartiermanagements mit dem Schwerpunkt auf Demokratieförderung, welches diese Verbindungen herstellt.

5.2.3. Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Gestaltung

Neben den Problemlagen im Landkreis wurden in der Onlineumfrage sowie in den Interviews auch Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Rechtsextremismusprävention und damit zur Bekämpfung demokratiefeindlicher Vorfälle thematisiert.

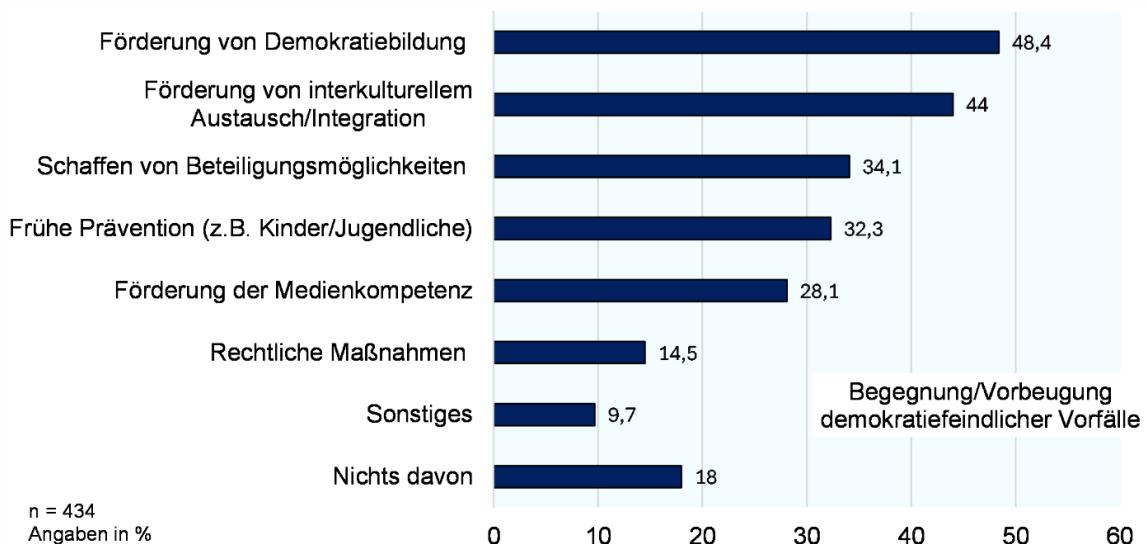
Abbildung 20 zeigt die Antworten von 434 Teilnehmenden auf die Frage, welche Maßnahmen die Einrichtungen (z. B. Schulen, Vereine, soziale Träger) im Landkreis Roth treffen, um demokratiefeindlichen Vorfällen entgegenzuwirken oder diesen vorzubeugen.

Die zwei mit Abstand am häufigsten ergriffenen Maßnahmen der Einrichtungen und Initiativen sind die Förderung von Demokratiebildung (48,4 %) und die Förderung von interkulturellem Austausch bzw. Integration (44 %).

Dies zeigt, dass die Einrichtungen bereits bemüht sind, den in den Interviews identifizierten Ursachen für die Probleme und die demokratiefeindlichen Vorfälle entgegenzuwirken. Die unterschiedliche Wahrnehmung von Demokratie aus Sicht verschiedenster Personengruppen und die fehlende Bereitschaft für den offenen Dialog werden dort als wichtige Ursachen herausgearbeitet. Die interviewte Pfarrperson wünscht sich bspw., dass zukünftig die Milieus durchlässiger werden und der Austausch zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen wiederhergestellt wird, wozu genau die als zentral ausgemachten Maßnahmen der Onlineumfrage beitragen können.

Vornehmlich die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen (Kindertageseinrichtungen: 68,8 %, Schulen: 91,2 %), Vertreter/-innen des Kreisjugendrings (87,5 %), von Bündnissen (80,0 %), aus Organisationen für Menschen mit Behinderungen (66,7 %) und der Orts- und Kreisverbände (78,6 %) greifen auf demokratiebildende Angebote zurück.

Abbildung 20: Vorbeugung/Begegnung demokratiefeindlicher Vorfälle/Angriffe



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Zudem nutzen vermehrt die Einrichtungen aus Georgensgmünd (64,7 %), Heideck (77,8 %), Kammerstein (66,7 %) und Rednitzhembach (66,7 %) diese Präventionsmaßnahme. Sowohl auf einen interkulturellen Austausch als auch auf Integration als Präventionsmaßnahme setzen insbesondere die Bündnisse/Initiativen (80,0 %) und die Organisationen für Personen mit Migrationshintergrund (85,7 %) sowie Befragte aus Allersberg (55,6 %), Büchenbach (57,1 %), Roth (52,2 %) und Wendelstein (62,5 %).

Auch die frühe Prävention bei Kindern und Jugendlichen, z. B. in Form von Schulprojekten, Workshops oder auch außerschulischen Angeboten (32,3 %), sowie die Förderung der Medienkompetenz stehen bei knapp 30 % der Einrichtungen auf der Agenda. Betrachtet man Einrichtungen, die Kinder und Jugendliche als Zielgruppe haben, ist der Anteil an Einrichtungen, die diese Maßnahmen ausführen, deutlich höher.¹⁴

Rechtliche Maßnahmen, in Form von Verwarnungen und Anzeigen, wurden von 14,5 % der Einrichtungen und Personen ergriffen, vorrangig von Schulen (44,1 %), von Organisationen für Menschen mit Behinderungen (25,0 %) und vom Landratsamt (23,4 %). Sie spielen somit eine eher untergeordnete Rolle. Teilweise beschreiben die Befragten jedoch, dass sie Verstöße gegen die Hausordnung ahnen und bei Fehlverhalten Abmahnungen nutzen. In den Abschlussbemerkungen der Umfrage zeigt sich zudem, dass sich einige Personen ein konsequenteres Vorgehen gegen rechtsextreme Äußerungen auf der Kirchweih sowie eine Entfernung der Sticker im Stadtgebiet wünschen.

Abschließend erwähnten knapp 10 % der Akteur/-innen „sonstige“ Maßnahmen, um Demokratiefeindlichkeit vorzubeugen oder ihr zu begegnen. Sie führen persönliche, offene Gespräche und Diskussionen auf. Dabei werden demokratiefeindliche Aussagen aufgegriffen und hinterfragt. Zudem sind soziale Werte, Toleranz und demokratisches Verhalten Inhalte dieser Ge-

¹⁴ **Frühe Prävention, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen - Einrichtungen und Orte mit den höchsten Werten:** Kreisjugendring (87,5 %), Kinderkrippe etc. (68,8 %), Schulen (85,3 %), Allersberg (38,9%) und Roth (38,9 %).

Förderung der Medienkompetenz - Einrichtungen und Orte mit den höchsten Werten: Kreisjugendring (87,5 %), Organisationen für Personen mit Behinderungen (50,0 %), Schulen (76,5 %), Kammerstein (44,4%), Spalt (37,5 %) und Wendelstein (37,5 %).

spräche. Wieder andere beugen Demokratiefeindlichkeit vor, indem sie die Kompetenzen anderer fördern, bspw. in Form von Weiterbildungen für Eltern, Lehrkräfte und Angestellte. Auch die Stärkung der Sozialkompetenz von jungen Menschen und das Üben von Demokratie im Alltag wurden als Präventionsmaßnahmen geäußert. Solche Maßnahmen werden zum Teil auch bereits mit sehr kleinen Kindern in Krippen und Kindergärten durchgeführt.

Die Mitarbeit in Arbeitsgruppen, die Öffentlichkeitsarbeit sowie gemeinsame Projekte mit der Bürgerschaft werden ebenfalls als sonstige Maßnahmen aufgeführt. Das Hinwirken auf die Gründung eines Behindertenbeirates im Landkreis Roth wurde ebenfalls mehrfach geäußert. Eine Person erwähnte diesbezüglich Folgendes: „Zusammen mit dem Rother Inklusionsnetzwerk muss auch im Landkreis Roth mit einem Behindertenrat des Landkreises ein Forum geschaffen werden, welches die in der UN-BRK verbrieft politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung strukturell verankert“ (Person aus Onlineumfrage). Wieder andere Akteur/-innen begegnen demokratiefeindlichen Vorfällen mit „Türen zusperren, Überwachungskameras installieren und Security am Eingang“ (Person aus Onlineumfrage).

Wenige sind der Meinung, dass es entscheidend größere Probleme im Landkreis gibt, die zwingender behoben werden sollten: „Demokratienachhilfe wird wohl kaum benötigt. Maßnahmen in Infrastruktur, Pflege und Wirtschaft wären sinnvoller“ (Person aus Onlineumfrage).

Ein nicht zu vernachlässigender Anteil an Einrichtungen (17,5 %) gibt an, keine der abgefragten Maßnahmen umzusetzen. Dies kann ein Hinweis auf bestehende Handlungslücken sein. Vorrangig Personen aus der Feuerwehr (55,6 %) und aus den Vereinen (35,9 %) sowie aus den Regionen Abenberg (35,0 %), Rohr (58,3 %), Schwanstetten (41,7 %) und Thalmässing (30,0 %) gaben an, keine Maßnahmen durchzuführen.

Insgesamt verdeutlicht die Abbildung 20, dass (Demokratie-)Bildung, interkultureller Austausch sowie Partizipation, also Beteiligungsmöglichkeiten, als zentrale Hebel zur Prävention von demokratiefeindlichem Verhalten und Vorfällen gelten.

In der Umfrage wurden die Teilnehmenden außerdem gebeten, anzugeben, welche konkreten Möglichkeiten der Partizipation und politischen Bildung in ihrer Einrichtung bestehen. Viele der Befragten setzen dabei auf das Vorleben demokratischer Werte, eines respektvollen Umgangs sowie von Gleichbehandlung und Offenheit. Dazu zählen einerseits öffentliche Stellungnahmen in den Medien und andererseits direkte Gespräche in den Einrichtungen. In Letzterem klären die Akteur/-innen über Fake News auf oder ordnen bspw. ausländerfeindliche Kommentare ein. Außerdem versuchen sie, durch Aufklärung über regionale und lokale demokratiefeindliche Vorfälle Engagement für gefährdete Personen zu erwirken oder Menschen für die Mitwirkung in einzelnen Parteien zu gewinnen. In der Arbeit mit jungen Menschen umfassen die Maßnahmen auch eine Unterstützung bei der Konfliktlösung und eine Ermutigung zur Meinungsäußerung.

Aus der Onlineumfrage wird zudem deutlich, dass eine weitere große Gruppe an Befragten Bildungsangebote wie politischen Unterricht oder Angebote zur Medienbildung für Kinder und deren Eltern durchführt. Auch die Förderangebote zur politischen Bildung in den Bildungszentren des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) werden aufgeführt. Ferner zählen auch Informationsveranstaltungen zum besseren Verständnis des Islam sowie zu Kinderrechten, oder Fortbildungen für Lehrkräfte zu demokratiefeindlichen Symbolen und zur Jugendkultur zu dieser Kategorie. Einzelne Akteur/-innen bieten Workshops gegen Rechtsextremismus und Fake News sowie Workshops zur Stärkung des Selbstbewusstseins an. Auch Weiterbildungen zur Schulung der Diversitätssensibilität, zum Thema Vielfalt für Vereine oder Schulungen für Ehrenamtliche zum Thema interkulturelle Kompetenz wurden im Landkreis bereits durchgeführt.

Weitere partizipative Maßnahmen, die bereits umgesetzt werden, betreffen Wahlen und Abstimmungen. Im Bereich der Jugend sind dies Wahlen der Klassensprecher/-innen, der Schülersprecher/-innen, der Vertrauenslehrer/-innen, Wahlen im Hinblick auf die SMV (Schülermitverantwortung) und spezielle Junior- bzw. U18-Wahlen. Als Maßnahmen für erwachsene Bürger/-innen werden ihr aktives und passives Wahlrecht für Gremien, aber auch die Wahlen von Delegierten innerhalb einer Partei oder Wahlen zum Kirchenvorstand angeführt.

Formen der gelebten Mitbestimmung und -wirkung durch basisdemokratische Verfahren erfolgen ebenfalls in vielen bestehenden Initiativen, Bündnissen und Vereinen. So haben oftmals alle Mitglieder Antrags-, Rede- sowie Mitspracherecht in Mitgliederversammlungen. Andere Maßnahmen in den Vereinen, die als Teilhabe wahrgenommen werden, betreffen die Mitwirkung bei der Gestaltung von Festen und Aktionen, die Organisation von Demonstrationen und die Beteiligung in Mitbestimmungsgremien.

Für die Unterstützung und die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund bestehen ebenfalls einige Maßnahmen. So werden Veranstaltungen angeboten, bei denen ihnen die Gesetze und Institutionen in Deutschland nahegebracht oder sie über ihre Rechte und Pflichten im Rahmen des Aufenthalts aufgeklärt werden. Einige Akteur/-innen bieten Stammtische und auch Sprachkurse für Menschen mit Migrationshintergrund an. Um zudem einen Austausch zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu ermöglichen, werden auch interkulturelle Begegnungsangebote genutzt. Vergleichbare Angebote bestehen auch zur Zusammenführung von Menschen mit und ohne Behinderungen. Eine Person beschreibt, dass generell alle inklusiven Angebote im schulischen oder außerschulischen Bereich einen Beitrag zur Teilhabe leisten. Auch die Beratung und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen oder kranken Menschen wird als Maßnahme zur Ermöglichung der Teilhabe aufgeführt. Hinsichtlich der Stärkung bestimmter Personengruppen gibt es die Maßnahmen des Senior/-innenbeirats sowie Gesprächsangebote für diese Personengruppe und die Unterstützung jener Familien, die Beistand bei Alltagsproblemen benötigen.

In den Schulen gibt es Schulforen, die Verfassungsviertelstunde und einzelne Demokratie-Arbeitsgemeinschaften. Außerdem kommen zum Teil Respectcoaches zum Einsatz, die den jungen Menschen demokratische Werte und Zivilcourage vermitteln oder soziales Training anbieten. Regelmäßig besuchen auch einzelne Abgeordnete oder Funktionsträger/-innen die Schulen und treten dort in einen direkten Austausch mit den Schüler/-innen. An den Schulen, die „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sind, werden zudem spezifische demokratiefördernde Projekte angeboten.

Im Freizeitbereich bieten die Akteur/-innen für junge Menschen ebenfalls einige Maßnahmen zur Partizipation. So gab es bereits Jugendfahrten mit dem Ziel der demokratischen Bildung. Für junge Menschen bieten einzelne Akteur/-innen spezielle Demokratieschulungen, Kinderkonferenzen oder Planspiele zum Thema Demokratie an. Es wurden Jugendzukunftswerkstätten in den einzelnen Gemeinden durchgeführt und die jungen Menschen damit an der Gestaltung des Landkreises beteiligt. Auch die gemeindliche Jugendarbeit ist hier einzuordnen. Weiterhin können Jugendliche im Jugendparlament des Landkreises mitwirken. In manchen Einrichtungen gibt es auch Jugendräte, um die Perspektive der jungen Menschen gesondert zu adressieren.

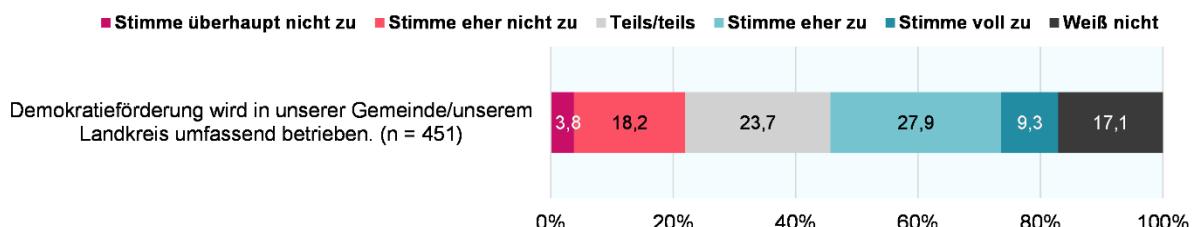
Zur generellen Teilhabe der Bürger/-innen werden die Bürger/-innenversammlungen und -frägestunden sowie öffentliche Gemeinderatssitzungen als sinnvoll erachtet. Der kommunalpolitische Arbeitskreis und das dortige Engagement zählen ebenfalls zu dieser Kategorie. In einigen Gemeinden sind die Bürgermeister/-innen und die Verwaltung online erreichbar. Auch dies wird als Maßnahme der politischen Partizipation angesehen.

Ein letzter Block an Maßnahmen, die die Akteur/-innen bereits zur Partizipation und demokratischen Teilhabe umsetzen, betrifft Veranstaltungen. Dazu zählen einzelne Events, wie die

Lange Nacht der Demokratie, die im Landkreis ausgerichtet wird, aber auch spezielle Kundgebungen, Aktionstage zum Ukrainekonflikt oder Gedenkveranstaltungen z. B. zum 8. Mai, dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa. Musikveranstaltungen oder multikulturelle Feste mit dem Fokus auf Integration, Weltoffenheit und Pluralität oder auch Poetry Slams werden ebenfalls gelegentlich angeboten. Auch die Aktion Sternsingen, bei der die Erweiterung der eigenen Perspektive auf die Lage in anderen Ländern angestrebt wird, wird angeführt. Für eine Sensibilität gegenüber der Geschichte bieten einzelne Akteur/-innen laut ihrer Aussage auch Ausflüge zu Gedenkstätten von Konzentrationslagern an. Zur Demokratiebildung werden weiterhin Fahrten zum Bundestag, zum Landtag oder zum Europäischen Parlament organisiert. Letztlich zählt auch die Durchführung von Netzwerktreffen zu dieser Kategorie.

Auch wenn bereits viele Maßnahmen zur Vorbeugung demokratifeindlicher Vorfälle eingesetzt werden, stimmen nur rund 37 % (siehe Abbildung 21) der Befragten eher oder voll zu, dass Demokratieförderung im Landkreis Roth umfassend betrieben wird. 22 % sind (eher) nicht dieser Ansicht. Fast ein Viertel (23,7 %) ist unentschieden („teils/teils“) und ein ebenfalls relativ hoher Anteil (17,1 %) kann dies nicht beurteilen.

Abbildung 21: Einschätzung zur Demokratieförderung



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Dabei zeigt sich ein Unterschied zwischen den Beschäftigten in den Einrichtungen und den politisch interessierten oder engagierten Bürger/-innen. Die Beschäftigten der Einrichtungen schätzen die Aussage positiver ein ($\bar{\Omega} = 3,28$ ohne „Weiß nicht“-Angabe¹⁵) als die Bürger/-innen ($\bar{\Omega} = 3,04$ ohne „Weiß nicht“-Angabe). Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Demokratieförderung wenig sichtbar ist bzw. nicht ausreichend kommuniziert wird.

In diesem Zusammenhang ist positiv hervorzuheben, dass die Partnerschaft für Demokratie, obwohl sie erst Anfang 2025 im Landkreis Roth ins Leben gerufen wurde, bereits Projektanträge bewilligen konnte und damit einen Beitrag zur Demokratieförderung leistet. Folgende Projekte erhielten eine Förderzusage:

- Einführung in die Gebärdensprache für Hörende
- Erntedankfest: „Die vier Elemente im (Un-)Gleichgewicht“
- Zeitzeugengespräch
- Filmvortrag mit anschließender Diskussion „Kein Land für Niemand“
- Backaktion: „Kein Plätzchen für Rassismus“
- Schüleraustausch-Projekt „Demokratie und Menschenrechte zuerst“
- Workshop: „Vielfalt in Vereinen – Ehrenamt hat Zukunft“
- Fotoshooting mit Workshop: „Begegnung schaffen! – Du und dein neues Jugendzentrum im Fokus“ - Fotoshooting mit Workshop
- Kreativworkshop für Mädchen: „Stark wie Anne Frank“

¹⁵ Je höher der Durchschnittswert, desto positiver das Ergebnis, d. h. desto eher wird dem Statement, dass Minderheiten vor Angriffen gut geschützt sind, zugestimmt.

Damit wurde eines der Ziele aus dem Antrag der PfD, nämlich im Jahr 2025 bereits erste Projekte im Bereich der Jugend und auch für erwachsene Bürger/-innen umzusetzen, verwirklicht. Die Bemühungen der Partnerschaft für Demokratie wurden auch in den Abschlussbemerkungen der Onlineumfrage positiv hervorgehoben, sowie gesondert das Engagement des Kreisjugendrings, des Landratsamts inklusive aller Ämter und auch des Landrats.

Zukünftig sollte laut einer Person aus der Erhebung noch stärker der Fokus auf demokratiske skeptischen Personen gelegt werden. Sie hält für sich fest: „Demokratie lebt vom Dialog – auch mit den Frustrierten. In einer Zeit, in der viele Menschen sich von der Politik nicht mehr gehört oder vertreten fühlen, ist es entscheidend, Brücken statt Mauern zu bauen. Nicht jeder Mensch, der aus Protest eine extreme Partei wählt, tut dies aus Überzeugung – oft steckt Enttäuschung, Ohnmacht oder das Gefühl des Abgehängtseins dahinter. Es wäre falsch, alle in eine Schublade zu stecken. Wer pauschal als ‚rechts‘ abgestempelt wird, obwohl er oder sie in Wirklichkeit nach Lösungen, Gerechtigkeit oder einfach nur Gehör sucht, wird sich noch weiter abwenden. Stattdessen müssen wir zuhören, ohne zu verharmlosen – und ernsthaft versuchen, Sorgen zu verstehen, ohne Vorurteile zu übernehmen. Demokratie bedeutet nicht nur Wahlen, sondern auch Zugehörigkeit, Mitsprache und Respekt. Wir müssen Räume schaffen, in denen auch Unzufriedene ihre Stimme finden – und zeigen, dass Veränderung innerhalb des demokratischen Rahmens möglich ist. Nur so holen wir Menschen zurück – nicht durch Schuldzuweisungen, sondern durch echte Gespräche, sichtbare Lösungen und das ehrliche Bemühen, niemanden aufzugeben“ (Person aus Onlineumfrage).

In der Gruppendiskussion wurde zudem deutlich, dass insbesondere die Bürger/-innen und in Vereinen engagierten Personen Maßnahmen zum Umgang mit demokratifeindlichen Tendenzen und extremistischen Äußerungen benötigen. Eine teilnehmende Person schildert ihre Überforderung im Hinblick auf eine Person, die in einem Verein rechtsextreme Äußerungen tätigt. Sie wirft dabei die Frage auf, ab wann Menschen aus Vereinen ausgeschlossen werden dürfen. Die anderen Teilnehmenden sind der Meinung, dass rechte Ansichten in den Strukturen bis zu einem gewissen Punkt ausgehalten werden müssen. Rechtsextreme Äußerungen können jedoch aus ihrer Sicht nicht stehengelassen werden. Hierbei bedarf es Zivilcourage, dagegenzureden und einen Ausschluss vorzunehmen. Gleichzeitig wird von den Teilnehmenden aber auch die Schwierigkeit diskutiert, dass vor allem bei jungen Menschen Bedenken und Ängste bestehen, Maßnahmen gegen deutlich ältere Personen oder Menschen in Machtpositionen zu ergreifen bzw. Widerworte zu geben. Es bedarf aus ihrer Sicht daher vor allem entsprechender Aufklärung und Kurse, damit Kinder und Jugendliche, aber auch Verantwortliche in den Vereinen über Strategien verfügen, demokratifeindlichen Tendenzen, Vorfällen und Äußerungen etwas entgegenzusetzen.

Ein weiteres Problem, wenn diese Äußerungen scheinbar nebenbei im Vereinsalltag getroffen werden, besteht darin, dass oftmals kaum Zeit zur Einordnung besteht, weil die anwesenden Personen ihren Verantwortlichkeiten nachgehen. Auch der Umstand, dass in vielen Vereinen nur ehrenamtliche Personen anwesend seien, die nicht geschult im Umgang mit Rechtsextremismus und Demokratifeindlichkeit sind, wird als herausfordernd beschrieben. Möglicherweise könnten hierbei die bereits an einigen Schulen zum Einsatz kommenden primärpräventiven Workshops hilfreich sein und auch für diese Personengruppe genutzt werden. Diese Workshops enthalten Angebote zur Extremismusprävention, Demokratieförderung und auch Sozialkompetenz und Konfliktlösung. Auch Strategien zur Resilienzstärkung und Aufklärung über verschiedene Extremismen werden thematisiert. Die Maßnahmen finden im Rahmen der Verfassungsviertelstunde, in Arbeitsgemeinschaften, aber auch als zusätzliche Workshops statt. Von solchen Workshops könnten neben jungen Menschen auch erwachsene Bürger/-innen und vor allem Ehrenamtliche profitieren und lernen, inwiefern sie helfen können, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen.

Auch Argumentationstrainings gegen rechte Aussagen werden in der Gruppendiskussion als hilfreich eingeschätzt. Die Interviewten heben jedoch hervor, dass solche Trainings vor allem die Ängste der Teilnehmer/-innen adressieren müssen, da diese derzeit häufig ein Eingreifen verhindern. Es wäre anzuraten, diese Kurse für verschiedene Zielgruppen getrennt anzubieten. So könnte es Trainings für bereits aktive Akteur/-innen, für junge Menschen und für interessierte Bürger/-innen geben. Um Letztere zu erreichen, müssten die Kurse bei gemeinschaftlichen Veranstaltungen in Vereinen stattfinden und durch gemeinsames Essen oder Trinken Anreize geschaffen werden. Geeignete Fortbildungsangebote, um das Engagement zu stärken, werden aus Sicht der Interviewten außerdem vom Mehr Demokratie e. V. angeboten. Das Format Sprechen und Zuhören wird dabei besonders positiv hervorgehoben, da die Personen geschult werden, verschiedenen Teilnehmenden einfach den Raum zu geben, ihre Ansichten darzulegen, und ohne Gegenregeln alternative Wahrnehmungen zuzulassen. Die Teilnehmenden der Gruppendiskussion schlagen weiterhin vor, dass auch die Lehrkräfte an den Schulen im Landkreis eine Pflichtschulung zum Umgang mit rechtsextremen Haltungen und Aussagen und zum Zuhören erhalten sollten, damit sie zukünftig bei demokratiefeindlichen Vorfällen an den Schulen agieren, aber auch Raum für Meinungsäußerung bieten. Der Buß- und Betttag könnte laut ihnen im Landkreis als Weiterbildungstag zur Demokratieförderung eingerichtet und dazu genutzt werden. Auf diese Weise könnte die Zivilcourage der Bürger/-innen geschult und langfristig erreicht werden, dass mehr Menschen Stellung beziehen. In den offenen Abschlussbemerkungen wird ergänzt, dass auch für die Personen, die mit Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten, Pflichtschulungen jedoch vor allem zum vielfaltssensiblen Umgang notwendig seien, da bspw. auf den Ämtern rassistische Kommentare erlebt werden. Folgt man den Abschlussbemerkungen in der Onlineumfrage wäre ein Blick auf die Vertreter/-innen im Landratsamt sowie die Feuerwehren auch im Hinblick auf die Unterstützung der AfD notwendig: „Sämtliche Kommunen im Landkreis Roth sollten sich ihre Mitarbeiter mal genau ansehen. AfD-Mitglieder, AfD-Befürworter und Personen, die für diese Partei offen Werbung machen, haben im öffentlichen Dienst nichts verloren. Die Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis machen teilweise vor Wahlen Werbung bei der Feuerwehrjugend, die AfD zu wählen. Wie soll man als Mitarbeiter einer Behörde den Menschen Demokratie näher bringen, wenn Bürgermeister und Stadtrat offen anti-demokratische Mitarbeiter beschäftigen, die Feuerwehren die Jugend damit beeinflussen und niemand dagegen vorgeht?“ (Person aus Onlineumfrage).

Nicht nur die Zivilcourage gegenüber rechtsextremen Äußerungen und Vorfällen, sondern auch das Engagement gegen queerfeindliche Handlungen wird in der Gruppendiskussion sowie in einigen Einzelinterviews thematisiert. Die interviewte Schulleitung sieht es bspw. als Auftrag der Schulen, das Bewusstsein für den Schutz dieser Personengruppe zu stärken und die Sichtbarkeit der Personen nicht zu vernachlässigen. Die Schule als Raum eignet sich dafür aus ihrer Sicht, da die jungen Menschen dort mit Diversität konfrontiert werden. Im privaten Leben können sie sich vor Diversität verschließen, aber im schulischen Umfeld müssen sie diese aushalten und gleichzeitig erleben, dass sie von der Geschlechtsidentität oder der sexuellen Orientierung der anderen Personen in ihrer eigenen Freiheit nicht eingeschränkt werden: „Zu sehen Pluralismus tut nicht weh.“ (Schulleitung: Z. 742) und Diskurse und Aushandlungsprozesse können auch bereichernd sein. In der Gruppendiskussion wird, im Gegensatz dazu, herausgearbeitet, dass Schulen nicht die geeigneten Orte darstellen, um solche Begegnungen zu ermöglichen. Theoretisch bestehe dieser Raum, weil verschiedene Menschen zusammentreffen, in der Praxis stehe jedoch die Wissensvermittlung im Vordergrund, die Lehrkräfte fühlen sich teils selbst mit dieser Thematik überfordert, und dies verunmögliche, dass die jungen Menschen ihre Meinungen ausdrücken können, ihnen zugehört wird und damit tatsächliche Begegnung möglich sei.

Aus Sicht der Teilnehmenden in der Gruppendiskussion könnten Begegnungen mit jeglichen Minderheiten vor allem im Freizeitbereich ermöglicht werden. Innerhalb der Schule mangelt es an geeigneten Stellen, aber bspw. in Sportvereinen oder bei anderen Freizeitaktivitäten könnten Annäherungen der verschiedenen Gruppen ermöglicht werden. Außerdem bedarf es im Landkreis laut den Teilnehmenden der Gruppendiskussion im Freizeitbereich auch Jugendarbeit, die für queere junge Menschen sensibel ist. Im Landkreis Roth gibt es derzeit kein Netzwerk, keine Treffmöglichkeiten und keine Beratungsstelle für queere Menschen. Diese wenden sich derzeit alle nach Nürnberg und nutzen die dortigen Angebote. Falls nicht ausreichend Ressourcen für eine gesonderte queere Jugendarbeit bestehen, kann diese laut den Teilnehmenden der Gruppendiskussion auch in Zusammenarbeit mit der offenen Jugendarbeit erfolgen. Generell sollten die Akteur/-innen, die sich im Landkreis bereits engagieren, für die Themen Genderidentität, sexuelle Vielfalt und den Umgang damit geschult werden, sodass sie ihre Strukturen an die Gegebenheiten von diesen Personen anpassen und ihnen Teilhabe ermöglichen können. So ist es laut einer teilnehmenden Person in der Gruppendiskussion bereits der Fall, dass trans* Personen Teil der Zielgruppe sind und die bestehenden Gegebenheiten (hinsichtlich der Toiletten oder Waschräume) eigentlich keinen Rahmen für diese bereitstellen. In den Abschlussbemerkungen der Onlineumfrage wird zudem vorgeschlagen, dass die Gleichstellungsbeauftragten zukünftig ihren Fokus neben Frauen auch auf queere Personen legen sollten.

Eine weitere notwendige Maßnahme zum Schutz von Minderheiten und den Betroffenen von Mobbing, Diskriminierung sowie von Gewalt thematisiert die interviewte Pfarrperson. Sie ist der Ansicht, dass im Landkreis entsprechende Beratungsstellen, Netzwerke und Ansprechpersonen für Betroffene von Diskriminierungen eingerichtet werden sollten. Für den Schulkontext eignet sich laut ihr das Konzept von Schulpatenschaften, an die sich die Betroffenen vertrauensvoll wenden können. Dies könnte daher als Ziel im Rahmen des Förderprogramms etabliert werden.

Im Bereich der Prävention von demokratiefeindlichen Vorfällen machen die Teilnehmenden der Gruppendiskussion auch die Einübung von Empathie und Verantwortungsübernahme als zentral aus. So könnten aus ihrer Sicht bereits viele Ressentiments und bestehende Feindlichkeit abgebaut werden oder gar nicht entstehen, wenn der Diskurs wieder stärker auf Menschen und nicht auf Zahlen fokussiert wäre. Dies könnte durch Begegnungsangebote ermöglicht werden, in denen im persönlichen Gespräch die Biografien der geflüchteten Menschen thematisiert werden. Es benötigt aus Sicht der Teilnehmenden aber zusätzlich noch gezieltere Workshops und Gespräche, die auf den ersten Blick keinen Bezug zu Demokratieförderung oder -bildung besitzen, sondern vor allem auf die Stärkung von gegenseitiger Rücksichtnahme ausgerichtet sind. So könnten Planspiele oder Kooperationsspiele auf kulturellen Veranstaltungen und für alle Altersgruppen durchgeführt werden. Auch spezielle geschlechtersensible Workshops zur Stärkung der Persönlichkeit sind aus ihrer Sicht notwendig. In der Jungenarbeit sind die Themen Männlichkeit, das Sprechen über Emotionen und eigene Stärke anzuraten. Bei den Mädchen sollten vor allem Geschlechterrollen hinterfragt und das Selbstbewusstsein gestärkt werden.

Eine der interviewten Personen thematisiert passend dazu, dass zukünftig von der Partnerschaft für Demokratie mehr Aufklärungsveranstaltungen für die Bevölkerung unterstützt bzw. gefördert werden sollten. Dazu eignen sich aus ihrer Sicht allgemeine Aufklärungsveranstaltungen zu rechten Bewegungen im Landkreis oder auch zu den Unterschieden zwischen Rechts- und Linksextremismus.

Im Zuge dessen bedarf es laut den Teilnehmenden der Gruppendiskussion auch mehr digitaler Präsenz von demokratischen Inhalten. Die Zeitbegrenzung bei TikTok oder ähnlichen sozialen Netzwerken wirkt dem zwar entgegen, aber die Akteur/-innen der Demokratieförderung seien

angehalten, innovative Formate zu gestalten, in denen politische Inhalte verständlich aufbereitet werden.

Neben Bildungsangeboten für die Allgemeinbevölkerung braucht es aus Sicht dieser interviewten Person auch Informationsveranstaltungen für die Verantwortlichen in den Kommunen. Diese kennen sich teils nicht mit den Rechten und Pflichten der Vergabe bzw. Vermietung von Räumlichkeiten aus und verwehren den Bürger/-inneninitiativen die Nutzung der Räumlichkeiten: „dann hat es aber geheißen das dürfe man uns nicht geben sonst müsse man es auch der AfD geben“ (Person aus Bürger/-innenbündnis: Z. 330 f.). Die verlässliche Bereitstellung von Räumlichkeiten und die Aufklärung der Mitarbeitenden in den Verwaltungen wären also notwendig.

Auch die Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten als Maßnahme, um langfristig politische Teilhabe im Landkreis zu sichern, wird in der Gruppendiskussion thematisiert. So wird betont, dass zukünftig mehr Möglichkeiten der Teilhabe an der Kommunalpolitik und Mitwirkung an der Gestaltung der einzelnen Gemeinden bestehen könnten. Es braucht hierbei wieder für verschiedene Zielgruppen Mitbestimmungsmöglichkeiten: Jugendzukunftsworkstätten für junge und Bürgerzukunftsworkstätten für erwachsene Menschen. Erstere haben in der Vergangenheit bereits stattgefunden und einzelne geforderte Projekte wurden auch von Fördergeber/-innen an verschiedenen Stellen im Landkreis umgesetzt. Diese waren bereits im Antrag auf Bundesförderung der Pfd die Zielstellung. Bürgerzukunftsworkstätten wurden in Hilpoltstein im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses eingesetzt und auch vonseiten des Landkreises wurden hinsichtlich des Rothsees die Bürger/-innen in einer Befragung um Impulse für die Zukunft gebeten. Solche direkte Partizipation stärkt die Selbstwirksamkeit der Bürger/-innen und signalisiert ihnen: „Wenn dir ein Thema wichtig ist haben wir hier die Möglichkeit, ihr könnt mitgestalten, ihr könnt mitentscheiden.“ (Person aus Gruppendiskussion: Z. 596 f.). Auf diese Weise erlernen die Bürger/-innen laut den in der Gruppendiskussion teilnehmenden Personen auch wieder Vertrauen in politische Prozesse. Im Gespräch stellen die Teilnehmenden fest, dass im Landkreis vor allem jugendbezogene Beteiligungsformate wie das Jugendparlament, Planspiele oder Arbeitskreise Jugend bestehen. Im Bereich der Schule sollte die Partizipation der jungen Menschen jedoch bspw. durch die Etablierung von Schulparlamenten, so die Idee einzelner Interviewter, auch institutionell abgesichert werden. Schulparlamente sind eine formale Instanz, die aus einer Eltern-, Schüler/-innen-, sowie Lehrkraftvertretung besteht, in der gemeinsam über Entscheidungen beraten wird. Durch diese institutionalisierte Instanz hätten die Schüler/-innen und auch die einzelnen Klassen die Möglichkeit, mitzubestimmen, Diskussionen zu führen und mitzugestalten.

Laut den Teilnehmenden der Gruppendiskussion ist insbesondere die politische Beteiligung von Erwachsenen im Landkreis ausbaufähig und muss zukünftig häufiger und stärker ermöglicht werden. Sie sehen dabei die Gemeindeverwaltungen und die Kommunalpolitik in der Verantwortung, dies umzusetzen. Vonseiten der Bürger/-innen bestehe laut ihnen ausreichendes Interesse. Da die Kommunen selbst aus Sicht der Teilnehmenden wenig Initiative für die Etablierung dieser Teilhabemaßnahmen zeigen würden, weil damit die Prozesse noch stärker verlängert werden würden, müsste die Partnerschaft für Demokratie hier Verantwortung übernehmen und dabei unterstützen. Dies kann in Form von Beratung, Planung oder Fördermittelvergabe erfolgen. Die bevorstehende Kommunalwahl könnte strategisch von der Partnerschaft für Demokratie genutzt werden, indem neue Bürgermeister/-innen direkt über diese Pläne informiert und die Beteiligungsmaßnahmen von Anfang an etabliert werden können.

Letztlich werden in der Gruppendiskussion auch Begegnungsangebote als notwendig erachtet, die jedoch außerhalb von Schulen durchgeführt werden sollen. Vor allem der Ausbau von gemeinsamen Ferienfahrten für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund wird vorgeschlagen. So findet auf solchen gemeinsamen Reisen Austausch über die Lebensrealitäten oder

bspw. das Ausüben der jeweiligen Religionen statt. Insgesamt bleibt vor allem das Gemeinschaftsgefühl zentral bei den jungen Menschen und es erfolgt niedrigschwellige Integrationsarbeit. Ähnliche Angebote gibt es bereits auf der Burg Wernfels mit dem Global Castle, bei dem junge Menschen aus dem Landkreis mit Personen aus der ganzen Welt zusammenkommen, Englisch lernen und in den Austausch gehen. Neben dem Jugendbereich dürfen auch die erwachsenen Bürger/-innen nicht vernachlässigt werden. Sie könnten zum gemeinsamen Kochen, Musizieren oder Sporttreiben animiert werden.

Dazu passt auch, dass es aus Sicht einer interviewten Person verpflichtend sein sollte, in allen Gemeinden, in denen eine Geflüchtetenunterkunft besteht, Integrationsbeauftragte einzusetzen. Im Zuge dessen kritisiert eine interviewte Person, dass derzeit keine formalisierten Integrationsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen bestehen und diese ohne zivilgesellschaftliches Engagement völlig isoliert seien. In Zukunft sollte der Fokus der Partnerschaft für Demokratie also auch auf diesen im Landkreis gefährdeten und wenig inkludierten Personengruppen liegen.

Im Hinblick auf die Zukunft sollten die Akteur/-innen in der Onlineumfrage daher außerdem Projektideen zum Ausbau der Möglichkeiten von Partizipation und demokratischer Gestaltung im Landkreis schildern. Die folgende Liste beinhaltet die angeführten Potenziale:

Tabelle 8: Projektideen

Veranstaltungen zum Thema Demokratie

- Lange Nacht der Demokratie (als feste jährliche Aktion des Landkreises Roth) und Lange Nacht der Wissenschaft
- Demokratischer Brunch: „Demokratie schmeckt international“ – kulinarisch-politischer Austausch
- Stadtfest, Kirchweihfest, Vereinsfeste
- Fest bzw. Tag der Demokratie mit Mandatsträger/-innen der Parteien
- Infostände auf dem Marktplatz, an Schulen und bei Veranstaltungen
- Kunst- und Theaterveranstaltungen mit demokratischem Bezug (konkretes Beispiel: Alfons in der Kulturfabrik Roth oder ähnliche Angebote wie die der Theater EUKITEA gGmbH in Dierdorf)
- Demokratie-Woche mit thematischen Workshops, einem offenen Tag im Rathaus und Diskussionen mit Bürgermeister/-innen sowie Akteur/-innen der Demokratieförderung
- Demokratieplenum
- Demokratie-Pop-Up-Stores
- Internationale, multikulturelle Demokratiewerkstatt
- Mehr Angebote der VHS mit Demokratiebezug
- Vorträge und Workshops zu den Themen Vor- und Nachteile der Demokratie, „Wie funktioniert mein Gemeinderat?“, „Wie funktioniert ein Jugendparlament?“
- Veranstaltungen zur Medienkompetenz, seriöse Informationsquellen, Fake News und dem Schwerpunkt „Kinderrechte“
- Kreative Workshops („Gestalte dein Grundgesetz-Plakat“)
- Anti-Mobbing-Training
- Schulung von Awareness-Ehrenamtlichen für Partys (für sexuelle oder menschenfeindliche Aussagen oder Übergriffe)
- Mobile Demokratiestation wie ein Demokratiemobil mit interaktiven Lernstationen

Landkreisübergreifende Gemeinschaftsprojekte zur Annäherung der Bürger/-innen in den einzelnen Gemeinden

- Landkreislauf bzw. Landkreispilgern
- Landkreisausstellung zum Thema Bürgerengagement/Bürgerbeteiligung
- Broschüre/App zum Thema Ehrenamt im Landkreis
- Pflanzenbörse
- gemeinsame Backaktionen
- Ausweitung des Projekts "Verkehrsschilder der Gerechtigkeit"
- Informationsveranstaltungen zur Aufklärung über Aufgaben und Entscheidungsebenen in einer Gemeinde (Vereine, Gemeinderat und -verwaltung)

Veranstaltungen mit dem Ziel der Begegnung von Menschen

- interkulturelle Festivals und interkulturelles Chorkonzert
- Essensmeile mit internationalen Gerichten (ebenfalls als feste jährliche Aktion des Landkreises Roth)
- multikulturelle, internationale Aktivitäten wie Sportveranstaltungen
- Ausstellung Youniworth
- Erzählcafé: Organisierte Treffen mit Betroffenen (LGBTQA+, Migrant/-innen etc.) und nicht Betroffenen
- Organisation eines Christopher Street Days (CSD)
- Bürgercafé für Jung und Alt sowie mit und ohne Migrationshintergrund
- Vorlesetage für Migrant/-innen und Deutsche (nicht nur für Kinder, sondern auch für Senior/-innen)
- Begegnung mit Zeitzeugen („Zeitzeugen-Projekte“)
- Organisierte Treffen, bei denen Ältere der Jugend erzählen: „So war es damals“
- Senior/-innen kommen an die Schule und Schüler/-innen ins Seniorenheim
- Natur- und Gartenprojekte für Kinder und Jugendliche, zusammen mit Senioren- nachmittagen im Naturgarten
- Generationenverbindende Ausflüge zu Orten der Erinnerung (Gedenkstätten, Synagogen usw.) mit Führung und anschließendem Austausch
- Schaffen eines neuen Begegnungszentrums im Landkreis
- Schüleraustausch mit anderen Ländern ermöglichen und fördern

Schaffen von Partizipation und Teilhabe bei jungen Menschen

- Mobiles U18-Wahllokal
- Zeltlager für Jugendliche mit demokratischem Bezug und Planspielen
- Politische Planspiele („Werde Bürgermeister/-in für einen Tag“)
- Mitbestimmungsmöglichkeiten und diesbezügliche Projekte in Kindertageseinrichtungen verstärken
- Klassensprecher/-innen einbinden und Wahlen aktiv durchführen
- Jugendliche mehr soziale Praktika durchführen lassen
- Debattier-Schulungen für Jugendliche
- Demokratiewerkstätten an Schulen und Jugendzentren
- Stärkere Förderung und Unterstützung partizipativer Jugendzentren
- Klassen- und schulübergreifende Projekte zur Annäherung der Schüler/-innen verschiedener Schulformen
- Einführung von Demokratieunterricht

Kontakt zu und Austausch mit Kommunalpolitiker/-innen

- Mehr offene Dialoge (Gesprächsrunden) mit Mandatsträger/-innen, auch auf Gemeindeebene
- Politik-Speed-Dating mit Stadträt/-innen oder Landtagsabgeordneten
- Kennenlernen der politischen Entscheidungsgremien (Besuche der Sitzungen, Bürger/-innensprechstunden, -versammlungen ermöglichen)
- Greifbarkeit erhöhen – Treff von Abgeordneten bspw. auf den Samstags- oder Wochenmärkten
- Vorstellung von Parteimitgliedern an Schulen bzw. Besuch der 4. Klassen beim/bei der Bürgermeister/-in
- Parteienbörse wie Jobbörse an Schulen

Demokratieförderung durch Öffentlichkeitsarbeit

- tägliche/wöchentliche Kolumne im Schwabacher Tagblatt, in welcher Begriffe wie Demokratie, Hetze etc. beschrieben und erklärt werden
- Kommunikation via Gemeinde- bzw. Pfarrbriefen mit Informationen über aktuelle Veranstaltungen sowie engagierte Akteur/-innen
- Social-Media- und Print-Kampagne für Vielfalt
- Trinkpäckchen mit Messages, die über Demokratie aufklären, mit verschiedenen Charakteren zum Sammeln
- Bürger/-innenprojekt in Zeitung oder auf Homepage, in dem Bürger/-innen beschreiben, warum sie hinter der Demokratie stehen („Ich bin leidenschaftliche/-r Demokrat/-in, weil...“)
- Challenges in Videoform mit Prominenz, Politiker/-innen, Vertreter/-innen der Kirche, die sich öffentlich zur Demokratie bekennen
- regelmäßige Podcasts oder YouTube-Formate der Partnerschaft für Demokratie, z. B. Interviews mit Konservativen, Unpolitischen, Systemkritischen und/oder Interviews mit engagierten Bürger/-innen, Bürgermeister/-innen, Vereinsmitgliedern
→ Inhalte mehrsprachig für bessere Zugänglichkeit

Schaffen von Beteiligung und Teilhabe der Bürger/-innen

- Digitale Beteiligungsplattform „Roth entscheidet mit“ → intensive Einbindung der Bürger/-innen, nicht nur vor Wahlen
- Gemeinsame Datenbank für landkreisübergreifende Informationen, z. B. Fördermöglichkeiten, Stiftungen, Schulungsmöglichkeiten
- Bürger/-innendialog im öffentlichen Raum, z. B. mithilfe eines „Demokratie-Wunschbaum“
- Verbreitung eines informativen, leicht verständlichen Flyers zur Information über Ablauf der Wahl und Wahlprogramme
- Wahl-O-Mat zur Kommunalwahl 2026 im Landkreis einführen
- Einführung von Bürger/-innenräten
- Tag des Ehrenamts (bspw. auf Rother Marktplatz)
- reduzierten oder freien Eintritt für Kultur, Sport und Freizeit für jene Personen, die an demokratiefördernden Veranstaltungen teilgenommen haben
- Vernetzung von Vereinen für übergreifende Projekte
- Erstellung einer Übersichtsliste von Referent/-innen, die von Vereinen gebucht werden könnten

Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit zum Ausbau der Unterstützung für Menschen mit Migrationshintergrund von Personen in der Onlineumfrage diskutiert. So bedarf es mehr Sprachförderkurse für die ganze Familie oder spezielle Zielgruppen, bspw. die Mütter. Außerdem sollten Menschen mit Migrationshintergrund bzw. geflüchtete Personen aus Sicht einiger Befragter stärker in bspw. Sportvereine eingebunden werden. Dies wird als wertvoll angesehen, da auf diese Weise ein Ort der Begegnung entsteht und Austausch ermöglicht wird.

Überdies wurde in den offenen Angaben, wie auch in der Gruppendiskussion, über die allgemeine Vereinsarbeit diskutiert. „Um gerade die Jungs zu erreichen, braucht es eine klare Trennung vom ‚Fußballfansein‘ und ‚Rechts-sein‘“ (Person aus Onlineumfrage). So wird hier ebenfalls der Eindruck erweckt, dass die Mitgliedschaft in einem Fanclub ein Einstieg in die rechte Szene bedeuten kann. Demzufolge sollten Vereine stärker dazu ermutigt werden, sich für Toleranz und demokratische Ideen einzusetzen. Im Anschluss an die weiteren Projektideen könnten von der Partnerschaft für Demokratie dazu auch Videos mit bekannten Vertreter/-innen der Vereine gedreht werden, in denen diese sich zur Demokratie bekennen. Eine weitere Person schlug auch demokratische Plakate und Banner bei Fußballspielen zur öffentlichen Demonstration vor. Ebenfalls angeführt wird, dass zukünftig Fehlverhalten bzw. demokratiefeindliches Verhalten stärker sanktioniert und geahndet werden sollte.

Weitere Personen stellen in den offenen Angaben auch infrage, wie man diejenigen erreicht, die der Demokratie und Vielfalt skeptisch begegnen. Dabei äußerte sich jemand mit folgenden Worten: „Es hilft nur, auf die Straße zu gehen und mit Leuten zu reden. Viele der angebotenen Veranstaltungen werden immer nur von den gleichen Leuten besucht, die Demokratiebildung nicht mehr nötig haben“ (Person aus Onlineumfrage).

Die in den Interviews sowie der Umfrage geforderten Maßnahmen sind zudem oftmals an die von der Partnerschaft für Demokratie festgelegten Handlungsschritte im Rahmen des Bundesprogramms anschlussfähig. So wird, passend zum Wunsch nach mehr Öffentlichkeitsarbeit, angestrebt, sowohl auf Social Media als auch durch Newsletter und die lokale Presse Aufmerksamkeit zu erregen. In der Onlineerhebung wurde dabei betont, dass es notwendig sei, die entsprechenden Meldungen mehrsprachig zu formulieren. Auch dies wurde bereits von der PfD bedacht, wobei zusätzlich auch einfache Sprache und barrierearme Kommunikation genutzt werden sollen, um weitere Personengruppen ebenfalls zu beteiligen. Die Idee, regelmäßige Podcasts und YouTube-Videos zu etablieren sowie Video-Challenges mit bekannten Personen aus dem Landkreis durchzuführen, passt ebenfalls zum Plan der Partnerschaft für Demokratie, verschiedene Formate auf Social Media zu nutzen, um komplexe Themen zu vermitteln und gleichzeitig die Bürger/-innen über verschiedene Veranstaltungen und Angebote zu informieren. Auch die Nutzung von Kunstaktionen bzw. -veranstaltungen passt mit dem von der Partnerschaft für Demokratie festgelegten Ziel zusammen. So sollten, laut ihres Antrags auf Förderung, vor allem junge Menschen mit Angeboten aus dem kulturellen und künstlerischen Bereich adressiert werden. Sie sollen sich bspw. in Graffiti-Aktionen mit der Demokratie auseinandersetzen.

5.2.4. Akteur/-innen und Netzwerke, die zu konstruktiven Lösungen beitragen

In den Interviews werden verschiedene Akteur/-innen der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Rechtsextremismusprävention im Landkreis ausgemacht.

Als besonders engagiert werden der Kreisjugendring sowie verschiedene Bürger/-innen-Bündnisse beschrieben. So führen alle Interviewten diese Akteur/-innen an. Namentlich gelobt werden die Initiativen Roth ist bunt, Greding ist bunt, Schwanstetten ist bunt, Allersberg ist bunt,

Büchenbach ist bunt und Hilpoltstein ist bunt. Auch „Omas gegen Rechts“ werden als zivilgesellschaftlicher Akteur genannt. Ihnen allen wird auch nachgesagt, dass sie durch ihr Engagement einen großen Beitrag zur Demokratieförderung leisten. So veranstalten die Initiativen z. B. Flüchtlingsstammtische, Lauftreffs oder Spieleabende. Die Bürger/-innenbündnisse fokussieren in ihren Veranstaltungen meist Begegnungsangebote, weil sie den fehlenden Dialog als größtes Manko im Landkreis und als Grund für die Ablehnung ausmachen. In diesen können Menschen mit Fluchthintergrund oder mit unterschiedlicher Sexualität bzw. Geschlechtsidentität ganz frei ihre Lebensrealität schildern und damit anderen näherbringen. Teilweise treffen bei solchen Begegnungen auch kontroverse Ansichten aufeinander, jedoch ist es bisher nach Aussage der Interviewten immer gelungen, einen konstruktiven Diskurs miteinander zu führen und sich damit gegenseitig zu bereichern. Der Ausbau solcher offener Begegnungsmöglichkeiten wird auch vor dem Hintergrund der „Demokratie leben!“-Förderung von den Interviewteilnehmenden noch stärker gefordert. Weitere Veranstaltungen sind Ausstellungen zu Fluchterzählungen, Migration oder Ritualen in verschiedenen Religionen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird dabei als guter Kooperationspartner für das Angebot solcher Veranstaltungen wahrgenommen. Die Initiativen unterscheiden sich dabei jedoch stark in ihrer Bekanntheit. Roth ist bunt, auch angesichts der Anbindung an die Stadt Roth, ist vielen Interviewten ein Begriff, die anderen Initiativen werden seltener aufgeführt. Dies könnte auch daran liegen, dass bspw. Roth ist bunt auch Veranstaltungen an den Schulen des Landkreises präsentiert, während andere Initiativen solche Angebote bisher nicht oder wenig fokussieren.

Das evangelische Bildungswerk wird ebenfalls als engagierter Akteur beschrieben, da es regelmäßig Stammtische, Vorträge, Poetry Slams oder Workshops anbietet. Auch im Rahmen von Familienbildungsangeboten werden Themen wie gewaltfreie Kommunikation oder demokratische Werte alltagsbegleitend thematisiert. Das evangelische Bildungswerk arbeitet laut den Interviewten auch gut mit dem Landratsamt, dem Bildungsbüro und dem Kreisjugendring, d. h. weiteren zentralen Akteur/-innen der Demokratieförderung, zusammen. Der Kreisjugendring wird in den Interviews für seine verschiedenen Formate und Zugänge zur Demokratieförderung gelobt. So organisiert er Vorträge und Workshops zum Thema Rechtsextremismus und arbeitet dabei auch z. B. mit der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus aus Nürnberg zusammen. Auch im Hinblick auf Medienkompetenz gibt es Workshops, in denen die Teilnehmenden lernen, zwischen Desinformation und verlässlichen Nachrichten zu unterscheiden. Dazu verfügt der Kreisjugendring auch über Kooperationspartner/-innen wie das Medienzentrum Parabol. Weiterhin gibt es jährlich das GamesFestival, bei dem die Jugendlichen mit ihren Eltern „zocken“ können. Auch Ferienfreizeiten gehören zu seinem Repertoire. Auf diesen erleben die Kinder durch partizipative Verfahren demokratische Prozesse. Außerdem nimmt er teil an der Langen Nacht der Demokratie, an der sich verschiedene Akteur/-innen aus dem Bereich der Demokratieförderung präsentieren und verschiedene Aktionen durchführen. Der Kreisjugendring bietet für junge Menschen viele Angebote zur Schulung von Medienkompetenz an. Dass es diese Angebote für Kinder und Jugendliche gibt, wird auch in der Gruppendiskussion als notwendig markiert. Aus Sicht der dortigen Teilnehmenden wird im Landkreis jedoch häufig die Erwachsenenbildung vernachlässigt. Insbesondere im Hinblick auf Medienkompetenz und auch Demokratieverständnis bräuchte es auch für erwachsene Bürger/-innen Angebote, die jedoch aktuell nicht vorhanden sind. Zudem arbeiten die Teilnehmenden das Problem heraus, dass das Medienzentrum Parabol für alle Landkreise in Mittelfranken zuständig ist und daher nur wenig Kapazitäten für den Kreisjugendring Roth hat. Es bräuchte also mehr Anbieter/-innen, die solche Veranstaltungen durchführen können und wollen. Möglicherweise könnte durch die Partnerschaft für Demokratie eine Vermittlung erfolgen.

Ein weiterer Akteur der Demokratieförderung sind aus Sicht der Pfarrperson die Kirchen. Vor allem die Landeskirchen engagieren sich aus ihrer Sicht sehr stark. So wird die Synode z. B. die Kommunalwahl unterstützen. Generell arbeiten alle kirchlichen Einrichtungen jedoch mit

dem Ziel, milieuverbindend zu wirken und die Menschen zusammenzubringen, weswegen sie immer einen demokratischen Auftrag verfolgen. Interessant ist hierbei jedoch, dass die Kirchen als demokratiefördernde Institution ausschließlich von der Pfarrperson erwähnt werden. Alle anderen Interviewten beziehen die Kirchen nicht ein. Es besteht also Potenzial, das Engagement öffentlichkeitswirksamer nach außen zu tragen. Der Arbeitskreis jüdisches Leben wird ebenfalls als potenzieller Akteur der Demokratieförderung genannt. Er ist nur wenigen Interviewten bekannt, sodass aus ihrer Sicht bei diesem vor allem Luft nach oben besteht, öffentlichkeitswirksamer zu agieren.

Auch die Schulen werden als wichtige Schaltstellen der Demokratieförderung angesprochen. Die Pfarrperson führt dabei viele engagierte Lehrkräfte auf. Sie differenziert dabei jedoch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen. Bei Letzteren sei aus ihrer Sicht Demokratieförderung zu wenig forciert bzw. bestünde durch die Lehrpläne wenig Spielraum, um solche Inhalte aufzugreifen. Die Schulleitung sieht die Schulen ebenfalls in der Pflicht, die (fremden-, queer-, demokratiefeindlichen oder rassistischen) Aussagen, die die jungen Menschen reproduzieren, einzuordnen. Gleichzeitig nimmt sie jedoch in der Gesamtgesellschaft im öffentlichen Raum, aber auch unter den Schüler/-innen sowie den Lehrkräften teils auch einen mangelnden Mut wahr, tatsächlich Position zu beziehen und die Person, die solche Äußerungen trifft, zumindest zum Aufhören und im besten Fall zur Reflexion zu bewegen. So fehlt es also nicht nur an zeitlichen, sondern auch an persönlichen Mitteln, demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenzutreten. Ein geeignetes Mittel, ein kritisches Denken zu schulen und aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zu thematisieren, stellt aus Sicht der Schulleitung die Verfassungsviertelstunde dar. Die Lehrkräfte und die Schüler/-innen seien dadurch angeregt, zu reflektieren, dass Demokratieerziehung und -förderung eigentlich alle Fächer betreffen und im Kontext einer Institution wie der Schule schon bei Fragen nach der gemeinsamen Kommunikation und Entscheidungsfindung auf verschiedenen Ebenen beginnen. Teilweise werden auch externe Akteur/-innen aus dem Landkreis eingeladen, diesen Zeitraum zu gestalten. Dabei besprechen sie Fragen zu grundlegenden Werten, der Kommunikation und der Kooperation, die die Demokratie bestimmen. Teils werden auch eigene Wahlen durchgeführt und die Kinder und Jugendlichen werden dazu angeregt, sich mit den Parteien und ihren Zielen auseinanderzusetzen. Auch schulübergreifend werden Junior- bzw. U18-Wahlen etabliert, in denen die jungen Menschen erleben, was zu einer Wahl dazugehört, und selbst abstimmen dürfen.

Außerdem wird an einigen Schulen jährlich ein Planspiel Kommunalpolitik von den Freien Wählern angeboten. Ferner gibt es an den Schulen im Landkreis die Schülermitverantwortung, die die Interessen der jungen Menschen vertritt und gleichzeitig eigene Projekte bzw. Veranstaltungen (wie den letzten Schultag der Abschlussklassen, Schulgestaltung, Unterrichtsentwicklung, Kurse für bestimmte Zielgruppen) organisiert. So haben die Schüler/-innen der Schülermitverantwortung bspw. ein bestimmtes Budget zur Verfügung, das sie unter Berücksichtigung der verschiedenen Schülerinteressen ausgeben dürfen. Sie müssen dafür Folgekosten bedenken, Finanzierungspläne erstellen und die Ziele, die auch angesichts der verschiedenen Jahrgänge und Interessen differieren, zusammenbringen. Dafür arbeiten sie in verschiedenen Ausschüssen und stehen in einem stetigen Aushandlungsprozess mit der Schulleitung, dem Elternbeirat sowie den Hausmeister/-innen: „Also solche Dinge laufen und das ist ja glaube ich das was Demokratie ausmacht.“ (Schulleitung: Z. 281).

Die Schülermitverantwortung und deren Engagement sind auch maßgeblich von der Kooperation mit verschiedenen Vereinen abhängig. So lernen die jungen Menschen bereits die Bedeutsamkeit von Vernetzung. In dieser Hinsicht bietet der ländliche Charakter des Landkreises Roth einen enormen Vorteil, da die jungen Menschen oftmals in Vereinen, Bands oder der Feuerwehr eingebunden sind und der direkte Kontakt geeignete Unterstützung ermöglicht. Auch die Mitgliedschaft im Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

ermöglicht es Schulen, sich aktiv gegen Diskriminierung einzusetzen, ein demokratisches Verständnis zu fördern und sich mit anderen Akteur/-innen zu vernetzen. Die organisierten Aktionen gehen häufig über die von Rassismus betroffenen Gruppen hinaus und beziehen sich zusätzlich auch auf Menschen mit Behinderungen oder queere Personen. Es zeigt sich aber laut der interviewten Schulleitung, dass nur wenige Schüler/-innen bereit sind, sich für die Teilhabe an Netzwerken wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ einzusetzen. So würde der Großteil der Schüler/-innen aus ihrer Sicht zustimmen, dass Rassismus an der Schule keinen Platz habe, aber die Bereitschaft, sich selbst zu engagieren, besteht nicht. Dies stimmt auch mit der Aussage im Antrag der PfD überein, dass zunehmend konservative Meinungen unter den Schüler/-innen die Verlängerung der Anerkennung als eine solche Schule verhindern. Die jungen Menschen haben laut der Schulleitung oftmals kein inneres Bedürfnis, für andere einzutreten, weil sie mit ihrer eigenen Situation und sich selbst zufrieden seien. Sie schätzen demokratiebedrohende Tendenzen als entfernte Probleme ein, die vor Ort nicht bestehen. Aus diesem Grund fehlt ihnen dann das Verständnis, dass eine Beschäftigung mit den Themen wichtig erscheint. Hierbei zeigt sich das interessante Phänomen, dass die Schüler/-innen unterscheiden zwischen Demokratieförderung im Sinne von zivilgesellschaftlichem Engagement und dem Einfordern der eigenen Rechte auf Mitbestimmung. Letzteres setzen sie häufig um, während das Engagement für andere von einer deutlich geringeren Gruppe praktiziert wird.

In den offenen Abschlussbemerkungen der Umfrage wird der Bedeutungsverlust von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ebenfalls thematisiert. Eine befragte Person hält fest: „Die Zertifizierung ‚Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage‘ bringt nichts, wenn es nicht gelebt wird. Hier fehlt es an der Weiterführung und der Implementierung in den Alltag.“ (Person aus Onlineumfrage).

Weitere zivilgesellschaftliche Akteur/-innen, die sich aus Sicht der Interviewten für Demokratieförderung einsetzen, ohne dies gesondert auszuweisen, sind integrative Vereine und Initiativen. Vor allem familienunterstützende Dienste wie das Familien- und Mütterzentrum MütZe e. V. in Roth oder die Helferkreise Asyl in den Gemeinden. Der Helferkreis Asyl und Integration in Roth wird dabei vor allem für sein Format „Internationales Haus“ gelobt. Auch die Seniorenbeauftragten und ihr Angebot der Erzählcafés stellen eine Maßnahme zur Demokratieförderung dar. Der deutsch-chinesische Förderverein schafft in Bezug auf einen spezifischen Bereich ebenfalls Repräsentation für und Einblicke in andere Lebensrealitäten und Kulturen. Für die Unterstützung der Ehrenamtlichen gibt es außerdem die Initiative „für einander“, die Beratung für bereits bestehende Ehrenamtliche bietet, aber auch eine Übersicht über Engagemenstmöglichkeiten im Landkreis bereitstellt. Allgemein wurden auch engagierte Einzelpersonen hervorgehoben, die sich in Flüchtlingsunterkünften engagieren sowie günstigen Wohnraum oder Jobs für geflüchtete Personen bereitstellen oder bei der Suche danach unterstützen. Letztlich sind auch Jugendvereine und -verbände Akteur/-innen der Demokratieförderung, weil sie demokratisch organisiert sind und den jungen Menschen Mitbestimmungsmöglichkeiten geben.

Kommunalpolitische Akteur/-innen, die sich im Landkreis Roth engagieren, seien laut den Interviewten vor allem von den Parteien Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, den Linken oder der Partei Die Partei. Diese organisieren bspw. das Gedenken an die Opfer des Faschismus oder begleiten Veranstaltungen am 01. Mai. Die Zusammenarbeit mit den Bürgermeister/-innen der einzelnen Gemeinden verläuft laut den Interviewten größtenteils positiv. Das Team um den Bürgermeister von Schwanstetten und auch von Büchenbach wird von der Pfarrperson sehr gelobt. Auch in Greding und Roth wird Potenzial gesehen, die Zusammenarbeit zu ermöglichen. Als weniger kompromissbereit wurde der Bürgermeister von Allersberg angesichts der Debatte um die Straßenbenennung von den Interviewten wahrgenommen. So wird ihm nach-

gesagt, er habe bezüglich der bereits thematisierten Straßenbenennung nach Wilhelm Burkhardt keine zufriedenstellende demokratische Lösung gefunden, sondern auf seiner Meinung und der Beibehaltung des Namens beharrt. In Roth konnte bei der Debatte um das Straßenschild für Rudolf Wöhrl hingegen eine gemeinsame Klärung der Situation erfolgen.

Insbesondere von den Kommunalpolitiker/-innen der CSU, FDP und auch der Freien Wähler wird von den Interviewten zukünftig noch mehr Unterstützung hinsichtlich Demokratieförderung, Rechtsextremismusprävention und Vielfaltsgestaltung gewünscht. Um diese Zielstellung weiter voranzutreiben, brauche es aus ihrer Sicht das Engagement aller demokratischen Kräfte. Sie sollten bei mehr Veranstaltungen und auch unabhängig vom Wahlkampf oder persönlichen Interessen häufiger vertreten sein. Dafür wünscht sich eine interviewte Person bspw. auch eine klare Abgrenzung dieser Parteien von der AfD und dem rechten Rand. Ein großes Problem der Kommunalpolitik im Landkreis, welches in vielen Interviews angesprochen wird, bestehe jedoch in der Angst, Wähler/-innen zu verlieren. Dies sei aus Sicht einer der Interviewten auch der Grund, warum eine Distanzierung (noch) nicht vorgenommen werde. Die Person nimmt an, dass die Parteien nicht als zu links gelten wollen und sich daher auch nicht auf Kooperationen mit vermeintlich linken Initiativen oder Vereinen einlassen würden. Damit die Ziele des Bundesprogramms erreicht werden können, sei dies jedoch notwendig.

5.2.5. Unterstützungsangebote/Bedarfe und Schutzangebote der Akteur/-innen

In der Onlineumfrage standen neben den Maßnahmen und Projektideen zur Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Rechtsextremismusprävention auch die Bedürfnisse der Akteur/-innen im Fokus. Sie sollten sich dazu äußern, welche Unterstützungsmöglichkeiten sie für ihre Arbeit benötigen, um Demokratieförderung (weiterhin) voranzutreiben und auch Demokratiefeindlichkeit begegnen zu können. Dabei konnten mehrere Antwortoptionen ausgewählt werden. In Abbildung 22 sind die Häufigkeiten in Prozent dargestellt.

Beinahe die Hälfte der Befragten wünscht sich Schulungen, Weiterbildungen oder Qualifizierungen im Bereich der Demokratieförderung (48,5 %) sowie feste Ansprechpartner/-innen im Landkreis Roth (43,5 %). An einem/einer festen Ansprechpartner/-in im Landkreis äußerten vor allem die Organisationen für Menschen mit Behinderungen (63,6 %), für Migrant/-innen (50,0 %) und für Senior/-innen (62,5 %), die Bündnisse/Initiativen (55,6 %) und das Landratsamt (50,0 %) ihr Interesse. Im Hinblick auf die Regionen äußern diesen Bedarf vor allem Personen aus Georgensgmünd (63,6 %), Greding (57,9 %), Heideck (57,1 %), Rednitzhembach (63,6 %) und Rohr (62,5 %). Hingegen nennen insbesondere Befragte aus den Betreuungseinrichtungen (66,7 %) und dem Kreisjugendring (75,0 %)¹⁶ sowie aus Abenberg (57,1 %), Georgensgmünd (54,6 %), Rednitzhembach (54,6 %) und Wendelstein (64,3 %) die Teilnahme an Schulungen und ähnlichen Formaten.

Zudem herrscht Bedarf bei der Vernetzung mit anderen Akteur/-innen (39,3 %), an ehrenamtlichen Helfer/-innen (38,0 %) sowie an Arbeitshilfen, Handreichungen und Workshopinhalten (36 %). An einer Vernetzung mit anderen Akteur/-innen waren wieder vorrangig die Organisationen für Menschen mit Behinderungen (72,7 %), für Migrant/-innen (46,2 %) und für Senior/-innen (75,0 %) sowie Bündnisse (77,8 %), aber auch die Gemeindeverwaltungen (53,9 %) interessiert. Räumlich geben vor allem Befragte aus Allersberg (46,7 %), Greding (47,4 %), Hilpoltstein (53,3 %) und Thalmässing (50,0 %) an, dieses Angebot zu benötigen.

¹⁶ Auch die Beauftragten des Landkreises (z. B. Integrationsbeauftragte), Träger der Jugendhilfe, Befragte aus dem Jugendparlament, -verband und Jugendhäusern/-treffs gaben an, Schulungen, Weiterbildungen oder Qualifizierungen im Bereich der Demokratieförderung in Ihrer Arbeit zu benötigen, um Demokratiefeindlichkeit begegnen zu können. Aufgrund der Tatsache, dass zu wenige (n ≤ 5) aus diesen Institutionen an der Umfrage teilnahmen, werden auf Prozentangaben verzichtet.

Abbildung 22: Welche Unterstützungsmöglichkeiten werden benötigt?



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Demgegenüber äußerten vor allem Personen von der Feuerwehr (53,9 %), aus den Vereinen (56,1 %) und den Orts-/Kreisverbänden einer Partei (75,0 %)¹⁷, dass sie ehrenamtliche Helfer/-innen benötigen. Darüber hinaus haben primär die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen¹⁸ sowie die Gemeindeverwaltungen (50,0 %) Bedarf an einer Bereitstellung von Arbeitshilfen, Handreichungen und Workshopinhalten angemeldet.

Die Säulen Zeit und Geld stellen ebenfalls wichtige Faktoren dar. Nahezu jeder Dritte (29,9 %) wünscht sich eine finanzielle Unterstützung: in erster Linie die Schulen (53,3 %) und die Organisationen für Menschen mit Behinderungen (63,6 %) sowie Befragte aus Georgensgmünd (45,5 %) und Hilpoltstein (40,0 %). Auch bei den „sonstigen“ Angaben (8,9 %) wurde mehrfach angesprochen, dass es im Allgemeinen an einer ausreichenden Finanzierung für Personal und an Zeitressourcen mangele. Im Zuge dessen wären niedrigere bürokratische Hürden wünschenswert.

Weiterhin gaben die Befragten bei „sonstiger Unterstützung“ an, dass sie sich mehr Berichte in der örtlichen Presse über ihre Einrichtungen bzw. ihr Engagement wünschen würden. In Ergänzung zu den Handreichungen wurde für den Bereich der Kindertageseinrichtungen außerdem spezielles Informationsmaterial bzw. Programme zur Demokratieförderung als notwendig eingeschätzt. Eine weitere Person benannte als dringend notwendige Unterstützungsleistung, die „Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens bei Abschaffung sämtlicher Ausnahmeregelungen und gleichzeitiger Anhebung von Bemessungsgrenzen und Höchstsätzen [...], um klar zu sagen, dass der Standard und Luxus, Geld kostet, und auch finanziert werden muss, wenn wir uns das weiter leisten wollen“ (Person aus Onlineumfrage). Ferner wurde der Wunsch nach einer transparenten und ehrlichen Politik geäußert, die auf allen Ebenen zeige, dass Demokratie funktioniere. Im Zuge dessen bedürfe es laut den Befragten auch einer klaren Positionierung der politischen Mandatsträger/-innen zu Demokratieförderung und Diversität. Weitere Personen führen als notwendige Unterstützung auch an, dass bspw. Kolleg/-innen, die demokratische Werte nicht teilen würden, gekündigt werden sollten. Außerdem solle diese Konsequenz, solche Personen nicht als Mitarbeitende zu akzeptieren, bereits bei Stellenbesetzungen von Verantwortlichen im öffentlichen Bereich gezeigt werden. Weiterhin gibt es auch die Forderung, einen begrenzten Internetzugang für Minderjährige bzw. eine Einschränkung der sozialen Medien (bzw. ein TikTok-Verbot) von politischer Seite umzusetzen. Chancengleichheit in der Bildung sowie eine Veränderung des Bildungssystems wären aus Sicht einer Person grundlegend, um Demokratieförderung voranzutreiben. Ein abschließender Kommentar diesbezüglich beinhaltet auch die Anmerkung, dass es unterstützen würde, wenn die Bevölkerung und nicht zwingend nur die Helfer/-innen geschult werden.

Konkrete Schutzangebote, in Form von Beratung oder psychosozialer Unterstützung für sich selbst oder auch andere Mitarbeitende (14,7 %) wurden, neben den anderen Unterstützungsmöglichkeiten, von nahezu jeder 6. Person als Unterstützungsmaßnahme angefragt. Diese Personen wurden anschließend gefragt, welche Schutzangebote sie denn konkret benötigen.

Die folgende Liste beinhaltet die Antworten:

- Handlungskonzepte zu rechtlichen Einblicken
- Handlungskonzepte zu Verhalten bei Angriffen und Umgang mit aggressiven Asylbewerber/-innen
- generelle Schutzkonzepte für alle Einrichtungen oder auch Supervision
- Anlaufstellen für Betroffene, Beratungsstellen, auch Telefonkontakt
- Workshop zu Gewaltprävention – Grenzen, Möglichkeiten und Strategien

¹⁷ Auch viele Teilnehmende aus den Bündnissen/Initiativen (55,6 %), Organisationen für Migrant/-innen (46,2 %) und für Senior/-innen (62,5 %) sowie aus den Kirchen- und Pfarrgemeinden (46,2 %) sind auf (mehr) ehrenamtliche Helfer/-innen angewiesen.

¹⁸ Krippen etc. (46,7 %), Schulen (53,3 %), Einrichtungen der Erwachsenenbildung (5 von 5).

- Rückhalt durch Vorgesetzte (bspw. Schulleitung, auch Kultusministerium) gegenüber Eltern und extremen Gruppen, die versuchen, einen zu beeinflussen
- Selbstverteidigungskurse, Deeskalationstraining
- Schutz vor demokratiefeindlichen Kolleg/-innen (Kündigung dieser)
- mehr Unterstützung durch die einzelnen Gemeinden
- mehr Sicherheitspersonal.

Auch in den Interviews wird die Notwendigkeit von Schutzangeboten thematisiert. Es zeigen sich viele Überschneidungen mit den in der Onlineumfrage geforderten Maßnahmen. Die interviewten Akteur/-innen selbst würden sich in ihrer Arbeit bzw. in ihrem Engagement oftmals sicher fühlen, obwohl sie mit Ablehnung und teilweise Drohungen konfrontiert seien. So habe es z. B. vom Kreisjugendring einen Workshop gegeben, der Verschwörungsmythen thematisieren sollte, bei dem die zuständigen Personen des Kreisjugendrings im Vorfeld Drohungen erhalten, sie würden während des Workshops Konsequenzen erleben. Daraufhin hätten sich tatsächlich viele Personen angemeldet, die den Verantwortlichen bisher gänzlich unbekannt gewesen seien. Ohne diese wäre die Mindestteilnehmendenzahl nicht erreicht worden, sodass der Workshop abgesagt worden sei. Im Nachgang an solche Vorfälle oder die Androhung ebendieser, wäre es notwendig, aufzuarbeiten, woran dies gelegen habe und wie in Zukunft ähnliche Fälle vermieden werden könnten. Bei einigen Akteur/-innen erfolge dies jedoch, so ergibt es sich aus den Interviews, bislang nicht in ausreichendem Maße.

Sinnvolle Maßnahmen für Gefährdungen seien aus Sicht der Person des Kreisjugendrings ein Einlassvorbehalt nach § 6 VersG/Art. 10 BayVersG, welcher im Vorhinein bei Veranstaltungsbekanntgabe bereits aufgeführt wird. Weiterhin wird in der Gruppendiskussion auch die Möglichkeit, Hausverbot zu erklären, ergänzt. Auch eine Zusammenarbeit mit der Polizei für möglichen Schutz erscheine in einigen Fällen sinnvoll. Bisher waren zwar einige interviewte Personen im Austausch mit den örtlichen Polizeibehörden, hätten ihre Unterstützung bisher aber nicht in Anspruch genommen. Eine Person führt z. B. aus, dass es bereits Veranstaltungen gegeben habe, bei denen die Polizei vorher informiert worden sei, damit diese Bescheid wisse und schnell agieren könne, wenn sie im Laufe der Veranstaltung benötigt werden sollte. Auch die Nutzung von speziellen Sicherheitsdiensten wird für die Zukunft in Erwägung gezogen.

Bei vielen Angeboten, die insbesondere vulnerable Gruppen beinhalten, würden die interviewten mittlerweile abwägen, ob sie bestimmte Schutzmaßnahmen, nicht zum eigenen, sondern zum Schutz der anderen Person(en), treffen müssten. Bisher hätten sie das jedoch nicht getan. Dennoch evaluieren sie bei der jeweiligen Räumlichkeit, in der die Veranstaltung stattfindet, wo sie entsprechende Schutz- oder Fluchtmöglichkeiten finden würden. Bei Bürger/-innenbündnissen besteht außerdem ein höheres Sicherheitsgefühl, wenn eine Anbindung an die Kommune und der dortige Austausch gegeben sind. Auch die Außenwirkung sei aus Sicht der Interviewten besser, wenn die entsprechende Kommune hinter den Zusammenschlüssen steht: „Und da ist, glaube ich einfach der Rückhalt nochmal ein ganz anderer, der da transportiert wird ja.“ (Person aus Bürger/-innenbündnis: Z. 149 f.). Diese Anbindung könne in Form einer von der Kommune bezahlten Stelle erfolgen. Diesen Wunsch äußern mehrere Interviewte. Selbst wenn nur einige wenige Stunden pro Woche finanziert werden würden, stelle dies einerseits eine Wertschätzung des Engagements und andererseits eine Unterstützung in der Absicherung der Arbeit sowie eine Verbesserung im Vergleich zur aktuellen Situation dar. Im Rahmen dieser Stelle könnten dann Integrationskurse bzw. Sprachkurse durchgeführt werden. Die Kommunen sollten aus Sicht einer interviewten Person und auch aus jener der Umfrageteilnehmenden, ihre Unterstützung zusätzlich öffentlich zeigen. Um eine solche klare Positionierung vorzunehmen, schlägt eine interviewte Person vor, dass am Ortseingang (bspw. aller Kommunen ab 1.000 Einwohner/-innen) ein Zeichen gegen Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus gesetzt werde. Dazu eignen sich aus Sicht eines Interviewten bestimmte

Banner, die ausweisen, dass in der Kommune Vielfalt geschätzt werde und Rechtsextremismus keinen Platz habe.

Für das eigene Sicherheitsbedürfnis als positiv wahrgenommen werde weiterhin das Ausüben eines Kampfsports. Außerdem würden die Interviewten es als sinnvoll empfinden, im Vorhinein allgemein über mögliche Schutzangebote informiert zu sein, damit sie im Notfall wissen, wohin sie sich wenden können. Sie wünschen sich dafür eine Informationsveranstaltung bzw. ein Portal, auf dem die im Landkreis vorhandenen Schutzangebote aufgeführt sind. Eine Person erzählt, dass sie über Kooperationen und Bündnisse aus Nürnberg verschiedene Beratungsstellen kenne, die bei Schwierigkeiten unterstützend wirken, und auch Hinweise zu einem möglichen Vorgehen in Krisensituationen geben könnten. Im Landkreis Roth habe sie derzeit keine Ansprechpartner/-innen und meint zudem, dass die Kommunalpolitik nicht reflektieren könne oder möchte, warum Akteur/-innen, die sich offen für Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Rechtsextremismusprävention einsetzen, möglicherweise gefährdet seien. Für die Zukunft wünscht sich diese Person ein Bewusstsein in der Kommunalpolitik und den Kommunen und erhofft sich auch im Landkreis Roth eine rechtliche Beratung bzw. Unterstützung, die aufklärt, wie Veranstaltungen organisiert werden könnten, inwiefern die Verantwortlichen der Bündnisse bspw. bei Demonstrationen in Schadensfällen persönlich involviert seien und wie eine rechtliche Absicherung erfolge. Dabei sollte es eine/-n feste/-n Ansprechpartner/-in geben, welche/-r für die Akteur/-innen kostenfrei nutzbar und ansprechbar sei.

Eine der interviewten Akteur/-innen berichtet im Gegensatz zu den anderen Interviewten jedoch auch, dass sie sich nicht immer sicher fühle. Aufgrund ihres umfangreichen politischen Engagements, was auch mediale Aufmerksamkeit erzeugt habe, fühle sich die Person teilweise gefährdet und befürchte, ein Angriffsziel rechter Gewalt zu werden. Dementsprechend achte sie darauf, an welchen Stellen sie sich wie positioniert und mit welchem Namen sie öffentlich auftritt. Aus dem Gespräch leitet sich auch die Schutzmaßnahme ab, im öffentlichen Auftritt ggf. Pseudonyme zu verwenden, um die eigene Privatsphäre zu schützen. Gleichzeitig fällt auf, dass die Person ihre Angst immer wieder in Relation zu anderen gefährdeten Gruppen setzt und dabei ausführt, dass diese vergleichsweise unbegründet sei: „ich glaube da gibt es andere Leute die müssen da viel mehr in Angst leben und deswegen wollte ich mich da auch nicht für zu wichtig nehmen.“ (Person aus Bürger/-innenbündnis: Z. 105 ff.). Aus diesem Interview zeigt sich also, dass die engagierten Akteur/-innen gegenüber vermeintlich gefährdeteren Gruppen Scham empfinden könnten, wenn sie sich zu sehr um ihre eigene Person sorgen. Dementsprechend erscheine es umso wichtiger, die Bedenken der Akteur/-innen ernst zu nehmen, ihnen Raum zu geben und sie nicht allein zu lassen. In den Vernetzungstreffen sollte diesen Themen des Selbstschutzes und möglicher Schutzmaßnahmen Raum gegeben werden.

Ein weiterer Bedarf der hauptamtlichen Akteur/-innen bestehe in einer Verfügbarkeit der Gelder und besserer Planbarkeit. Die Teilnehmenden der Gruppendiskussion äußern, dass ihre Stellen oftmals nicht gesichert seien. Da diese von der Bewilligung verschiedener Bundesförderprogramme und Haushaltsbeschlüsse abhängen, sei die Weiterfinanzierung teils erst wenige Wochen vor dem Ablauf des bisherigen Vertrages gesichert. Die Akteur/-innen könnten also nicht planen und hätten keine finanzielle Sicherheit. Dies führe zu einer enormen Personalfluktuation und Abwanderung der Fachkräfte auf langfristigere Stellen.

Aber auch Freiwillige werden im Landkreis benötigt und gefordert. So hatte der Bedarf an mehr Freiwilligen einen hohen Stellenwert bei den benötigten Unterstützungsmöglichkeiten in der Onlineumfrage: Fast 40 % der Befragten wünschen sich mehr ehrenamtliches Engagement in ihrem Bereich. Auch in dem Interview mit der Pfarrperson wird von ihr die Bedeutung von Vereinsstrukturen und des dortigen ehrenamtlichen Engagements betont. Aus ihrer Sicht würden Vereine und die tätigen Ehrenamtlichen Stabilität für die Gesellschaft bieten und damit einen

wichtigen Baustein der Demokratie darstellen, weil die Personen tatsächlich mitgestalten können. In den Abschlussbemerkungen und der Gruppendiskussion wurde die Tätigkeit von Ehrenamtlichen ebenfalls positiv hervorgehoben. Dementsprechend sollte die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements von der PfD als Ziel berücksichtigt werden. Gleichzeitig bedürfe es aber auch hauptamtlicher Mitarbeitender, die die Steuerung übernehmen sowie die Hauptverantwortung innehätten. Auch dieser Punkt wurde in den Abschlussbemerkungen angesprochen: Aus Sicht der Befragten müsse aus einem Mangel an Hauptamtlichen zu viel Arbeit von Ehrenamtlichen übernommen werden, was laut ihnen wenig erfolgversprechend sei. Für Geflüchtete und Asylbewerber/-innen sei insbesondere mehr Unterstützung in bürokratischen Angelegenheiten und in Alltagsproblemen seitens des Landratsamtes notwendig, so die Anmerkung in der Umfrage.

Um Menschen für ein Ehrenamt zu motivieren, sieht die interviewte Pfarrperson mehrere Möglichkeiten. Zum einen bringe die ehrenamtliche Arbeit selbst aus ihrer Sicht Selbstwirksamkeit und schaffe ein Bewusstsein für eigene Privilegien und auch Möglichkeiten. Dies solle stärker von Ehrenamtlichen publik gemacht werden, um weitere Personen zu ermutigen, dies ebenfalls auszuprobieren. Zum anderen bedürfe es mehr Wertschätzung für Ehrenamtliche. Dies könne zur Tätigkeit motivieren und gleichzeitig darauf aufmerksam machen. Außerdem empfinde sie Veranstaltungen für Ehrenamtliche, die für diese kostenfrei seien, als gutes Mittel. So biete bspw. das Evangelische Bildungswerk regelmäßig Workshops und Fortbildungen für Ehrenamtliche an, in denen sie Tools zur Öffentlichkeitsarbeit wie Canva oder die Gestaltung von Webseiten lernen und so die Bewerbung der Angebote und Veranstaltungen verbessern können. Auch mit der Konzeption neuer und innovativer Formate, Moderation für Teams oder Methoden der Gesprächsführung bei Beratung und Begleitung und Helfen in seelischer Not sei sich beschäftigt worden. Der Schutz vor sexualisierter Gewalt sei ebenfalls Fokus einer der Fortbildungen geworden. Die Themen der Fortbildungen würden auch von den Ehrenamtlichen selbst vorgeschlagen werden dürfen, sodass ihre persönlichen Interessen bedient werden. Damit würden diese Veranstaltungen einen Mehrwert für die Teilnehmenden, aber auch die Institutionen bieten, in denen die Personen tätig sind, weil ihre Mitarbeitenden die Kenntnisse für die Zukunft nutzen können. Diese Fortbildungen seien eine Möglichkeit, Ehrenamtliche zu gewinnen und zu unterstützen, und sollten von der PfD in Zukunft unterstützt werden. Dies wäre möglich, indem entsprechende Multiplikator/-innen ausgebildet, Projekte unterstützt oder Kooperationen hergestellt werden.

Auch in der Onlineumfrage sollten sich die Akteur/-innen dazu äußern, wie mehr ehrenamtliches Engagement erreicht werden könnte. Von den 137 Personen, die bei der Frage zuvor angaben, dass sie mehr Ehrenamtliche bei ihrer Arbeit benötigen, haben fast alle (136 Personen) ihre Einschätzung abgegeben, wie man zusätzliche Freiwillige gewinnen könnte. Erneut sind die Ergebnisse in Prozent dargestellt und spiegeln die wahrgenommenen Möglichkeiten zur Förderung des Ehrenamts wider.

Mehr Wertschätzung und Anerkennung (62,5 %), sei es vonseiten der Amtsträger/-innen, der Arbeitgeber/-innen oder der allgemeinen Bevölkerung, ist die mit Abstand meistgenannte Antwortmöglichkeit. Kostenfreie Weiterbildungen für Ehrenamtliche (58,8 %) werden ebenfalls als zentrales Element wahrgenommen, welches zum einen die Qualität ehrenamtlicher Arbeit sichert und zum anderen ein Anreiz für Engagement darstellt. Dies stimmt mit den Vorschlägen der Pfarrperson überein.

Auch finanzielle Anreize (54,4 %) spielen eine bedeutende Rolle. Etwas mehr als die Hälfte der Akteur/-innen sind also überzeugt, dass Aufwandsentschädigungen, Gutscheine oder Steuervergünstigungen den Anteil an Freiwilligen erhöhen würden.

Abbildung 23: Wie könnte ehrenamtliches Engagement im Landkreis Roth erhöht werden?



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Ansonsten werden eine bessere Bewerbung für Engagementmöglichkeiten und die Vernetzung, d. h. die Bereitstellung von Austauschmöglichkeiten, als weitere zentrale Faktoren genannt. In Anbetracht der Häufigkeiten spielen alle eine essenzielle Rolle bei der Gewinnung von ehrenamtlich tätigen Personen. Denn, obwohl dies die am seltensten ausgewählte Option darstellt, ist immer noch mehr als jeder Vierte (27,2 %) davon überzeugt, dass eine flexible Gestaltung der Zeiten für eine ehrenamtliche Tätigkeit zu einer Erhöhung der Freiwilligenquote führen würde.

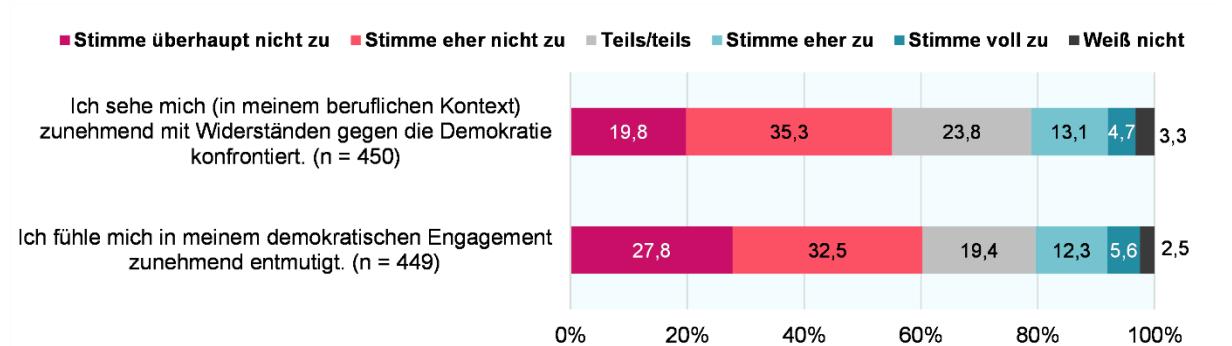
Über die vorgegebenen Punkte hinaus, gab eine Minderheit (7,4 %) „sonstige Gründe“ an, wie man das ehrenamtliche Engagement im Landkreis Roth steigern könnte. So wurde hinsichtlich finanzieller Unterstützung die Einführung einer möglichst unbürokratischen Routine gefordert, sodass Ehrenamtliche für ihre finanziellen Auslagen eine Spendenquittung und damit einkommensteuerliche Vorteile erhalten würden: „Es wäre eine Anerkennung sowie eine statistische Dokumentation des Umstands, dass wir Ehrenamtler/-innen neben unserer Zeit auch viel eigenes Geld einsetzen (Nicht-Ehrenamtler/-innen würden das nie vermuten)“ (Person aus Onlineumfrage).

Studierende oder Auszubildende würden sich möglicherweise eher ehrenamtlich engagieren, sofern sie dadurch Vorteile in ihrer Ausbildung (Punktesystem) hätten. Dies sollte aus Sicht der Befragten daher ebenfalls ermöglicht werden. Ein weiterer Einfall war, auf pauschale Angebote zu verzichten und stattdessen konkrete, befristete Projekte für Ehrenamtliche anzubieten, da nicht jede Person jederzeit und dauerhaft zeitlich flexibel oder verfügbar sei. Weniger Hürden bzw. mehr Angebote mit der bayerischen Ehrenamtskarte wurden ebenfalls angesprochen sowie barrierefreie Orte des Engagements. Letztlich müsse allerdings auch ein Bewusstsein über die Bedeutung des Ehrenamts in der Gesellschaft geschaffen werden.

Die Notwendigkeit von Unterstützungsmaßnahmen und Schutzangeboten ruft auch die Frage nach der eigenen Einschätzung des Engagements und der Motivation hervor. Im Rahmen der Onlineerhebung sollten die Befragten daher auf einer Skala von „Stimme überhaupt nicht zu“ bis „Stimme voll zu“ antworten, ob sie sich zunehmend mit Widerständen gegen die Demokratie konfrontiert sehen und ob sie sich in ihrem Engagement entmutigt fühlen. Dabei wurde

ihnen auch eine „Weiß nicht“-Kategorie angeboten, sofern sie sich bei der Beantwortung der Frage nicht sicher waren. Insgesamt äußerten sich zu diesen Statements ca. 450 Proband/-innen.

Abbildung 24: Entmutigung und Widerstände



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Es zeigt sich, dass sich beinahe jede/-r Fünfte (17,8 % und 17,9 %) zunehmend mit Widerständen gegen die Demokratie konfrontiert sieht und sich auch in seinem demokratischen Engagement immer mehr entmutigt fühlt. Nichtsdestotrotz stellen diese Anteile in diesen Verteilungen die Minderheiten dar. Bei beiden Aussagen äußert die Mehrheit (55,1 % und 60,3 %) keine solchen Bedenken. Etwa jeweils ein Fünftel der Befragten (23,8 % und 19,4 %) stimmen diesen Statements teils/teils zu.

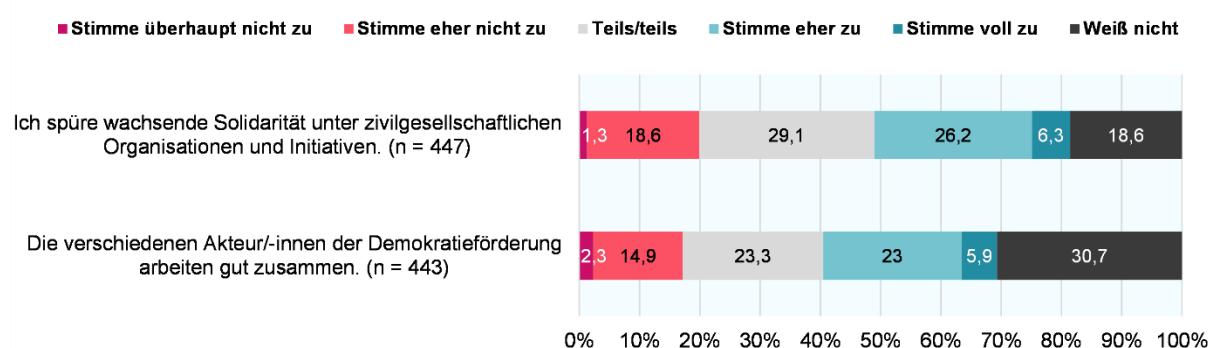
Zwischen den Beschäftigten in den Einrichtungen und den politisch interessierten oder engagierten Bürger/-innen zeigen sich hierbei Unterschiede. Die Beschäftigten der Einrichtungen stimmen der Aussage „Ich sehe mich (in meinem beruflichen Kontext) zunehmend mit Widerständen gegen die Demokratie konfrontiert.“ im Schnitt ($\bar{\theta} = 2,49$ ohne „Weiß nicht“-Angabe) eher zu als die politisch interessierten Bürger/-innen ($\bar{\theta} = 2,30$ ohne „Weiß nicht“-Angabe). Ein gegenteiliges Resultat wird für das Statement „Ich fühle mich in meinem demokratischen Engagement zunehmend entmutigt.“ ausgemacht. Dieses bejahen im Schnitt eher die Bürger/-innen ($\bar{\theta} = 2,62$ ohne „Weiß nicht“-Angabe), im Vergleich zu den Beschäftigten der verschiedenen Einrichtungen ($\bar{\theta} = 2,27$ ohne „Weiß nicht“-Angabe).

Die befragten Akteur/-innen im Bereich der Demokratieförderung würden sich teilweise entmutigt davon fühlen, dass sie versuchen, das Bewusstsein über die Notwendigkeit der Demokratie im Landkreis zu fördern, aber angesichts der Teilnehmendenzahlen wenig gehört und wahrgenommen werden. Dies könnte u. a. damit erklärt werden, dass die Interviewpartner/-innen im Hinblick auf ihre Angebote und Veranstaltungen anmerken, dass immer ähnliche Personen, die zumeist selbst sehr engagiert, aufgeklärt oder interessiert seien, an den Veranstaltungen teilnehmen und viele Menschen gar nicht erreicht werden könnten. Dies wird auch in der Onlineumfrage angeführt. Außerdem gibt es laut den Interviewten häufig nicht genügend interessierte Personen, sodass die Mindestteilnehmendenzahl nicht erreicht werden könne und die Veranstaltungen im Vorhinein abgesagt werden müssten. In den Abschlussbemerkungen der Onlineerhebung gibt es mutmachende Äußerungen, bei denen die Befragten sich für das Engagement bedanken und die Akteur/-innen auffordern, nicht aufzugeben.

5.2.6. Kooperation und Vernetzung

Die Vernetzung der Akteur/-innen im Landkreis wurde ebenfalls untersucht. Dies wurde mithilfe einer Einschätzung zu zwei Aussagen vorgenommen (siehe Abbildung 25). Es stimmen 28,9 % der Befragten (eher) zu, dass die Akteur/-innen der Demokratieförderung derzeit gut zusammenarbeiten. Jede/-r Sechste (17,2 %) verneint dies (stimmt (eher) nicht zu).

Abbildung 25: Meinungen zur aktuellen Vernetzung der Akteur/-innen im Landkreis Roth



Quelle: Onlineumfrage der S&R-Analyse.

Ein nicht zu vernachlässigender Anteil von 23,3 % antwortet mit teils/teils, während die Mehrheit mit über 30 % nicht weiß, wie gut die unterschiedlichen Akteur/-innen zusammen agieren. Dies lässt auf große Unsicherheit über die tatsächliche Zusammenarbeit in der Demokratieförderung schließen, da auch nur knapp 30 % eine funktionierende Kooperation sehen.

Etwas positiver fielen hingegen die Antworten bezüglich des Statements „Ich spüre wachsende Solidarität unter zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen“ aus. Jede/-r Dritte (32,4 %) stimmte hierbei (eher) zu. Demgegenüber stehen 19,9 %, die dem (eher) nicht zustimmen. Knapp ein weiteres Drittel (29,1 %) nimmt dies in einigen Fällen wahr („teils/teils“) und 18,6 % war es nicht möglich, eine Einschätzung abzugeben.

Zwischen den Beschäftigten in den Einrichtungen und den politisch interessierten oder engagierten Bürger/-innen zeigen sich auch hierbei Unterschiede, wenn auch nur marginal. Die Beschäftigten der Einrichtungen schätzen beide Aussagen positiver ein ($\bar{\Omega} = 3,25$ und $\bar{\Omega} = 3,21$ ohne „Weiß nicht“-Angabe) als die politisch versierten Bürger/-innen ($\bar{\Omega} = 3,22$ und $\bar{\Omega} = 3,17$ ohne „Weiß nicht“-Angabe). Letztlich zeigt sich ein eher zurückhaltend optimistisches Bild, da einige eine wachsende Solidarität spüren, trotz allem aber viele auch unentschlossen oder unsicher sind.

In den Interviews wird von der Pfarrperson die These aufgestellt: „je mehr Vernetzung stattfindet glaube ich umso weniger müssen Menschen Angst haben die äh anders sind wie auch immer.“ (Pfarrperson: Z. 356 f.). Demzufolge sei die Vernetzung elementar. Gleichzeitig wird aus den Interviews jedoch deutlich, dass die Vernetzung im Landkreis noch Potenzial biete und die Interviewten dies als Ziel für die Zukunft ausmachen. So wollen sie die Vernetzung (auf Landkreis-, aber auch kommunaler Ebene) stärker in den Blick nehmen, um gemeinsame Aktionen planen und veranstalten zu können und über die jeweiligen Ziele informiert zu sein. Die im Kreisjugendring tätige Person hat auch tatsächlich zurückgemeldet, dass ihr durch das Einzelinterview und das Sprechen über die Schwierigkeiten bewusst geworden sei, dass es vor allem an der Vernetzung mangele. Sie wünsche sich in Zukunft einen stärkeren Austausch und Kenntnis über die bestehenden Ressourcen der anderen Akteur/-innen im Landkreis, so-

dass alle von den Mitteln der anderen sowie der Kommune profitieren könnten. Derzeit bestehe aus ihrer Sicht oftmals kein Wissen darüber, was jeweils vorhanden ist. Auch die Bündnisse untereinander sollten zukünftig stärker zusammenarbeiten. Eine der Interviewten erzählt, dass es bereits den Plan gegeben habe, die verschiedenen Bündnisse wie Greding ist bunt, Schwanstetten ist bunt etc. zusammen in einem Netzwerk des bunten Landkreises zu organisieren. Dies sei jedoch bisher nicht gelungen, es erfolge aber zumindest anlassbezogene Unterstützung.

In der Gruppendiskussion wird demgegenüber festgehalten, dass die Vernetzung in vielen Bereichen bereits erfolge: „Ich glaube, dass wir egal welche Sachen wir im Landkreis machen, dass auch die Landkreisorganisationen relativ gut miteinander vernetzt sind, weil wir eben sowas haben wie Bildungsregion, Regionalmanagement, auch im Bereich Gesundheit, Sucht und Suchtberatung, da sind wir relativ gut vernetzt“ (Person aus der Gruppendiskussion: Z. 649-652). Außerdem bestehe mit dem europäischen Förderprogramm LEADER die Möglichkeit, Aktionen zur Aufwertung des ländlichen Raums und damit des Landkreises Roth zu fördern, und sich mit anderen Akteur/-innen, die Geld in Anspruch nehmen, auszutauschen. Dementsprechend würden im Landkreis Netzwerke und auch Kooperationen bestehen. Jedoch wird in der Gruppendiskussion herausgearbeitet, dass die bestehenden Netzwerke aktuell häufig noch nicht für die Umsetzung von Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Rechtsextremismusprävention, sondern stattdessen für andere Anliegen, genutzt würden. Da die Partnerschaft für Demokratie erst neu entstanden sei, habe es für den Bereich der Demokratieförderung bisher kein gesondertes Netzwerk gegeben. Die bestehenden Netzwerke seien also funktionstüchtig, dennoch stimme auch die Aussage der Interviewten, dass bisher im Hinblick auf Demokratie noch wenig Zusammenarbeit erfolge. Zukünftig könnten die vorhandenen Netzwerke auch für diese Zwecke stärker genutzt werden. Dies geschehe aktuell in Ansätzen. So werde die Vernetzung der PfD derzeit über das Netzwerk des Bildungsbüros organisiert. Dieses biete u. a. zweimal im Jahr eine Austauschveranstaltung für alle Akteur/-innen aus dem Bildungsbereich an. Der Einbezug der bestehenden Netzwerke des Bildungsbüros und des dazugehörigen Bildungsbeirats wurde auch von der Partnerschaft für Demokratie in ihrem Antrag auf Bundesförderung geplant. Die Berücksichtigung weiterer Netzwerke sei laut den Teilnehmenden der Gruppendiskussion jedoch weiterhin angeraten. Dabei wird bspw. der Arbeitskreis SchuleWirtschaft als Vernetzungsplattform innerhalb der Gruppendiskussion vorgeschlagen. Die Helferkreise Asyl und Integration in den verschiedenen Kommunen des Landkreises werden ebenfalls als gut vernetzt wahrgenommen und könnten einbezogen werden. Im Zuge dessen wird auch die Plattform „für einander“ als nutzbar aufgeführt. Angesichts der Gefährdung von Minderheiten im Landkreis sollte auch darauf geachtet werden, Selbstvertreter/-innen, d. h. Betroffene, einzubeziehen. Im Antrag der PfD auf Förderung wurden bereits LSBTIQ--Menschen als angestrebte Mitglieder des Bündnisses und eine Zusammenarbeit mit entsprechenden Organisationen aufgeführt. Die Berücksichtigung der Perspektive von Menschen mit Migrationshintergrund oder auch von Personen mit Behinderungen sollte zukünftig ebenfalls bedacht und ermöglicht werden.

Von der Pfarrperson werden auch direkt der Landkreis und die einzelnen Kommunen aufgefordert, Räume zu öffnen und bereitzustellen, in denen sich Vereine präsentieren und vernetzen können. Dieses Bündeln der Ressourcen könne in Zukunft dann auch ermöglichen, dass größere Aktionen, die tatsächlich Gehör finden können, etabliert werden. Dies seien einerseits die bereits bestehenden Veranstaltungen, die auch von anderen Bündnissen und Initiativen beworben und damit bekannt gemacht werden. Andererseits können aus Sicht der im Kreisjugendring tätigen Person auf diese Weise auch große Musikfestivals, in denen verschiedene Kulturen zusammenkommen, organisiert werden. Diese Orte der Begegnung von Menschen verschiedener Hautfarben und mit und ohne Fluchthintergrund werden in mehreren Interviews

als zentralste Maßnahme herausgestellt. Auch ein großes Sommerfest, bei dem das Zusammensein und das Stärken der Demokratie im Vordergrund stehen, gäbe es bisher nicht. Eine Interviewperson sieht dies jedoch als Chance der Vernetzung und der Zusammenarbeit zwischen politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene an.

Um die Vernetzung und Kooperation zu verbessern, würde sich auch die Erweiterung des Bündnisses und der Einbezug weiterer Akteur/-innen eignen. In den Interviews wurden neben bereits engagierten Akteur/-innen weitere genannt, die Potenzial hätten, am Bündnis der Partnerschaft für Demokratie mitzuwirken. Zunächst werden dabei die Jugendtreffs mit den Gemeindejugendpfleger/-innen benannt. Hierbei wird von einer Interviewperson auch direkt eine Möglichkeit des Zugangs bzw. der Aktivierung beschrieben: So gäbe es ohnehin bereits Vernetzungstreffen des Kreisjugendrings mit den Gemeindejugendpfleger/-innen und über diesen Weg könnte vom Kreisjugendring eine Zusammenarbeit und die Organisation gemeinsamer Angebote initiiert werden. Ebenfalls Potenzial, dieses einzubeziehen, bestehe beim neu entstandenen Jugendparlament. Das Jugendparlament sei mit seinen Mitgliedern im Alter zwischen 12 und 24 Jahren derzeit noch in der Findungs- und Aushandlungsphase. Die jungen Menschen befänden sich im Prozess, eine gemeinsame Kommunikationsform, übergreifende Anliegen und Projekte zu finden. Außerdem würden sie aktuell den Spielraum ausloten, der auf kommunaler Ebene bestehe, und die Herausforderung erleben, dass politische Entscheidungen aufgrund der Vielzahl der beteiligten Personen viel Zeit in Anspruch nehmen würden. Bereits damit würden die jungen Menschen politische Prozesse und Organe und damit Demokratie erleben. Nach dieser internen Findungsphase könne das Jugendparlament jedoch, neben den Lehren, welche es für die einzelnen Mitglieder biete, auch eine zentrale Rolle der Demokratieförderung und innerhalb der Partnerschaft für Demokratie einnehmen, weil die jungen Menschen ihre Anliegen auf direktem Wege einbringen können.

Im Zusammenhang mit dem Bundesprogramm von „Demokratie leben!“ müsse außerdem auch ein Jugendforum etabliert werden. Aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten im Landkreis (die nördliche Hälfte orientiere sich eher nach Nürnberg und der südliche Teil sei eher ländlich) erscheine es aus Sicht der Teilnehmenden der Gruppendiskussion nicht sinnvoll, dies als eine Instanz umzusetzen. Stattdessen gibt es die Idee, mehrere kleinere Jugendforen zu bilden, die einzeln Ideen erarbeiten und diese dann zusammenfügen: „Also da müssen wir gucken wie wir zwei oder vielleicht sogar drei verschiedene Einrichtungen schaffen und die dann da irgendwie zusammenfassen oder anders macht es keinen Sinn.“ (Person aus Gruppendiskussion: Z. 1247 ff.). Diese Vorgehensweise, mehrere kleinere Instanzen zu bilden, wurde auch von der Partnerschaft für Demokratie im Antrag bedacht. Dort wurde festgehalten, dass das Jugendforum zunächst auf Gemeindeebene bzw. im Zusammenschluss einzelner Gemeinden agieren solle, um die Bedürfnisse auf dieser Ebene zu bearbeiten und anschließend landkreisbezogene Problematiken zu berücksichtigen.

Damit lokal die betroffenen Personen erreicht werden, müsse vor allem die Vereinsarbeit in den kleinen Kommunen aus Sicht der Interviewten ihren Beitrag leisten und demokratiefördernd agieren. Vor allem Sportvereine und Feuerwehren sollten laut ihnen innerhalb ihrer Arbeit stärker den Fokus auf Demokratieförderung legen und eine demokratische Grundlage ihrer Arbeit auch öffentlichkeitswirksam vertreten und repräsentieren. Derzeit sei ein solches Engagement in den Vereinsstrukturen stark von den beteiligten Personen abhängig und verlaufe meistens eher nebensächlich. Um sich für Vielfalt und Demokratieförderung einzusetzen, könnten die jeweiligen Vereine aus Sicht der Interviewten auch gezielt entsprechende vulnerable Gruppen bzw. gefährdete Communities ansprechen. Denn das primäre Ziel sollte aus Sicht mehrerer Interviewer sein: „ähm diese dieses gemeinsame oder diese geteilten Erfahrungen irgendwie offensichtlich zu machen und ähm explizit zu machen.“ (Person aus Bürger/-innenbündnis: Z. 485 ff.). Vielfach fehle aber entweder das Bewusstsein für die Wichtigkeit

dieser Themen oder auch die eigene Verantwortung in Bezug auf Demokratieförderung, oder es bestehe Angst bei den Verantwortlichen. So spricht eine interviewte Person auch die Schwierigkeit an, dass Sportvereine, wenn sie bestimmte Initiativen und Bündnisse öffentlich unterstützen, Drohungen und Hassnachrichten ausgesetzt seien. Angesichts dessen würden sich viele Vereine nicht politisch positionieren. In den Interviews wurde exemplarisch ein Fall angesprochen, in dem ein Sportverein sich zunächst als Unterstützer von einzelnen Initiativen im Landkreis positioniert und sich anschließend nach öffentlichem Gegenwind wieder von ihnen distanziert habe: „Also das Problem ist die Sportvereine könnten viel mehr wenn sie halt das Rückgrat hätten.“ (Person aus Bürger/-innenbündnis: Z. 257 f.). Dieses hätten sie aus Sicht der interviewten Person jedoch nicht, weil bei den Vorständen die Angst bestehe, dass durch politische Positionierung Mitglieder verloren werden und diese als Gegenpol einen alternativen und rechteren Sportverein gründen würden. Um die Vereine in dieser Hinsicht besser zu unterstützen, müsse sich aus Sicht einer der Personen aus den Bürger/-innenbündnissen die kommunalpolitische Ebene und Vertretung stärker engagieren. Von dieser Seite könnten bestimmte Veranstaltungen gestützt oder in Kooperation mit Sportvereinen und Bündnissen durchgeführt werden, um diese Brücken zu bauen und eine öffentliche Positionierung vorzunehmen. Die Kommunen und deren Politiker/-innen müssen also ihre Unterstützung signalisieren. Aus Sicht dieser Person erfolge ein solcher Rückhalt derzeit jedoch nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße, weil befürchtet würde, dass dadurch der Zugang zu bestimmten Personen verloren gehe. Dies sorge dafür, dass keine Positionierung stattfinde. Gleichzeitig führe dies jedoch zu einer Normalisierung rechter Tendenzen. Möglicherweise könnte zudem die PfD hier unterstützend tätig werden, indem sie die Sportvereine animiert, im Bündnis mitzuwirken. Damit erfolge eine Positionierung der Vereine und gleichzeitig könnten sie auch stärker geschützt werden.

Sektorinterne und sektorübergreifende Kooperationen

Die Kooperation der Zivilgesellschaft mit der Kommunalpolitik oder der jeweiligen Ebenen untereinander verlaufe im Landkreis aus Sicht der Interviewten mit unterschiedlichem Erfolg. Die Interviewten sagen hauptsächlich aus, dass die Initiativen und Vereine häufig nur für die Organisation einzelner Veranstaltungen zusammenarbeiten und ihre Ressourcen anlassbezogen bündeln würden.

Ein Positivbeispiel stelle der Umgang mit den Verkehrsschildern der Gerechtigkeit dar. Die Stadt Roth habe diese gekauft und viele Kindertageseinrichtungen hätten in ihrer Einrichtung damit gearbeitet. Anschließend hätten sie ein einrichtungsübergreifendes Sommerfest durchgeführt, um diese Aktion in verbindender Weise abzuschließen. Dieses Gefühl eines gemeinsamen Anliegens und dass die einzelnen Einrichtungen voneinander profitieren können, „wäre in Roth einfach noch sehr stark zu fördern und zu beleben.“ (Pfarrperson: Z. 626). Dafür brauche es aus Sicht einer interviewten Person den Appell, dass alle Vereine, Initiativen etc. ihren wertvollen Beitrag leisten können und aufgrund eines gemeinsamen Ziels keine Konkurrenz notwendig sei. Weiterhin sei auch ein stärkerer Austausch zwischen den Einrichtungen notwendig. Wenn sich die einzelnen Akteur/-innen nicht kennen, können sie sich auch nicht mit ihren jeweiligen Stärken schätzen. Dabei leiste das Bildungsbüro aus Sicht der Pfarrperson bereits wertvolle Arbeit, aber auch die Partnerschaft für Demokratie könne hier zukünftig eine wichtige Rolle einnehmen.

Aus Sicht der interviewten Person aus dem Kreisjugendring werde die Vernetzung, der Austausch und die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur/-innen bisher zu wenig von den Kommunalpolitiker/-innen forciert. Auch eine Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen und dem Landkreis erfolge laut den Interviewten wenig. Nur im Falle der Initiative

Roth ist bunt sei eine Vertreterin einer zivilgesellschaftlichen Initiative mit einigen Wochenstunden beim Landratsamt angestellt, sodass sie dort über direkte Ansprechpersonen und Räumlichkeiten verfüge und die Ressourcen des Landratsamts nutzen könne.

Eine Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Politik bzw. primär der Kontakt zur Kommunalpolitik erfolge aus Sicht der Interviewten bereits an einigen Stellen. So kommen engagierte Personen aus den Parteien Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, den Linken oder Die Partei zu den Veranstaltungen der zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen. Eine Person aus einem Bürger/-innenbündnis hebt hervor, dass von den Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen Initiativen zur Zusammenarbeit ausgehen, diese aktiv auf die Bündnisse zugehen und Möglichkeiten suchen würden, sie in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Bei diesen Parteien und in diesem Fall bestehe also bereits Vernetzung und Wunsch zur Kooperation. An anderer Stelle, z. B. von einigen Bürgermeister/-innen, würden die Bündnisse und Initiativen vertröstet und die gemeinsamen Termine für Absprachen auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Daraus folgt für die interviewte Person, die diese Erfahrung gemacht habe, dass sie sich eher von der Kommunalpolitik distanziere und nicht auf dortige Unterstützung warte. Diese erhalte sie aus ihrer Sicht ohnehin nur in Fällen, in denen die Politik aufgrund von anstehenden Wahlen oder Vorfällen unter Druck stehe. Präventive Maßnahmen würden laut ihr nicht durchgeführt werden.

Andere Akteur/-innen sehen die Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik als elementar für die Erreichung der Ziele von „Demokratie leben!“ an und streben diese dementsprechend immer wieder an. Der Kreisjugendring nutze bspw. regelmäßig die Gemeinderatssitzungen, um für spezielle Projekte zu werben und die Gemeinden dazu zu animieren, Gelder bereitzustellen. Auf diese Weise konnten die Jugendzukunftswerkstätten durchgeführt werden. Der Kreisjugendring habe durch Engagement in den Gemeinderatssitzungen erreicht, dass alle Gemeinden eine Umsetzung vorgenommen haben. Gleichzeitig wird am kommunalpolitischen Engagement in den Interviews aber auch Kritik geübt. So schildert eine interviewte Person, dass sie für die Organisation von Veranstaltungen alle Bürgermeister/-innen kontaktiert habe und sich dabei nur eine Gemeinde (Schwanstetten) für eine Beteiligung bereiterklärt habe. Dementsprechend bestehe noch großes Potenzial der Verbesserung von Kooperation zwischen Initiativen, Vereinen, Kirchen und Kommunalpolitik: „das ist schon echt da braucht man viel Ausdauer und Geduld und ein Zeitraum von zehn Jahren ist durchaus angemessen wenn man sich da bestimmte Ziele setzt.“ (Pfarrperson: Z. 597 ff.).

Die interviewte Schulleitung hingegen berichtet von regelmäßigem Austausch und Unterstützung durch kommunalpolitische Akteur/-innen. So würden insbesondere Personen aus den jeweiligen Jugendorganisationen der Parteien in unregelmäßigen Abständen die Schulen besuchen, um den Kontakt zu den jungen Menschen herzustellen (und für ihre Partei zu werben). An einigen Veranstaltungen würden auch die Vorsitzenden der Parteien aus dem Landkreis teilnehmen. Dies werde von Schulseite auch stark initiiert, so würden bei besonderen Veranstaltungen immer entsprechende Einladungen erfolgen. Auch zu Vertreter/-innen aus der Wirtschaft, aus der Kommune im Allgemeinen, den Schul- und Bildungsausschüssen werde regelmäßiger Kontakt angestrebt und gewahrt, indem auch die Veranstaltungen der anderen von Schüler/-innen oder Lehrkräften wahrgenommen werden. Von Schulseite würden die Schüler/-innen aus Sicht der interviewten Schulleitung außerdem häufig ermutigt werden, ihrerseits auf bekannte Kommunalpolitiker/-innen mit ihren Anliegen zuzugehen.

Auch mit der Polizei bestehe an der Schule aus Sicht der Schulleitung guter Kontakt. So gäbe es einige Projekte, die von der Polizei tageweise in den Schulen präventiv angeboten werden (z. B. im Hinblick auf Verkehrserziehung oder das Verhalten auf und die Gefahren von Social Media). Außerdem bestehe auch anlassbezogene Unterstützung: Die Polizei könne bspw. als

Unterstützung und Beratung bei Handlungen oder Aussagen der Schüler/-innen zurate gezogen werden, sodass die Lehrkräfte abschätzen können, ob es sich um strafbare Handlungen handele. Es sei bereits vorgekommen, dass Schüler/-innen Waffen mit in die Schule gebracht haben. In diesen Fällen habe die Polizei dabei geholfen, aufzuklären, ob es sich um echte Waffen oder Spielzeuge handele. Die interviewte Schulleitung habe dabei sogar direkte Ansprechpersonen bei der Polizei, die sie jederzeit direkt kontaktieren könne. Sie vermutet jedoch, dass dies an anderen Schulen des Landkreises nicht der Fall sei. Vertreter/-innen der Polizei würden an dieser Schule zudem für die Schüler/-innen auch Aufklärungsstunden zu Cyberkriminalität, Kettenbriefen, Waffenbesitz oder Hassreden (im Internet) geben. Dies habe sowohl eine informierende als auch eine aufrüttelnde und abschreckende Funktion, damit die jungen Menschen sich über die rechtlichen Konsequenzen ihres Handelns bewusst werden. Aus Sicht der Schulleitung funktioniere dies sehr gut, denn sie beobachte, dass die betroffenen Schüler/-innen zum Nachdenken angeregt würden und ihr Verhalten reflektieren würden. Dieser Effekt sei aus ihrer Sicht aber nicht dauerhaft, sodass sie die regelmäßige Wiederholung solcher oder ähnlicher Veranstaltungen als sinnvoll erachten würde.

Die zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen würden nach Aussage mehrerer Interviewter kaum in Kontakt mit der Polizei stehen. Diese würde zwar Veranstaltungen wie Demonstrationen absichern und in solchem Rahmen würde auch ein kurzer Austausch stattfinden, aber darüber hinaus gibt es keine Kooperation und auch keine feste Ansprechperson in Krisensituationen. Oftmals werde von den Akteur/-innen nicht mehr Zusammenarbeit gewünscht, weil die Polizei nicht als hilfreiche Unterstützung angesehen werde: „Ich sehe einen Mehrwert aus der Zusammenarbeit mit Vereinen, mit Bündnissen, mit der Politik, aber nicht mit der Polizei.“ (Person aus Bürger/-innenbündnis: Z. 580 f.). In den Abschlussbemerkungen der Onlineumfrage werden ebenfalls negative Erfahrungen mit der Polizei geäußert. So hätten die Personen aus ihrer Sicht keine Unterstützung erhalten.

Es gibt unter den Interviewten aber auch Personen, die eine stärkere Kooperation mit der Polizei wünschen. Diese nehmen sich selbst für die Zukunft vor, dies stärker zu forcieren. Im Hinblick auf eine konkrete Zusammenarbeit mit der Polizei werden auch in der Gruppendiskussion Vorschläge getätigt. So sollten Extremismuspräventions-Workshops, die von „Demokratie leben!“ gefördert werden, durchgeführt werden. Diese würden von jeweils einer/-m Vertreter/-in der Polizei und einem/-r Sozialpädagog/-in an den Schulen gehalten. Im Landkreis und auch bei der Partnerschaft für Demokratie würden bereits Materialien für die Durchführung dreier verschiedener solcher Workshops vorliegen, die genutzt werden könnten. Darunter befände sich u. a. auch ein Lehrfilm zu den Phänomenen Rechtsextremismus, Linksextremismus und religiös begründetem Extremismus sowie deren Kennzeichen und Problematiken. Es fehle also bisher nur an der Initiative, der Bereitstellung der Fördergelder und der Zusammenarbeit mit den Schulen. Möglicherweise könnten auch die an den Schulen bereits angesiedelten Jugendsozialarbeiter/-innen einbezogen werden und bei diesen Workshops unterstützend mitwirken. Diese seien mit dem Kreisjugendring vernetzt und könnten von ihm animiert und informiert werden. Auf diese Weise könnte erreicht werden, dass nicht nur punktuell Angebote stattfinden, sondern eine Verfestigung erreicht werde. So solle das Medienzentrum Parabol einmalig eine Schulung der Schulsozialarbeiter/-innen durchführen und diese könnten dann regelmäßig mit den Schüler/-innen zu diesem Thema arbeiten sowie ihr Wissen weitergeben. Gleichwohl seien die Jugendsozialarbeiter/-innen an Schulen bereits sehr belastet, weil sie sich, wie in den Abschlussbemerkungen der Umfrage deutlich wird, vielen weiteren Themen wie bspw. Drogenmissbrauch ebenfalls widmen müssen.

Im Gegensatz zu einer Zusammenarbeit mit der Polizei wird eine Kooperation mit der freiwilligen Feuerwehr hingegen von allen interviewten Personen in Betracht gezogen, auch wenn einige Akteur/-innen vermuten, dass dort primär konservative Ansichten vertreten seien. Aufgrund der Vernetzung und des Ansehens der Feuerwehren sollte jedoch zukünftig versucht

werden, gemeinsame Veranstaltungen zu organisieren. Die Pfarrperson habe dies z. B. bereits für sich geplant. In den Abschlussbemerkungen der Onlineerhebung wird auch eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, insbesondere der Otto-Lilienthal-Kaserne, vorgeschlagen.

Mit bestehender Unterstützung von Polizei und Feuerwehr könnten auch zur Erregung von öffentlichem Interesse konfrontative Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Rechtsextremismusprävention genutzt werden. Eine interviewte Person schlägt bspw. vor, auf öffentlichen Plätzen gestellte Verhaftungen von Minderheiten und Migrant/-innen durchzuführen, damit mediale Aufmerksamkeit erreicht und den Menschen ein Spiegel vorgehalten würde, was sie mit ihren Aussagen ggf. erreichen. Damit erhofft sie sich, Demokratieförderung wieder stärker in das Bewusstsein der Menschen zu rücken und das aus ihrer Sicht realistische mittelfristige Szenario, dass die AfD tatsächlich Regierungsbeteiligung erhalte, abzuwenden.

Um dieses Szenario weiterhin zu verhindern, müssen aus Sicht der Pfarrperson vor allem regionale Hotspots wie Greding stärker geschützt werden. Die Kommunalpolitiker/-innen seien dabei gefordert, sich klarer gegenüber den dortigen AfD-Aktivitäten abzugrenzen. Aber auch die Bevölkerung des Landkreises und die einzelnen Initiativen und Bündnisse müssen an den Gegendemonstrationen partizipieren und signalisieren, dass diese Veranstaltungen nicht dem Mehrheitswillen der Bevölkerung des Landkreises Roth entsprechen würden. Dazu müsse auch das Gefühl, als ein demokratisches Netzwerk zu agieren, gestärkt werden. Die PfD werde hierbei von dieser interviewten Person als zentrales Organ wahrgenommen, das ein solches Gemeinschaftsgefühl vorantreiben und etablieren kann, „dass man sagen kann alle gemeinsam erkennen wir brauchen einander und wir können uns gegenseitig da stärken“ (Pfarrperson: Z. 223 f.).

Überregionale Vernetzung und Vergleich zu anderen Situations- und Ressourcenanalysen

Neben der Vernetzung auf Landkreisebene bedürfe es auch eines überregionalen Austauschs bzw. einer überregionalen Unterstützung. Eine Person aus der Umfrage hält fest: „Demokratieförderung? ein lobenswerter Ansatz einer ‚kleinen Zelle‘ (Landkreis). Solange aber Bildungsrückstand und bereits heute zu große Demokratieverdrossenheit von den Regierenden offensichtlich geduldet und von den Radikalen befeuert wird, tut sich eine kleine Gruppe vor Ort sehr schwer.“ (Person aus Onlineumfrage). Es wird also festgehalten, dass es überregionale Vernetzung und Unterstützung brauche. Die Kreisjugendringe würden dafür über Netzwerke in Mittelfranken sowie in ganz Bayern verfügen und seien dementsprechend vernetzt. Außerhalb von Bayern würden sie keine Netzwerke besitzen. Für andere Akteur/-innen im Landkreis bestehe über das Förderprogramm LEADER die Möglichkeit zur überregionalen Vernetzung.

Die Partnerschaft für Demokratie habe trotz des kurzen Bestehens zudem bereits Kooperationen mit anderen Partnerschaften für Demokratie aufgebaut. In der Gruppendiskussion werden dabei namentlich die Partnerschaften für Demokratie in Eichstätt, Erlangen und Fürth genannt. Von diesem direkten Austausch könne die PfD profitieren. Im Folgenden sollen weitere Maßnahmen und Impulse aus anderen Situations- und Ressourcenanalysen vorgestellt und mit den Ergebnissen im Landkreis Roth abgeglichen werden, um weitere Ansatzpunkte für die Arbeit der PfD zu finden.

Im Folgenden sollen einige Ergebnisse der Analyse vom Landkreis Roth mit Ergebnissen von bereits durchgeführten Erhebungen für Schleswig-Holstein (z. B. Sylt, Schleswig-Flensburg), Thüringen (Wartburgkreis mit Eisenach/Wutha-Farnroda, Saale-Orla, Landkreis Eichsfeld), Sachsen (kommunaler Verbund Eilenburg – Bad Düben – Laußig) und Bayern (Landkreis Eichstätt) verglichen werden.

Im Vergleich zu den S&R-Analysen, die in den vergangenen Jahren durchgeführt wurden, zeigen sich bereits konzeptionell einige Unterschiede. In den aktuellen Analysen, zu denen die hier vorliegende und die für den Landkreis Eichstätt zählen, liegt ein Fragenkatalog aus elf Fragen zur aktuellen Ist-Situation und den Ressourcen, Bedarfen und Potenzialen des Landkreises, in der die PfD agiert, zugrunde. Die anderen S&R-Analysen fokussieren demgegenüber stärker auf die Abläufe innerhalb der Partnerschaft für Demokratie und arbeiten dortige Schwierigkeiten heraus. Dennoch zeigen sich einige Gemeinsamkeiten in den Ergebnissen, aber auch interessante Ansätze, von denen die PfD des Landkreises Roth ggf. profitieren kann. In allen Analysen wurden Interviews mit engagierten Akteur/-innen geführt und Sekundärdatenanalysen einbezogen. Teilweise wurden diese Daten durch solche aus Gruppendiskussionen ergänzt.

Die Analyse der vorliegenden Situations- und Ressourcenanalysen zeigt eine Sonderstellung der Insel Sylt auf, denn viele der dort vorhandenen regionalen Problemlagen sind direkt auf den Tourismus und die daraus resultierende Wohnungsknappheit zurückzuführen (vgl. Prillwitz & Schaffranke 2023, S. 8). Dies führt zu einer demografischen Entwicklung, die von zunehmender Alterung geprägt ist, da junge Familien aufgrund der hohen Kosten oft nicht auf die Insel zurückkehren können (vgl. ebd., S. 12). Die Folge ist ein Mangel an Ehrenamtlichen, der sich dadurch verstärkt, dass auch die jüngeren Inselbewohner/-innen durch eine hohe Arbeitsbelastung kaum für ein Engagement zu motivieren sind (vgl. ebd., S. 12). Damit zeigen sich auch Gemeinsamkeiten mit dem Landkreis Roth: Eine vergleichbare Herausforderung bei der Gewinnung von Ehrenamtlichen zeige sich auch hier. Als Reaktion auf diese Situation wird in Sylt die Forderung nach kurzfristigen und flexiblen Engagementmöglichkeiten laut (vgl. ebd., S. 12), ein Ansatz, der auch in Roth bereits diskutiert wurde. Darüber hinaus tritt auf Sylt aufgrund eines hohen Anteils an Arbeitsmigrant/-innen vermehrt Rassismus durch Arbeitgeber/-innen zutage (vgl. ebd., S. 16 f.). Als Handlungsempfehlung wird daher die Einrichtung einer Anlaufstelle für Betroffene rassistischer Gewalt und Diskriminierung in Form eines Vielfaltszentrums vorgeschlagen (vgl. Prillwitz & Schaffranke 2023, S. 45).

Im Schulbereich solle dies laut den Interviewten durch Schulpatenschaften realisiert werden. Ein weiteres Problem der Insel ist die Vereinsamung älterer Menschen, der mit speziellen Formaten gegen Einsamkeit und Isolation im Alter entgegengewirkt werden soll (vgl. ebd., S. 45).

Parallelen zum Landkreis Roth zeigen sich ebenfalls in der Situations- und Ressourcenanalyse des Landkreises Schleswig-Flensburg. Dort treten ähnliche demokratifeindliche Vorfälle wie Hakenkreuzschmierereien und das öffentliche Tragen neonazistischer Symbole auf (vgl. Prillwitz & Schaffranke 2022, S. 10). In beiden Landkreisen wird zudem ein mangelndes Problembewusstsein in der Bevölkerung konstatiert. Dies führt zu einer geringen Sensibilität für demokratifeindliche Tendenzen und folglich zu einer hohen Dunkelziffer bei nicht erfassten Vorfällen – eine Annahme, die insbesondere für Schleswig-Flensburg gilt, aber auch für Roth vermutet werde (vgl. ebd., S. 10). Die Akteur/-innen in Schleswig-Flensburg fühlen sich mit der Problematik des Rechtsextremismus teils alleingelassen und wünschen sich, wie auch die Personen im Landkreis Roth, eine feste Ansprechperson als Unterstützung (vgl. ebd., S. 11). Weitere Überschneidungen betreffen die Wohnraumvergabe, da Bürger/-innen bzw. Vermieter/-innen in beiden Regionen oft nicht bereit sind, Wohnungen an Geflüchtete oder Menschen mit Migrationshintergrund zu vermieten (vgl. ebd., S. 15). Im schulischen Kontext werden in Schleswig-Flensburg zwar Fälle von Rassismus berichtet, diese jedoch als Einzelfälle und nicht als strukturelles Problem eingestuft (vgl. ebd., S. 14). Dies spiegelt die Aussage einer interviewten Schulleitung im Landkreis Roth wider, die ebenfalls ausschließlich von Mobbingdynamiken berichtet. Übereinstimmend wird in beiden Landkreisen festgestellt, dass junge Menschen oft die verletzende Wirkung ihrer Aussagen nicht erkennen (vgl. Prillwitz & Schaffranke 2022, S. 15).

Auch Queerfeindlichkeit ist ein zentrales Thema in Schleswig-Flensburg, wo es ebenso wie in Roth queerfeindliche Vorfälle gibt und die Gefährdung dieser Personengruppe im Interview angesprochen wird (vgl. ebd., S. 17). Ein Mangel an Vernetzungsmöglichkeiten, Beratungsangeboten und Treffpunkten für queere Menschen wird in beiden Regionen thematisiert; Betroffene aus Schleswig-Flensburg suchen daher die Anlaufstellen in Kiel und Lübeck auf, während im Landkreis Roth die Ausrichtung nach Nürnberg eine Rolle spielt (vgl. Prillwitz & Schaffranke 2022, S. 23). Angebote für mehrfachdiskriminierte Menschen, wie queere Geflüchtete, fehlen in beiden Landkreisen gleichermaßen (vgl. ebd., S. 24). In Schleswig-Flensburg soll dies mit mobilen Beratungsteams kompensiert werden (vgl. ebd., S. 38). Ein weiterer übereinstimmender Bedarf besteht in der politischen Bildung, die zukünftig institutionenübergreifend erfolgen muss (vgl. ebd., S. 26 f., 37). Bezuglich der Beteiligung junger Menschen wird in Schleswig-Flensburg hervorgehoben, dass sich diese fast ausschließlich engagieren, wenn sie bereits als Kinder aktiv waren (vgl. ebd., S. 29). Ein diesbezügliches Ergebnis aus der Onlineumfrage für den Landkreis Roth war, dass bereits Kinder in Kitas partizipativ mehr eingebunden werden sollten. Darüber hinaus gibt es in Schleswig-Flensburg ein Programm „Lernen durch Engagement“, das jungen Menschen zivilgesellschaftliches Engagement näherbringt. Um alle jungen Menschen dort zu erreichen, werden in Schleswig-Flensburg zudem Onlineangebote empfohlen (vgl. ebd., S. 30).

Auch die Analyse für den thüringischen Wartburgkreis, die die Partnerschaften für Demokratie im Wartburgkreis und in Eisenach und Wutha-Farnroda enthält, deckt Parallelen zu den Befunden im Landkreis Roth auf (vgl. Günther et al. 2023, S. 1). In beiden Regionen wird ein zunehmender Rechtsruck in der Gesellschaft beobachtet und kritisiert, dass sich Kommunalpolitiker/-innen der bürgerlichen Mitte einer klaren Positionierung enthalten, um nicht als zu links wahrgenommen zu werden (vgl. ebd., S. 25). Übereinstimmend wird zudem festgestellt, dass die Bekanntheit der jeweiligen Partnerschaft für Demokratie (PfD) gesteigert werden könnte und sollte. Als Maßnahmen werden dort öffentlichkeitswirksame Aktionen, eine gezielte Ansprache potenzieller Akteur/-innen sowie die Vermarktung von Merchandise-Artikeln und eine stärkere mediale Präsenz geförderter Projekte empfohlen (vgl. ebd., S. 48, 50, 64). Auch das ehrenamtliche Engagement ist in beiden Regionen ausbaufähig (vgl. Günther et al. 2023, S. 25). Im Wartburgkreis werden die Übernahme von Fahrtkosten, die Schaffung von Treffpunkten für Ehrenamtliche und entsprechende Fortbildungen – insbesondere zu Projektmanagement, Antragsstellung und Fördermittelabrechnung – als notwendig erachtet (vgl. ebd., S. 27, 53). Ein Qualifizierungsprogramm für Ehrenamtliche und Fachkräfte, das die Rechte und Beteiligungsstrukturen von jungen Menschen thematisiert, wird ebenfalls empfohlen (vgl. ebd., S. 60). Im Wartburgkreis wurde in der Betrachtung des ehrenamtlichen Engagements weiterhin erwähnt, dass dieses nur gelingen kann, wenn zusätzlich verlässliches Hauptamt besteht (vgl. ebd., S. 54). Daran anschlussfähig ist die Aussage der Teilnehmenden der Gruppendiskussion in Roth, dass die Stellen oftmals nicht gesichert seien und im Landkreis aktuell ebendiese Stabilität nicht zu verzeichnen sei. Um dem Rechtsruck entgegenzuwirken, werden im Wartburgkreis vor allem Maßnahmen im Kinder- und Jugendbereich für notwendig gehalten, wie spezielle Anlaufstellen in Form eines Demokratieladens und einer Demokratiewerkstatt (vgl. ebd., S. 58). Wie in anderen Analysen wird auch hier die Notwendigkeit von Kontaktpersonen hervorgehoben, die spezielle Zielgruppen ansprechen und zur Teilnahme motivieren (vgl. ebd., S. 46). Um Kontinuität zu sichern, sollte diese Aufgabe institutionalisiert und nicht von einer Einzelperson abhängig gemacht werden. Die institutionalisierten Strukturen, die die Vermittlung übernehmen, können Schulen, Verwaltungen, freie Träger oder auch Sportvereine und Kirchen darstellen (vgl. Günther et al. 2023, S. 46). Eine weitere Initiative aus dem Wartburgkreis, die sogenannten „Dorfkümmner“, fungiert als Ansprechpartner/-innen für alle Anliegen und organisiert soziale Begegnungen (vgl. Günther et al. 2023, S. 65). Diese sind für alle Anliegen ansprechbar, unterstützen an vielen Stellen und versuchen, in Regionen, die an

Attraktivität einbüßen, immer wieder Momente des Zusammenseins zu organisieren (vgl. ebd., S. 65). Abschließend bietet der Wartburgkreis mit einem vereinfachten Antragsverfahren für niedrige Fördersummen ein Konzept, welches für viele PfD in der Startphase relevant sein könnte (vgl. ebd., S. 61).

Für den Saale-Orla-Kreis wird die Herausforderung hervorgehoben, Akteur/-innen der Demokratieförderung zu erreichen, insbesondere wenn diese räumlich und inhaltlich von der Koordinierungsstelle entfernt sind (vgl. Simon et al. 2024, S. 60). Da im Landkreis Roth die Koordinierungsstelle in der Stadt Roth ansässig ist und Teilnehmende aus der Stadt Roth in der Onlineumfrage überrepräsentiert waren, könnte dies ebenfalls problematisch sein. Ein mobiles Format, das direkt zu den Bürger/-innen kommt, wird daher als Lösung empfohlen. Zur Steigerung der Bekanntheit der PfD schlägt die Analyse des Saale-Orla-Kreises zudem ungewöhnliche Formate wie Kunstaktionen im öffentlichen Raum vor (vgl. ebd., S. 73). Dies passt zu einer in den Interviews aufgebrachten Idee, konfrontative Maßnahmen wie Verhaftungen zu inszenieren und damit mithilfe von Kunst die Menschen zu erreichen. Eine weitere Möglichkeit, um die Bekanntheit zu steigern, wird im Saale-Orla-Kreis, mit der Organisation eines gemeinsamen Sommerfests der Demokratie der Koordinierungs- und Fachstelle und einzelner Akteur/-innen aus dem Landkreis ausgemacht (vgl. ebd., S. 98). Diese Idee wurde auch für den Landkreis Roth bereits aufgebracht. In der S&R-Analyse des Saale-Orla-Kreises wird außerdem auch die Fördermittelvergabe reflektiert. Dabei wird deutlich, dass im Saale-Orla-Kreis primär Projekte zur politischen Bildung und weniger zur Abwehr demokratifeindlicher Tendenzen sowie mehr hauptamtliche als ehrenamtliche Akteur/-innen gefördert wurden (vgl. ebd., S. 90). Eine weitere Handlungsempfehlung war die Schulung von Akteur/-innen im Erkennen demokratifeindlicher Tendenzen, damit sie anschließend auf Basis dessen weitere Angebote entwickeln können (vgl. ebd., S. 98). Eine abschließende Idee aus dem Saale-Orla-Kreis war die Einrichtung von Jugendsprechstunden in den Gemeinden und Ideenboxen, welche dann im Jugendforum berücksichtigt werden (vgl. ebd., S. 69).

Im Bericht für den Landkreis Eichsfeld wird die Stärkung der Vernetzung durch explizite Förderung von Kooperationsprojekten thematisiert (vgl. Thole et al. 2021, S. 39). Ebenso herrscht Bedarf, die Zusammenarbeit mit anderen Partnerschaften für Demokratie auszubauen und den Kontakt zu Minderheiten, insbesondere Geflüchteten, durch Begegnungsangebote zu intensivieren (vgl. ebd., S. 39, 52). Die Notwendigkeit ergibt sich aus der in beiden Landkreisen festgestellten, weitverbreiteten Ausländerfeindlichkeit, deren Ursachen in der Fremdheit der Gruppen und der Radikalisierung in sozialen Netzwerken sowie im Gefühl der Benachteiligung gegenüber Geflüchteten liegen (vgl. ebd., S. 64 f.). Ein weiterer gemeinsamer Nenner ist die Forderung nach einem Ausbau der politischen Bildung (vgl. ebd., S. 66). In Eichsfeld werden hierfür Fortbildungen zu Multiplikator/-innen für einen diversitätssensiblen Umgang sowie zum konkreten Vorgehen gegen rechtsnationales, rassistisches und demokratifeindliches Gedankengut empfohlen (vgl. Thole et al. 2021, S. 74). Bezüglich der Beteiligungsformate wird in Eichsfeld kritisiert, dass vor allem junge Menschen aus hochgebildeten Familien teilnehmen. Daher wird dort vorgeschlagen, gezielt junge Menschen aus weniger gebildeten Milieus anzusprechen und dafür Mitarbeitende von Jugendtreffs als Kontaktpersonen zu nutzen (vgl. ebd., S. 36, 48 f.). Abschließend wird die Öffentlichkeitsarbeit im Landkreis Eichsfeld sowie im Landkreis Roth als verbesserungswürdig eingestuft. Es soll auf eine zielgruppenspezifische und einfache Sprache geachtet werden, um keine Personen bereits bei der Bewerbung von Angeboten auszuschließen (vgl. ebd., S. 46).

Die Analyse für den sächsischen Verbund Eilenburg – Bad Düben – Laußig identifiziert soziale Ungleichheit und Armutgefährdung als zentrale Ursachen für demokratifeindliche Tendenzen (vgl. Dietrich et al. 2021, S. 41). Als Maßnahme müssen daher Teilhabechancen erhöht und sozioökonomisch schwächere Gruppen gezielt erreicht werden.

Dazu wird im Verbund eine Analyse der verschiedenen Lebensweltypen und Milieus angestrebt, um Kenntnisse über die Anschlussfähigkeit der Angebote zu erhalten. Die Erreichbarkeit der Maßnahmen für alle zu gewährleisten, ist ebenfalls ein zentraler Punkt (vgl. ebd., S. 42 ff.). Im sächsischen Verbund wird weiterhin, wie auch in Roth, eine Normalisierung von Ausländerfeindlichkeit im Alltag beobachtet, die sich nicht mehr nur auf rechte Kreise beschränkt (vgl. ebd., S. 54). Es treten in beiden Regionen junge Menschen auf, die rechte Aussagen reproduzieren, und auch Sticker mit rechtsextremen Motiven seien in beiden Regionen zu finden (vgl. ebd., S. 68). Dementsprechend werden sozialräumliche Maßnahmen und Begegnungsangebote abgeleitet, die das Zusammenleben fördern (vgl. ebd., S. 56). Besonders wichtig ist hier die Forderung nach der aktiven Einbindung von geflüchteten Personen in Vereine und die Unterstützung ihrer Selbstorganisation (vgl. ebd., S. 56, 88 f.). Bei bestehenden Institutionen und Angeboten sollte zudem untersucht werden, warum bspw. Menschen mit Migrationshintergrund nicht als Nutzer/-innen hervortreten und welche Veränderungen ggf. vorgenommen werden müssen, um diese Personengruppe anzusprechen (vgl. Dietrich et al. 2021, S. 96). Die Verbreitung von Verschwörungsideologien wird im Verbund Eilenburg – Bad Düben – Laußig, wie auch im Landkreis Roth, als problematisch wahrgenommen. Dort soll dem vor allem mithilfe von Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen begegnet werden (vgl. ebd., S. 82). Auch die direkte Beteiligung von Bürger/-innen durch Sprechstunden der Kommunalpolitiker/-innen wird in beiden Sozialräumen gefordert (vgl. ebd., S. 60 f.). Im Verbund Eilenburg – Bad Düben – Laußig werden dafür noch weitere Beteiligungsmaßnahmen vorgeschlagen, die im Landkreis Roth teils bereits genutzt werden: Stadtteilspaziergänge und Einwohnerversammlungen, Bürgerfragestunden, Bürgerbefragungen und Bürgerhaushalte sowie Aktionsfonds (vgl. ebd., S. 79 f.). Auch die Einbindung von speziellen Beiräten wie einem Behindertenbeirat und dem Jugendparlament wird aufgeführt (vgl. ebd., S. 79). Um der Gefahr der Infiltration von Vereinen durch rechtsextreme Strukturen zu begegnen, wurde im sächsischen Verbund eine Dokumentationsinitiative gegründet (vgl. Dietrich et al. 2021, S. 69). Angesichts der ländlichen Struktur wird weiterhin die Problemlage thematisiert, dass die Bürger/-innen zwar innerhalb der einzelnen Vereine und Ortsteile verbunden sind, aber wenig Gemeinsamkeiten bzw. Bekanntschaften über die einzelnen Ortschaften hinaus bestehen. Dies wird in einem Interview für den Landkreis Roth ebenfalls herausgestellt. Basisprojekte, die gezielt die Annäherung dieser Gruppen fördern, wurden im Verbund erfolgreich etabliert (vgl. ebd., S. 68). Zur Steigerung der Bekanntheit der Pfd wird im Verbund schließlich die Idee vorgeschlagen, dass Akteur/-innen in Social Media-Videos die Probleme des Landkreises und die Lösungen der Pfd präsentieren (vgl. ebd., S. 89 f.).

Ein umfassender Vergleich der Situation und der Ressourcen ist mit dem Landkreis Eichstätt am zielführendsten, da die dortige S&R-Analyse zeitgleich und mit methodisch ähnlichen Instrumenten erfolgte. Dementsprechend weisen beide Landkreise eine hohe Konvergenz auf. Die demokratische Situation wird auch im Landkreis Eichstätt als ambivalent charakterisiert. So würden aus Sicht der Interviewten, wie auch im Landkreis Roth, zwar Gefährdungspotenziale für die Demokratie bestehen, gleichzeitig sei jedoch eine Vielzahl an Akteur/-innen aktiv, die sich für deren Schutz und die Gestaltung von Vielfalt einsetze. Die Auswertung der Interviews legt nahe, dass die Notwendigkeit zum Schutz der Demokratie im Landkreis Roth in einigen Bereichen noch nicht wahrgenommen werde. Im Landkreis Eichstätt träfe dies, insbesondere bei Akteur/-innen mit enger Anbindung an die Pfd, eher zu.

Dennoch seien auch in Eichstätt noch einige Akteur/-innen, Vereine und Initiativen unzureichend aufgeklärt, sodass für die Pfd zukünftig hinsichtlich der Vernetzung und der Erreichung peripherer Gebiete weiteres Potenzial bestehe. Differenzen zwischen den Landkreisen zeigen sich in der Art der wahrgenommenen demokratifeindlichen Vorfälle. Im Landkreis Roth wird primär über die Verbreitung von Verschwörungsideologien berichtet, gefolgt von extremistischen Äußerungen und Sachbeschädigungen. Im Landkreis Eichstätt stehen rassistische

Handlungen an erster Stelle, vor Diskriminierungen aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes und der Verbreitung von Verschwörungsideologien. In beiden Landkreisen seien jedoch rechtsextreme Schmierereien und Aufkleber präsent, die sich hauptsächlich gegen Menschen mit Migrationshintergrund richten oder eine Solidarität mit der AfD oder dem Neonazismus zum Ausdruck bringen. Korrespondierend wird aus beiden Landkreisen über Gesänge junger Menschen gegen Migrant/-innen berichtet. Die Reaktionen der Akteur/-innen auf diese Vorfälle scheinen jedoch zu differieren: Laut den Interviews werden in Eichstätt erlebte Vorfälle häufiger zur Anzeige gebracht, während aus dem Landkreis Roth kein derartiges Vorgehen berichtet wird. Die Auswertung der Onlineumfrage zeichnet hingegen ein gegenteiliges Bild; hier geben anteilig mehr Befragte aus Roth an, Anzeigen zu erstatten. Des Weiteren wird in beiden Landkreisen konstatiert, dass zunehmend auch queere Menschen von Gefährdungen betroffen sind. Die Onlineumfrage für Eichstätt belegt, dass trans* Personen und Homosexuelle Ablehnung erfahren. Exemplarisch stehe auch der Fall beim Open-Air am Berg, wo ein Regenbogen-Banner zerschnitten worden sei. Für den Landkreis Roth stelle zudem die Abhaltung von AfD-Parteitagen in Greding eine spezifische Herausforderung dar. Laut den Umfrageteilnehmenden beziehen sich konkrete demokratifeindliche Vorfälle im Landkreis Eichstätt weniger auf Reichsbürger/-innen, sondern seien vielmehr mit Fremdenfeindlichkeit motiviert. So habe sich im Jahr 2024 ein rassistisch motivierter körperlicher Angriff auf zwei Studierende ereignet. Des Weiteren würden im Landkreis Eichstätt autonome neonazistische Strukturen existieren, welche ihre Gesinnung zunehmend öffentlich, bspw. durch Kleidung oder in sozialen Medien, zur Schau stellen.

Die Hauptursachen für die Zustimmung zu rechtsextremem Gedankengut und Demokratiefeindlichkeit werden in beiden Landkreisen in politischer und sozialer Unsicherheit, mangelnder politischer Bildung, einem Vertrauensverlust in Rechtssystem, Politik, Staat und Polizei sowie in vorgelebten Verhaltensmustern innerhalb der Familie gesehen. Diese Gründe erhalten in den Onlineumfragen beider Landkreise jeweils über 50 % Zustimmung. Auch die Rolle der Medienberichterstattung, von Filterblasen sowie Veränderungen im politischen Diskurs werden in beiden Landkreisen als ursächlich identifiziert. Übereinstimmend ist zudem die Einschätzung der Interviewten, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Ideologien in ländlichen Regionen höher sei. Für den Landkreis Eichstätt werden zusätzlich das Problem eines nicht kinder- und jugendfreundlichen öffentlichen Raums sowie ein Mangel an außerschulischen Räumlichkeiten festgehalten. Als Maßnahmen werden die Einrichtung von Pop-Up-Jugendtreffs, der Ausbau der Streetwork sowie der mobilen Jugendarbeit gefordert. Die Teilnehmenden der dortigen Gruppendiskussion wünschen sich, dass die finanziellen Mittel von „Demokratie leben!“ primär zur Erweiterung der Handlungsspielräume junger Menschen genutzt werden. Konkret könnten Fahrtkosten oder Raummieter über die Fördermittel finanziert oder eine Mitfahrzentrale eingerichtet werden.

In beiden S&R-Analysen werden die mangelnde Begegnung zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und der lang ansässigen Bevölkerung sowie die daraus resultierenden Vorurteile und Bedenken deutlich. So seien in beiden Landkreisen die Bürger/-innen häufig nicht bereit gewesen, Wohnraum an Geflüchtete zu vermieten.

Aus Sicht der Befragten in Eichstätt kann eine Begegnung vor allem durch Veranstaltungen wie den erstmals organisierten Weltflüchtlingstag gefördert werden. Um diese Personengruppe zukünftig stärker in Vereine zu integrieren, planen die Akteur/-innen in Eichstätt, Menschen mit Migrationshintergrund auch explizit anzusprechen und zur Teilnahme zu motivieren. Weiterhin solle in Eichstätt regelmäßige Antirassismus-Arbeit in den Vereinen etabliert werden. Auch die Einrichtung eines Migrationsbeirats erhöhe die Sensibilität für die Anliegen dieser Gruppe und werde in Eichstätt mittels einer Organisationsgruppe vorangetrieben. Solche Beiräte würden aus Sicht der Interviewten in Eichstätt sowohl auf Landkreis- als auch auf Gemeindeebene für verschiedene Minderheiten als sinnvoll erachtet: Einen Behindertenbeirat gäbe es in Eichstätt bspw. für den Landkreis.

Als noch wichtiger als interkulturelle Begegnungen wird im Landkreis Roth nur die Förderung von Demokratiebildung eingeschätzt. Auch in Eichstätt stellt sie die zentrale Maßnahme dar, gefolgt vom Einsatz von Zivilcourage und der frühen Prävention bei Kindern und Jugendlichen. Die Demokratiebildung werde in Eichstätt neben spezifischen Workshops und Informationsveranstaltungen auch durch Demokratetrainings und die Schulung von Ambiguitätstoleranz umgesetzt. In einzelnen Kindertageseinrichtungen kommen bspw. Streiteppiche zum Einsatz. Zudem existiere in Eichstätt ein Escape Game zur Demokratieförderung mit regionalem Bezug.

Laut den Umfrageteilnehmenden finden in Eichstätt zudem bereits projektbezogene Kooperationen zwischen einzelnen Vereinen und der Jugendsozialarbeit an Schulen bzw. mit Kindertageseinrichtungen sowie Kooperationsprojekte mit der Katholischen Universität Eichstätt-Innstadt statt. Zukünftig sollten aus Sicht der Befragten in Eichstätt aber auch Service-Learning-Projekte an Schulen eingesetzt werden, um junge Menschen mit den Vereinen und Initiativen im Landkreis vertraut zu machen und für ein potenzielles Ehrenamt zu rekrutieren.

Zur Zusammenarbeit und Vernetzung der Akteur/-innen eigne sich auch das bereits angeplante Sommerfest, bei dem mit dem Ziel der Demokratieförderung ein Zusammensein geschaffen werden solle. Möglicherweise könnte ein solches Fest gemeinsam von den beiden Partnerschaften für Demokratie durchgeführt werden, sodass gleichzeitig Anknüpfungspunkte geschaffen werden. Generell wird für den Landkreis Eichstätt festgehalten, dass zukünftig vermehrt finanzielle Mittel in die Besetzung von Schnittstellen und Koordinationsaufgaben investiert werden müssten, um die zivilgesellschaftliche Ebene und die Kommunalpolitik effektiver zu verknüpfen. In Eichstätt existiere bereits das Bündnis „Wir sind Eichstätt“, welches zahlreiche Vereine, Initiativen und Parteien vereine und diese Aufgabe bei entsprechender finanzieller Unterstützung übernehmen könne. Damit Bürger/-innen solche Schnittstellenfunktionen übernehmen können, müssen sie laut den Interviewten in Eichstätt zudem geschult werden, bspw. bezüglich der Strukturen der Kommunalpolitik und der zuständigen Ansprechpersonen. Weiterhin bedarf es im Landkreis Roth, wie auch in Eichstätt, der Aufklärung der Bürger/-innen über ihre eigenen Rechte. Die PfD sollte aus Sicht der Interviewten in Eichstätt eine Anlaufstelle für Bürger/-innen einrichten, an die sie sich bei unrechtmäßiger Behandlung wenden können. Dort könnten Beschwerden und Anliegen gesammelt und anschließend in Form einer Interessenvertretung an die Verantwortlichen herangetragen werden.

In der Betrachtung der Angebotsstruktur beider Landkreise stimmt weiterhin überein, dass eine Ungleichheit zwischen Senior/-innen und jungen Menschen wahrgenommen werde. So fühlen sich die Senior/-innen gegenüber der Jugend benachteiligt, da aus ihrer Sicht mehr für junge Menschen getan werde. Die S&R-Analyse von Roth zeigt zudem, dass es mehr Projekte geben sollte, welche die Jugend mit älteren Generationen zusammenbringen. Zeitzeug/-innen-Projekte und -begegnungen werden für beide Sozialräume von Umfrageteilnehmenden empfohlen. Auch die Einbindung der Bürger/-innen wird in beiden Landkreisen gleichermaßen eingefordert. Dabei existiert jeweils der Vorschlag, eine Plattform zu etablieren, über die wichtige, den Landkreis betreffende Entscheidungen abgestimmt werden können.

Laut der Umfrage und den Interviews fehle in beiden Landkreisen die Nähe zur Kommunalpolitik. Die Befragten im Landkreis Roth wünschen sich hierfür Sprechstunden mit Landtagsabgeordneten und Stadträt/-innen sowie Bürger/-innendialoge im öffentlichen Raum. Die in den Eichstätter Interviews mehrfach genannte Idee, Bürger/-innenräte einzurichten, wird auch in Roth geäußert.

Zudem wird in beiden Landkreisen eine stärkere Würdigung des Ehrenamts für notwendig erachtet. In Roth solle hierzu ein Tag des Ehrenamts etabliert werden. Die für Eichstätt geplanten Ehrenamtsabende, bei denen alle Personen mit einem wöchentlichen Engagement von mindestens zwei Stunden geehrt werden, verfolgen ein ähnliches Ziel. In Roth gäbe es bereits kostenfreie Weiterbildungen für Ehrenamtliche, bei denen diese über die thematische

Ausrichtung mitbestimmen dürfen. Da in beiden Landkreisen ein Mangel an Zeit für umfassendes Engagement identifiziert werde, gibt es im Landkreis Roth die Idee, befristete Projekte für Ehrenamtliche anzubieten, um eine langfristige Verpflichtung zu umgehen. Für Eichstätt wurde herausgestellt, dass es einfacher ist, Ehrenamtliche zu gewinnen, wenn eine persönliche Betroffenheit vorliegt. So würden sich Eltern in Sportvereinen bspw. verpflichtet fühlen, eine Position zu übernehmen, wenn ihre Kinder Mitglied seien.

Der Schutz der engagierten Akteur/-innen und die damit verbundenen Schwierigkeiten sind in beiden Landkreisen ein zentrales Thema. Als übereinstimmende Herausforderung kristallisiert sich die Auffindung geeigneter Räumlichkeiten heraus. So wird aus beiden Landkreisen berichtet, dass Akteur/-innen der Zugang zu vom Landkreis verwalteten Veranstaltungsorten verwehrt worden sei. Die Räume sollten zum einen für konkrete Veranstaltungen bereitgestellt werden. Zum anderen ist es laut einer interviewten Person im Landkreis Roth jedoch notwendig, regelmäßige Ideenmarktplätze in öffentlichen Räumen abzuhalten, bei denen verschiedene Vereine und Initiativen ihre aktuellen Projekte präsentieren können. Bezuglich notwendiger Schutzangebote existieren in beiden Landkreisen bereits Maßnahmen. In Eichstätt wird insbesondere hervorgehoben, dass die einzelnen Akteur/-innen nicht allein, sondern mindestens in einem Team bei Veranstaltungen oder Angeboten vertreten sein sollten. Auch die Anbindung an die PfD und die dadurch erhaltene Unterstützung werden von den Akteur/-innen als Schutz wahrgenommen, da entsprechende Ansprechpersonen zur Verfügung stünden. Für die Zukunft wird in Eichstätt dennoch die Einrichtung einer Hotline bzw. eines niedrigschwelligen Beratungsangebots gewünscht, an das sich die Akteur/-innen in kritischen und unsicheren Situationen wenden können. Zudem sollte bei den Angeboten für engagierte Personen aus Sicht der Interviewten in Eichstätt zukünftig ein stärkerer Fokus auf Mental Health und Resilienzförderung gelegt werden.

Der Vergleich verschiedener Landkreise zeigt, dass von anderen Partnerschaften für Demokratie viele Maßnahmen und Impulse übernommen werden könnten. Daher wären eine überregionale Zusammenarbeit und der Austausch untereinander umso zentraler und ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung der Ziele des Bundesprogramms.

6. Handlungsempfehlungen

In den vorherigen Kapiteln wurden verschiedenste Problemlagen, Herausforderungen und Bedarfe von Akteur/-innen im Landkreis Roth geschildert, die auf Sekundärdatenanalysen basieren sowie auf den Erkenntnissen aus den Einzelinterviews, der Gruppendiskussion und den Resultaten der Onlinebefragung. Im Folgenden werden die relevantesten Problematiken durch Handlungsansätze ergänzt.

Demokratiefeindliches Verhalten nicht länger dulden:

Unsere Interviews führten vielfach zu der Forderung, demokratiefeindliches Verhalten müsse im Landkreis stärker publik gemacht und geahndet werden. Unter Ahndung sei dabei sowohl eine juristische Verfolgung als auch eine gesellschaftliche Ablehnung zu verstehen. Sofern Personen demokratiefeindlich und/oder diskriminierend handeln, müssten andere Bürger/-innen darauf reagieren und ihren Unmut mitteilen. Die Partnerschaft für Demokratie sei hierbei besonders in der Verantwortung, öffentlich auf Vorfälle hinzuweisen und als Ansprechpartnerin zu agieren. Aus der Gruppendiskussion wird deutlich, dass es innerhalb der Bevölkerung aktuell an Zivilcourage mangle. Dementsprechend bestehe die Notwendigkeit, Kurse bereitzustellen, in denen junge Menschen, Erwachsene und damit auch Verantwortliche in den Vereinen Strategien erhalten, wie sie mit demokratiefeindlichen Vorfällen umgehen und was sie diesen entgegensetzen können. Gleichermaßen müssen die Bürger/-innen in den Trainings aber auch Hinweise erhalten, wie sie sich selbst schützen können, wenn sie eingreifen. Ebenfalls notwendig seien Argumentationstrainings und Strategien zur Resilienzstärkung. Außerdem müsste es aus Sicht der Interviewten auch Angebote geben, in denen die Ängste der Bürger/-innen adressiert werden, da diese derzeit häufig ein Eingreifen verhindern. Solche Workshops würden der Erreichung des Handlungsziels im Bundesprogramm dienen, dass die Akteur/-innen über Gesprächsführungs- und Konfliktlösungsfähigkeiten verfügen.

Die Workshops sollten in Zusammenarbeit mit den Vereinen organisiert werden und dort bei gemeinschaftlichen Veranstaltungen stattfinden, damit die Bürger/-innen erreicht werden. Bei Vorfällen und Überforderung können auch die Beratung durch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern, durch die Familien-, Umfeld- und Elternberatung zu Rechtsextremismus sowie durch die Beratungsstelle Beratung, Unterstützung, Dokumentation für Betroffene rechter Gewalt in Anspruch genommen werden.

Die Teilnehmenden der Gruppendiskussion schlagen weiterhin vor, dass auch die Lehrkräfte an den Schulen im Landkreis Schulungen zum Umgang mit rechtsextremen Haltungen und Aussagen und zum Zuhören erhalten sollten, damit sie zukünftig bei demokratiefeindlichen Vorfällen an den Schulen agieren, aber auch Raum für Meinungsäußerung bieten können. Der Buß- und Betttag könnte laut ihnen im Landkreis als Weiterbildungstag zur Demokratieförderung eingerichtet und dazu genutzt werden. Dies könnte auch dazu anregen, dass in den Schulen zukünftig neben der gemeinsamen Einordnung und der Verpflichtung zur Entfernung von Hakenkreuzschmierereien o. Ä. auch rechtliche Konsequenzen ergriffen werden. Die Schulleitung verweist selbst darauf, dass die Präsenz der Polizei Wirkung bei den jungen Menschen zeige, nutze dieses Mittel dann jedoch nicht. Indem keine rechtlichen Konsequenzen erfolgen, würden solche Handlungen normalisiert. Hier brauche es aus Sicht der Interviewten vor allem viel Mut, tatsächlich Position zu beziehen.

Letztlich sei es auch sinnvoll, eine zentrale Stelle einzurichten, an die die Bürger/-innen demokratiefeindliches Verhalten bzw. entsprechende Vorfälle melden können. So berichten einige Personen, dass insbesondere im Vereinsalltag teils erst im Nachhinein deutlich werde, was vorgefallen sei. Auf diese Weise finde zumindest eine Erfassung statt und es werde deutlich,

in welchen Vereinen sich häufiger Vorkommnisse ereignen. Im Verbund Eilenburg – Bad Düben – Laußig wurde dafür von der PfD eine Dokumentationsinitiative gegründet, was in Roth ebenfalls sinnvoll wäre. Damit wird dem Handlungsziel des Bundesprogramms, dass Akteur/-innen über aktuelles, lokales Situationswissen verfügen, Rechnung getragen. Diese genauen Kenntnisse, wo Vorfälle gehäuft auftreten, könnten dann auch von den Akteur/-innen genutzt werden. Da die Personen, die ein rechtsextremes Gedankengut aufweisen, besser bekannt seien, können explizitere Maßnahmen entwickelt werden, die sie adressieren. So können persönliche Kontakte zu ihnen genutzt oder spezielle Angebote für diese Personengruppe gefördert werden. Diese Maßnahmen sorgen dafür, dass das Mittlerziel von „Demokratie leben!“ „Die Partnerschaften entwickeln einen proaktiven Umgang mit dem Thema Demokratieskepsis“ adressiert wird.

Mehr Mut und Zutrauen:

In den Interviews wird mehrfach erwähnt, dass die Kommunalpolitiker/-innen, die Vereine und auch allgemein viele Personen sich nicht öffentlich positionieren, um nicht den Zugang zu bzw. die Unterstützung von bestimmten Personen zu verlieren. Eine der interviewten Personen wünscht sich in dieser Hinsicht zukünftig ebenfalls mehr Mut und ist der Ansicht, dass so etwas erfolgen müsse. Die aktuelle Taktik der Vermeidung verlaufe schließlich nicht erfolgreich. Daher benötige es Courage, andere Wege auszuprobieren und sich offen zur Demokratieförderung zu bekennen. Dieser Mut sollte auch in der Partnerschaft für Demokratie entstehen, da die Akteur/-innen und Kommunalpolitiker/-innen in diesem Organ Gemeinsamkeit und Unterstützung erleben.

Beteiligungsmöglichkeiten schaffen:

Um die Demokratie und Vielfalt zu stärken, müssten außerdem weitere Beteiligungsmöglichkeiten, also Partizipation, Mitsprache, aber auch Offenheit gegenüber heterogenen Personengruppen, eine Selbstverständlichkeit sein bzw. werden. Diese Handlungsempfehlung zielt also auf das Mittlerziel des Bundesprogramms „Die Partnerschaften konzipieren gemeinsam mit Zielgruppen teilhabeorientierte Maßnahmen“ ab. Dazu müssen insbesondere junge Menschen Mitwirkung erfahren. In den Schulen gäbe es bereits einige Mitwirkungsmöglichkeiten. Vor allem Formate wie die Junior- bzw. U18-Wahlen würden als wichtige Möglichkeiten wahrgenommen, die in Zukunft noch häufiger durchgeführt werden sollten. Dies eigne sich auch in Form eines mobilen Wahllokals. Auch institutionalisierte Formen wie Gremien und Schulparlamente sollten stärker unterstützt und ermöglicht werden. Der Landkreis könne hierbei auch vorgeben, dass z. B. in allen Schulen Schulparlamente etabliert werden müssen.

Die interviewte Schulleitung berichtete außerdem, dass sie in ihrem Schulentwicklungsteam die Thematik der Demokratieförderung bereits stärker in den Blick nehmen und gemeinsam evaluieren würden, wo noch Potenzial für mehr Beteiligung an der Schule bestehe. Dies könne als Vorbild für andere Schulen, aber auch für Vereine gelten, indem dazu angeregt werde, intern die eigenen Strukturen und Möglichkeiten der Partizipation zu untersuchen. Eine solche generelle Demokratisierung von Vereinen und Institutionen sollte ebenfalls ein Ziel der PfD darstellen. Mittelfristig wird damit erreicht, dass Einwohner/-innen offen für demokratische Beteiligung sind, was ein Handlungsziel von „Demokratie leben!“ darstellt.

Junge Menschen sollten zukünftig außerdem auch außerhalb von Schulen stärker die Möglichkeit zum Erleben demokratischer Prozesse bekommen. Dazu bedürfe es mehr politischer Planspiele. Im Zuge dessen könnten sie zudem Debattier-Schulungen erhalten, um zu erlernen, wie ein Diskurs funktionieren kann. Dies zielt auf die Forderung des Bundesprogramms

ab, dass Einwohner/-innen Kompetenzen zu demokratischen Aushandlungsprozessen erwerben.

Für die Organisation des Jugendforums in Roth und die Beteiligung entfernter Regionen des Landkreises bietet die Idee aus dem Saale-Orla-Kreis, Jugendsprechstunden in den Gemeinden und Ideenboxen einzurichten, welche dann im Jugendforum berücksichtigt werden, eine konkrete Handlungsempfehlung. In der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Eichsfeld wird außerdem herausgearbeitet, dass vor allem junge Menschen aus hochgebildeten Familien an solchen Formaten partizipieren. In Eichsfeld wird daher vorgeschlagen, gezielt junge Menschen aus weniger gebildeten Milieus anzusprechen und dafür Mitarbeitende von Jugendtreffs als Kontaktpersonen zu nutzen. In Roth sollte direkt bei der Etablierung eines Jugendforums auf eine ausgeglichene Zusammensetzung im Hinblick auf die persönlichen Merkmale der beteiligten Jugendlichen geachtet werden.

Bezüglich der Mitgestaltung in den einzelnen Gemeinden und der Kommunalpolitik bedürfe es aus Sicht der Interviewten zukünftig ebenfalls mehr Spielraum. Dafür werden Jugendzukunfts werkstätten für junge Menschen sowie Bürgerzukunfts werkstätten für erwachsene Menschen als sinnvoll erachtet. In diesen Werkstätten würden die Teilnehmenden angeregt, Impulse für die Weiterentwicklung zu geben und zu partizipieren. Die Teilnehmenden der Gruppendiskussion weisen darauf hin, dass derzeit vor allem jugendbezogene Beteiligungsmöglichkeiten fokussiert würden, aber auch die Beteiligung von Erwachsenen im Landkreis ausbaufähig sei und ermöglicht werden sollte. Dies würden die Gemeindeverwaltungen bzw. die Kommunalpolitik umsetzen können, würden aber vermutlich die Unterstützung und die Begleitung von der PfD benötigen. So könnte die Partnerschaft für Demokratie in Form von Beratung, Planung oder auch Fördermittelvergabe an der Realisierung mitwirken. Die bevorstehende Kommunalwahl könnte dabei strategisch genutzt werden, indem die neuen Amtsinhaber/-innen von Beginn an in einen solchen Bürger/-innenbeteiligungsprozess einbezogen werden.

Für eine niedrigschwellige Beteiligung der Bürger/-innen eigne sich auch der in der Onlineumfrage zutage getretene Vorschlag, eine digitale Beteiligungsplattform mit dem Namen „Roth entscheidet mit“ einzurichten. Dort könnte zu relevanten Fragen, die den Landkreis betreffen, eine kurze Abstimmung erfolgen, bei der die Bürger/-innen ihre Stimme abgeben können. Im öffentlichen Raum sollte zusätzlich dazu auch ein Demokratie-Wunschbaum eingerichtet werden, an dem die Bürger/-innen ihre Ideen und Impulse hinterlassen sowie ihre Unzufriedenheit ausdrücken können und der Dialog untereinander angeregt werde. Auf diese Weise kann das Ziel, dass Einwohner/-innen positive Erfahrungen in partizipativen Prozessen machen, erreicht werden. Möglicherweise nähme im Zuge dessen auch die demokratische Selbstwirksamkeit von Einwohner/-innen mit demokratieskeptischen Einstellungen zu. Die Idee einer digitalen Plattform, auf der über wichtige den Landkreis betreffende Entscheidungen abgestimmt werden kann, wird auch im Landkreis Eichstätt angeführt. Möglicherweise könnten sich beide Partnerschaften für Demokratie für die Umsetzung daher zusammenschließen und Ressourcen sparen.

Der direkte Austausch der Bürger/-innen zur Kommunalpolitik sollte ebenfalls ausgebaut werden. Dafür könnten Politik-Speed-Dating-Runden mit Stadträt/-innen bzw. generell häufigere Gesprächsrunden angeboten werden. Außerdem sollten die Bürger/-innen laut den Umfrage teilnehmenden regelmäßig die Möglichkeit erhalten und nutzen, die Gremien kennenzulernen, Sitzungen zu besuchen oder bei Versammlungen dabei zu sein. Eine weitere Person fordert, dass sich Politiker/-innen regelmäßig an den Schulen vorstellen sollen bzw. es sogar spezielle Parteienbörsen an den Schulen geben solle. Im Verbund Eilenburg – Bad Düben – Laußig werden noch weitere Beteiligungsmaßnahmen vorgeschlagen, die im Landkreis Roth etabliert oder ausgebaut werden könnten: Stadtteilspaziergänge und Einwohnerversammlungen, Bürgerfragestunden, Bürgerbefragungen und Bürgerhaushalte sowie Aktionsfonds.

Auch die Ermöglichung von speziellen Beiräten wie einem Behindertenbeirat oder Migrationsbeirat wird in der PfD des Verbunds Eilenburg – Bad Düben – Laußig und auch im Landkreis Eichstätt als sinnvolle Beteiligungsmaßnahme aufgeführt. Solche Beiräte würden aus Sicht der Interviewten in Eichstätt sowohl auf Landkreis- als auch auf Gemeindeebene für verschiedene Minderheiten als sinnvoll erachtet. Zusätzlich zu Migrations- und Behindertenbeirat könnte es auch eine ähnliche Interessensvertretung für queere Personen geben. In Roth könnte eine solche institutionelle Berücksichtigung der diskriminierungsgefährdeten Gruppen ebenfalls ermöglicht werden.

Generell wird für den Landkreis Eichstätt festgehalten, dass zukünftig vermehrt finanzielle Mittel in die Besetzung von Schnittstellen und Koordinationsaufgaben investiert werden müssten, um die zivilgesellschaftliche Ebene und die Kommunalpolitik effektiver zu verknüpfen. In Eichstätt existiere bereits das Bündnis „Wir sind Eichstätt“, welches zahlreiche Vereine, Initiativen und Parteien vereint. Damit die Bürger/-innen Schnittstellenfunktionen zwischen der Zivilgesellschaft und der Kommunalpolitik übernehmen können, müssen sie laut den Interviewten in Eichstätt aber bspw. bezüglich der Strukturen der Kommunalpolitik und der zuständigen Ansprechpersonen geschult werden. Dies und ein vergleichbares Bündnis wären auch für den Landkreis Roth sinnvoll.

Austausch/Verknüpfung/Zusammenbringen von heterogenen Bevölkerungsgruppen:

Dieser Punkt bezieht sich auf die Erhöhung der Vielfalt im Alltag. Dabei ist darauf zu achten, dass sich Vielfalt nicht nur auf die Kategorie Herkunft bzw. Nationalität oder Migrationshintergrund beschränkt, sondern auch andere Kategorien wie Geschlecht, Religion, soziale Klasse oder Erscheinungsbild umfasst. Um unter anderem Personen unterschiedlicher Hautfarbe, Sprache, Geschlecht usw. einander näherzubringen, würden sich multikulturelle Spielgruppen eignen. Die Kinder würden dort von Beginn an mit Vielfalt konfrontiert.

Darüber hinaus wäre auch gelebte Vielfalt in Krippen und Kindergärten sowie in Schulen wünschenswert. Für die Einteilung der Gruppen in Kindertageseinrichtungen und Klassen an Schulen könnte ein Kriterienkatalog gestaltet werden, welcher Vielfalt in jeglicher Form (Geschlecht, Migrationsstatus, Religion, z. T. Alter) berücksichtigt. Generell würden die Schulen sich weiterhin für Diversität starkmachen und klar positionieren müssen, um dem Tenor, dass Diversität unwichtig sei, entgegenzuwirken, der derzeit von der Schulleitung wahrgenommen werde. Im außerschulischen Bereich müsse dafür auch die queere Jugendarbeit in Zukunft ausgebaut werden. So bedürfe es Treff- und Beratungsmöglichkeiten für diese jungen Menschen. Die Umsetzung könnte laut den Teilnehmenden der Gruppendiskussion entweder in Zusammenarbeit mit der offenen Jugendarbeit oder durch die Einrichtung einer mobilen Beratung erfolgen.

Auch die Förderung von Begegnungsangeboten im Rahmen der finanziellen Mittel von „Demokratie leben!“ wird gefordert. Insbesondere Veranstaltungen, in denen die Teilnehmenden verschiedene Lebensgeschichten und Perspektiven von anderen Menschen hören, ihre eigenen Fragen und ggf. auch kritische Meinungen einbringen können, würden von den Interviewten als besonders gewinnbringend wahrgenommen. Dies kommt auch dem Handlungsziel, dass Einwohner/-innen mit demokratieskeptischen Einstellungen sich an demokratischen Diskursen beteiligen, zugute. Zudem können sie sich dadurch aktiv in Formaten der demokratischen Dialogkultur im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie einbringen.

Weitere Begegnungsangebote, die sich aus Sicht der Interviewten eignen, seien Musikfestivals, landkreisübergreifende Sommerfeste oder auch Sportveranstaltungen wie die Challenge Roth, an denen Menschen zusammenkommen und auf Demokratie aufmerksam gemacht werden.

den würde. Aus dem Landkreis Eichstätt könnte die Idee übernommen werden, den Weltflüchtlingstag zu zelebrieren und im Rahmen dessen verschiedene Angebote und Feierlichkeiten auszurichten. Junge Menschen könnten Begegnungen auch bspw. auf Ferienfreizeiten erleben.

Neben solchen Begegnungsangeboten könnte es auch zuständige Personen im Regionalmanagement geben, die sich auf die Thematik der Demokratieförderung fokussieren und sich dafür einsetzen, dass die Bürger/-innen in den Kommunen in den Austausch kommen und Gelegenheiten erhalten, andere Lebensrealitäten kennenzulernen. Im Verbund Eilenburg – Bad Düben – Laußig wurden zudem entsprechende Basisprojekte, die gezielt die Annäherung einzelner Gruppen fördern, etabliert. Im Landkreis Roth könnten solche Projekte ebenfalls stärker adressiert werden.

Um explizit Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen, sollten in allen Gemeinden, in denen Geflüchtete untergebracht sind, auch Integrationsbeauftragte bestehen. Diese würden dann dafür sorgen, dass die Belange dieser Menschen bei Planungen oder Veranstaltungen und auch bei der Entscheidungsfindung ebenfalls bedacht werden und Gehör finden. Die PfD könnte unterstützen, dass diese Positionen in den Gemeinden besetzt werden. Außerdem könnte sie sich in ihrer Zielsetzung und Mittelverteilung allgemein stärker auf Menschen mit Migrationshintergrund fokussieren, da diese als gefährdetste Gruppe im Landkreis ausgemacht werden.

Partnerschaft für Demokratie als Institution etablieren und Bekanntheit steigern:

Aus den Interviews wird deutlich, dass Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Rechtsextremismusprävention im Landkreis benötigt werden. Die Partnerschaft für Demokratie könnte dafür ein geeignetes Instrument darstellen. So könnte im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie eine Stelle ermöglicht werden, die sich hauptamtlich um die Demokratieförderung im Landkreis kümmert und die Vernetzung aller Akteur/-innen im Blick hat. Damit wirkt sie auch grundlegend daran mit, dass die Akteur/-innen über Konflikte im Landkreis und konstruktive Konfliktlösungsstrategien informiert sind. Dies kann gelingen, indem die vorliegende S&R-Analyse im Bündnis zur Zusammenarbeit genutzt und bearbeitet wird.

Weiterhin ist es die Aufgabe der PfD, die Diversität der Partnerschaft zu erhöhen, und ein Mittlerziel ist, Unterstützer/-innen und Bündnispartner/-innen zu gewinnen. Aus den Interviews lässt sich ableiten, dass die Jugendtreffs mit den Gemeindejugendpfleger/-innen sowie das Jugendparlament sich noch stärker engagieren könnten. Auch die Vereinsarbeit in den kleinen Kommunen biete aus Sicht der Interviewten Potenzial für demokratisches Engagement. Vor allem Sportvereine und Feuerwehren würden innerhalb ihrer Arbeit stärker den Fokus auf Demokratieförderung legen und eine demokratische Grundlage ihrer Arbeit auch öffentlichkeitswirksam vertreten und repräsentieren sollen. Dies wäre z. B. durch eine Teilhabe am Netzwerk der PfD möglich. Die PfD kann bei einer Mitwirkung dieser Personen das Handlungsziel erreichen, dass die Zahl der regelmäßig am Bündnis beteiligten Akteur/-innen sich erhöht. Das Ziel, die Diversität der regelmäßig am Bündnis beteiligten Akteur/-innen zu erweitern, könnte durch den Einbezug von Menschen mit Migrationshintergrund, Personen mit Behinderungen sowie queeren Menschen gelingen.

Neben dem Netzwerkaufbau müsse die Partnerschaft für Demokratie vor allem die Funktion einnehmen, die Bürger/-innen darüber zu informieren, welche Möglichkeiten im Landkreis im Hinblick auf Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Rechtsextremismusprävention bereits bestehen. In der Onlineumfrage geben viele Beteiligte an, nicht zu wissen, ob Demokratieförderung im Landkreis bereits erfolge. Diese sollten von der PfD adressiert werden. Dafür wäre es ratsam, eine Übersicht über die vorhandenen Akteur/-innen und deren Maßnahmen

zu erstellen, sodass auf einer Website alle Informationen über diesbezügliche Angebote zusammengefasst sind. Da insbesondere die Schüler/-innen aus Sicht der interviewten Schulleitung zwischen Demokratieförderung als zivilgesellschaftlichem Engagement und dem Einfordern der eigenen Rechte auf Mitbestimmung unterscheiden und primär letzteres vornehmen, müsste die Aufgabe der PfD zukünftig auch darin bestehen, ein Bewusstsein zu schaffen, dass diese beiden Bereiche zusammengehören.

Um die Bekanntheit der PfD zu steigern, gibt es mehrere Vorschläge. Zunächst wäre es angesichts der bevorstehenden Kommunalwahl ratsam, wenn die Partnerschaft für Demokratie einen Flyer in einfacher Sprache verfasst, welcher über den Ablauf der Wahl informiert. Gleichzeitig könnte ein Hinweis zur Arbeit der PfD und ihrer Pläne enthalten sein. So wird eine Bildungsmaßnahme mit der Bewerbung der eigenen Arbeit kombiniert. Weitere Impulse, die die Öffentlichkeitsarbeit betreffen, umfassen die Zeitungen. So gibt es den Vorschlag, wöchentliche Kolumnen im Schwabacher Tagblatt oder der Roth-Hilpoltsteiner Volkszeitung zu veröffentlichen und auch hierbei über demokratische Prozesse, Organe oder auch Bedrohungen zu informieren, aber auch auf die eigene Tätigkeit und mögliche bevorstehende Veranstaltungen hinzuweisen. Damit könnte auch das Handlungsziel des Bundesprogramms, dass Einwohner/-innen über die unterschiedlichen Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung informiert sind, bearbeitet werden. In den Abschlussbemerkungen wird zur Rolle der Presse auch ausgeführt, dass die lokalen Medien sich ihrer Verantwortung noch mehr bewusst sein müssen und realisieren sollten, dass sie mit ihrer Berichterstattung über die ehrenamtliche Arbeit in den Gremien viel zur Demokratieförderung beitragen könnten.

Zukünftig sollte hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit von der PfD ein Projekt initiiert werden, in dem Bürger/-innen in schriftlicher oder videografischer Form beschreiben, warum sie von der Demokratie profitieren. Dies könnte dann ebenfalls in diesen Regionalzeitungen oder auf der Website der Partnerschaft für Demokratie veröffentlicht werden. Weiterhin sollte auch dem Vorschlag, Challenges in Videoform mit verschiedenen Prominenten oder Politiker/-innen aus dem Landkreis durchzuführen, in denen diese sich öffentlich zur Demokratie bekennen, Beachtung geschenkt werden. Daran anschlussfähig wäre auch die Idee, regelmäßige YouTube-Videos zu machen, in denen die Partnerschaft für Demokratie z. B. Interviews mit verschiedenen (möglicherweise demokratieskeptischen) Bürger/-innen, Bürgermeister/-innen oder Akteur/-innen der Demokratieförderung führt. Auf diese Weise stünden auch die am Bündnis beteiligten Akteur/-innen öffentlich für demokratische Werte ein und erfüllen eines der Handlungsziele des Bundesprogramms. Im Verbund Eilenburg – Bad Düben – Laußig gibt es, passend dazu, den Vorschlag, Akteur/-innen in Social-Media-Videos die Probleme des Landkreises und die Lösungen der PfD präsentieren zu lassen. Im Zuge dessen könnten sie auf die PfD hinweisen. All diese Maßnahmen kommen den von der Partnerschaft für Demokratie festgelegten Zielen der Information über aktuelle Ereignisse und Angebote vor Ort, der Transparenz über Entscheidungen und Handlungen der PfD und dem Einbezug der Bürger/-innen bei lokalen Angelegenheiten zugute. Zudem fördern sie auch das von der PfD anvisierte gemeinsame Bewusstsein für lokale Probleme und Herausforderungen.

Ein weiterer Impuls betrifft die Zusammenarbeit mit Lebensmittelhändlern. Eine Person in der Onlineumfrage schlägt vor, Trinkpäckchen mit Messages, die über Demokratie aufklären würden, mit verschiedenen Charakteren zum Sammeln zu erstellen. Möglicherweise könnte dieser Vorschlag in etwas abgewandelter Form realisierbar sein, indem die PfD mehrere Motive an Sticker mit Demokratiebezug und ein dazugehöriges Sammelheft entwerfen und diesen einzelnen Lebensmittelgeschäften im Landkreis zur Verfügung stellen würden. Diese Sticker könnten dann ab einem bestimmten Einkaufswert ausgegeben werden und für die Demokratie werben. Passend dazu könnte auch die Maßnahme aus der PfD im Wartburgkreis, Merchandise-Artikel der Partnerschaft für Demokratie zu entwickeln und bei Veranstaltungen zu verteilen, in Roth eingesetzt werden.

Zur Steigerung der Bekanntheit der PfD werden bspw. im Saale-Orla-Kreis ungewöhnliche Formate wie Kunstaktionen im öffentlichen Raum eingesetzt. Im Landkreis Roth könnte dies ebenfalls umgesetzt werden. In einem Einzelinterview gibt es dafür die Idee, öffentliche Verhaftungen zu inszenieren und damit mithilfe von Kunst die Menschen zu erreichen. Eine weitere Möglichkeit, um Bekanntheit zu erreichen, wird im Saale-Orla-Kreis, mit der Organisation eines gemeinsamen Sommerfests der Demokratie der Koordinierungs- und Fachstelle und einzelner Akteur/-innen aus dem Landkreis ausgemacht. Diese Idee wurde auch für den Landkreis Roth bereits aufgebracht und könnte verfolgt werden.

All diese Maßnahmen dienen dem Handlungsziel, dass alle demokratischen lokalen Akteur/-innen über das Bündnis informiert sind.

In den Kommunen für Demokratie und deren Wichtigkeit werben:

Insbesondere in Flächenlandkreisen wie dem Landkreis Roth bestehe die Schwierigkeit, die Personen in ihren Gemeinden zu erreichen und vor Ort zu agieren. Die Interviewten bemängeln, dass bei vielen Menschen noch kein Bewusstsein für die Wichtigkeit der Demokratieförderung und eine mögliche Gefährdung dieses Systems bestehe. Dementsprechend würden nur wenige Personen derzeit aus Eigeninitiative an den Veranstaltungen oder Angeboten der Akteur/-innen teilnehmen. Um auch bisher weniger engagierte und interessierte Personen zu erreichen, sei es notwendig, ein Format bzw. ein Angebot zu entwickeln, das vor Ort in die einzelnen Gemeinden komme und dort die Menschen über die Demokratie informiere. Andere Partnerschaften für Demokratie nutzen dafür bspw. ein Demokratiemobil. Dieses Fahrzeug könne dann in Vereinen, bei Festen oder besonderen Veranstaltungen präsent sein und mithilfe verschiedener Materialien Demokratiebildung und einen Diskurs über die politische Situation oder bestimmte Entwicklungen ermöglichen. Dies könne aus Sicht der Befragten in Roth auch demokratieskeptische Bürger/-innen erreichen, weil offene Gespräche und der Austausch eine Möglichkeit darstellen, um tatsächliche Veränderung zu erwirken. Auf diese Weise wird auch das Handlungsziel von „Demokratie leben!“ adressiert, dass Einwohner/-innen mit demokratieskeptischen Einstellungen zielgruppengerechte Formate finden sollen.

Außerdem sei es notwendig, Vertreter/-innen bzw. Kontaktpersonen aus in den Gemeinden angesiedelten Vereinen und Initiativen zu gewinnen, die eine direkte Ansprache und Information vornehmen. Dies wurde in der S&R-Analyse im Wartburgkreis herausgestellt. Solche Kontaktpersonen könnten für die PfD werben und eine Beteiligung weiterer Akteur/-innen erwirken. Um Kontinuität zu sichern, sollte diese Aufgabe institutionalisiert und nicht von einer Einzelperson abhängig gemacht werden. Die institutionalisierten Strukturen, die die Vermittlung übernehmen, können laut der Analyse im Wartburgkreis Schulen, Verwaltungen, freie Träger oder auch Sportvereine und Kirchen darstellen. Im Gegenzug sollten auch die bereits bestehenden Vereine und Initiativen, die sich für Demokratieförderung einsetzen, stärker unterstützt werden. So könnte die Partnerschaft für Demokratie bei der Bewerbung von Veranstaltungen helfen, indem sie diese ebenfalls auf ihrer Website bzw. in ihrem Netzwerk teile, sodass eine größere Anzahl an Menschen erreicht werden könnte. Dies werde für einige Kooperationspartner/-innen bereits vorgenommen, könnte jedoch auf deutlich mehr Akteur/-innen erweitert werden.

Vereine stärker in die Pflicht zur Demokratieförderung nehmen:

Die Vereine sollten aus Sicht der Interviewten mehr für die Demokratieförderung zuständig sein. In einem ersten Schritt könnte dies erfolgen, indem bei bestehenden Institutionen und Angeboten untersucht werde, warum bspw. Menschen mit Migrationshintergrund nicht als Nutzer/-innen hervortreten und welche Veränderungen ggf. vorgenommen werden müssen, um diese Personengruppe anzusprechen. Zukünftig könnten zudem gezielt bestimmte Communities (Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Behinderungen) angesprochen und ins Vereinsleben einbezogen werden. Dies leiste einerseits einen positiven Beitrag im Hinblick auf Inklusion und Integration. Andererseits würden dadurch über den Sport Personen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten zusammenkommen und Verständnis für die jeweils anderen lernen.

Zweitens könnten Vereine bspw. mithilfe von Kooperationen demokratiefördernde Angebote durchführen und damit einen großen Beitrag leisten. Wenn die Vereine diese Angebote ermöglichen würden, nähme möglicherweise das Vertrauen von Einwohner/-innen mit demokratieskeptischen Einstellungen in die Demokratie zu, weil Vertrauen in die Vereine besteht. Die Pfd könnte dabei unterstützend wirken, indem sie eine Übersichtsliste über mögliche Referent/-innen oder Akteur/-innen, die von den Vereinen gebucht werden können bzw. die entsprechende Workshops anbieten, bereitstellt.

Weiterhin sollten die Vereine einen Beitrag zur Demokratieförderung leisten, indem sie gemeinsam mit ihren Mitgliedern Kriterien festlegen, welche (demokratiefeindlichen) Vorfälle zu einem Ausschluss von Mitgliedern führen würden. Diese könnten in der Satzung aufgenommen werden, damit eine Grundlage bestehe. Außerdem sei es anzuraten, dass die Vereine und Initiativen in ihren Aufnahmebestimmungen vertraglich festhalten, dass demokratiefeindliche Äußerungen und Personen keinen Platz im Verein haben und eine Mitgliedschaft damit einhergehe, dass die Person damit einverstanden sei. So könnte eine Unterwanderung der Vereine möglicherweise vermieden werden.

Sensibilisierung der Bevölkerung:

Eine Sensibilisierung der Bevölkerung sei ohnehin auf verschiedenen Ebenen notwendig. Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLZ, 2025) drückte sich wie folgt aus: „Die Bundesrepublik Deutschland ist eine ‚streitbare Demokratie‘ [...]: Sie verteidigt sich gegen alle politischen Aktivitäten, die den demokratischen Verfassungsstaat, den Kern des Grundgesetzes bzw. die freiheitliche demokratische Grundordnung fundamental ablehnen.“ Dabei sei eine breit aufgestellte und präventiv ansetzende Bildungsarbeit von enormer Wichtigkeit. Auch die Umfrageteilnehmenden sehen die fehlende politische Bildung als zweithäufigsten Grund für demokratiefeindliche Vorfälle an.

Sensibilisierung könne bspw. online mithilfe der Angebote der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erfolgen. Sie leistet Antidiskriminierungsarbeit und Werteerziehung in Form von bspw. Veranstaltungen, Fachpublikationen, didaktischen Materialien und Online-Angeboten, zur Stärkung der Demokratie und fördert damit die Partizipation in Politik und Gesellschaft. Mit ihren Angeboten versuchen die Verantwortlichen insbesondere die junge Bevölkerung zu gewinnen, um ihr Engagement für eine offene, demokratische und pluralistische Demokratie zu wecken. Dies gelingt der BLZ zum Teil durch das Sensibilisieren der Eltern von Schulkindern. Auch in den Interviews wurde vielfach die Rolle der Eltern hervorgehoben. So sei es aus Sicht der Interviewten häufig der Fall, dass die Kinder unreflektiert die rechtspopulistischen bzw. -extremen Ansichten ihrer Eltern reproduzieren und übernehmen würden. Die BLZ veranstaltet daher u. a. digitale Elternabende für bis zu 3.500 Personen und informiert diese über den Umgang mit politischen Meinungen und Fake News in den sozialen Medien.

Damit werden die Eltern befähigt, ihre Kinder anzuleiten bzw. zu unterstützen, sowohl politische Informationen im Internet besser einordnen zu können als auch sich konstruktiv an digitalen Debatten zu beteiligen (vgl. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 2025a).

Eine Sensibilisierung könne natürlich nicht nur digital und über das BLZ erfolgen, sondern auch in Präsenz im Landkreis. Neben der Fokussierung auf Eltern sollten aus Sicht der Interviewten insgesamt mehr Aufklärungsveranstaltungen für die Bevölkerung etabliert werden. Dabei sei es ihnen jedoch wichtig, Themen anzubieten, die an die Lebensrealitäten der Menschen anschlussfähig seien, damit sie die Veranstaltungen auch wirklich wahrnehmen. In der Gruppen-diskussion wird dafür angemerkt, dass die Akteur/-innen zukünftig innovative digitale Formate nutzen sollen, um den Bürger/-innen politische Inhalte verständlich näherzubringen. Dies könnte mithilfe der in Eichstätt etablierten Demokratetrainings und Workshops, die auf eine Schulung der Ambiguitätstoleranz abzielen, umgesetzt werden. Damit könne gleichzeitig das Handlungsziel, dass die am Bündnis beteiligten Akteur/-innen das Konzept der Ambiguitätstoleranz kennen, erreicht werden. Auch häufigere Veranstaltungen zur Schulung der Medienkompetenz und des Demokratieverständnisses für erwachsene Bürger/-innen werden gewünscht. Da der Landkreis vor allem ein Problem hinsichtlich der Verbreitung von Verschwörungs-ideologien aufweist, sei es weiterhin notwendig, wie auch im Verbund Eilenburg – Bad Düben – Laußig, Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Aufklärung dieser Mythen anzubieten. Die Partnerschaft für Demokratie müsse die Akteur/-innen dabei unterstützen.

Um die Teilnahmebereitschaft an den Präsenzveranstaltungen zu erhöhen, besteht außerdem der Vorschlag, für diejenigen, die nachweislich an demokratiefördernden Veranstaltungen teilgenommen haben, reduzierten oder freien Eintritt für Kultur-, Sport- und Freizeitangebote im Landkreis zu geben. Möglicherweise könnten dafür gemeinsame Lösungen in der PfD entwickelt werden.

Schaffen von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sowie Ansprechpartner/-innen:

In unseren Interviews wurde geäußert, im Landkreis fehle es an finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen für die Demokratieförderung. Die Ergebnisse der Onlineumfrage legen dies nahe, da die Akteur/-innen relevanter Einrichtungen diese Unterstützungsmöglichkeiten, Demokratie zu fördern bzw. Demokratiefeindlichkeit vorzubeugen, als notwendig erachten und benötigen. Den Bedarf an festen Ansprechpartner/-innen, um im Notfall auf Unterstützung zurückgreifen zu können, äußerten in der Onlineumfrage insbesondere die Menschen aus Organisationen von und für Menschen mit Behinderungen sowie aus den Organisationen für Senior/-innen und Migrant/-innen, die einzelnen Bündnisse und Initiativen und das Landratsamt. Dementsprechend könnte diese Ansprechperson vor allem für die Bedürfnisse dieser Personengruppe sensibilisiert sein. In der Betrachtung der einzelnen Gemeinden wird deutlich, dass vorwiegend die Umfrageteilnehmenden aus Georgensgmünd, Greding, Heideck, Rednitzhem-bach und Rohr eine solche Unterstützung benötigen. Da sich diese in verschiedenen Bereichen des Landkreises befinden, wäre eine mobile Beratung bzw. ein Notfalltelefon sinnvoll. Damit wird das Mittlerziel, dass die Partnerschaften Voraussetzungen zur demokratischen Konfliktbearbeitung unterstützen, bearbeitet.

Schulungen, Fortbildungen, Workshops für Akteur/-innen:

In Schulungen und Fortbildungen könnten Akteur/-innen des Landkreises sowie Lehrkräfte an Schulen stärker befähigt werden, die Demokratie und ihre Umsetzung (Mitbestimmung, Beteiligung an Wahlen etc.) besser zu verstehen und diese so an ihre Zielgruppe, unabhängig davon, ob Kleinkinder, Schüler/-innen, Studierende, Erwachsene, Senior/-innen oder auch Personen mit Migrationshintergrund oder Behinderungen, näherzubringen. Diese Maßnahme wird in der S&R-Analyse häufig eingefordert. Es ergibt sich, dass insbesondere Befragte aus den Betreuungseinrichtungen und dem Kreisjugendring den Willen zur Teilnahme an Schulungen anmelden. Dies könnte in der Konzeption der Schulungen bedacht werden. Räumlich treten vor allem die Regionen Abenberg, Georgensgmünd, Rednitzhembach und Wendelstein hervor. Dementsprechend eigne es sich, dezentrale Schulungen für die Akteur/-innen in diesen Gemeinden anzubieten.

Gewünschte Schulungsinhalte für Akteur/-innen seien dabei Gruppendynamiken, Gruppenbildung, Förderung interkultureller Kompetenz, Sensibilität für heterogene Bevölkerungsgruppen, Diversitätssensibilität sowie friedliches Debattieren bzw. Argumentieren und Zuhören. Weiterhin gewünscht werden Workshops zu Rechtsextremismus, Umgang mit Fake News und Verschwörungsideologien sowie Angebote zur Stärkung des eigenen Selbstbewusstseins. Der „Mehr Demokratie e. V.“ wird in den Interviews als geeignete Stelle, die solche Fortbildungangebote durchführe, beschrieben. Auch der aus Eichstätt stammende Impuls, zukünftig bei den Angeboten für engagierte Personen den Fokus stärker auf Mental Health und Resilienzförderung zu legen, wäre anschlussfähig. Aus der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Eichstätt könnte auch die Idee der Durchführung von Demokratie- und Diversity-Trainings für die Akteur/-innen bzw. Ehrenamtlichen übernommen werden. Für die bereits engagierten Akteur/-innen sei dies sinnvoll, da die Themen von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt immer wichtiger werden und die Strukturen auf die Bedürfnisse ebendieser Personen oftmals noch angepasst werden müssen. Um diesen Personen Unterstützung zu signalisieren, wünschen sich einige Befragte, auch eine von der PfD initiierte Social-Media- und Print-Kampagne für Vielfalt.

Aus der Gruppendiskussion wird deutlich, dass viele ehrenamtlich tätige Personen sich überfordert fühlen und nicht wüssten, wie sie mit demokratiefeindlichen Vorfällen umgehen sollen. Dementsprechend könnte ein starker Fokus darauf liegen, die Akteur/-innen dafür zu schulen, indem bspw. Argumentationstrainings gegen rechtsextreme Aussagen durchgeführt werden und die Sozialkompetenz und Resilienz gestärkt sowie Möglichkeiten der Konfliktlösung aufgezeigt werden. Damit könnte auch das Ziel von „Demokratie leben!“, dass die Akteur/-innen an Angeboten zur Einübung demokratischer Konfliktlösungskompetenzen teilnehmen, erreicht werden.

Um Unterstützung für die Bürger/-innen und die Akteur/-innen zu bieten, bräuchte es zusätzlich gezieltere Workshops und Gespräche, die vor allem auf die Stärkung von gegenseitiger Rücksichtnahme ausgerichtet seien. So könnten Planspiele oder Kooperationsspiele auf kulturellen Veranstaltungen und für alle Altersgruppen durchgeführt werden. Auch spezielle geschlechter sensible Workshops zur Stärkung der Persönlichkeit seien aus Sicht der Teilnehmenden der Gruppendiskussion notwendig. In der Jungenarbeit seien die Themen Männlichkeit, das Sprechen über Emotionen und eigene Stärke anzuraten. Bei den Mädchen sollten vor allem Geschlechterrollen hinterfragt und das Selbstbewusstsein gestärkt werden.

Ehrenamtliches Engagement steigern:

Kostenfreie Workshops werden auch als Mittel gesehen, Menschen zum ehrenamtlichen Engagement zu motivieren. Eine Stärkung des Ehrenamts könnte für die PfD ein Ziel für die Zukunft darstellen. Vergleichsweise häufig würden sich Personen aus den Feuerwehren, aus den Vereinen und den Orts- bzw. Kreisverbänden der Parteien ehrenamtliche Helfer/-innen wünschen.

Neben den Fortbildungen sollte auch die Wertschätzung von Engagement stärker in den Blick genommen und z. B. mithilfe von Veranstaltungen zur Würdigung von der PfD und dem Landkreis gefördert werden. Vielfach thematisiert wurden auch finanzielle Anreize wie ein Steuerfreibetrag für Ehrenamtliche oder Aufwandsentschädigungen. Außerdem bedürfe es einer schnellen und unbürokratischen Lösung, damit Ehrenamtliche für ihre finanziellen Auslagen, die sie laut ihren Angaben häufig für das Ehrenamt leisten würden, eine Spendenquittung erhalten und diese steuerlich geltend machen können. Im Wartburgkreis wird bspw. die Übernahme von Fahrtkosten als notwendig erachtet.

Ein weiterer Vorschlag zur Steigerung der Zahl der Ehrenamtlichen bezieht sich darauf, konkrete, befristete Projekte für Ehrenamtliche anzubieten, da nicht jeder jederzeit und dauerhaft zeitlich flexibel oder verfügbar sei. Durch die kurze Dauer und den flexiblen Einsatz könnten möglicherweise mehr Personen erreicht werden. Wichtig sei außerdem, dass die Engagemenstmöglichkeiten barrierefrei sind. In Eichstätt wird weiterhin herausgestellt, dass es einfacher sei, Ehrenamtliche zu gewinnen, wenn eine persönliche Betroffenheit vorliege. So würden sich Eltern in Sportvereinen bspw. verpflichtet fühlen, eine Position zu übernehmen, wenn ihre Kinder Mitglied seien. Dieser Aspekt könnte in Roth bei der Projektkonzeption berücksichtigt werden, indem die persönliche Betroffenheit der Bürger/-innen gezielt adressiert werde.

Bezüglich der Beteiligung junger Menschen wird in Schleswig-Flensburg herausgearbeitet, dass sich diese nur dann engagieren, wenn sie bereits als Kinder aktiv waren. Für den Landkreis Roth lässt sich daraus ableiten, dass ehrenamtliches Engagement bereits Kinder erreichen müsse. Das Programm „Lernen durch Engagement“, das jungen Menschen in Schleswig-Flensburg zivilgesellschaftliches Engagement näherbringt, könnte daher als Konzept für Roth Impulse bieten. In Eichstätt solle dies mithilfe von Service-Learning-Projekten an Schulen versucht werden, was eine alternative Möglichkeit für Roth darstellen würde.

Schutzangebote bereitstellen und unterstützen:

Im Rahmen der Interviews wurden verschiedene Schutzangebote aufgeführt, die zur Erreichung des Mittlerziels „Die Koordinierungs- und Fachstelle sowie das Federführende Amt erarbeiten ein eigenes Schutzkonzept“ genutzt werden können. Zunächst könnten die Akteur/-innen selbst bei der Ankündigung der jeweiligen Veranstaltung auf einen Einlassvorbehalt nach § 6 VersG/Art. 10 BayVersG hinweisen, welcher dann auch umgesetzt werden könne. Bei der Bereitstellung von Räumlichkeiten, insbesondere wenn diese seitens des Landratsamts zur Verfügung gestellt werden, könnte in Zukunft außerdem bereits ein Sicherheitskonzept entwickelt werden, welches den Akteur/-innen mögliche Fluchtwege oder Räume bzw. Orte, in denen in einer Bedrohungssituation Schutz gesucht werden kann, ausweist. Durch die vorangegangenen Maßnahmen könnte dem Ziel des Bundesprogramms, dass staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur/-innen kompetent beim Schutz von engagierten Menschen handeln, Sorge getragen werden. Eine Person führt auch aus, dass es mehr Sicherheitspersonal für Veranstaltungen brauche, was durch zukünftige gemeinsame präventive Handlungsstrategien von Kommune, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen (Handlungsziel des Bundesprogramms) ermöglicht werden kann.

Außerdem könnte es von der Partnerschaft für Demokratie das Angebot an engagierte Personen geben, kostenfrei an Selbstverteidigungskursen und Deeskalationstrainings teilzunehmen. Das dort gewonnene Selbstbewusstsein und die Kenntnisse würden den Personen aus Sicht einer interviewten Person ebenfalls Sicherheit geben. Ergänzend dazu gibt es außerdem den Wunsch, ein Handlungskonzept für das Verhalten im Fall von Angriffen und für den Umgang mit aggressiven Personen bereitzustellen. Dabei wird die Forderung nach Workshops zur Gewaltprävention aufgeführt. Dies könnte die PfD gemeinsam entwickeln. In den Einrichtungen sollten aus Sicht einzelner Befragter generell Schutzkonzepte vor Angriffen entwickelt werden. Dies könnte die PfD unterstützen. Supervision werde ebenfalls von den einzelnen Akteur/-innen und Teams gewünscht.

Überdies erscheint auch der Vorschlag aus den Interviews, eine Informationsveranstaltung und ein Portal für den Landkreis einzurichten, in der bzw. auf dem über die Schutzangebote informiert werde, sehr sinnvoll. Hierbei sei es wichtig, dass geeignete Unterstützungsstellen aufgeführt seien, an die sich die Personen im Notfall und bei Bedarf schnell wenden können. Außerdem werde für die Zukunft auch eine rechtliche Beratung bzw. Unterstützung von den Akteur/-innen gewünscht, die sie kostenfrei bei Fragen in Anspruch nehmen können. Im Hinblick auf eine solche rechtliche Unterstützung wünschen sich die Befragten weiterhin Handlungskonzepte zu gängigen Unstimmigkeiten und Herausforderungen.

Ferner sollten Vorfälle, in denen Veranstaltungen gestört oder bedroht worden seien, zukünftig gemeinsam innerhalb der Institution bzw. des Vereins aufgearbeitet und anschließend innerhalb des Bündnisses thematisiert werden dürfen, sodass andere Akteur/-innen von den Erkenntnissen profitieren könnten. Dabei sei es wichtig, zu beleuchten, was die Gründe für die Androhung bzw. den Zwischenfall waren und wie solche zukünftig vermieden werden können. Damit wird das Ziel, dass Akteur/-innen Konflikte identifizieren können und ihre Verantwortung und Rolle in diesem Konflikt erkennen, bearbeitet.

Zudem wurde der Wunsch geäußert, Notfall-Anlaufstellen für die Akteur/-innen einzurichten, an die sie sich wenden oder an die sie von demokratiefeindlichen Vorfällen Betroffene verweisen können. Mit der Einrichtung einer solchen Stelle würde das Handlungsziel, dass Betroffene Zugang zu Informations- und Unterstützungsangeboten im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie haben, erfüllt werden. Auch an den Schulen könnten Räume bzw. Ansprechpersonen geschaffen werden, an die sich Betroffene von Diskriminierung wenden können. Einerseits könnten dies Erwachsene wie Vertrauenslehrkräfte sein. Andererseits sollten auch Patenschaften der Schüler/-innen untereinander etabliert werden, sodass die jüngeren Schüler/-innen Unterstützung und Schutz von älteren Pat/-innen erhalten können. Möglicherweise würden bereits bestehende Tutorien-Programme infrage kommen. Der Aufbau von solchen Patenschaften könnte von der PfD begleitet werden. In der Partnerschaft für Demokratie auf der Insel Sylt wurde in dieser Hinsicht sogar die Einrichtung einer Anlaufstelle für Betroffene rassistischer Gewalt und Diskriminierung in Form eines Vielfaltszentrums vorgeschlagen. Möglicherweise wäre dies im Landkreis Roth ebenfalls sinnvoll und könnte zukünftig auch für queere junge Menschen sowie für mehrfachdiskriminierte Personen eine bisher fehlende Anlaufstelle darstellen. Alternativ kann die Idee aus der PfD in Schleswig-Flensburg, mobile Beratungsteams einzusetzen, übernommen werden. Damit wird das Ziel adressiert, dass die Akteur/-innen unterschiedliche Ansätze zur Adressierung der lokalen Herausforderungen kennen und strategische Entscheidungen treffen, die am Bedarf und den Ressourcen ausgerichtet sind.

In Eichstätt wird als weitere Schutzmaßnahme angeführt, dass die einzelnen Akteur/-innen nicht allein, sondern mindestens in einem Team bei Veranstaltungen oder Angeboten vertreten seien. Auch die Anbindung an die PfD und die dadurch erhaltene Unterstützung würden von

den Akteur/-innen als Schutz wahrgenommen, da entsprechende Ansprechpersonen zur Verfügung stünden. Um die Akteur/-innen zu schützen und ihren Bedenken und Ängsten Raum zu geben, sollten außerdem Vernetzungstreffen der Akteur/-innen ermöglicht werden, in denen sie angeleitet über diese sowie Möglichkeiten des Selbstschutzes sprechen. Dies könnte gegebenenfalls auch dem Umstand entgegenwirken, dass sich einige Personen für ihre Ängste schämen, weil es aus ihrer Sicht deutlich gefährdet Menschen gäbe.

Die zivilgesellschaftlichen Vereine oder Initiativen wünschen sich letztlich außerdem vor allem Rückhalt vom Landratsamt bzw. den Bürgermeister/-innen. Dazu zähle einerseits das Verständnis, dass ihr Engagement einen wichtigen Beitrag leiste und sie deswegen möglicherweise auch gefährdet sein könnten. Andererseits sehen es einzelne Interviewte als Möglichkeit, dass in einzelnen Bürger/-innen-Initiativen geringe Stellenumfänge finanziert werden könnten, sodass ein Teil der Arbeit hauptamtlich erledigt werden könne. Zusätzlich sollten vonseiten der Kommunen die Veranstaltungen der Vereine bzw. Initiativen zur Demokratieförderung stärker unterstützt werden, indem namhafte Vertreter/-innen der Kommunalpolitik ebenfalls anwesend seien oder die Werbung auf ihren Kanälen zusätzlich teilen würden. Jede Kommune und damit auch die Kommunalpolitiker/-innen könnten und sollten ein Zeichen für die Ziele des Bundesprogramms setzen, indem am Ortseingang der Kommunen Banner darauf hinweisen, dass die jeweilige Gemeinde sich für Vielfalt, Toleranz, Demokratie und gegen Rechtsextremismus starkmache. Gleichermaßen müsse die PfD aber auch für die Bürgermeister/-innen oder Gemeindeverwaltungen mit Beratung und Unterstützung in Notfällen bereitstehen.

Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen (untereinander) und dem Landratsamt stärken:

Aus den Interviews wurde immer wieder deutlich, dass vor allem die Herausstellung eines gemeinsamen Ziels und Anliegens und die Zusammenarbeit der einzelnen Initiativen und Vereine als zentrale Schaltstelle der Demokratieförderung im Landkreis Roth angesehen würden. Die PfD sei hierbei in der Pflicht, zum einen eine Vernetzung untereinander zu ermöglichen und zum anderen auch das gemeinsame Ziel zu betonen, um Konkurrenz zu vermeiden. Im Zuge dessen könnte auch erneut der Versuch gewagt werden, die Initiativen Roth ist bunt, Greding ist bunt etc. zu einem Netzwerk zu vereinen. Auch andere ähnliche Vereine könnten sich zu solchen Netzwerken zusammenschließen und damit ihre Ressourcen bündeln sowie einander bei Veranstaltungen unterstützen. Ebenfalls Potenzial bestehe in der öffentlichen Repräsentation des demokratischen Engagements der Kirchen. So werden diese, von allen Interviewten außer der Pfarrperson, nicht als Akteur/-innen der Demokratieförderung im Landkreis wahrgenommen. Möglicherweise könnte hier eine Vernetzung noch stärker den Blick für die Angebote der Kirchen weiten. In den Abschlussbemerkungen der Onlineumfrage wird zu den Kirchen auch festgehalten, dass Vertreter/-innen dieser sich stärker in den Bündnissen engagieren sollten. Eine stärkere Vernetzung mit anderen Akteur/-innen wünschen sich zudem die Organisationen für Menschen mit Behinderungen, für Migrant/-innen und für Senior/-innen. Aber auch die Bündnisse und Initiativen sowie die Gemeindeverwaltungen seien daran interessiert. Dies könnte berücksichtigt werden, indem man Personen dieser Gruppen in das Bündnis der Partnerschaft für Demokratie einbezieht.

In der Gruppendiskussion wurde des Weiteren angesprochen, dass vor allem auch zusätzliche Kooperationen mit Akteur/-innen, die Angebote zur Förderung der Medienkompetenz im Landkreis durchführen könnten, notwendig seien. Das Medienzentrum Parabol wird zwar sehr geschätzt, sei jedoch für alle Landkreise und Städte in Mittelfranken zuständig und habe somit nicht genügend Kapazitäten. Die PfD könnte hierbei Netzwerkarbeit leisten.

Um die Demokratie im Landkreis zu schützen, sollten außerdem vorrangig die regionalen Hotspots, in denen die AfD hohe Wahlanteile erhalte, in den Blick genommen werden und Ziel von Veranstaltungen sowie Angeboten der Akteur/-innen sein. Von Respondenten/-innen wurde zudem vorgeschlagen, wenn die AfD Parteitage in Greding abhalte, sollte zukünftig über die PfD für Gegenveranstaltungen geworben werden, sodass sich mehr engagierte Personen dort einfinden.

Auch die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Landratsamt und Initiativen könnte zukünftig stärker erfolgen, um die Ressourcen auch für zivilgesellschaftliches Engagement besser zu nutzen. Die Kontakte und Beziehungen seien für die Vereine, Initiativen und Bündnisse von enormem Wert und könnten zu einer Beschleunigung bestimmter Amtswege führen. Das Bereitstellen von Räumen seitens der Kommune bzw. des Landratsamts stelle ebenfalls eine wichtige Handlungsempfehlung für die Zukunft dar. Die Räume sollten einerseits für Veranstaltungen genutzt werden können. Andererseits könnte es aber auch regelmäßige Ideenmarktplätze in diesen Räumen geben, in denen sich die Vereine und Initiativen mit ihren Ideen und Formaten präsentieren, austauschen und vernetzen können. Damit würde erreicht werden, dass die einzelnen Initiativen und Vereine über die Ziele der anderen Engagierten informiert seien und möglicherweise ebenfalls ihre Ressourcen zur Bearbeitung von Themen der Demokratieförderung, Rechtsextremismusprävention und Vielfaltsgestaltung bündeln könnten. Da in der Onlineumfrage vor allem Befragte aus Allersberg, Greding, Hilpoltstein und Thalmässing angeben, dass mehr Vernetzung der Akteur/-innen untereinander für sie notwendig sei, wäre es sinnvoll, solche Veranstaltungen in diesen Kommunen durchzuführen. Im Zuge solcher Ideenmarktplätze könnten sich Kommunen, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftliche Akteur/-innen kennenlernen und das Ziel, dass diese Institutionen sich in respektvollen Formaten zusammenfinden, erreicht werden.

Die Kommunalpolitiker/-innen könnten ebenfalls stärker an der PfD mitwirken und präventive Maßnahmen unterstützen sowie politische Bildung fokussieren. Sie sollten aktiv auf die Bündnisse und Vereine zugehen und die Vernetzung auch von ihrer Seite wünschen und vorantreiben.

Auch unter den zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen und weiteren Organen wie der Polizei bestehe noch Bedarf eines Ausbaus von Kooperationen. Insbesondere im Hinblick auf einen Einbezug der freiwilligen Feuerwehren und Sportvereine im Landkreis bestehe Potenzial. Hierbei könnte die PfD eine zentrale Rolle einnehmen, um den Kontakt herzustellen und die Vernetzung zu ermöglichen. Nur dadurch würden die einzelnen Akteur/-innen von den Ressourcen der anderen profitieren und zukünftig effizienter arbeiten können. Durch eine von der Partnerschaft für Demokratie initiierte Zusammenarbeit und die dadurch bestehende Zahl an engagierten Personen könnten auch größere Aktionen wie Musikfestivals und Sommerfeste, die unter dem Ziel des Zusammenseins und der Demokratie stehen, ermöglicht werden. Dies würde einerseits im Landkreis mehr Gemeinsamkeit bedeuten und andererseits auch eine Außenwirkung haben, da der Landkreis sich öffentlichkeitswirksam für die Förderung der Demokratie einsetzen würde. Ein Sommerfest, bei dem mit dem Ziel der Demokratieförderung eine Vernetzung sowie der Austausch geschaffen werden sollen, wird im Landkreis Roth bereits gefordert. Dies sollte in Zusammenarbeit von Kommune, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen organisiert und transparent nach außen kommuniziert werden, um ein klares Signal der Zusammenarbeit zu setzen. Möglicherweise könnte ein solches Fest gemeinsam mit der Partnerschaft für Demokratie Eichstätt durchgeführt werden, sodass auch über den Landkreis hinweg Anknüpfungspunkte geschaffen werden. Die PfD im Landkreis Eichstätt zeichnet sich zudem bereits über viele Kooperationsprojekte mit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt aus. Eine Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen im nahen Umfeld der PfD könnte auch in Roth ausgebaut werden. Möglicherweise können die Beziehungen der PfD in Eichstätt dafür genutzt werden.

Zukünftige Förderschwerpunkte und Impulse für Projekte bzw. Maßnahmen:

In Zukunft könnten, wie bereits angemerkt, Projekte und Formate ausgebaut werden, die erwachsene Bürger/-innen über die eigenen Rechte aufklären und informieren und Gemeinsamkeit und Begegnung schaffen. Auch die Betrachtung der Ultraszene im Fußball wäre anzuraten. Im Landkreis werde diese für den Einstieg einiger junger Menschen in rechtsextreme Strukturen als ursächlich ausgemacht. So könnten zukünftig einerseits Vereine dazu ermutigt werden, sich für Toleranz und demokratische Ideen einzusetzen und bspw. demokratiebejahende Banner und Plakate bei Fußballspielen zu nutzen. Die PfD könne dies umsetzen, indem sie mit bekannten Vertreter/-innen bspw. des 1. FC Nürnberg Videos aufnehmen würde, in denen diese sich zu demokratischen Werten bekennen. Andererseits könnten zukünftig im Landkreis Angebote für fußballinteressierte junge Menschen geschaffen werden, die Alternativen zur Szene bieten. Für Kinder und Jugendliche anschlussfähig erscheinen auch die Projekte und Ideen aus dem Landkreis Eichstätt, eine „Kids Academy“ zur Mitgestaltung zu etablieren und das Ingolstädter Projekt „Kindolstadt“ in ähnlicher Form durchzuführen.

Hinsichtlich der Auswahl der Projekte für die Förderung sei zukünftig anzuraten, verschiedene Altersgruppen und Bedarfe zu berücksichtigen. Im ersten Jahr des Förderzeitraums wurden primär jugendbezogene Projekte gefördert (Einführung in die Gebärdensprache für Hörende am Gymnasium Wendelstein; Erntedankfest – Elemente im (Un)gleichgewicht der evangelischen Landjugend; Schüleraustauschprojekt „Demokratie und Menschenrechte zuerst“; Fotoshooting mit Workshop zum Jugendzentrum; „Stark wie Anne Frank“- Kreativworkshop für Mädchen). Die Bedeutsamkeit jugendbezogener Angebote sei selbstverständlich. Gleichwohl könnten in der Verteilung der Fördermittel auch andere Zielgruppen wie Senior/-innen, Menschen mit Migrationshintergrund, queere Personen und FLINTA* sowie Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden. Auch die Förderung von Maßnahmen für Akteur/-innen der Demokratieförderung wäre anzuraten. Derzeit werden neben jugendbezogenen Projekten vorrangig solche für erwachsene Bürger/-innen gefördert, spezielle Zielgruppen bleiben noch unberücksichtigt. Auch Kinder, die in Kindertageseinrichtungen gehen, wurden bislang noch nicht mit den Fördergeldern bedacht. Vorbildhaft für den Bereich der Senior/-innen kann das im Landkreis Eichstätt geförderte Projekt „Lebenserfahrung als Mehrwert – ein Gewinn für alle“ stehen. Auch Zeitzeug/-innen-Projekte und -begegnungen wären ratsam.

Um in den Zielgruppen verschiedene Bedürfnisse, Lebenswelten und Milieus abbilden zu können, könnte nach dem Vorbild der PfD im Verbund Eilenburg – Bad Düben – Laußig vom Bündnis ein Maßnahmenkatalog entwickelt werden, der diese beinhaltet, sodass bei der Bevolligungen oder Ablehnung der Anträge überprüft wird, ob alle Zielgruppen erreicht werden. Bis-her wurden, wie auch im Saale-Orla-Kreis, wenig Projekte, die auf konkrete Demokratiefeindlichkeit Bezug nehmen, von der PfD gefördert. In Zukunft könnte bei der Fördermittelvergabe darauf geachtet werden, Projekte sowohl von haupt- als auch von ehrenamtlichen Akteur/-innen zu fördern und auf eine Ausgewogenheit zwischen Projekten mit dem Fokus auf die Abwehr demokratiefeindlicher Tendenzen sowie dem Schwerpunkt politischer Bildung zu achten. Ebenfalls berücksichtigt werden sollte, dass sowohl urbanere als auch ländlichere Gebiete mit Angeboten und Fördermitteln ausgestattet werden. Im Hinblick auf das zukünftige Angebot sollten, wie z. B. in den Empfehlungen der S&R-Analyse im Landkreis Eichsfeld angeraten, auch explizite Kooperationsprojekte gefördert werden. Es wäre sinnvoll, einen Teil des Budgets ausschließlich für solche Projekte bereitzuhalten und dies auch klar vorab zu kommunizieren. Somit könnten die Akteur/-innen zur Zusammenarbeit animiert werden. Letztlich könnte auch die im Wartburgkreis aufgebrachte Idee, eines vereinfachten Antragsverfahrens für niedrige Fördersummen im Landkreis Roth, bedacht und umgesetzt werden.

Insgesamt seien zukünftig laut der Ergebnisse der S&R-Analyse mehr Veranstaltungen zum Thema Demokratie notwendig. So sollte die Lange Nacht der Demokratie als feste jährliche

Aktion beibehalten und durch Angebote wie einen demokratischen Brunch, eine Demokratiewoche mit thematischen Workshops sowie Demokratie-Pop-Up-Stores an wechselnden Orten im Landkreis ergänzt werden. Damit demokratiefeindlichen Vorfällen auf Veranstaltungen vorbeugt bzw. entgegengewirkt wird, wäre es außerdem ratsam, Awarenessteams einzusetzen (bzw. zunächst interessierte Personen zu schulen).

Um alle jungen Menschen zu erreichen, werden in Schleswig-Flensburg zudem Onlineangebote empfohlen, was angesichts der Flächenstruktur des Landkreises Roth ebenfalls sinnvoll erscheint. Die Maßnahmen des Wartburgkreises wie die Einrichtung eines Demokratieladens oder einer Demokratiewerkstatt könnten ebenfalls sinnvoll sein. Außerdem sollen zukünftig auch die kulturellen und künstlerischen Akteur/-innen einbezogen und entsprechende Veranstaltungen oder Installationen mit demokratischem Bezug im Landkreis erwirkt werden.

Um eine Annäherung der Bürger/-innen untereinander zu ermöglichen, könnten zukünftig Veranstaltungen (wie Landkreislauf oder -pilgern) mit diesem Ziel unterstützt werden. Auch interkulturelle Festivals, oder Essensmeilen sowie Erzählcafés oder spezielle Vorlesetage bzw. -veranstaltungen waren Projektideen der Befragten. Die Ausstellung Youniworth im Landkreis anzubieten, wird ebenfalls als konkreter Vorschlag aufgebracht. Die PfD auf Sylt arbeitet in ihrer S&R-Analyse heraus, dass die Vereinsamung älterer Menschen ein zentrales Problem darstellt. Sie wollen demzufolge spezielle Formate gegen Einsamkeit und Isolation im Alter etablieren. Auch für den Landkreis Roth wäre die Berücksichtigung dieses Bereichs notwendig, um eine Vernachlässigung älterer Bürger/-innen zu vermeiden, da die aktuellen Maßnahmen vielfach auf junge Menschen ausgerichtet seien. Eine Initiative aus dem Wartburgkreis, die sogenannten „Dorfkümmerer“, die als Ansprechpartner/-innen für alle Anliegen fungieren und soziale Begegnungen organisieren, könnte ebenfalls als Modell für den Landkreis Roth dienen. Die Dorfkümmerer sind für alle Anliegen ansprechbar, unterstützen an vielen Stellen und versuchen, in Regionen, die an Attraktivität einbüßen, immer wieder Momente des Zusammenseins zu organisieren.

7. Fazit

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse (S&R-Analyse), im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie (PfD) des Landkreises Roth, die durch das ZFG der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt durchgeführt wurde, liefert eine fundierte Grundlage für die strategische Weiterentwicklung der Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention in der Region. Die Analyse, basierend auf einer Kombination aus Sekundärdaten und einer eigenen quantitativen und qualitativen Erhebung unter Einbeziehung relevanter Akteur/-innen und politisch interessierter Bürger/-innen, identifiziert Risikofaktoren und Potenziale für eine nachhaltige Stärkung demokratischer Strukturen und gesellschaftlicher Teilhabe.

Nach den Einschätzungen unserer Respondent/-innen überwiegen im Landkreis Roth die Akteur/-innen, die sich für die Demokratieförderung einsetzen. Allerdings gibt es auch gegenläufige Tendenzen. Unsere Ergebnisse weisen auf das Vorhandensein von demokratifeindlichen Tendenzen im Landkreis Roth hin. Dementsprechend unterstreicht die Analyse die Notwendigkeit einer proaktiven Strategie, die auf mehreren Säulen basiert: Erstens sei eine Null-Toleranz gegenüber antidemokratischem Verhalten zu praktizieren. Zweitens bedürfe es einer umfassenderen politischen Bildung und der Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Drittens sei die Einbindung marginalisierter Gruppen – insbesondere junger Menschen, Personen mit Migrationshintergrund und weiterer Minderheiten – durch die Schaffung partizipativer Strukturen zu gewährleisten. Letztlich bedürfe es einer Vernetzung der Akteur/-innen sowie verschiedener Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung.

Um diese Ziele zu erreichen, werden konkrete Maßnahmen empfohlen: der Ausbau von Begegnungsräumen für Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund, die Förderung des ehrenamtlichen Engagements, der Mitbestimmung der Bürger/-innen, der Kontakt zur Kommunalpolitik sowie die Etablierung der Partnerschaft für Demokratie als Institution.

Die vorliegende S&R-Analyse stellt somit einen Schritt zur strategischen Weiterentwicklung der Demokratieförderung im Landkreis Roth dar. Die gewonnenen Erkenntnisse und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen bieten eine Grundlage für die zukünftige Arbeit der PfD.

Literaturverzeichnis

- Agrarheute (2025): Analyse zur Bundestagswahl: AfD punktet stärker auf dem Land. Abgerufen am 31.07.25 um 12.02 Uhr unter: <https://www.agrarheute.com/politik/analyse-bundestagswahl-afd-punktet-staerker-land-632986?>
- Albert, M., Quenzel, G., de Moll, F., Leven, I., McDonnell, S., Rysina, A., Schneekloth, U., & Wolfert, S. (2024): Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie: Pragmatisch zwischen Verlossenheit und gelebter Vielfalt. Beltz.
- Alvarez, R. M., Kiewiet, D. R. & Núñez, L. (2018): A Taxonomy of Protest Voting. In: Annual Review of Political Science, Vol. 21, S. 135-154.
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2025): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2043. Demographisches Profil für den Landkreis Roth. Abgerufen am 14.07.25 um 13.37 Uhr unter: https://www.statistik.bayern.de/mam/statistik/gebiet_bevoelkerung/demographischer_wandel/demographische_profile/09576.pdf
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2025a): Statistik Kommunal 2024. Landkreis Roth 09 576. Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten. Abgerufen am 17.07.25 um 10.04 Uhr unter: https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/statistik_kommunal/2024/09576.pdf
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2025b): Jahrbuch 2024: 6. Kirchliche Verhältnisse, Religionsgemeinschaften, C. Religionsgemeinschaften, 2. Bevölkerung 2022, 2011 und 1987 nach Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft. Abgerufen am 17.07.25 um 11.24 Uhr unter: <https://www.statistikdaten.bayern.de/genesis/on-line?operation=table&code=JB2024-06-C-02&bypass=true&levelindex=0&levelid=1752741662389#abreadcrumb>
- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (2025): Demokratiestärkung & Wertebildung. Abgerufen am 02.07.25 um 15.41 Uhr unter: <https://www.blz.bayern.de/demokratiestarkung--wertebildung.html>
- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (2025a): Eltern 2.0: Politisch informieren im Netz. Abgerufen am 30.06.25 um 12.55 Uhr unter: https://www.blz.bayern.de/eltern-20-politisch-informieren-im-netz_v_362.html
- Bayerische Staatsregierung (2017): Reichsbürger aus Georgensgmünd wegen Polizistenmordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Abgerufen am 14.10.25 um 13.19 Uhr unter: <https://www.bayern.de/reichsbuerger-aus-georgensgmund-wegen-polizistenmordes-zu-lebenslanger-haft-verurteilt/>
- Bayerische Staatszeitung (2016): Reichsbürger in Roth. Abgerufen am 14.10.25 um 18.39 Uhr unter: <https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/leben-in-bayern/detailansicht-leben-in-bayern/artikel/reichbuerger-in-roth.html#topPosition>
- Bayerische Staatszeitung (2022): Herrmann: Mehr Kontrollen von Reichsbürgern nötig. Abgerufen am 14.10.25 um 14.07 Uhr unter: <https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansicht-politik/artikel/eine-reichsbuerger-gruppe-will-die-staatliche-ordnung-stuerzen.html?#topPosition>
- Bundeskriminalamt (BKA) (2024): Interview: „Die Zahlen sind ein Alarmsignal“. BKA-Präsident Holger Münch im Interview mit der TAZ. Abgerufen am 26.09.25 um 14.38 Uhr unter: https://www.bka.de/DE/Presse/Interviews/2024/240525_InterviewTAZ.html?
- BR24 (2024): AfD-Hochburg Bayerischer Wald – warum eigentlich? Abgerufen am 22.07.25 um 14.28 Uhr unter: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/afd-hochburg-bayerischer-wald-warum-eigentlich,UFNuhYI>

Bundesagentur für Arbeit (2024): - Arbeitslose und Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2024. Abgerufen am 21.07.25 um 16.02 Uhr unter: https://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/mam/regierungsbezirk_mittelfranken/mittelfranken_in_zahlen/04_02_2024.pdf

Bundesagentur für Arbeit (2025): Arbeitslosenquoten - hier: Arbeitslosenquote – Gesamt. Abgerufen am 21.07.25 um 16.32 Uhr unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?topic_f=gemeinde-arbeitslose-quoten

Bundesagentur für Arbeit (2025a): Arbeitslosigkeit saisonbedingt gestiegen – Arbeitgeber melden weniger Stellen. Abgerufen am 05.09.25 um 13.58 Uhr unter: <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/ansbach-weissenburg/presse/2025-52-arbeitslosigkeit-saisonbedingt-gestiegen-arbeitgeber-melden-weniger-stellen>

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2025): Partnerschaften für Demokratie. Abgerufen am 30.05.25 um 12.17 Uhr unter: <https://www.demokratie-leben.de/dl/programm/programmbereiche/partnerschaften-fuer-demokratie>

Bundesregierung (2023): Mehr Fälle politisch motivierter Kriminalität „Wir müssen unsere Demokratie mit aller Kraft verteidigen“. Abgerufen am 26.09.25 um 14.44 Uhr unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/politisch-motivierte-kriminalitaet-2189292>

Der Landeswahlleiter des Freistaates Bayern (2023): Landtagswahl 2023. Endgültiges Ergebnis. Landkreis Roth. Abgerufen am 22.07.25 um 12.35 Uhr unter: https://www.landtagswahl2023.bayern.de/ergebnis_stimmkreis_tabellen_512.html

Der Spiegel (2017): Georgensgmünd: Staatsanwaltschaft erhebt Mordanklage gegen „Reichsbürger“. Abgerufen am 14.10.25 um 13.24 Uhr unter: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/georgensgmund-staatsanwaltschaft-erhebt-mordanklage-gegen-reichsbuerger-a-1141831.html>

Die Bayerische Polizei (2025): Mehrere Männer bei fingierten Treffen geschlagen und ausgeraubt – Tatverdächtige in Haft. Abgerufen am 14.10.25 um 18.32 Uhr unter: <https://www.polizei.bayern.de/aktuelles/pressemitteilungen/086995/index.html>

Dietrich, K., Eulenberger, J., Glaser, R., & Schuhmacher, N. (2021): Gemeinsam für Demokratie. Situations- und Ressourcenanalyse für die Partnerschaft für Demokratie im kommunalen Verbund Eilenburg – Bad Düben – Laußig. Abgerufen am 26.08.2025 um 12.09 Uhr unter: <https://demokratie-eb-bd-lau.de/wp-content/uploads/2021/10/Situations-und-Ressourcenanalyse-PfD-Eilenburg-Bad-Dueben-Laussig.pdf>

DIW Wochenbericht (2024): Missstände: Die Faktoren hinter dem Erfolg der AfD bei der Europawahl 2024. Abgerufen am 21.10.25 um 12.53 Uhr unter: https://www.diw.de/de/diw_01.c.909548.de/publikationen/wochenberichte/2024_30_1/wirtschaft_demografie_und_structurelle_missstaende_die_faktoren_hinter_dem_erfolg_der_afd_bei_der_europawahl_2024.html#abstract-collapsible

Forschungsgruppe Wahlen (2025): Politik II. Langzeitentwicklung wichtiger Trends aus dem Politbarometer zu politischen Themen. Abgerufen am 21.10.2025 um 10.41 Uhr unter: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-Themen_im_Ueberblick/Politik_II/

Fratzscher, M. (2024): Das AfD-Paradox bei der Europawahl: Ein Rechtsruck schadet vor allem den AfD-Wähler*innen und der jungen Generation, DIW aktuell, No. 93, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

Günther, F., Präger, S. & Döschner, J. (2023): Situations- und Ressourcenanalyse der Partnerschaften für Demokratie im Wartburgkreis und in Eisenach/Wutha-Farnroda. Abgerufen am 27.08.2025 um 11.13 Uhr unter: https://www.denkbunt-wartburgkreis.de/fileadmin/files/Aktuelles/SRA_PfDs_Endfassung.pdf

Landratsamt Roth (2025): Zahlen & Fakten. Bevölkerung & Lage. Abgerufen am 21.05.25 um 09.55 Uhr unter: <https://www.landratsamt-roth.de/landkreis/zahlen-fakten/zahlen>

Landratsamt Roth (2025a): Unsere Städte & Gemeinden. Abgerufen am 26.05.25 um 13.18 Uhr unter: <https://www.landratsamt-roth.de/themen/freizeit/tourismus/einlandkreis/gemeinden>

Landratsamt Roth (2025b): Kreisfinanzverwaltung. HAUSHALT 2025-Haushaltssatzung und Haushaltsplan. Überarbeitete Grafik.

Manow, P. & Schwander, H. (2022): Eine differenzierte Erklärung für den Erfolg der AfD in West- und Ostdeutschland. In: Brinkmann, H. U., Reuband & K.-H. (Hrsg.): Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung, Wiesbaden: Springer VS, S. 163-192.

NN.de (2022): Vier "Reichsbürgern" wurden im Landkreis Roth die Waffen entzogen. Abgerufen am 26.09.25 um 10.11 Uhr unter: <https://www.nn.de/region/schwabach/vier-reichsbuergern-wurden-im-landkreis-roth-die-waffen-entzogen-1.12811123>?

NN.de (2024): "Königreich Deutschland": Warum Reichsbürger in einen Gasthof nach Hilpoltstein kamen. Abgerufen am 14.10.25 um 11.09 Uhr unter: <https://www.nn.de/region/schwabach/konigreich-deutschland-warum-reichsbürger-in-einen-gasthof-nach-hilpoltstein-kamen-1.14002688>

NN.de (2024a): Proteste gegen die AfD im Hippodrom: In Greding wächst der Widerstand - das ist diesmal geplant. Abgerufen am 14.10.25 um 17.27 Uhr unter: <https://www.nn.de/region/roth/proteste-gegen-die-afd-im-hippodrom-in-greding-wachster-widerstand-das-ist-diesmal-geplant-1.14510661>

NN.de (2024b): In Greding trifft sich die AfD - und in der Stadt sorgt man sich um Linksextreme. Abgerufen am 14.10.25 um 17.39 Uhr unter: <https://www.nn.de/region/roth/in-greding-trifft-sich-die-afd-und-in-der-stadt-sorgt-man-sich-um-linksextreme-1.14513609>

NN.de (2025): "Königreich Deutschland": Reichsbürger waren in der Vergangenheit auch in Roth unterwegs. Abgerufen am 14.10.25 um 14.48 Uhr unter: <https://www.nn.de/region/schwabach/konigreich-deutschland-reichsbürger-waren-in-der-vergangenheit-auch-in-roth-unterwegs-1.13958405>

NN.de (2025a): Mitglied in Reservistenverein im Raum Schwabach trägt Pullover rechtsextremster Band. Abgerufen am 14.10.25 um 14.39 Uhr unter: <https://www.nn.de/region/schwabach/mitglied-in-reservistenverein-im-raum-schwabach-tragt-pullover-rechtsextremer-band-1.14571710>

Nordbayern (2016): "Reichsbürger" hatten sich in Schwanstetten eingemietet. Abgerufen am 14.10.25 um 11.42 Uhr unter: <https://www.nordbayern.de/franken/roth/reichsbürger-hatten-sich-in-schwanstetten-eingemietet-1.5570032>

Nordbayern (2021): Roth: Impfgegner und Querdenker "spazieren" mit bekanntem Rechtsradikalen. Abgerufen am 26.09.25 um 10.28 Uhr unter: <https://www.nordbayern.de/franken/roth/roth-impfgegner-und-querdenker-spazieren-mit-bekanntem-rechtsradikalen-1.11674639>

Nordbayern (2021a): Reichsbürger drohten auch in Hilpoltstein und Allersberg. Abgerufen am 14.10.25 um 11.55 Uhr unter: <https://www.nordbayern.de/franken/roth/reichsbürger-drohten-auch-in-hilpoltstein-und-allersberg-1.10764770>

n-tv.de (2017): „Reichsbürger“ muss lebenslang in Haft. Abgerufen am 14.10.25 um 13.22 Uhr unter: <https://www.n-tv.de/politik/Reichsbuerger-muss-lebenslang-in-Haft-article20097359.html>

Polizeipräsidium Mittelfranken (2025): Sicherheitsbilanz 2024. Abgerufen am 21.10.2025 um 12.37 Uhr unter: https://www.polizei.bayern.de/mam/pp-mittelfranken/sonstige/250324_ppmfr_sicherheitsbericht-2024.pdf

Prillwitz, M. & Schaffranke, D. (2022): Situations- und Ressourcenenalyse der Partnerschaft für Demokratie Schleswig-Flensburg. Abgerufen am 26.08.2025 um 14.38 Uhr unter: https://www.fuer-demokratie.de/fileadmin/user_upload/partnerschaft-fuer-demokratie/dokumente/Situations- und Ressourcenenalyse PfD SL-FL.pdf

Prillwitz, M. & Schaffranke, D. (2023): Situations- und Ressourcenenalyse der Partnerschaft für Demokratie auf Sylt. Abgerufen am 26.08.2025 um 15.18 Uhr unter: https://sylt-demokratie.de/wp-content/uploads/2024/03/camino_Situationsanalyse_Sylt_druck.pdf

Simon, S., Thole, W. & Wissig, Marie (2024): Situations- und Ressourcenenalyse der »Partnerschaft für Demokratie« im Saale-Orla-Kreis. Abgerufen am 27.08.2025 um 11.51 Uhr unter: https://www.ites-werkstatt.de/wp-content/uploads/2024/10/ITES_Bericht_Surreal-SOK-3-2024.pdf

Stadt Roth (2024): Aktuelles aus dem Rathaus. Karin Zargaoui übergibt „Roth ist bunt“. Abgerufen am 30.05.25 um 10.59 Uhr unter: <https://www.stadt-roth.de/rathaus-politik/aktuelles-aus-dem-rathaus/2301/karin-zargaoui-uebergibt-roth-ist-bunt>

Stadt Roth (2025): Flyer. Initiative Roth ist bunt. Leben mit Courage. Für Toleranz und Demokratie. Programm Januar-Juni 2025. Abgerufen am 30.05.25 um 11.14 Uhr unter: https://www.stadt-roth.de/fileadmin/Website_2024/Dateien/Bildung_Soz/Integration_Migration/Rothistbunt_Flyer2025-a2.pdf

Stadtistik (2025): Landkreis Roth. Abgerufen am 21.07.25 um 12.05 Uhr unter: <https://stadtistik.de/kreis/landkreis-roth/>

Statista (2024): Woher kommen AfD Neuwähler:innen? Abgerufen am 21.10.25 um 10.35 Uhr unter: <https://de.statista.com/infografik/32955/geschaetzte-waehlerwanderung-zur-afd-bei-den-letzten-landtagswahlen/>

Statista (2025): Entwicklung der Einwohnerzahl im Landkreis Roth von 1997 bis 2023. Abgerufen am 27.05.25 um 11.36 Uhr unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1177423/umfrage/entwicklung-der-gesamtbevoelkerung-im-landkreis-roth/>

Statista (2025a): AfD mobilisiert besonders viele Nichtwähler:innen. Abgerufen am 21.10.25 um 10.31 Uhr unter: <https://de.statista.com/infografik/33990/waehlerwanderung-der-afd-bei-der-bundestagswahl-2025/>

Statistisches Bundesamt (2025): Kreisfreie Städte und Landkreise nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2023. Abgerufen am 21.07.25 um 10.34 Uhr unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/04-kreise.xlsx?blob=publicationFile&v=13>

Statistisches Bundesamt (2025a): Haushalte und Familien. Haushalte nach Haushaltsgröße und Haushaltsgliedern. Abgerufen am 21.07.25 um 12.36 Uhr unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/1-2-privathaushalte-bundeslaender.html>

Süddeutsche Zeitung (2017): Anklage wegen Mordes gegen „Reichsbürger“ von Georgensgmünd. Abgerufen am 14.10.25 um 13.28 Uhr unter: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/nuernberg-anklage-wegen-mordes-1.3451007>

Süddeutsche Zeitung (2017a): "Reichsbürger" von Georgensgmünd rechnete offenbar mit Polizeieinsatz. Abgerufen am 14.10.25 um 13.53 Uhr unter: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/prozess-reichsbuerger-von-georgensgmuedn-rechnete-offenbar-mit-polizeieinsatz-1.3676993>

SWR (2024): Analyse zur Europawahl in Rheinland-Pfalz. Europawahl in RLP: Mann, Frau, alt, jung - wer hat wie gewählt? Abgerufen am 22.07.25 um 15.28 Uhr unter: <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/europawahl/analyse-europawahl-rlp-2024-100.html>

Telepolis (2021): Straftaten von "Reichsbürgern" häufig "nicht zuzuordnen". Abgerufen am 26.09.25 um 14.33 Uhr unter: <https://www.telepolis.de/features/Straftaten-von-Reichsbuergern-haeufig-nicht-zuzuordnen-6036529.html>?

Thole, W., Gumz, H. & Trostmann, J. (2021): Situations- und Ressourcenanalyse für die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Eichsfeld. Abgerufen am 26.08.2025 um 10.43 Uhr unter: <https://denkbunt-thueringen.de/wp-content/uploads/2022/02/Situations- und Ressourcenanalyse Eichsfeld 2021.pdf>

Wahlen (2023): Landtagswahl 2023. 09576000 - Landkreis Roth. Abgerufen am 22.07.25 um 10.09 Uhr unter: https://wahlen.osrz-akdb.de/mf-p/576000/0/20231008/landtagswahl_stkl_1_stk/ergebnisse_kreis_09576000.html#id_id_id_id_id_id_id_ac4003fa_2cb0_4c1d_8c2b_a71986_272fe0

Wahlen (2024): Europawahl 2024. Landkreis Roth. Abgerufen am 22.07.25 um 10.09 Uhr unter: https://wahlen.osrz-akdb.de/mf-p/576000/0/20240609/europawahl_kreis/ergebnisse.html

Wahlen (2025): Bundestagswahl 2025. Landkreis Roth. Abgerufen am 22.07.25 um 10.09 Uhr unter: https://wahlen.osrz-akdb.de/mf-p/576000/245/20250223/bundestagswahl_kwl_1_wk/ergebnisse_kreis_09576000.html#id_6d83c899_4ea0_40a8_8594_ba2f792e2bad

Walter-Rogg, M. (2024): Die bayerische Landtagswahl vom 8. Oktober 2023: Votum für die Kontinuität der schwarz-orangen Koalition. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 1/2024, S. 3-24.

Welt.de (2017): „Reichsbürger“ wollte laut Anklage möglichst viele Polizisten töten. Abgerufen am 14.10.25 um 13.28 Uhr unter: <https://www.welt.de/regionales/bayern/article168099939/Mordprozess-Reichsbuerger-wollte-laut-Anklage-moeglichst-viele-Polizisten-toeten.html>

WochenZeitung (2025): Leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit – Mehr neugemeldete Stellen trotz angespannter Konjunktur. Abgerufen am 21.07.25 um 15.44 Uhr unter: <https://wochenzeitung.de/leichter-rueckgang-der-arbeitslosigkeit-mehr-neugemeldete-stellen-trotz-angespannter-konjunktur/>

Beteiligte Personen

Projektteam des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft

- Prof. Dr. Klaus Stüwe (Direktor des Instituts)
- Dr. Jasmin Juch (Projektverantwortliche, Wiss. Mitarbeiterin)
- Helena Czech (stellvertretende Projektverantwortliche, Wiss. Mitarbeiterin)
- Clara Bücken (studentische Hilfskraft)

Das Projektteam des ZFG bedankt sich herzlich bei Dr. Veronika Hecht, wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG, für die Beratung während der gesamten Projektlaufzeit, und bei Eva-Maria Vierring für die Teamassistenz.

Darüber hinaus geht unser Dank an Richard Zensen, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, der uns primär im Kapitel „Wahlverhalten“ unterstützt.

Ebenfalls danken möchten wir den Teilnehmenden an den Interviews, der Onlineumfrage und der Gruppendiskussion, die durch das Einbringen ihrer Perspektiven den Bericht ermöglicht haben.

Projektteam des Landkreises Roth

- Anita Niefnecker (Führerndes Amt für die Partnerschaft für Demokratie, Landratsamt Roth)
- Yannik Pleick (Koordinierungs- und Fachstelle für die Partnerschaft für Demokratie, Kreisjugendring Roth)
- Jacqueline Moosmann (Koordinierungs- und Fachstelle für die Partnerschaft für Demokratie, Kreisjugendring Roth)

Das Projektteam des Landkreises Roth bedankt sich beim Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie beim Bundesprogramm „Demokratie leben!“ für die Förderzusage für dieses Projekt.

Impressum

© 2025

Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG)
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Marktplatz 4
D-85072 Eichstätt

Direktor: Prof. Dr. Klaus Stüwe
Tel.: +49 8421/93-21141
Mail: zfg@ku.de

Redaktion, Inhalt: Dr. Jasmin Juch, Helena Czech, ZFG
Layout: Helena Czech, Dr. Jasmin Juch
Bildnachweis Titelseite: Partnerschaft für Demokratie Landkreis Roth
Projektverantwortung: Dr. Jasmin Juch
E-Mail: jasmin.gotschke@ku.de
Tel.: + 49 8421/93-21147